

Stand: 08.12.2025 03:25:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 15/2692

"Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 15/2692 vom 02.02.2005
2. Plenarprotokoll Nr. 35 vom 15.02.2005
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/3309 des BI vom 28.04.2005
4. Beschluss des Plenums 15/3385 vom 10.05.2005
5. Plenarprotokoll Nr. 42 vom 10.05.2005
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 31.05.2005

Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Siegfried Schneider, Manfred Ach, Klaus Dieter Breitschwert, Manfred Christ, Herbert Ettengruber, Prof. Dr. Walter Eykmann, Christine Haderthauer, Hermann Imhof, Robert Kiesel, Engelbert Kupka, Christa Matschl, Franz Josef Pschierer, Klaus Stöttner** CSU

zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

A) Problem

Bei den kommunalen Fachschulen sind in den letzten Jahren durch den Schulbetrieb Defizite entstanden, die von den Kommunen nicht länger ausgeglichen werden können.

Um den längerfristigen Erhalt dieser Fachschulen zu gewährleisten, bedarf es deshalb einer Verbesserung der Finanzierungsbasis. Da aus Haushaltsgründen eine Erhöhung der Zuschüsse nicht möglich ist, bedarf es einer anderen Regelung.

B) Lösung

Den kommunalen Schulträgern wird das Recht eingeräumt, an kommunalen Fachschulen Schulgeld zu erheben.

Um dies zu erreichen, wird das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz entsprechend geändert.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

Es entstehen keine Kosten für den Freistaat Bayern. Bei den Kommunen entstehen keine Mehrausgaben; Mehreinnahmen entstehen in Abhängigkeit von der erhobenen Schulgeldhöhe.

Konnexitätsprinzip:

Das Konnexitätsprinzip ist nicht berührt, da den Kommunen keine Zusatzkosten entstehen.

Gesetzentwurf

zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

§ 1

In Art. 23 Abs. 1 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch § 8 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84), werden nach dem Wort „erhoben“ ein Strichpunkt und folgender Halbsatz angefügt: „an kommunalen Fachschulen kann Schulgeld erhoben werden.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

35. Sitzung

am Dienstag, dem 15. Februar 2005, 15.00 Uhr
in München

Geschäftliches	2471	Abstimmung über Anträge etc. , die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 2)	
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Karin Radermacher, Christa Naaß, Henning Kaul und Dr. Martin Runge	2471	Beschluss	2509
Aktuelle Stunde gemäß § 65 GeschO auf Antrag der Fraktion der SPD „Weg mit Zahlentricks – her mit Lehrerplanstellen“		Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern (Drs. 15/2591) – Erste Lesung –	
Franz Maget (SPD)	2471	Dr. Christian Magerl (GRÜNE)	2509
Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU)	2472	Sebastian Freiherr von Rotenhan (CSU)	2510
Simone Tolle (GRÜNE)	2474, 2485	Heinrich Rudrof (CSU)	2511
Marianne Schieder (SPD)	2475, 2485	Heidi Lück (SPD)	2512
Siegfried Schneider (CSU)	2477, 2486	Verweisung in den Landwirtschaftsausschuss	2512
Karin Pranghofer (SPD)	2478	Gesetzentwurf der Abg. Thomas Kreuzer, Siegfried Schneider, Manfred Ach u. a. (CSU) zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drs. 15/2692) – Erste Lesung –	
Staatsministerin Monika Hohlmeier	2478	Thomas Kreuzer (CSU)	2512
Angelika Weikert (SPD)	2481	Angelika Weikert (SPD)	2513
Eduard Nöth (CSU)	2482	Simone Tolle (GRÜNE)	2514
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)	2483	Verweisung in den Bildungsausschuss	2515
Gerhard Wägemann (CSU)	2484	Gesetzentwurf der Abg. Dr. Ludwig Spaenle u. a. (CSU) zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen (Drs. 15/2098) – Zweite Lesung –	
Haushaltsplan 2005/2006; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz		Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses (Drs. 15/2724)	
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/2696)		Martin Neumeyer (CSU)	2515
Staatsminister Dr. Werner Schnappauf .	2487, 2506	Adelheid Rupp (SPD)	2516
Herbert Müller (SPD)	2491	Ulrike Gote (GRÜNE)	2517
Markus Sackmann (CSU)	2494	Staatsminister Dr. Thomas Goppel	2517
Ruth Paulig (GRÜNE)	2496	Beschluss in Zweiter Lesung	2519
Henning Kaul (CSU)	2500		
Kathrin Sonnenholzner (SPD)	2502		
Johannes Hintersberger (CSU)	2503		
Dr. Thomas Zimmermann (CSU)	2505		
Beschluss	2508		
Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 1)	2508		
Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	2508		

Namentliche Schlussabstimmung (Bekanntgabe
des Abstimmungsergebnisses siehe Protokoll der
36. Plenarsitzung) 2519

Antrag der Abg. Franz Schindler, Rainer Volkmann,
Hans Joachim Werner u. a. (SPD)

**Rechtsverordnung zur Errichtung einer Härte-
fallkommission gemäß § 23 a Absatz 2 des neu-
en Aufenthaltsgesetzes** (Drs. 15/1354)

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschus-
ses (Drs. 15/2132)

Hans Joachim Werner (SPD) 2519
Alexander König (CSU) 2520
Maria Scharfenberg (GRÜNE) 2522
Franz Schindler (SPD) 2524
Staatssekretär Georg Schmid 2525, 2526
Rainer Volkmann (SPD) 2525

Namentliche Abstimmung (Bekanntgabe des
Abstimmungsergebnisses siehe Protokoll der
36. Plenarsitzung) 2526

Schluss der Sitzung 2526

(Beginn: 15.03 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 35. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich einige Geburtstagsglückwünsche aussprechen: Einen jeweils runden Geburtstag feierten am 10. Februar Frau Kollegin Karin Radermacher und am 12. Februar Frau Kollegin Christa Naaß. Einen halbrunden Geburtstag konnte Herr Kollege Henning Kaul am 1. Februar begehen. Heute feiert Herr Kollege Dr. Martin Runge seinen Geburtstag. Allen Genannten einen herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema „**Weg mit Zahlentricks – her mit Lehrerplanstellen**“ beantragt. Sie kennen die Regeln der Geschäftsordnung: Grundsätzlich beträgt die Redezeit fünf Minuten, für die ersten Redner auf Wunsch einer Fraktion auch zehn Minuten, was auf die Gesamtredezeit angerechnet wird. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält eine Fraktion auf Antrag für eines ihrer Mitglieder zusätzlich fünf Minuten Redezeit. Ich bitte auf das Signal zu achten. Erster Redner: Herr Kollege Maget.

Franz Maget (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, weil endlich Schluss sein muss mit Schönrederei und Gesundbetelei. Die Wahrheit ist: Die Situation an den Schulen unseres Landes ist völlig unbefriedigend und eines Landes, das wirtschaftlich, kulturell und bildungspolitisch an der Spitze stehen will, in jeder Weise unwürdig.

Da helfen keine Zahlentricks und keine vollmundigen Ankündigungen, die ohnehin nicht eingehalten werden. Da hilft nur eines: Es müssen neue Lehrer her, und zwar genügend und sofort sowie in allen Schularten!

(Beifall bei der SPD)

Schon vor einem Jahr haben wir die schulpolitische Realität in Bayern im Landtag so beschrieben wie sie draußen im Lande tatsächlich ist: Es fehlen aktuell über 1000 Lehrerinnen und Lehrer in Bayern, die Mobilien Reserven sind ausgeschöpft, der Unterrichtsausfall nimmt überhand und Eltern, Förster oder wer auch immer verfügbar sein könnten, werden an die schulpolitische Front gerufen, um regulären Unterricht zu erteilen.

Alles das in der Summe nenne ich eine bildungspolitische Bankrotterklärung für die CSU-Staatsregierung, Kultusministerium und Mehrheitsfraktion verantwortlich sind. Alles wäre noch viel schlimmer, wenn nicht Lehrerinnen und Lehrer in dieser Notlage über die Maßen Flexibilität und Einsatzbereitschaft zeigen würden. Dafür verdienen sie unseren Dank.

(Beifall bei der SPD)

Wie aber haben CSU und Staatsregierung auf diese Not-situation an unseren Schulen reagiert? Sie haben reagiert wie die drei Affen: Nix sehen, nix hören, nix sagen!

(Beifall bei der SPD)

Zunächst, Herr Kollege Herrmann, haben Sie alle Probleme ignoriert und der SPD Schwarzmalerei und Panikmache unterstellt. Erst als der Druck aus den Schulen immer größer wurde, Elternbeiräte Alarm geschlagen und sich Lehrer und Direktoren auf die Hinterbeine gestellt haben, konnten Sie die Öffentlichkeit nicht länger täuschen und belügen.

Noch im November 2004 haben Sie unsere Darlegung, dass in Bayern mindestens 1000 Lehrer fehlen, als Blödsinn abgetan. Aber schon einen Monat später im Dezember 2004 mussten Sie selber einräumen, dass „mindestens 818 Lehrer“ – so heißt es in einem internen Papier des Kultusministeriums – fehlen. Warum nicht gleich so? Warum geben Sie eigentlich nicht gleich zu, wenn etwas faul ist, und warum müssen Sie sich zuerst zur Wahrheit zwingen lassen?

(Beifall bei der SPD)

Noch schlimmer aber ist, dass seither, also seit jenem Eingeständnis Ihres Scheiterns und dem Zusammenbruch Ihrer Märchengebäude, nichts Zählbares geschehen ist. Es ist das alte Lied: Viele vollmundige Ankündigungen, vielfach in den Medien als Rettungsaktion angepriesen – dann aber Fehlanzeige und Tatenlosigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Noch dazu: Sogar Ihre Ankündigungen selbst sind der reine Schwindel.

Sie sprechen von Hunderten neuer Stellen, von Hunderten neuer Lehrerinnen und Lehrer, die den Schulen zur Verfügung gestellt würden. Die Schulen freuen sich darauf und warten sehnlichst auf die neuen Kolleginnen und Kollegen in den Lehrerzimmern. Aber da werden sie noch lange warten; denn da wird so schnell keiner vorbeikommen.

Die Wahrheit ist nämlich schlicht und ergreifend: Es werden weniger Lehrer und nicht mehr. Diese Wahrheit ist der schulpolitische Offenbarungseid der CSU in Bayern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wie sieht es tatsächlich aus? - Erst streichen Sie 1204 Lehrerstellen und wollen sich dann für 500 Aushilfskräfte feiern lassen. Da gibt es aber nichts zu feiern, sondern lediglich zu beklagen. 1200 Stellen weniger und dann 500 Stellen aushilfsweise ab nächstem Schuljahr mehr, das macht in der Summe 700 Lehrerstellen weniger für unsere Schulen in Bayern. Das ist die traurige Wirklichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Alles andere, was Sie daherbringen, ist bloße Flickschusterei. Die Referendare sollen eigenverantwortlich unterrichten, heißt es. Sie wollen damit ja noch zusätzliche Stellen ausschlagen; so steht es in Ihrem eigenen Beschluss. Wenn Referendare eigenverantwortlich unterrichten sollen, dann bedeutet das nach Ihrer Rechnung 50 neue Lehrerstellen.

(Zuruf von der CSU: 57!)

– Also 57. Wunderbar! Über diese zusätzlichen Lehrerstellen werden sich die Schulen freuen.

Alle Lehrer sollen sowieso mehr arbeiten. So genannte Minderklassen an den beruflichen Schulen wollen Sie wegstreichen. Durch dubiose organisatorische Maßnahmen wollen Sie weitere Kapazitäten gewinnen, wie Sie schreiben. Schade bloß, dass niemand weiß, wie diese organisatorischen Maßnahmen eigentlich ausschauen sollen. Ich sage Ihnen: Am Salvatorplatz herrscht ein Chaos, wie es seiner Lebtag noch nicht war. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Da versteht man, dass es an den Schulen zunehmend nach dem Motto zugeht: Rette sich, wer kann!

Die Gymnasien überlegen, wie sie mit dem G 8 fertig werden können und wie sie auch nur im Entferntesten die versprochenen Intensivierungsstunden darstellen sollen.

An den Realschulen steigen die Schülerzahlen, aber nicht die Lehrerstellen. Sie sollten sich einmal durchlesen, was der neue Vorsitzende des Bayerischen Realschullehrerverbandes dazu schreibt: mobile Reserve auf Null gestellt; 2660 Wochenstunden Unterrichtsausfall; zusätzliche Mehrarbeit für alle Lehrerinnen und Lehrer; Wegfall von Sportunterricht; Verschlechterung bei den Klassenstärken und den Fördermaßnahmen. All das dokumentiert der Bayerische Realschullehrerverband schwarz auf weiß.

Die Grundschulen müssen eine frühere Einschulung verkraften. Und die Hauptschulen zahlen sowieso die Zeche. Das, meine Damen und Herren, soll vorausschauende Bildungspolitik sein? - Nein, das ist unerträglich und spottet jeder Beschreibung.

Zurückzuführen ist die Misere auf eine schwache Kultusministerin, die den Schulen nicht mehr helfen kann. Auf die Blindheit, Uneinsichtigkeit und Überheblichkeit der CSU, die die Entwicklung nicht erkennen wollte und auch heute noch nicht bereit ist, dieser Entwicklung Rechnung

zu tragen, ist sie ebenfalls zurückzuführen, aber auch auf eine völlig verfehlte Haushaltspolitik des Bayerischen Ministerpräsidenten. Angeblich, so Herr Stoiber, geht es bei der bayerischen Haushaltspolitik um die Interessen und Belange der künftigen Generationen. Aber genau das ist das Schlimme: An der Bildung wird gespart, während an den Schulen gekürzt wird. Damit arbeitet man nicht für, sondern gegen die Zukunft der kommenden Generationen und zerstört sie.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wer morgen gut und sicher leben will, muss heute mehr für Bildung und die Ausbildung unserer Kinder leisten. Das ist unser Credo. Deshalb unser Appell: Kehren Sie um, kommen Sie zur Vernunft. Schaffen wir gemeinsam und sofort die Lehrerstellen, die unsere Schulen so dringend brauchen! Morgen ist dazu bei der Beratung und Beschlussfassung des Einzelplans 05 die ideale Gelegenheit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Prof. Waschler.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf die Vorhaltungen des Kollegen Maget könnte man sehr, sehr viel erwidern. Er hat das Bild von den drei Affen gebraucht. Ich möchte es aber nicht mit aufnehmen; denn Ähnliches könnte einem Redner der CSU-Fraktion unterlaufen, wenn die Bildungspolitik und die Maßgaben der Haushaltspolitik, die den Bildungshaushalt betreffen, hier erörtert werden; denn die Opposition verschließt immer noch die Augen davor, wie im Haushalt Stellen verbucht und eingebracht werden.

Ich bin jetzt zwar schon einige Jahre von meiner Schulzeit entfernt und möchte auch nicht, dass ich Lehrer oder Oberlehrer genannt werde, wie es die Opposition manchmal zu tun pflegt, aber manchmal mag man als Lehrer verzweifeln, wenn Daten trotz drei- oder viermaligen Vortrags immer noch nicht richtig verstanden werden. Und deshalb, werte Kolleginnen und Kollegen, machen wir einen erneuten Versuch, die Dinge hier darzulegen.

Die Behauptung der SPD, hier seien Stellen gestrichen worden – es soll sich um 1204 Stellen handeln –, veranlasst mich, Folgendes festzustellen:

Es sind 1445 Stellen aus UPZ-Erhöhen, 500 Stellen aus der Schließung von Teilhauptschulen, 262 Stellen wegen Schülerrückgangs im Volksschulbereich betroffen. Herr Kollege Maget, ich hoffe, Sie hören mir aufmerksam zu. Es sind in der Summe 2207 Stellen. Abzüglich der Schaffung neuer Stellen, die von Ihnen ja nicht bestritten werden – 403 Stellen G 8, 160 Stellen wegen Vorverlegung des Einschulungsalters, 40 Stellen an Realschulen – ergibt sich als Zwischensumme ein Plus von 1003 Stellen.

Als Fazit, Herr Kollege Maget, sage ich: Es trifft zu, dass, rein rechnerisch, 1204 Stellen eingezogen werden. Das ist das unbestrittene Fazit. Sie sollten also nicht wieder Wet-

ten eingehen, die Sie dann nicht einhalten können oder wollen.

Die Opposition vergisst bei dieser Rechnung aber Folgendes: Von 2091 Stellen Kapazitätsgewinn aus der Unterrichtspflichterhöhung werden lediglich 1445 eingezogen. Es gibt dabei keine Kündigung oder Streichung bestehender Beschäftigungsverhältnisse. Somit bleibt ein Plus von 646 Stellenäquivalenten für die Unterrichtsversorgung zusätzlich übrig. Zu diesen 646 Stellenäquivalenten kommen 241 Stellen im Doppelhaushalt.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

– Herr Kollege Maget, hören Sie zu! Wenn Sie Zwischenrufe machen, verstehen Sie wieder nicht, was ich Ihnen jetzt zu erklären versuche.

Die zusätzlichen 241 Stellen ergeben einen positiven Saldo von 887 Stellenäquivalenten. Das ist genau das, was Sie, Herr Kollege Maget, als Führer der Opposition bis heute offensichtlich nicht verstanden haben.

Ich erläutere jetzt noch einmal, wie wir auf die 241 zusätzlichen Stellen kommen. Vielleicht erklären Sie das dann auch den Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Die 241 zusätzlichen Stellen sind folgendermaßen aufzuschlüsseln. Insgesamt kommen 1003 neue Stellen auf, die sich zum einen für den Bereich der Gymnasien für den Ausbau des G 8 mit 403 Stellen niederschlagen. Im Bereich der Volksschulen ergeben sich zum anderen durch die frühere Einschulung 160 Stellen. Der Ausgleich für den Nachtragshaushalt – im Jahr 2004 waren es an Volksschulen 400 weggefallene Stellen – beträgt 400. An den Realschulen ergeben sich durch die Veränderung der Schülerzahlen – es hat ein erheblicher Wanderungsgewinn stattgefunden – 40 Stellen. Das ergibt insgesamt 1003 Stellen.

762 Stellen werden im Volksschulbereich eingespart durch Änderung der Organisation und den Schülerrückgang. In der Summe sind es 762. Das gibt nach Adam Riese und nach Pisa nachvollziehbar $1003 - 762 = 241$. Damit als Fazit: Es entstanden im Schulbereich aus der Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit Kapazitätsgewinne im Umfang von insgesamt 2091 Äquivalenzen; 1445 wurden eingezogen. Der restliche Kapazitätsgewinn von 646 Stellen – Äquivalenzen verbleibt bei den Schulen.

(Franz Maget (SPD): Sie wiederholen sich!)

– Ja, ich wiederhole es gerne, weil man die Dinge manchmal noch einmal zusammenfassen muss.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Die unsachlichen Bemerkungen, Herr Kollege Dürr sind nicht angebracht, weil es sich auch hier lohnt, wenn man zuhört.

Echte zusätzliche Stellen sind es 241, Kapazitätsgewinn aus der Verlängerung der Unterrichtspflichtzeit 646; das

ergibt einen Saldo von insgesamt 887 zusätzlichen Unterrichtskapazitäten.

Und was uns von der Opposition, verehrte Kolleginnen und Kollegen, immer wieder vorgehalten wird, dass die Umschichtung von Mitteln für Aushilfskräfte wegen des veränderten Bildungsverhaltens, das nicht einmal von Ihnen bestritten werden kann, angeblich erst in der Nachschubliste aufgetaucht ist. Herr Kollege Maget, Sie haben gesagt, die CSU würde die Öffentlichkeit täuschen und an der Bildung würde insgesamt gespart. Dazu kann ich nur sagen: Das ist eine Chuzpe, eine Dreistigkeit, die in diesem Parlament eigentlich nicht angezeigt ist.

(Beifall bei der CSU)

Denn es ist festzuhalten, dass die Umschichtung von Aushilfsmitteln – das ist bei den Damen und Herren der Opposition im Bildungsausschuss eigentlich gängiges Gedankengut oder müsste es sein – schon im laufenden Schuljahr 2004/2005 gegriffen hat; sie ist dort also bereits erfolgt. Diese Maßnahme zur Sicherstellung eines geordneten Unterrichtsbetriebes, einer Unterrichtsversorgung für das kommende Schuljahr, verehrte Kolleginnen und Kollegen, muss weitergeführt werden. Dass diese Mittelumschichtung haushaltstechnisch erst jetzt in der Nachschubliste erfolgen kann, liegt einzig und allein daran, dass der Einzelplan 05 bereits im September eingebracht worden ist und die endgültige Festlegung der Umschichtungen erst auf der Basis der amtlichen Daten zum Oktober erfolgen kann. Und warum? – Weil erst zu diesem Datum die gesicherten Schüler- und Unterrichtsdaten aufgrund der amtlichen Erhebungen der Schulen vorliegen.

Wenn man das nicht weiß, dann muss man natürlich irgendwo, wenn man sich nicht mit der Sache auseinander setzt, zu völlig falschen Schlussfolgerungen kommen, zumal sie ideologisch motiviert sein mögen.

Ich kann nur sagen, Herr Kollege Maget: Hätten Sie Ihre verlorene Wette eingelöst, dann hätten Sie sich vor Ort an den Schulen bzw. an einer konkreten Schule informieren können, wann Schülerdaten geliefert werden, wann die Schulen zu berichten haben und wann man eben die konkreten Daten hat, auf denen man dann zuverlässige Haushaltsplanungen durchführen kann.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich weise jetzt nur noch einmal darauf hin, weil so etwas immer wieder im Raume schwebt: Die Mittel für diese 500 zusätzlichen Lehrkräfte werden von der Opposition Gott sei Dank nicht bestritten; das ist gemäß Beschluss des Ministerrates mit der Mehrheit der CSU im Haushaltsausschuss beschlossen und im Einzelplan 05 entsprechend eingestellt. 100 Aushilfskräfte für die Mobile Reserve vom Juli bis Februar 2005, das ist auch allgemein anerkannt; 200 Lehrkräfte ab dem Schuljahr 2005/2006 und 300 Einjahresverträge – ich differenziere das nur der Vollständigkeit halber, damit wir wissen, wovon wir reden –, 200 Lehrkräfte durch eine neu ausgebrachte globale Minderausgabe, die von allen Einzelplänen mit Ausnahme der Einzelpläne 01 und 11 erwirtschaftet werden; 300 Lehrkräfte, die im Jah-

re 2005 über eine Nettokreditaufnahme bzw. im Jahr 2006 durch eine Anhebung der rückzahlbaren Grundstockablieferung mit weiteren 10 Millionen finanziert werden müssen. Das ist echtes, frisches, konkretes Geld.

Ich lasse die Einlassungen des Kollegen Maget hier Revue passieren. Es wurde behauptet, es würden Stellen gestrichen. Ich kann auch hierzu feststellen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Streichungen, Kündigungen, irgendwo was wegnehmen, das ist nicht Sache. Wenn ich mir die Lehrpersonalmehrungen in den Haushaltsjahren von 1999 bis 2006 anschau, das sind die so genannten Vollzeitlehrereinheiten, so ist das ein Begriff, mit dem man durchaus etwas müsste anfangen können. Wir haben eine Stellenmehrung von 1999 bis 2006 von 5319 Stellen – ohne den Gewinn aus der UPZ-Erhöhung. Wenn ich insgesamt den Saldo daraus ziehe, dann habe ich in diesem Doppelhaushalt eine klare Aussage. Ich werde das morgen – die Vorlage hat Kollege Maget schon geliefert – in den Haushaltsberatungen auch klar darlegen. Es war der Punkt unwidersprochen, dass die einzigen Steigerungen auch nach Bereinigung von Sondereffekten wie Beihilfen oder Versorgungsleistungen im Bildungsbereich, stattfinden. So kann man feststellen, dass der Bildungshaushalt derjenige ist, der als einziger in dieser schwierigen Zeit, die wir haben, signifikant steigt.

Ich kann also feststellen, werte Kolleginnen und Kollegen – damit bin ich am Ende –, dass entscheidend für die Schüler ein Mehr an Unterricht ist. Mit den 3 % des ausfallenden Unterrichts kann sich Bayern im Konzert der Länder der Bundesrepublik Deutschland wahrlich sehen lassen. Ein Mehr an Unterricht ist entscheidend. Dieses Mehr an Unterricht, das wir insgesamt in Bayern vorlegen und das wir unseren Schülerinnen und Schülern in Bayern bieten, wird mit der Zustimmung zum Haushalt und mit der Zustimmung zur Nachschubliste gewährleistet.

In diesem Sinne kann ich auch heute schon in dieser Aktuellen Stunde dafür plädieren, dass morgen dem Einzelplan 05 einstimmig zugestimmt wird.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich füge jetzt den diversen Interpretationen des Haushaltes noch eine betriebswirtschaftliche Sicht hinzu. Vielleicht passt die ganz gut.

Ich kann auf jeden Fall feststellen, dass die Rakete mit 818 Lehrerstellen, die sie in Wildbad Kreuth gezündet haben, bei 500 gelandet ist. Dies möchte ich an dieser Stelle auch erwähnen, weil Frau Hohlmeier gesagt hat, sie habe keinen Dukatenesel. Dazu muss ich feststellen: Er fliegt im Moment über Hof und hat 32 Millionen Euro dabei. Das wären ungefähr 480 Lehrerstellen gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nachdem jetzt die Ballerei verpufft ist, sind diese 500 übrig geblieben, Herr Kollege Waschler, da haben Sie Recht. Ich möchte aber meine Redezeit nicht verstreichen lassen, ohne zu sagen, dass Sie bei Volksschulen, Förderschulen und Berufsschulen 300 Lehrerstellen gestrichen haben. Frau Hohlmeier hat im Haushaltsausschuss energisch dementiert, dass es sich um eine Verschiebung handle. Sie hat gesagt, es handle sich lediglich um eine Klarstellung im Haushalt. Das habe man in vergangenen Jahren im Haushalt auch schon so gemacht. Dazu muss ich zwei Feststellungen treffen.

Erstens. Sie haben in den vergangenen Jahren schon den Grundsatz der Haushaltsklarheit verletzt, weil Sie schon immer verschoben haben. Dann können wir eigentlich diesen ganzen Haushalt wegschmeißen, weil Sie mit den Stellen sowieso machen, was Sie wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Wenn das schon immer so war, dann dürfen Sie diese 300 Lehrerstellen nicht zu den 500 dazu zählen; denn es handelt sich hier nicht um einen zusätzlichen Stellengewinn, sondern um eine Luftbuchung zugunsten der Schularten, die man gemeinhin die schwächeren nennt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Vorgänge um zusätzliche Lehrerstellen vergleiche ich immer mit einem Gang in die Welt der Märchen. Das Märchen, an das ich immer denken muss, ist das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“. Sie kennen diese Erzählung sicherlich. Wenn wir dies auf die jetzigen Verhältnisse umdeuten, dann können wir sagen, Sie haben versucht, in Wildbad Kreuth ein Gewand zu weben, das angeblich glänzen soll. Aber wie der Kaiser im Märchen sind Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, mit Ihren Vorschlägen nackt, und jeder merkt es, und jeder sagt es auch. Nicht ohne Grund hat die CSU bei der letzten „Zeitspiegel“-Umfrage im Bildungsbereich 15 Punkte verloren und hat Frau Hohlmeier eine historisch schlechte Bewertung erzielt, wie sie noch niemals ein Politiker in Bayern bekommen hat.

Aber lassen Sie uns nun über den Einzelplan 05 reden, der, Herr Kollege Waschler, tatsächlich um 5 % gestiegen ist.

Wenn Sie die Kernbereiche zusammenrechnen, die mit der Schule zu tun haben, nämlich die Schulhaushalte, und wenn Sie die Versorgungsleistungen herausnehmen, die im Jahre 2005 rund 2 Milliarden betragen, oder die 151 Millionen IZBB-Mittel, dann kommen wir ohne Nachschubliste auf eine Erhöhung von 0,4 %: Diese Tabelle kann ich Ihnen gern mailen. Einschließlich der Nachschubliste haben wir im Vergleich von 2004 mit dem Jahr 2005 ein Minus von 0,8 %, und wenn Sie 2006 mit 2004 vergleichen, bekommen Sie ein Plus von 0,5 %. Es besteht also überhaupt kein Grund, sich aufzuplustern, Herr Kollege Waschler.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich in den Haushalt schaue – wir sollten einmal herunter von der Virtualität auf die nackten Tatsachen des Haushalts –, kann ich im Stellenplan folgende Zahlen ausmachen: 2004 92 971 Stellen, 2005 93 424 Stellen, 2006 92 744 Stellen. Wenn wir nun noch die 500 Stellen aus der Nachschubliste hinzuzählen, erhalten wir insgesamt 93 244 Stellen im Jahr 2006. Das macht, gerechnet von 2004 aus, 273 zusätzliche Stellen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ganz schön dünn!)

Wie viele Lehrerinnen und Lehrer brauchen wir nun wirklich? Da kann ich als Kronzeugen ein internes Papier des Kultusministeriums bemühen, und hinzunehmen möchte ich noch den Gesetzentwurf zur früheren Einschulung. Nach diesem Papier fehlen 65 Stellen. Die Volksschulen brauchen aber nach dem BLLV 1267 Stellen und die Förderschulen 75 Stellen. Das interne Papier des Kultusministeriums fordert für die Berufsschulen 207 Stellen, und für FOS/BOS 30 Stellen; die Realschulen brauchen, um auf einen vernünftigen Klassenschnitt von 25 zu kommen, 800 Stellen, und das Gymnasium braucht laut Kultusministerium 1600 Stellen bis zum Jahre 2011. Das ergibt 457 Stellen für den Doppelhaushalt. Aufaddiert komme ich damit für einen Doppelhaushalt auf 2901 Stellen. Wenn wir das dem oben erwähnten Plus im Haushalt von 273 Stellen gegenüberstellen, ist bewiesen, dass Ihre Rakete ein Strohfeuer war.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Mehr ist dazu eigentlich nicht zu sagen. Zur Finanzierung werde ich mich morgen äußern, Herr Kollege Nöth.

Das Thema lautet aber auch „Zahlentricks“. Da, Herr Kollege Waschler, haben Sie im Haushaltsausschuss von über 4700 Stellen gesprochen. Heute sprechen Sie nun von 5319 Stellen. Das sind zwar über 4700, aber ich nehme jetzt einmal die 4700 für meine Berechnungsgrundlage. Dividieren wir diese durch 11, dann haben Sie pro Jahr durchschnittlich 427 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich eingestellt. Der BLLV hat in einer Tabelle aber ausgewiesen, dass der tatsächliche Bedarf in den Jahren von 1998 bis 2002 lediglich zu 20,8 % gedeckt gewesen ist. Die Frage ist auch – wenn wir bei Zahlentricks sind –, wie viele verlängerte befristete Verträge Sie jeweils doppelt gezählt haben. Das können wir nur vermuten.

Aber auch hier kann ich mich annähern. Ich habe es mit einer Schriftlichen Anfrage zum Schuljahr 2004/2005 versucht. Darin sah die Antwort des Kultusministeriums folgendermaßen aus – wohlgemerkt, : ohne Gymnasien: Im Bereich der restlichen Schularten hatten von den fest angestellten Bewerbern 16,1 % bereits im Schuljahr 2003/2004 über einen befristeten Arbeitsvertrag verfügt; bei den Bewerbern, die zu Beginn des Schuljahres 2003/2004 über einen Dreiviertel-Vertrag mit Übernahmezusage verfügten, traf dies für 24,6 % zu, und von den befristeten Verträgen ohne Übernahmezusage, die zu Schuljahresbeginn vergeben wurden, wurden 41,3 % mit Bewerbern geschlossen, die bereits im Schuljahr zuvor in einem befristeten Vertragsverhältnis standen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Diese Antwort aus dem Kultusministerium zeigt sehr gut, wie Sie auf 4700 bzw. auf 5317 Stellen kommen. Zahlen kann man immer interpretieren. Kommen wir deshalb also zum Unterrichtsausfall. 2,8 % bei den Gymnasien sind nicht viel, wird gesagt. Wenn wir das in Zeiteinheiten umrechnen und durchschnittlich 30 Unterrichtsstunden zugrunde legen, fallen jede Woche 38 Minuten Unterricht aus. Ich meine, dass wir das nicht vernachlässigen können.

Herr Maget hat es auch schon gesagt. Sie wollen verstärkt Referendare zum Unterricht heranziehen, auch Studenten sollen jetzt nach Ihren Plänen mehr unterrichten. Dazu kann ich morgen auch noch etwas sagen. Heute nur eines: Ihr Motiv ist nicht Praxisbezug, sondern Sie wollen billige Arbeitskräfte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen Lehrerinnen und Lehrer einsparen. Diese Steleneinsparungen finde ich nicht gut.

Zu erwähnen ist noch, dass mittlerweile vor lauter Notstand auch Eltern unterrichten, und dass das in Bayern wohl gang und gäbe werden soll.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich verweise im Vorgriff auf meine Ausführungen, die ich morgen zum Haushalt machen werde, und möchte nur noch kurz zusammenfassen: Das Kultusministerium ist zum Mangelverwaltungsorgan degeneriert

(Widerspruch bei der CSU)

und versucht, diesen Notstand durch PR schönzureden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wird aber nicht gelingen; denn die Eltern lassen sich nicht täuschen. In Bayern gibt es zwei Realitäten, eine auf dem Papier und eine an den Schulen. Aber auch das beste Marketing, die schönsten Pressemitteilungen und die ausgeklügeltsten Rechnungen werden Ihnen auf Dauer nichts nützen. Die Wahrheit wird sich ihren Weg bahnen. Ich prophezeie: Der Notstand wird weitergehen, und die bayerischen Eltern werden sich das nicht länger gefallen lassen. Wir werden sie in ihrer Not unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Schieder.

Marianne Schieder (SPD): Es ist keine Schande, eine Oberpfälzerin zu sein, gell!

(Beifall – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Bravo! – Joachim Herrmann (CSU): Dieser Satz war der einzige, dem ich zustimme!)

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

(Unruhe)

Präsident Alois Glück: Ich bitte um etwas Ruhe. – Frau Kollegin Schieder, Sie haben das Wort.

Marianne Schieder (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zahlentricks hin oder her, Verschiebebahnhöfe hin oder her, Beteuerung der Staatsregierung hin oder her: Inzwischen ist jedem Menschen, der sich in diesem Land ernsthaft mit dem Problem der fehlenden Lehrerstellen beschäftigt hat, klar geworden, dass diese Staatsregierung alles will, nur keine zusätzlichen Lehrer einstellen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Anschein soll erweckt werden; das ist klar. Dazu dient der Zahlensalat. Ein Journalist, der gerade nach der Rede von Herrn Waschler den Saal verlassen hat, hat zu Recht gesagt: Jetzt glaube ich, dass es gleich 5000 mehr sind, die eingestellt werden sollen. Der Anschein soll also erweckt werden. Dazu dient das ganze Theater. Aber wirklich eingestellt wird nicht, wenn es irgendwie geht.

(Zurufe von der CSU)

Wenn die ganzen Zahlentricks und die Verschiebebahnhöfe nicht weiterhelfen und die Not nicht anders beseitigt werden kann, dann gibt es Einjahres-Zeitverträge. Diese Einjahres-Zeitverträge haben den schönen Vorteil, dass man die Lehrer nicht einmal ein ganzes Jahr beschäftigen muss; denn im September wird eingestellt und im Juli wieder ausgestellt. Außerdem haben solche Verträge den Vorteil, dass man hoffen kann, keine Interessenten zu finden und damit nicht einmal diese Zeitverträge ausnützen zu müssen.

Zeitverträge würde ich als Mittel zur Lösung des Problems anerkennen, wenn es sich um einen vorübergehenden Mangel handeln würde. Aber das Fehlen von über 1000 Lehrern ist doch bei Gott kein vorübergehender Mangel, sondern es ist ein in vielen Bereichen struktureller Mangel, der mit befristeten Verträgen in der Tat nicht behoben werden kann. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Das, was Sie hier betreiben, ist Flickschusterei, und noch dazu eine ziemlich schlechte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Art und Weise, wie seitens der Staatsregierung der Begriff „zusätzlich“ verwendet wird. Für mich bedeutet „zusätzlich“, dass etwas dazukommt. Für die Staatsregierung bedeutet „zusätzlich“, dass die neue oder zusätzliche Stelle auch dann eine neue oder zusätzliche Stelle ist, wenn sie eine Sekunde zuvor im selben Bereich gestrichen worden ist. Um das anhand eines bayerischen Beispiels zu erläutern: Wenn man in die Weißwurst am einen Ende hineinbeißt und das Trumm am anderen Ende wieder anflückt, dann ist die Wurst um das ganze Trumm länger geworden. So schaut es aus.

(Heiterkeit bei der SPD)

In Wahrheit ist es natürlich so, dass das Trumm, das weg ist, wirklich weg ist. Das wissen auch Sie.

Ein Beispiel: Im Haushalt 2005/2006 ist die Rede von 400 zusätzlichen Stellen für Grundschullehrer. Diese 400 Stellen wurden im Nachtragshaushalt 2004 gekürzt, weil man seitens der Staatsregierung wild entschlossen war, eine Religionsstunde in der dritten und vierten Klasse zu streichen. Als man mit den Kirchen gesprochen hat, hat man gemerkt, dass die Religionsstunde nicht gestrichen werden kann. Die Lehrer dafür blieben aber gestrichen. Die Religionsstunde blieb in der Stundentafel, musste also erteilt werden, aber die Lehrer gab es nicht. Erst zum Beginn des Schuljahres 2005/2006 werden diese 400 Lehrer – natürlich als neue Lehrer – wieder zur Verfügung gestellt. Wir haben im Ministerium nachgefragt, wo in der Zeit der Religionsunterricht geblieben ist. Man hat uns gesagt, der wird schon irgendwie erteilt worden sein von denen, die grad da waren. Aber wir haben 18 Millionen Euro Konsolidierungsbeitrag geleistet, und das ist das Wichtigste. So funktioniert die Sache.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Ein zweites Beispiel: Sie wollen in den nächsten zwei Schuljahren 20 000 Kinder zusätzlich einschulen, das steht in Ihrem Gesetzentwurf. Dazu brauchen Sie 320 neue Lehrerstellen. Was steht drin im Haushalt? – 160 Stellen stehen drin, und zwar 65 Stellen für heuer, 95 für das nächste Schuljahr. 160 ist aber die Hälfte von 320 und nicht 320. Es wird also bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit die nächste Mangelverwaltung aufgemacht.

(Beifall bei der SPD)

Im Haushalt steht aber, 160 neue Stellen werden für die Einschulung zur Verfügung gestellt. Abgesehen davon, dass diese zusätzlichen Lehrer durch zusätzliche Kinder bedingt sind und das Ganze im Grunde als neutral behandelt werden müsste und nicht als zusätzliche Lehrerstellen, werden sowohl die 400 Grundschullehrerstellen als auch die 160 Grundschullehrerstellen durch eine Streichung von 500 Hauptschullehrerstellen und 262 Grundschullehrerstellen erwirtschaftet. Das heißt, den Volksschulen werden zunächst 762 Stellen weggenommen, um ihnen anschließend 560 Stellen zuzuteilen. Wenn das keine Zahlentrickserei und kein Verschiebebahnhof ist, dann weiß ich nicht, was sonst Zahlentricks sein sollen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Schüler werden doch nicht weniger, wenn man früher einschult.

Ich meine, das waren zwei Beispiele, die deutlich machen, in welcher Art und Weise Sie hier vorgehen. Ich kann Sie nur auffordern: Weg mit den Zahlentricks, weg mit den Verschiebebahnhöfen und her mit echten Lehrern auf echten Planstellen!

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Schneider.

Siegfried Schneider (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es gibt auch Schüler, die dann, wenn sie eine Aufgabe nicht verstehen, von Zahlentrickserei sprechen. Manchmal kommt mir das bei Ihnen auch so vor. Schauen Sie in den Haushalt hinein und zählen Sie die Zahlen zusammen, dann kommen Sie auf die Ergebnisse, die Herr Kollege Prof. Dr. Waschler vorgetragen hat. Wenn Sie sich die Zahlen herauschreiben und Einer unter Einer, Zehner unter Zehner und Hunderter unter Hunderter schreiben, dann kommen Sie auf die richtigen Ergebnisse.

(Heiterkeit bei der CSU)

Frau Kollegin Schieder, ich habe es noch nie erlebt, dass jemand von der Weißwurst abbeißt. Erstens zuzelt er sie, und zweitens hängt er das Stück nicht an der anderen Seite dran. Das macht auch die CSU nicht; davon dürfen Sie überzeugt sein.

Zu dem, was Herr Kollege Maget gesagt hat, möchte ich bemerken: Entscheidend ist, wie viel Unterricht an unseren Schulen stattfindet. Wir brauchen nicht zu diskutieren über Stellen, Stellenäquivalente und Lehrerplanstellen; denn das verwirrt natürlich. Entscheidend für die Eltern und die Qualität der Schule ist, wie viel Unterricht stattfindet. Hier können wir feststellen – und das haben Sie mittlerweile hoffentlich auch –, dass im laufenden Schuljahr in Bayern 40 000 Unterrichtsstunden mehr gehalten werden als im Schuljahr zuvor. Das ist Fakt.

(Beifall bei der CSU)

Mit diesen 40 000 zusätzlichen Stunden wird eine ganze Reihe von zusätzlichen Unterrichtsangeboten und sonstigen Verbesserungen erreicht. Ich weise darauf hin, dass die durchschnittliche Schülerzahl in der Volksschule, also in Grund- und Hauptschule, zurückgegangen ist, dass wir mehr Praxisklassen haben, mehr M-Klassen, mehr Außenklassen, mehr Kooperationsklassen, mehr sonderpädagogische Dienste und mehr Ganztagsangebote. Ich könnte die Liste weiterführen.

Entscheidend ist, wie viel Unterricht an unseren Schulen gegeben wird. Diesbezüglich können wir uns wahrlich sehen lassen und brauchen von Ihnen keine Nachhilfe.

(Zurufe von der SPD)

– Hören Sie erst einmal zu.

Die Unterrichtsversorgung ist in allen Ländern Deutschlands ein Problem. Daran sind die Länder nicht allein schuld, sondern das liegt daran, dass in allen Ländern die Einnahmen eingebrochen sind.

(Simone Tolle (GRÜNE): Nicht schon wieder, Herr Schneider!)

Haben Sie heute zufällig die „Süddeutsche Zeitung“ gelesen? – Dort steht zwar nicht auf der ersten Seite, aber auf der Seite „Wissen“, dass Ihr Kollege Senator aus Bremen, Herr Lemke, angekündigt hat, dass er Schauspieler an den Schulen einsetzen wird, um in der Lehrerversorgung besser dazustehen. Ein Drittel des Unterrichts soll in Bremen künftig nicht durch Lehrer, sondern durch Schauspieler und andere Berufsgruppen abgedeckt werden, weil die Versorgung ansonsten nicht gewährleistet werden kann. Sie sehen, die Unterrichtsversorgung ist nicht nur eine Herausforderung in Bayern.

(Franz Maget (SPD): Kriegen die Verträge?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir regeln die Unterrichtsversorgung anders. Wir haben festgestellt, dass aufgrund der Zuzüge nach Bayern und aufgrund eines anderen Bildungsverhaltens mehr Unterricht notwendig ist. Darauf haben wir reagiert. Wir haben in der Debatte vor Weihnachten darauf hingewiesen, dass sich die CSU-Fraktion mit der Thematik intensiv auseinander setzen wird.

(Simone Tolle (GRÜNE): Was ist herausgekommen? – Zurufe von der SPD)

Wir haben in Kreuth Beschlüsse gefasst. Es war kein Strohfeder, sondern es war ein Kraftakt, zu sagen, wir stellen für das nächste Schuljahr zusätzlich 500 Stellen zur Verfügung.

(Simone Tolle (GRÜNE): Sie wollten aber 800!)

– Mir geht es nicht um die Stellen, sondern um die Unterrichtsversorgung. Das ist ein kleiner Unterschied. Sie fabulieren immer von Stellen; mir geht es um die Unterrichtsversorgung. Das Problem war, dass wir umgerechnet circa 800 Planstellen brauchen, um die Unterrichtsversorgung im nächsten Schuljahr zu gewährleisten. Wir können sie nun gewährleisten, indem wir erstens für 500 Lehrerkapazitäten zusätzlich Mittel zur Verfügung stellen. Ob das 500, 550 oder 600 Lehrer sind, hängt davon ab, ob es sich um Teilzeitkräfte handelt. Das muss man alles mit berechnen.

Zweitens werden wir organisatorische Maßnahmen ergreifen, die im Endeffekt zu mehr Unterricht führen werden. Es ist nichts Schlimmes dabei, wenn Referendare sechs Stunden in der Woche eigenverantwortlichen Unterricht an Volksschulen geben. Warum kann das nicht auch an der Realschule und dem Gymnasium geschehen? – Was spricht gegen den eigenverantwortlichen Unterricht? – Es wird aber kein Student eigenverantwortlichen Unterricht geben, es hat ihn kein Student gegeben, und es wird ihn kein Student geben müssen. Wir werden die Mitarbeit der Studenten nutzen, um besser als bisher den Praxisbezug herzustellen und besser als bisher die individuelle Förderung zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, insgesamt können wir feststellen, dass wir bis zum Schuljahr 2003/2004 jede Planstelle, die frei geworden ist, ersetzt haben und gleichzeitig mehr als 4000 Lehrer zusätzlich eingestellt haben. Es gibt kein Land, das diese Leistungsbilanz vorlegen kann. Es gibt

auch kein Land, dem in allen Studien und von allen Experten eine so gute Bildungspolitik bescheinigt wird. Wir werden morgen die Gelegenheit haben, detailliert auf das Thema einzugehen. Auf jeden Fall sind wir davon überzeugt, dass wir mit unseren Maßnahmen für den Haushalt auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Pranghofer.

Karin Pranghofer (SPD): Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Herr Schneider, dass Sie Lehrer waren, weiß ich, aber von Ihnen möchte ich meine Arbeiten nicht korrigieren lassen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Behauptung, es komme auf den Unterricht an und es gebe 40 000 Unterrichtsstunden mehr, ist nicht nachvollziehbar. Durch die Arbeitszeitverlängerung gab es einen Zugewinn von 2091 Stellen. Davon kassierte der Finanzminister 1445 Stellen. Nach Adam Riese bleiben also 646 Stellen übrig. In das Zeitäquivalent umgerechnet, sind das 17 000 Unterrichtsstunden und nicht, wie Sie behaupten, 40 000.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Kollegin Marianne Schieder sprach davon, dass die Wurst nicht länger werden kann, wenn man von ihr abbeißt. Bezogen auf die beruflichen Schulen – hier haben Sie in den letzten Jahren kräftig von der Wurst abgebissen – ist der Unterrichtsausfall bei 3500 Stunden in der Woche angekommen. Ich wiederhole: 3500 Unterrichtsstunden fallen in den beruflichen Schulen wöchentlich aus. Dabei handelt es sich um Pflichtstunden und nicht um Wahlangebote und Förderunterricht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie haben versäumt, auf den Anstieg der Schülerzahlen mit vermehrten Einstellungen von Lehrerinnen und Lehrern zu reagieren. Das folgende Beispiel bezieht sich wieder auf die beruflichen Schulen. Dort betrug der Schülerzuwachs über 4500 Schülerinnen und Schüler. Was haben die beruflichen Schulen im letzten und in diesem Schuljahr bekommen? – Minus 80 Stellenäquivalente, also nicht mehr Lehrerinnen und Lehrer, sondern weniger. Die Wurst kann also nicht fett werden.

Ich will auf Ihre Aussage eingehen, dass 300 Stellenkapazitäten durch interne Maßnahmen finanziert werden. Das wollen Sie schaffen. Dazu bauen Sie die Minderklassen an den Berufsschulen ab. Das sind 80 Stellen. Dazu kürzen Sie die Kollegstufen-Anrechnung. Das sind 50 Stellen. Und Sie sagen, die Referendare sollen eigenverantwortlichen Unterricht machen. Das sind 57 Stellen. Ich fordere Sie auf: Rechnen Sie das nach: 80 plus 50 plus 57 Stellen. Wo kommen die fehlenden 113 Stellen her? – Ich sage: Sie haben bei dieser Rechnung einen Denkfehler.

(Siegfried Schneider (CSU): 131 Stellen!)

Sie sagen, Sie täten das alles, um nach 20 Jahren nicht vorgeworfen zu bekommen, Sie hätten die Zukunft der Kinder verfrühstückt. Ich glaube, man wird Sie am Ende fragen: Warum haben Sie die heutige Generation vergessen? Wir fordern Sie deshalb auf, dass Sie zu einer soliden und vor allen Dingen für die Schulen verlässlichen Bildungspolitik zurückkommen und dass Sie nicht virtuelle sondern echte Lehrplanstellen schaffen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Frau Staatsministerin Hohlmeier.

Staatsministerin Monika Hohlmeier (Kultusministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst komme ich zu den verschiedenen Behauptungen, bei denen ich den Eindruck habe, dass weder die SPD noch die GRÜNEN jemals den Pisatest in Mathematik bestehen würden.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was Sie an Zahlensalat – –

(Franz Maget (SPD): Ihnen sprießt die Arroganz aus jedem Knopfloch!)

– Ach, Herr Maget, in punkto Arroganz sind Sie allen soweit voraus, dass ich Ihnen den Rang nie ablaufen werde.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Was haben Sie schon verstanden? Welche Qualifikation haben Sie? Welchen Test haben Sie bestanden?)

Als Erstes. Die 800 Lehrerstellen –

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Präsident Alois Glück: Einen Moment. Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

(Franz Maget (SPD): Wir brauchen uns nicht für Idioten erklären zu lassen!)

Staatsministerin Monika Hohlmeier (Kultusministerium): – Ich habe darauf geantwortet, was Sie gesagt haben. Wenn Sie mich aggressiv anreden, dann gebe ich Ihnen eine sorgfältige Antwort.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Soll das sorgfältig sein, wie Sie antworten?)

– Austeilen, aber selbst nichts einstecken können, das kann nicht sein.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Welche Tests haben Sie bestanden, Frau Hohlmeier?)

– Eine ganze Menge. Ich habe immerhin im Abitur die Note 1,8, und Sie?

800 Lehrer, so haben Sie behauptet, würden dieses Jahr fehlen. Kollege Siegfried Schneider hat völlig Recht, wenn er sagt, das sei die Prognose für das nächste Jahr, der wir präventiv begegnet sind, damit im nächsten Jahr keine Ausfälle stattfinden. Für das nächste Schuljahr haben wir 241 Stellen plus 646 Stellen, die aus der Arbeitszeiterhöhung stammen, weil diese zu einer zusätzlichen Unterrichtsverpflichtung der Lehrer führt.

(Marianne Schieder (SPD): Lesen Sie den Haushalt!)

– Frau Schieder, hören Sie ohne jede Aufregung zu. Ich habe erzählt, dass 241 Stellen zusätzlich kommen werden und 646 Stellen aus der Arbeitszeiterhöhung stammen. Sie müssen nur ruhig zuhören.

Eine weitere Größenordnung von 500 Stellen stammt noch von den zusätzlichen Verträgen, die wir in Wildbad Kreuth beschlossen haben. Das ist eine ganz einfache Rechnung. Trotzdem reden Sie betreffend der Arbeitszeiterhöhung nur von Stellenstreichungen. Fakt ist jedoch, dass mehr Unterricht in den Schulen zur Verfügung steht, wenn die Unterrichtszeit angehoben und damit die Lehrer mehr Unterricht erteilen müssen. Das sind die Fakten.

(Beifall bei der CSU)

Bezüglich der mobilen Reserve wünschte ich mir, dass es in Nordrhein-Westfalen so etwas überhaupt geben würde. Dort müssen die Lehrer fast ohne mobile Reserve – und schon gar nicht in der Größenordnung von 2000 Lehrkräften – selbst einspringen.

Als Weiteres wurden die Referendare angesprochen. Kollege Siegfried Schneider hat das sehr präzise ausgeführt. Ich möchte aber etwas hinzufügen. Gerade die SPD und die GRÜNEN waren es, die Praxisnähe der Junglehrkräfte verlangt haben. Wenn jetzt junge Referendare in einem wirklich vertretbaren Ausmaß von insgesamt acht Unterrichtsstunden nur teilweise zum vollen Klassenunterricht, sondern in einem erheblichen Maß für individuelle Förderung in kleinen Gruppen eingesetzt werden, ist das wirklich eine Verbesserung des Praxisbezuges. Ich glaube, dass Referendare, die vier oder fünf, manche sogar sechs Jahre studiert haben, dies leisten können. Ich halte das für eine verträgliche Maßnahme.

(Beifall bei der CSU)

Frau Tolle, es ist und bleibt eine Fehlbehauptung, dass Studenten Lehrkräfte ersetzen sollen. Das ist falsch. Das ist eine definitive Falschbehauptung. Sie sollten endlich aufhören, draußen mit falschen Behauptungen Stimmung zu machen. Das ist definitiv eine Falschaussage. Die Studenten werden während des Studiums ausschließlich in kleinen Gruppen eingesetzt, um Kinder in Deutsch, Mathematik und verschiedenen anderen Fächern zu fördern und während des Studiums den Unterricht besser kennen zu lernen. Das ist eine sinnvolle Maßnahme, die im Exerci-

tium paedagogicum mit den Verbänden erprobt worden ist und von diesen mittlerweile begrüßt wird.

(Simone Tolle (GRÜNE): Wie lange?)

Ich glaube, eine solche Maßnahme verbessert die Lehrerbildung in einer verantwortlichen und sinnvollen Art und Weise.

Sie verweisen immer dann auf Finnland, wenn Ihnen das passt. In Finnland ersetzen Studenten zum Teil Lehrer. Das führen wir nicht durch. Wir machen eine verbesserte Lehrerbildung.

(Beifall bei der CSU)

Des Weiteren, Frau Tolle, haben Sie von der Verschiebung von der Volksschule und der Förderschule hin zum Gymnasium gesprochen. Aufgrund veränderter Schülerzahlen hat es bereits in den Vorjahren Verschiebungen gegeben, die jetzt im Haushalt ordnungsgemäß auf die Realschulen und Gymnasien übertragen wird.

(Simone Tolle (GRÜNE): Dann waren die vorherigen Haushalte getürkt!)

Das ist keine Veränderung, die im nächsten Schuljahr stattfindet, sondern die in den letzten beiden Schuljahren aufgrund sinkender Schülerzahlen an der Hauptschule vorzunehmen war und nunmehr im Haushalt Aufnahme findet.

Die Grundschulen und die Hauptschulen behalten ihre Stellen, so wie diese auch vorgesehen sind. Was die bereinigten Zahlen anbelangt, so haben wir einen Anstieg von 2,3 %, ohne die Pensionen und Beihilfen. Es ist also anders, Frau Tolle, als das, was Sie gerade beschrieben haben. Verlängerte Verträge werden doppelt gerechnet, so Ihre Behauptung.

(Simone Tolle (GRÜNE): Ich habe nur die Schulen gerechnet!)

– Frau Tolle, Sie müssen sich wirklich einmal anschauen, was tatsächlich passiert. Wenn jemand einen Vertrag hat, dann bekommt er eine Stelle, weil es mehr Stellen gibt oder weil jemand pensioniert wurde. Wenn es eine zusätzliche Stelle ist, dann wird dies als zusätzliche Stelle gerechnet. Wenn es aber eine vorhandene Stelle ist, weil jemand pensioniert wurde, dann wird das nicht als zusätzliche Stelle gerechnet. Der jeweilige Vertrag wird selbstverständlich wiederbesetzt. Hier sind weder Tricks noch sonst etwas, das ist eine ganz normale Berechnung. Wir können nachweisen, dass die Stellen, die Herr Kollege Waschler mit 5319 angegeben hat, richtig sind und ganz exakt so im Haushalt stehen. Hierzu kommen noch die 646 Stellen aus der Unterrichtspflichtzeiterhöhung. Sie bilden insgesamt 6000 Stellen.

(Zuruf von der SPD: Ihr seid nicht kompetent!)

Wenn man außerdem bedenkt, dass wir zusätzliche Mittel für den Sport an den Schulen bereitgestellt haben, dann

kommen wir insgesamt fast auf 6500 Stellen. Das ist die Größenordnung, über die wir reden.

(Zuruf der Abgeordneten Marianne Schieder (SPD))

– Frau Schieder, das ist eine Größenordnung, die Sie in keinem von Ihnen regierten Land auch nur annähernd aufweisen können.

(Marianne Schieder (SPD): Hören Sie doch mit diesem Totschlagsargument auf! Bekennen Sie sich zu Ihrer Verantwortung!)

– Das ist doch meine Verantwortung. Ich bekenne mich dazu, dass wir über 6000 zusätzliche Lehrerkapazitäten bereitstellen. Dazu bekenne ich mich ausdrücklich. Das Land Bayern ist so attraktiv, dass viele Menschen innerhalb Deutschlands in den Freistaat zuwandern. Wir bieten nämlich mehr Arbeitsplätze als rot regierte Länder. Dafür können Sie uns aber nicht schimpfen. Entsprechend haben wir aber auch mehr Kinder und Schüler, die Sie in den von Ihnen regierten Ländern nicht aufzuweisen haben.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf Sie noch auf etwas anderes aufmerksam machen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist nicht Ihr Land, sondern das ist unser aller Land! – Unruhe bei der CSU)

Ich habe den Eindruck, dass manche etwas aggressiv sind.

(Simone Tolle (GRÜNE): Zu Recht!)

Nun zum Thema „frühzeitige Einschulung“. Frau Schieder und Frau Tolle, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass die Berechnung mit den 160 Stellen vor der Berechnung mit den 818 Stellen war. Das bedeutet, die 500 neuen Verträge beziehen auch das Problem der frühzeitigen Einschulung der Schülerinnen und Schüler ein.

(Marianne Schieder (SPD): Oh je, oh je, jetzt werden es noch weniger!)

– Frau Schieder, in die Berechnung von 818 Stellen floss der über 160 Stellen hinausgehende Bedarf der frühzeitigen Einschulung mit ein. Ich erkläre es Ihnen noch einmal:

(Simone Tolle (GRÜNE): Aber Sie haben nur 500 Stellen und nicht 800!)

Das bedeutet, dass wir 160 Stellen nicht berechnen, weil wir diese schon im bisherigen Haushalt haben. Lesen Sie den Haushalt doch einfach einmal. Studieren Sie ihn in Ruhe durch. Wenn man ihn komplett durchstudiert, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass Ihre Berechnungen nicht richtig sind. Die frühzeitige Einschulung ist berück-

sichtigt, und zwar aufgrund der neuen Versorgung mit den zusätzlichen 500 Verträgen.

Damit das Ganze Sinn bekommt, möchte ich Ihnen, Herr Maget, auf Ihren Vorwurf antworten, dies hier sei der schulpolitische Offenbarungseid. Ich lese einmal vor, was die SPD dort tut, wo sie selbst regiert. Die Überschrift lautet: „Billige Lehrkräfte“.

(Unruhe bei der SPD)

Ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt, aber man muss das wirklich einmal mit Genuss lesen: „Bremens Schulsenator Willi Lemke will arbeitslose Schauspieler, Fitnesstrainer oder Erzieher an den Schulen der Hansestadt beschäftigen.“

(Franz Maget (SPD): Beschäftigen! Beschäftigen!)

– Herr Maget, ich kann mir vorstellen, dass Ihnen das nicht gefällt. Sie sollten sich aber das Originalzitat von Herrn Lemke geduldig anhören. „Ich kann mir vorstellen, dass man künftig zwei Drittel Lehrer und ein Drittel anderer Mitarbeiter an den Schulen haben wird“, sagt der SPD-Politiker.

(Simone Tolle (GRÜNE): Was ein Fußballmanager sagt, interessiert uns nicht!)

Ziel müsse es sein, die Personalstärke ohne steigende Kosten zu erhöhen. Nun ein Originalzitat von Herrn Lemke: „Wir brauchen mehr Personal, das sich um die Kinder kümmert, bei gleichem finanziellen Aufwand.“ So. Das heißt, dort, wo Sie regieren, wollen Sie bei gleichem finanziellem Aufwand viel mehr Kinder betreuen, bei Außerachtlassung jeglicher fachlicher Qualität. Und da werfen Sie uns, die wir über 6000 Lehrer mehr eingestellt haben, vor, dass wir zu wenig tun.

(Franz Maget (SPD): Das werden ja immer mehr!)

Ich glaube, das ist ein Offenbarungseid.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich würde Sie einfach bitten, zur sachlichen Diskussion zurückzukehren. Wir sehen die Probleme, die wir an den Schulen haben. Wir sehen auch, dass wir nicht alle Wünsche erfüllen und nicht alles machen können, was wir uns vorstellen. Im Gegensatz zu Ihnen wollen wir den Kindern aber auch nicht auferlegen, künftig Zins und Tilgung zu bezahlen für die Schulden, die wir ihnen heute aufbürden. Deshalb haben wir einen vernünftigen, machbaren Weg eingeschlagen. Wir können nicht alle Wünsche erfüllen, aber wir haben einen guten, einen soliden Weg in einem guten Bildungssystem gewählt.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Die weiteren Wortmeldungen sind: Frau Kollegin Weikert, Herr Kollege Nöth, Herr Kolle-

ge Pfaffmann und Herr Kollege Wägemann. Frau Kollegin Weikert, bitte.

Angelika Weikert (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In der „Süddeutschen Zeitung“ stand das Zitat, das Frau Staatsministerin Hohlmeier gerade vorgelesen hat, unter der Überschrift: „Pinbrett“. Im Übrigen stehen dort auch einige andere interessante Dinge zu lesen, und ich empfehle Ihnen, sie vollständig zu lesen. Es werden interessante Beispiele genannt, aus SPD-regierten Ländern ebenso wie aus denen, in denen die CDU regiert. So wird zum Beispiel etwas ausgesagt zur Einführung des letzten Kindergartenjahres und zu vielem mehr.

(Zuruf des Abgeordneten Siegfried Schneider (CSU))

– Das habe ich gesagt, Herr Schneider. So viel aber nur zum Übergang. In dieser heutigen Aktuellen Stunde habe ich von den Kolleginnen und Kollegen von der CSU gelernt,

(Simone Tolle (GRÜNE): Viel Lärm um Nichts!)

dass es um mehr Unterricht geht, um die Anwesenheit von Lehrern und um die Menge des Unterrichts. Es wurde aber wenig darüber ausgesagt, in welcher Qualität ein solcher Unterricht erfolgen soll. Das ist vielleicht eine andere Diskussion, die wir zu einem anderen Zeitpunkt führen sollten, die nach meiner Meinung aber ebenfalls dringend notwendig ist.

Ein Thema, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, muss ich Ihnen deutlich vorhalten, und dabei verweise ich auf die Zeitungsberichte in den letzten Tagen: es geht um den Sportunterricht. Ich glaube nicht, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, selbst wenn Sie noch so gut rechnen können und mit Ihren Rechenkünsten sogar vor uns liegen,

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Das glaube ich nicht!)

dass Sie bei all Ihren Rechenkünsten darauf kommen, dass es in Bayern mehr Sportunterricht gibt als Anfang der Neunzigerjahre. Damals gab es nämlich vier Stunden Sportunterricht. Inzwischen wurde er auf 2,2 bis 2,7 Stunden pro Woche reduziert. So sieht es aktuell aus.

Hier noch eine Sache, die Sie, Frau Staatsministerin, vielleicht aufklären könnten. Zeitungsberichten war zu entnehmen, dass es einen Sonderhaushalt geben soll, der auf Anregung der CSU eingestellt worden sei, um den Sportunterricht in Bayern zu fördern. 2,7 Millionen Euro sollen herausgestrichen werden, um Lächer im Bildungswesen zu stopfen. Ich finde es sehr ärgerlich, Kolleginnen und Kollegen, dass Sie hier viel mit Zahlen jonglieren – darauf haben meine Vorredner von der SPD schon hingewiesen – und dabei die Stunden für den Sport- und den Religionsunterricht als stille Reserve betrachten. Sie nehmen immer wieder Gelder und schichten sie dann für die Leistungsfächer um. Sport hat in Ihrer Rangfolge keine Wertigkeit.

Sport ist aber –, ich glaube, damit sage ich Ihnen nichts Neues –, ein ganz wesentlicher Aspekt, der zur Bildung und zur Erziehung gehört und der für die Gesundheit sehr wichtig ist. Sportunterricht kann von Anfang an, wie Sie das doch immer betonen, Frau Ministerin, bilden und erziehen. Der Sport kann vom Kindergarten an eine entscheidende Rolle spielen. Sport an den Schulen kann mit dazu beitragen, dass Aggressionen unterbleiben. Er trägt dazu bei, dass die Schülerinnen und Schüler Teamgeist in der Gruppe erfahren, und er erhöht –, das hat ein Erlanger Professor festgestellt –, die Konzentrations- und Denkfähigkeit um 50 %.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich habe den Sportunterricht nur als ein Beispiel von vielen herausgezogen. Bei der Diskussion um Bildungspolitik im Bayerischen Landtag macht mich schon nachdenklich – ich benutze extra das Wort nachdenklich –, mit welcher Penetranz Sie einen offenen Notstand im Land Bayern permanent leugnen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Staatsministerin, wie können Sie heute eigentlich noch immer behaupten, alles sei in Ordnung? Wie können Ihre Kolleginnen und Kollegen von der CSU sagen, dass mehr Unterricht erteilt wird, wenn Ihnen alle Verbände – ob das der Philologenverband ist, ob das der Bayerische Lehrerinnen- und Lehrerverband ist, ob das der Schulleiterverband ist oder wer auch immer –, Briefe schreiben. In dem Brief des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes mit Datum 8. Februar, am 31. Januar an Ihr Ministerium abgeschickt, wird exakt darauf hingewiesen, dass es in Bayern viel zu wenig Lehrer gibt. Sie sagen aber immer noch: Es ist alles in Ordnung. Können denn alle bayerischen Lehrer nicht rechnen, oder können nur Sie im Referat rechnen? Das kann eigentlich nur die Antwort darauf sein.

Noch Eines. Ich bin zwar noch nicht so lange im Landtag, aber ich kenne die Bildungspolitik ganz konkret vor Ort in Nürnberg. Ich war 13 Jahre – Kollege Imhof weiß das – Mitglied im Schulausschuss der Stadt Nürnberg, und auch heute noch besuche ich regelmäßig Nürnberger Schulen.

Präsident Alois Glück: Frau Kollegin, Sie sind einige Zeit über Ihrer Redezeit.

Angelika Weikert (SPD): – Ich bin gleich fertig. – Alle sagen mir: Wir haben zu wenig Lehrer; uns geht die Kraft aus; bitte helft uns, dass wir entsprechend Unterstützung bekommen, sonst können wir den Bildungszielen, die wir letztlich im Auftrag der bayerischen Kinder erfüllen müssen, nicht mehr nachkommen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Nöth; anschließend Herr Kollege Pfaffmann. Da die Frau Staatsministerin über zehn Minuten gesprochen hat – exakt waren es elf Minuten –, haben die Fraktionen auf Antrag weitere Redezeit. Die SPD hat Redezeit für Frau Kollegin Schieder beantragt.

Eduard Nöth (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Ich möchte zunächst Frau Kollegin Weikert widersprechen, die erneut von einem „Notstand an unseren bayerischen Schulen“ gesprochen hat. Ich glaube, es ist maßlos übertrieben, diesen Begriff zu verwenden. Ich glaube, wir haben nie bezweifelt, dass in bestimmten Bereichen Engpässe vorhanden sind. Von einem Notstand im bayerischen Bildungswesen zu sprechen, halte ich aber für maßlos übertrieben. Wenn Sie diesen Zustand auf Ihre Partei bzw. auf Ihre Fraktionen beziehen, gebe ich Ihnen Recht. Für das bayerische Schulwesen trifft er aber in keiner Weise zu.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden auch nicht zulassen – Sie können die Begriffe wählen, wie Sie wollen –, dass Sie durch eine Generalattacke das bayerische Schulwesen schlecht reden.

(Simone Tolle (GRÜNE): Das machen Sie schon ganz von selbst!)

Meines Erachtens haben wir in Bayern ein ausgezeichnetes Bildungswesen. Wir haben an unseren Schulen hervorragende Verhältnisse. Frau Kollegin Weikert, ich wehre mich auch dagegen, dass Sie hier im Landtag, im Plenum erhebliche Zweifel an der Qualität des Unterrichts an unseren Schulen hegen. Meines Erachtens ist das auch eine Abqualifizierung unserer Lehrkräfte. Das sollten Sie tunlichst unterlassen. Sie sprechen von Ihren guten Kontakten zu den Schulen. Gehen Sie einmal an unsere Schulen und schauen Sie, was dort geleistet wird. Ich glaube, das Gegenteil Ihres Zweifels ist heute angebracht.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben unseren Kolleginnen und Kollegen an der schulischen Front ein Kompliment für das auszusprechen, was sie unter den derzeitigen Bedingungen leisten.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das haben Sie ganz gut gesagt: unter den derzeitigen Bedingungen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf sagen, dass es Tatsache ist, dass die Bayerische Staatsregierung und auch die CSU-Fraktion mit ihren Beschlüssen von Kreuth sehr aktuell und zeitnah auf die Herausforderungen in unserer Schullandschaft reagiert haben. Durch 100 zusätzliche Lehrkräfte haben wir bereits im Januar eine wesentliche Entlastung geschaffen. Ich habe gestern mit dem Ministerialbeauftragten und auch mit den Schulamtsdirektoren gesprochen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Alle in Bayern? Ha! Ha!)

Momentan ist wirklich eine ordentliche Unterrichtsversorgung gegeben. Ich weiß, dass wir in manchen Bereichen Schwierigkeiten haben. Heute ist uns ein Beispiel aus dem Landkreis Straubing genannt worden. So etwas wird nie zu vermeiden sein. Ich glaube aber, dass unser Unter-

richt im Schulhalbjahr momentan hervorragend abläuft. Ich glaube, das sollte man auch so anerkennen.

Tatsache ist auch – das ist heute wiederholt gesagt worden –, dass wir mit einem positiven Saldo von 887 Planstellen in das nächste Schuljahr gehen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

Ich glaube, damit haben wir auch der künftigen Entwicklung an unseren Schulen Rechnung getragen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch eine Tatsache ansprechen, die immer wieder im Vergleich zu anderen Ländern gebracht wird. Wir wissen – das ist nachweislich so –, dass Bayern an seinen Schulen mit Abstand den meisten Unterricht erteilt. Ihnen ist geläufig, dass beispielsweise die Schüler in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu Bayern bis zum Abitur fast zwei Jahre weniger Unterricht und an den Grundschulen fast ein Jahr weniger Unterricht haben. Sie dürfen mir glauben – das ist meine Einschätzung –: Wenn Ihre Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen oder in Schleswig-Holstein bayerische Verhältnisse vorweisen könnten, würden sie die Bildungspolitik in den nächsten Wochen zu einem Wahlkampfschlager machen. Das muss ich Ihnen einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb bitte ich Sie wirklich sehr herzlich, auch bei Ihrer Kritik – ich nehme das alles gerne auf – die Kirche im Dorf zu belassen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wir wollen die Schule im Dorf belassen!)

– Da gebe ich Ihnen auch Recht. Das ist völlig richtig, und dazu werden Sie von uns auch keine andere Meinung hören.

(Simone Tolle (GRÜNE): Taten! An Blabla ist schnell etwas gesagt!)

Die Grundschule wird weiterhin hundertprozentig im Dorf bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Tatsache ist, dass der Unterrichtsausfall in Bayern bei allen Schularten unter 3 % liegt. Auch diesbezüglich sind wir im Ländervergleich Spitze. Ich bin dem Ministerium und der Ministerin sehr dankbar dafür, dass jetzt durch die erfolgreichen Stichproben Klarheit über den tatsächlichen Unterrichtsausfall geschaffen wird. Wir werden auch diese Entwicklungen selbstverständlich sehr gut und genau beobachten und darauf auch entsprechend reagieren.

Meine Damen und Herren, auch die Bildungsausgaben in Bayern – das hat die Ministerin ja gerade klargestellt – steigen real, unabhängig von all dem, was in den Kulturetat hineingepackt ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn erst morgen über das Thema Kultushaushalt gesprochen und dieser zu verabschieden ist, möchte ich deutlich machen, was letztlich die Ursache dafür ist, dass wir in den Ländern in derartige Schwierigkeiten kommen: Das ist nämlich Ihre Politik in Berlin, Ihre Wirtschafts- und Haushaltspolitik und auch Ihre Steuerpolitik und Arbeitsmarktpolitik, die uns in den Ländern die Luft nimmt, die wir letztendlich bräuchten, um auch im schulischen Bereich bessere Verhältnisse zu erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf noch ganz kurz etwas anderes ansprechen. Bei all dem, was zum Thema Geld und Lehrerstellen in den Raum geworfen wird, habe ich heute einen Begriff vermisst, den Sie in den vergangenen Debatten immer wieder gebracht haben: nämlich die Forderung nach einer Bildungsmilliarde.

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, wir sind über der Zeit.

Eduard Nöth (CSU): – Ich schließe ab. – Sie nennen heute den Begriff „Bildungsmilliarde“ nicht mehr. Anscheinend haben bei Ihnen doch die Realisten über die Utopisten gesiegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gleichwohl glaube ich, dass wir insgesamt auf einem schwierigen, aber richtigen Weg sind. Die Ergebnisse aller nationalen und internationalen Leistungstests geben uns mit unserer bayerischen Schulpolitik Recht. Wir werden weiterhin daran arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Hohlmeier, ich möchte doch einen Satz auf Ihre rotzfreche und arrogante Bemerkung sagen,

(Zahlreiche Zurufe von der CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

dass hier sozusagen niemand die Pisa-Prüfung bestanden hätte. Eigentlich sollte man sich solch dümmlicher Äußerungen nicht bedienen. Ich sage Ihnen aber schon Eines: Sie sind wirklich die Letzte, die sich mit dieser Arroganz an diesen Tisch stellen sollte. Wer so viele schulpolitische Versprechungen gebrochen hat, wer so viele Lehrer schulpolitisch angelogen und betrogen hat, wer für das größte Schulchaos der letzten 20 Jahre verantwortlich ist und wer so tief in Affären und Skandale verstrickt ist,

(Zurufe von der CSU – Glocke des Präsidenten)

hat überhaupt keinen Grund, hier so aufzutreten. Das sage ich deutlich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zur Debatte: Ich kann mich nur wundern. In den letzten 1,5 Stunden wurde immer wieder davon geredet, dass alles wunderbar sei und nur die Opposition alles schwarz male. Man muss sich die Augen reiben, wenn man im Gegensatz dazu die Zeitungen der letzten Wochen liest. Dort ist von „Schulchaos“ bis zu „Desaster“ die Rede. Die Eltern gründen Initiativen für mehr Lehrer. Die Schüler protestieren, allerorten herrscht Chaos. Nur die CSU in diesem Hause nimmt das nicht zur Kenntnis. Sie will es nicht zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einen Satz zu diesem grandiosen Vergleich mit Bremen sagen. Nehmen Sie bitte einmal zur Kenntnis, was wir schon immer gesagt haben, nämlich, dass an Schulen nicht nur Lehrerinnen und Lehrer arbeiten müssen. Wir sind der Meinung, auch Sozialpädagogen, Künstler und Kooperationen mit örtlichen Wirtschaftsverbänden sind in der Schule sinnvoll. Jawohl, wir wollen alle diese Menschen in den Schulen haben, aber nicht als Ersatz für Lehrerinnen und Lehrer. Genau das hat Herr Lemke nicht gesagt. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, wie Sie versuchen, den Leuten Sand in die Augen zu streuen.

Ich möchte noch ein paar Sätze zum Thema sagen: Herr Kollege Schneider, Sie haben erklärt, in Bayern seien 40 000 Stunden mehr Unterricht abgehalten worden. Ja, auf dem Papier mag das stimmen. Diesen 40 000 Stunden mehr Unterricht muss man jedoch den Unterrichtsausfall entgegensetzen. Wenn man das tut, sehen Sie alt aus. Ich möchte dazu aus einem Brief Ihres eigenen Kultusministeriums zitieren. Danach fallen wöchentlich 3300 Stunden an den Berufsschulen, 730 Stunden an den Fachoberschulen, 1300 Stunden an den Realschulen und mehrere tausend Stunden an den Gymnasien aus. Das ist die bittere Realität in diesem Lande. Dem haben Sie nichts aber auch gar nichts entgegensetzen.

Ich möchte jetzt die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Waschler kommentieren: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Dr. Waschler hat vorgerechnet – was die CSU immer gern tut –, in den letzten zehn Jahren hätten wir 5000 Lehrer eingestellt. Das wird von uns gar nicht bestritten. Lieber Herr Kollege Dr. Waschler, nehmen Sie aber bitte zur Kenntnis, dass in den letzten fünf Jahren 24,6 % mehr Schülerinnen und Schüler in den Schulen waren. Der BLLV und die anderen Verbände haben ausgerechnet, wenn die Klassen zahlenmäßig stabil gehalten worden wären, hätten 24,6 % Schüleranstieg einen zusätzlichen Lehrbedarf von 20 000 Stellen bedeutet. Sie haben 15 000 Lehrkräfte weniger eingestellt, als sie gebraucht hätten.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die bittere Wahrheit. Die Differenz haben Sie durch die Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit und eine Arbeitszeitverlängerung aufgefangen. Das ist die Wahrheit.

Ich komme zum Schluss. Zurzeit ist immer von Stellenäquivalenten und Unterrichtspflichtzeit die Rede. Damit ist den Lehrerinnen und Lehrern, den Schülerinnen und

Schülern, den Eltern und den Schulen nicht geholfen. Wir brauchen vollwertige Planstellen und nicht irgendwelche imaginären Stellenäquivalente. Sie werfen mit Nebelkerzen, um die Wahrheit zu vertuschen und schön zu reden. Damit helfen Sie den Schulen keinen Zentimeter weiter.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Als nächste haben sich Herr Kollege Wägemann, Frau Kollegin Schieder, Frau Kollegin Tolle und Herr Kollege Schneider zu Wort gemeldet. Danach würde ich die Rednerliste schließen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Ich lasse Herrn Kollegen Schneider vor!)

– Frau Kollegin Tolle, erstens hat sich Herr Schneider später gemeldet, und zweitens liegt es in der Verantwortung des Präsidenten, die Reihenfolge festzulegen. Sie können anschließend mit Herrn Kollegen Schneider ein Privatissimum machen und den Gedankenaustausch fortsetzen.

Gerhard Wägemann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der positiven Fakten und Zahlen, die meine Fraktionskollegen und die Staatsministerin genannt haben, ist es einen Unverschämtheit der SPD, einen solchen Popanz aufzuführen. Sie sprechen von Zahlentricksereien, von Schulchaos und von Notstand. Wer hier von Zahlentricksereien spricht, kann entweder nicht rechnen oder keinen Haushalt lesen. Die SPD ist angesichts ihrer schrecklichen Wahlergebnisse anscheinend ständig auf der Suche nach Themen, aus denen sie Honig saugen und positive Veränderungen für sich ableiten kann.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben das zuletzt bei der Forstreform probiert. Das ist nicht aufgegangen. Jetzt haben Sie sich die Bildungspolitik ausgesucht und versuchen, sich über dieses Thema aufzupäppeln. Sie suchen Unterstützer und wollen mit Interessenvertretern kooperieren, wobei sie deren Forderungen noch übertreffen. Sie fordern 20 000 Lehrerstellen nach dem Motto: Wer bietet mehr. Die SPD versucht, die Stimmung in den Schulen aufzuheizen. Dazu ist ihr nahezu jedes Mittel recht.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wir sind auch noch da!)

Sie reden die Lage schlecht, nehmen die positiven Leistungen und die erfolgreichen Ergebnisse nicht zur Kenntnis und negieren sie. Sie zeichnen ein Zerrbild und versuchen, Streit und Unfrieden in unsere Schulen zu tragen.

(Beifall bei der CSU)

Ihr letzter Elternbrief, den Sie über die Schulen an die Elternbeiräte weiterleiten wollten, ist ein neuer Höhepunkt und ein Beispiel für unzulässige parteipolitische Agitation in Schulen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Ich habe mir diesen Brief durchgelesen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, so etwas hat in der Schule nichts zu suchen. Das war eine eindeutige parteipolitische Werbung.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Jetzt sagen Sie halt über uns auch mal etwas Schlechtes!)

Sie verstoßen damit gegen Vorschriften. Die Ministerin und das Ministerium sind dagegen zu Recht eingeschritten. So geht es nicht. Sie haben in diesem Brief angekündigt, außerparlamentarisch – quasi als APO-Nachfolger – arbeiten zu wollen. Sie wollen Sammelpetitionen einreichen und Unterschriftensammlungen durchführen. Das ist Ihr gutes Recht. Das können Sie selbstverständlich tun. Das zeigt aber auch, in welchem bedauernswerten politischen Zustand Sie sind. Herr Kollege Maget hat zu Beginn dieser Debatte gesagt, wir würden einen schulpolitischen Offenbarungseid leisten. Ich sage: Sie leisten einen politischen Offenbarungseid, wenn Sie das nicht mehr anders bewältigen können.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU und die Staatsregierung werden weiterhin gemeinsam die Spitzenstellung der bayerischen Bildungspolitik halten. Herr Kollege Maget, dazu brauchen wir auch nicht umkehren, wie Sie das vorhin gemeint haben. Wir müssen dazu nur unseren Weg konsequent fortsetzen. Natürlich sehen wir die vorhandenen Probleme und hören viele berechtigte Wünsche. Wir dürfen aber trotz unserer Priorität bei der Bildung eine solide Finanzpolitik nicht vergessen. Wir in Bayern werden die chaotische und unverantwortliche Finanzpolitik von Rot-Grün nicht zulassen.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Sie sparen alles kaputt!)

Die SPD und die GRÜNEN wären in der Bildungspolitik glaubwürdiger, wenn sie im Bund und in den Bundesländern, in denen sie die Regierungsverantwortung tragen, kein so schlechtes Beispiel geben würden.

(Beifall bei der CSU)

Sie pflegen in der Bildungspolitik inzwischen Rituale. Sie wollen das Thema am Kochen halten.

(Karin Radermacher (SPD): Genau das wollen wir!)

Durch ständiges Wiederholen wird Ihre Politik jedoch nicht besser. Wer über fünf Millionen Arbeitslose zu verantworten hat, muss bei der Schulpolitik etwas kürzer treten und darf den Mund nicht so voll nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bitte Sie daher sehr herzlich, wieder etwas sachlicher zu werden, den Ton, Kollege Pfaffmann, zu mäßigen und

hier mit uns gemeinsam die erfolgreiche Politik in Bayern fortzusetzen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren, im Saal wird es kontinuierlich lauter. Vielleicht könnten wir uns doch wieder mehr auf die Redner konzentrieren. – Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Schieder.

Marianne Schieder (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Frau Staatsministerin, Sie verweisen auf Bremen und wollen der SPD damit einen Spiegel vorhalten. Ich hoffe, Ihnen ist bekannt, dass in Bremen eine große Koalition regiert.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie vorgelesen haben, ist maßgeblich auf den Druck der CDU zurückzuführen, weil die CDU in Bremen darauf besteht

(Zurufe von der CSU)

– hören Sie zu! –, dass es keine zusätzlichen Ausgaben geben darf, so wie das in Bayern auch ist. Wenn man trotzdem versucht, den Mangel abzustellen, treibt das eben solche Blüten.

(Beifall bei der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Schneider, Herr Kollege Waschler, Frau Kollegin Hohlmeier, Sie dürfen mir glauben, dass ich rechnen kann. Ich empfinde es als unverschämt, dass Sie sagen, ich hätte hier falsche Zahlen genannt. Ich habe nur gesagt, was im Haushaltsplan steht, dass nämlich im Doppelhaushalt 500 Stellen für Hauptschullehrer und 262 Stellen für Grundschullehrer gestrichen werden. Das ergibt zusammen 762 Stellen; das steht so drin. Sie geben an, Sie würden im Gegenzug 1003 neue Stellen schaffen. In diesen 1003 Stellen sind die 400 Grundschullehrerstellen enthalten, die im Zusammenhang mit dem Religionsunterricht stehen und die Sie selbst als Ausgleich für Kürzungen im Nachtragshaushalt bezeichnen. Diese Stellen dürften Sie also doch redlicherweise nicht gegenrechnen, wenn Sie vorführen wollen, was Sie zusätzlich zur Verfügung gestellt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Trickser!)

Sonst bräuchten Sie diese Stellen doch nicht als Ausgleich zur Verfügung zu stellen. Sie geben also 603 Stellen zurück und streichen 762. In den 603 Stellen sind jene 160 Stellen enthalten, die für die zusätzlich einzuschulenden 20 000 Kinder benötigt werden. Ich habe noch nie gehört, dass diese 160 Stellen in einem anderen Haushalt enthalten gewesen wären. Wir haben dazu ein Gespräch mit einem Vertreter des Ministeriums geführt und ihn gefragt, wo die anderen 160 Stellen sind. Er hat gesagt, das wisse er nicht. Die mussten noch irgendwo herkommen! Er hat

nicht gesagt, dass die schon in einem früheren Haushalt enthalten waren. Also müssen Sie diese Stellen auch herausrechnen. So hat man 443, die zurückgegeben werden.

Sie geben 403 Stellen an die Gymnasien zurück und 40 an die Realschulen. Dem stelle ich gegenüber, dass die Grund- und Hauptschulen 762 Stellen durch Streichung erwirtschaften. Das sind keine zusätzlichen Stellen, sondern das sind alles Stellen, die woanders weggenommen werden. Ich habe also nichts Falsches gesagt, sondern nur die Zahlen im Haushalt vorgetragen.

Herr Wägemann, es ist interessant, dass Sie behaupten, dass unsere Post – das war übrigens ein Dank für die ehrenamtliche Elternarbeit; auch ein Neujahrsglückwunsch war dabei – irgendetwas mit parteipolitischer Werbung zu tun hätte.

(Zurufe von der CSU)

Herr Schneider, was war es denn, als die CSU-Fraktion offiziell über den Verteiler des Kultusministeriums eine Stellungnahme zur Arbeitszeiterhöhung verbreitet hat, die mit einer polemischen Beschimpfung der Bundesregierung begonnen hat, die schuld daran sei, dass Sie kein Geld für die Einstellung zusätzlicher Lehrerinnen und Lehrer hätten? – Den Vorwurf der parteipolitischen Werbung muss ich also an Sie zurückgeben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich kann nur gutheißen, was mir ein Schulleiter geschrieben hat. Er konnte keine unzulässige politische Werbung in diesem Brief erkennen und hat ihn weitergegeben, weil er sich für das höhere Rechtsgut entschieden hat. Er hofft nun, dass man gegen ihn disziplinarische Maßnahmen ergreift, damit dieser Vorgang einmal klargestellt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte natürlich die Gelegenheit, noch einmal reden zu können, nicht ungenutzt verstreichen lassen und mich noch einmal über Tausende von zusätzlichen Stellen wundern. Wenn wir uns an das halten, was im Stellenplan und in der Nachschubliste steht – für mich sind nicht Marketinggags und Pressemitteilungen aus dem Kultusministerium ausschlaggebend –, dann kommen wir auf 273 zusätzliche Stellen. Wohlgemerkt: Ich zähle hier nur die Stellen im Einzelplan 05 für die Schulen, für das ISB und für die Akademie in Dillingen. Frau Hohlmeier, ich habe diese Stellen zusammengezählt und komme dabei auf keine glorreiche Erhöhung um 5 %, sondern einschließlich Nachschubliste auf eine Erhöhung um 0,5 %. Ich darf Ihnen versichern, dass ich rechnen kann. Wir sollten uns vielleicht darauf verständigen, dass es nicht von geistiger Größe zeugt,

wenn man in gleicher Münze zurückzahlt, wenn man sich angegriffen fühlt.

Herr Kollege Wägemann, da Sie von chaotischer Finanzpolitik gesprochen haben, möchte ich Ihnen schon einmal sagen: Fassen Sie sich doch an die eigene Nase und schauen Sie einmal, welche Vorschläge Sie in Berlin auf dem Tisch legen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie fordern eine Senkung der Einkommensteuersätze, was bedeutet, dass die Einnahmen der Länder noch stärker sinken werden. Wie wollen Sie da noch finanzieren? Sie sollten also behutsamere Töne in Richtung Berlin anschlagen. Sie sind, wie ich vorhin schon gesagt habe, auf dem Gebiet etwas nackt.

(Heiterkeit bei der CSU – Gerhard Wägemann (CSU) entledigt sich demonstrativ seines Jacketts)

Herr Kollege, deswegen wäre es angebracht, verzagt zu schweigen. Herr Kollege Wägemann, es ist im Übrigen keine Unverschämtheit, sondern Aufgabe der Opposition, darauf hinzuweisen, dass wir Notstand an Bayerns Schulen verspüren. Nachdem Sie die bayerische Schulpolitik so loben, möchte ich aus Ihrem internen Papier zitieren, wie wir bundesweit in punkto Klassenstärke stehen: Grundschule Platz 15 von 16, Hauptschule Platz 6 von 9, Förderschule Platz 15 von 15, Realschule Platz 12 von 12, Gymnasium Platz 14 von 16. Das ist kein Grund, um stolz zu sein, sondern ein Grund, um mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Arbeiten Sie also daran! Unsere Anträge dienen Ihnen zur Orientierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat Herr Kollege Schneider das Wort, bitte schön.

Siegfried Schneider (CSU): Ich möchte noch einige Anmerkungen zu den Ausführungen der Vorredner machen. Zunächst zu den Stellen: In der Tat war es so, dass nach den Berechnungen 160 Stellen für die vorzeitige Einschulung gefehlt hätten. Das war mit ein Grund dafür, dass Staatsregierung und CSU-Fraktion das Thema noch einmal aufgegriffen und in Kreuth Beschlüsse gefasst haben mit dem Endergebnis, dass 500 zusätzliche Lehrer eingestellt werden können. Damit ist dieses Defizit beseitigt.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Wir haben auch noch beschlossen – das wurde bisher noch gar nicht gesagt –, dass zur Entlastung der Schulen zusätzlich 300 Stellen mit staatlichen Bediensteten, vor allem aus dem IT-Bereich, hinzukommen werden.

Nun zu den Schülerzahlen und zum Bildungsverhalten: Wenn in bestimmten Schularten die Schülerzahlen zurückgehen, während an anderen Schularten die Schülerzahlen steigen, dürfte es doch nachvollziehbar sein, dass sich auch in der Zuteilung der Stellen etwas ändert. Wer

das nicht tut, kann seinen Haushalt nicht aufrechterhalten. Ich nenne ein Beispiel. Wir haben an der Hauptschule einen Rückgang der Schülerzahlen von circa 1,7 %.

Wir haben bei den Klassen einen Rückgang um nur 0,3 %. Es ist zwar keine Verschiebung im Verhältnis 1 : 1 erfolgt, aber es erfolgt trotzdem eine Verschiebung; denn wenn es in einer Schulart weniger Schüler gibt, brauche ich auch weniger Lehrkräfte. In den Schularten, in denen es zusätzliche Schüler gibt, brauche ich auch zusätzliche Lehrer. Das ist jetzt passiert, und das wird auch in Zukunft passieren. Das ist keine Besonderheit. Das sind auch keine Tricks, sondern das ist eine Normalität, die man beim Haushalt berücksichtigen muss.

Zum Brief, der über die Schule an die Eltern verteilt werden sollte: Die SPD-Fraktion sollte schon darüber nachdenken, ob es wirklich richtig ist, Papiere mit zu verschicken, die von der SPD-Partei gemacht und verantwortet werden. Wenn Sie meinen, es sei richtig, dass Parteipapiere verteilt werden, dürfen Sie auch nichts dagegen haben, wenn andere Parteien Parteipapiere über die Schulen verschicken.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die Landtagsfraktion, Herr Schneider!)

Keiner von uns will, dass auch Parteien wie die NPD irgendwann etwas über die Schule verschicken dürfen. Das möchte ich schon deutlich sagen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die Landtagsfraktion! Aber wenn, dann darf das nur die CSU! – Joachim Wahnschaffe (SPD): Die Landtagsfraktion!)

– Frau Kollegin Werner-Muggendorfer und Herr Kollege Wahnschaffe, das ist schon peinlich!

(Marianne Schieder (SPD): Der Inhalt stinkt euch doch!)

Frau Werner-Muggendorfer, wir verschicken keine Papiere, für die die Partei nach dem Presserecht und dem Copyright verantwortlich ist. Punkt! Das gilt auch für die SPD.

(Beifall bei der CSU)

Wie steht Bayern bundesweit da? – Natürlich können Sie ein paar Zahlen herausgreifen, Frau Kollegin Tolle. Wie steht aber Bayern in der Bildungspolitik bundesweit da – bei der Tims-Studie, der Pisa-1-Studie, der Pisa-2-Studie,

(Simone Tolle (GRÜNE): Pisa 2 ist noch nicht heraus!)

bei der Iglu-Studie oder bei der Studie der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“?

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Schlecht schaut es aus!)

Überall bekommt Bayern die besten Noten. Keines der rot-grün regierten Länder kommt nur ansatzweise an die Ergebnisse Bayerns heran.

(Beifall bei der CSU)

Die Attraktivität Bayerns zeigt sich auch im Zuzug, in Unternehmenansiedlungen, in der geringeren Jugendarbeitslosigkeit, und wir werden dafür sorgen, dass wir auch in Zukunft die bestmöglich qualifizierten jungen Leute in Bayern ausbilden können, damit Bayern auch in Zukunft zu den stärksten Ländern Deutschlands zählt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Haushaltsplan 2005/2006;
Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz**

Das Wort hat der Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. Im Ältestenrat wurde für die Haushaltsrede eine Redezeit von 30 Minuten vorgesehen. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir alle haben sicher noch die schrecklichen Bilder des verheerenden Seebebens in Südostasien vor Augen. So schlimm dieses Ereignis war, so sollten wir doch daraus Lehren ziehen und verstärkt Vorsorge gegen künftige Naturkatastrophen, zum Beispiel den Klimawandel, treffen.

Wir tragen Verantwortung für die Zukunft, für die heutige und künftige Generationen und deren Welt. Vorsorge kann Schäden an Leib und Leben sowie an Hab und Gut vermeiden und damit viel menschliches Leid sowie hohe soziale Kosten ersparen.

Mit Beginn dieser Legislaturperiode wurden in Bayern der Umwelt-, der Gesundheits- und der Verbraucherschutz in einem Geschäftsbereich zusammengefasst. Dies macht Sinn; denn Umweltschutz ist auch vorsorgender Menschenschutz. Vorsorge für Mensch und Umwelt aus Verantwortung gegenüber der Schöpfung und aus Verantwortung gegenüber den Generationen nach uns – an diesen Werten orientiert sich unsere Politik. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind Markenzeichen bayerischer Politik.

Gemäß dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung hat Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber einen umfassenden Modernisierungsprozess des Freistaates eingeleitet. Zu einer umfassend nachhaltigen Politik gehören aber nicht nur die Umwelt- und die Sozialpolitik, sondern auch eine an diesem Leitbild ausgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik. Deshalb bekenne ich mich auch aus der Umweltverant-

wortung heraus zur Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit des ausgeglichenen Staatshaushaltes, wie wir ihn mit diesem Doppelhaushalt für 2006 anstreben. Wer das Finanzkapital der Zukunft verkonsumiert, vergeht sich an den Kindern und Enkeln genauso wie derjenige, der die natürlichen Lebensgrundlagen plündert.

Mit Einsparungen von 15 % leistet der Haushaltsentwurf ebenso wie zum Beispiel der des Bayerischen Wirtschaftsministeriums seinen vollen Beitrag zur Konsolidierung des Gesamthaushalts. Mit einem Ausgabevolumen von rund 796 Millionen Euro im Jahr 2005 bzw. rund 810 Millionen Euro im Jahr 2006 bietet er eine solide Basis für die Politik dieses Geschäftsbereichs.

(Susann Biedefeld (SPD): Zulasten von Natur und Umwelt!)

Ich möchte an dieser Stelle herzlich den Mitgliedern des Haushaltsausschusses danken, vor allem seinem Vorsitzenden Manfred Ach, dem Kollegen Markus Sackmann sowie den Kollegen Klaus Wolfrum und Thomas Mütze. Danke möchte ich auch dem Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt- und Verbraucherschutz, dem Kollegen Henning Kaul, sowie dem Vorsitzenden des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik, dem Kollegen Joachim Wahnschaffe, und dem Kollegen Joachim Unterländer.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, trotz der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen haben wir beim Hochwasser- und beim Naturschutz sowie bei der Gesundheitsvorsorge und der Umweltbildung Prioritäten gesetzt. Wir haben dort die Haushaltsansätze maßvoll erhöht. Anfang dieses Jahres sind die Steuereinnahmen – auch das will ich offen ansprechen – noch einmal eingebrochen. Die aus diesem Grund erhöhte Haushaltssperre lässt zwar die Ansätze im Haushalt unberührt, führt aber im Vollzug des Haushalts naturgemäß zu Einschränkungen. Wir werden diese Sperre flexibel handhaben, um so ihre Auswirkungen auf unsere Schwerpunktaufgaben möglichst gering zu halten. Die Einzelheiten werden wir noch festlegen.

Wir leisten mit diesem Haushalt und mit den vorgesehenen Reformen einen signifikanten Beitrag zur grundlegenden Reform von Staat und Verwaltung in Bayern. Zwei Ministerien wurden zusammengeführt. Die fünf Landesämter sollen zu zweien verschmolzen werden. Die Wasserwirtschaftsämter werden von 24 auf 17 konzentriert. Sie behalten ihre Eigenständigkeit. Wir bündeln die Kräfte, sparen Mittel und Personal und nutzen so Synergieeffekte. So schaffen wir die Voraussetzungen, dass die Verwaltungsaufgaben auch in Zukunft effektiv und effizient erfüllt werden können. Zugleich setzen wir wichtige landesentwicklungspolitische Akzente, wie dies auch immer die Handschrift der Staatsregierung war. Mit der Verlagerung von 190 Stellen stärken wir das Bayerische Umweltkompetenzzentrum Augsburg. In Hof wird das neu geschaffene Landesamt für Umweltschutz mit seinen 300 Stellen die dort so notwendigen Entwicklungsimpulse entfalten. Dass wir die Umzüge von Mitarbeitern so sozialverträglich wie möglich gestalten, versteht sich von selbst. Mit dieser größten Behördenverlagerung in Bayern setzen wir ein

Signal für Hof und Oberfranken, aber auch für Augsburg und Schwaben. Hof wird Umweltstadt, und die ganze bayerische Grenzregion gewinnt mit diesem zukunfts-trächtigen Dienstleistungszentrum neue Chancen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen mit unserer Politik der Vorsorge für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz auf die Verantwortungsgemeinschaft von Staat, Bürgern, Gesellschaft und Wirtschaft. Zum einen muss der Staat heute wieder auf seine Kernaufgaben zurückgeführt werden, insbesondere auf das Setzen der notwendigen Rahmenbedingungen. Zum anderen kann gerade Vorsorge am allerwenigsten allein durch Gesetze und bürokratische Vorgaben bewirkt werden. Vorsorge braucht auch und vor allem Eigeninitiative und Eigenverantwortung.

Vorsorge beginnt beim Einzelnen, in der Familie. Sie fordert Herz und Verstand. In diesem Sinne haben wir mithilfe einer Vielzahl von Trägern das Netz der bayerischen Umweltstationen auf nunmehr 33 ausgebaut. Dieses weit verzweigte Netzwerk der außerschulischen Umweltbildung wollen und werden wir weiter stärken und weiter entwickeln. Die Vorsorge für Mensch und Umwelt lebt vom Zusammenspiel der Ideen und Initiativen aller gesellschaftlichen Kräfte. Darum haben wir das Forum „Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz“ geschaffen, das just gestern erstmals als neue Plattform des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen zusammengetreten ist. Auch im Klimaschutz bündeln wir alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte. Nach dem „Klimadialog“ mit der bayerischen Wirtschaft haben wir im vergangenen Herbst mit dem Bund Naturschutz ein „Klimaschutzbündnis“ in Bayern geschlossen. Wir bauen mit den wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen so ein Netzwerk der Klimafreundlichkeit auf.

Vorsorge für die Umwelt ist zugleich auch Vorsorge für die Wirtschaft. Das mag auf den ersten Blick widersprüchlich aussehen. Aber nachhaltige Entwicklung bringt doppelten Gewinn – ökologisch wie ökonomisch. Die Wirtschaft ist deshalb unser Partner, nicht unser Widerpart, der miss-träulich gegängelt werden müsste. Gerade wer die Nachhaltigkeit ernst nimmt, muss ökologische Vorsorge und ökonomische Innovation zusammenziehen. Die Aufgabe moderner Umweltpolitik besteht darin, ökonomische und ökologische Zukunftsvorsorge zusammenzuführen und Umweltschutz als Motor der Innovation und als Chance für neue Arbeitsplätze zu verstehen und voranzutreiben. Ich begrüße deshalb ganz ausdrücklich die jüngsten Äußerungen von EU-Industriekommissar Günter Verheugen, der zu Recht unterstreicht, dass die Umweltfreundlichkeit und die Energieeffizienz unserer Wirtschaft bereits heute ein zentraler Wettbewerbsvorteil sind, der weiter ausgebaut werden muss.

Allerdings muss die Europäische Union ihrerseits dabei auch Unterstützung leisten. Ein wichtiger Prüfstein für die EU wird dabei die Neuregelung des Europäischen Chemikalienrechts sein. Die neue Verordnung „REACH“ wird dazu der Maßstab werden. Die Europäische Union verfolgt richtige Ziele, aber die geplante Verordnung ist mit 1200 Seiten ein monströses Werk; für kleine und mittlere Unternehmen, wie wir sie gerade in Bayern haben, ist sie

damit nicht mehr handhabbar. Deshalb wird der Freistaat wie schon in der Vergangenheit auch in den nächsten Monaten konkrete Vorschläge vorlegen, um das Miteinander von Ökologie und Umweltvorsorge gegenüber gefährlichen Chemikalien mit dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Vertretbarkeit auszutarieren. Meine Kollegin, Staatssekretärin Emilia Müller, wird dazu in Kürze in Brüssel in einem eigenen Workshop in unserer bayerischen Vertretung konkrete Vorschläge auf den Tisch legen. Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger, dafür aber bessere gesetzliche Rahmenbedingungen. Sie müssen der Innovationskraft der Wirtschaft Freiraum geben und zugleich unsere Umweltschutzstandards sichern, das heißt: weiterhin hohe Umweltqualität, aber mit weniger regulativem, mit weniger bürokratischem Aufwand.

Zu diesem Zweck haben wir allein in Bayern seit 2001 im Geschäftsbereich über 150 Verwaltungsvorschriften abgeschafft; die ursprüngliche Zahl haben wir damit mehr als halbiert. Leider ist die Bundesregierung nicht in gleicher Weise mitgegangen: Ursprünglich waren 1000 Vereinfachungsvorschläge eingebracht worden; davon wurden lediglich 100 im Kabinett behandelt, 29 gebilligt und ganze 9 Vorschläge sind schließlich umgesetzt worden. Wir müssen auf allen Ebenen, ob auf Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene mehr deregulieren und entbürokratisieren, um die notwendigen Freiräume wieder zu schaffen, um innovatives Wirtschaftswachstum mit ökologischer Verträglichkeit zu verbinden. Denn Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sind längst von weichen zu harten Standortfaktoren geworden. Wachsenden Kosten bei unterlassener Vorsorge stehen große Marktchancen bei frühem, effizientem Handeln gegenüber. Dazu leistet der Umweltpakt einen großen Beitrag. Er ist unlängst erst wieder international gewürdigt worden. Selbst in den Vereinigten Staaten, unserem Partnerland Wisconsin, hat man dies erfreut aufgenommen und als „Incentives of Bavaria“ gewürdigt.

Lassen Sie mich zum Hauptthema, dem Schutz des Klimas kommen. Die Prognosen der Wissenschaft zum Klimaschutz sind immer belastbarer geworden, die Warnungen der Versicherungswirtschaft immer besorgniserregender. Von den rund 130 Milliarden Dollar volkswirtschaftlicher Schäden durch Naturereignisse in 2004 schätzt die Münchner Rückversicherung zwischenzeitlich über 90 % als klimabedingt ein. Morgen – ich begrüße das ausdrücklich – tritt endlich das Übereinkommen von Kyoto in Kraft, das noch unter Bundeskanzler Helmut Kohl und seiner Umweltministerin Merkel maßgeblich vorangebracht worden ist. Damit wird ein wichtiger Schritt vorwärts getan, aber – Hohes Haus, meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor! – die Kyoto-Ziele sind angesichts der rasant wachsenden Gefahren aus dem Klimawandel letzten Endes nicht ausreichend, um der Erwärmung des Klimas und den daraus resultierenden Folgen wirkungsvoll begegnen zu können. Wir brauchen eine „Kyoto-plus-Initiative“, in die die Hauptemittenten einbezogen sind, das heißt insbesondere die USA, aber auch China und andere Entwicklungs- und Schwellenländer wie zum Beispiel Indien oder Brasilien. Allein der jährliche Zuwachs an CO₂-Emissionen in Indien ist so groß wie die gesamten Jahresemissionen im Freistaat Bayern. Die neuen Kohlekraftwerke, die China plant, haben das Siebenfache an Leistung der ganzen heutigen deutschen

Stromerzeugung. Im Vergleich dazu sind unsere CO₂-Reduktionen nur der berühmte „Tropfen auf den heißen Stein“. Dennoch sage ich ganz ausdrücklich und ohne Wenn und Aber: Wir müssen unsere Anstrengungen forcieren, um das Klima zu schützen, um die Glaubwürdigkeit unserer Politik zu unterstreichen und nicht zuletzt um auch die gewaltigen Marktchancen zu nutzen, die sich für unsere umweltfreundlichen Technologien eröffnen.

Eine Schlüsselfrage bei allem ist die Energieeffizienz: Wir müssen den Energieverbrauch von der wirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln. Das heißt: Wirtschaftliche Entwicklung muss mit immer weniger Energieverbrauch möglich sein. In China ist das Verhältnis hier heute 1 : 2. China hat 10 % Wirtschaftswachstum und braucht dafür 20 % mehr Energie. Das ist fatal. Wir haben es in Bayern geschafft, die Entkoppelung auf den Weg zu bringen. Bei uns galt vor Jahren das Verhältnis 1 : 1. Heute erzielen wir 1 % Wirtschaftswachstum mit einem Energieverbrauchs-
zuwachs von 0,6. Das ist eine große Chance, auch für den Export unserer Technologien. Die Kohlendioxid-Emissionen in Bayern konnten in diesem Kontext in den letzten Jahren seit 1996 weiter verringert werden. Die allerneueste Zahl des Statistischen Landesamtes weist für 2002 eine Gesamtemission in Höhe von 83,6 Millionen Tonnen CO₂ aus. Das bedeutet: Bayern hat damit einen Pro-Kopf-Ausstoß von unter 7 Tonnen CO₂ erreicht. Das ist im internationalen Vergleich eine absolute Spitzenleistung. Trotzdem dürfen wir dabei nicht stehen bleiben; trotzdem wollen wir weiter reduzieren.

Das nächste Etappenziel ist: 2010 soll die Gesamtemission auf 80 Millionen Tonnen weiter reduziert werden. Das bedeutet einen Pro-Kopf-Ausstoß in Höhe von 6,4 Tonnen pro Einwohner und Jahr. Damit wollen wir unsere führende Position halten, in Deutschland und im internationalen Vergleich. Möglich macht das ein ausgewogener Energiemix, in dem auch die erneuerbaren Energien einen immer größeren Anteil haben. Bayern ist schon heute Wasser- und Sonnenkraftland Nummer 1 in Deutschland. Aber auch hier wollen wir nicht stehen bleiben, sondern weitergehen und insbesondere noch stärker Wärme aus dem bayerischen Boden gewinnen. Zusammen mit unserer Landwirtschaft wollen wir auch die Biomasse- und Bio-
gasverwertung im Freistaat weiter ausbauen.

Wir nehmen Klimaschutz ernst und schließen deshalb auch die kohlendioxidfreie Kernenergienutzung aus einem nachhaltigen Energiemix nicht aus. Solange die Sicherheit jeder einzelnen Anlage gewährleistet ist und kein gleichwertig klimafreundlicher Ersatz zur Verfügung steht, ist ein Abschalten der Anlagen nicht zu verantworten. Denn die bayerischen Kernkraftwerke allein vermeiden 41 Millionen Tonnen an zusätzlichem CO₂-Ausstoß. Das ist mehr als die gesamte CO₂-Emission des Personen- und Güterverkehrs. Deshalb sollte auch die Bundesregierung angesichts der wachsenden Klimarelevanz ihre Scheuklappen gegenüber der Kernenergie ablegen, um ein wirklich insgesamt stimmiges Klimaschutzkonzept auf den Weg zu bringen.

Dass die Bundesregierung kein in sich schlüssiges Klimaschutzkonzept hat, ist nicht nur eine Aussage von mir, sondern auch eine Aussage, die vom Fraktionssprecher der GRÜNEN im Deutschen Bundestag, Dr. Reinhard Los-

ke, erst vor wenigen Tagen gemacht worden ist. Er hat nach einem Zitat der „FAZ“ gesagt: „Beim Thema Stromeinsparung hat die Regierung noch keine überzeugenden Konzepte vorgelegt.“ Als ich heute früh die „FAZ“ aufgeschlagen habe, habe ich gelesen, dass wiederum der Sprecher der GRÜNEN Dr. Reinhard Loske die Bundesminister Stolpe und Clement aufgefordert hat, rasch Vorschläge zur Umsetzung eines Klimaschutzprogramms vorzulegen, denn wir seien im Verzug. Die Maßnahmen, die bisher ergriffen worden seien, reichten nicht aus.

Das ist auch unsere Meinung. Es reicht nicht aus, was getan worden ist, und es reicht auch nicht, dass wir etwas in Bayern oder in Deutschland tun. Wir brauchen mehr internationale Anstrengungen. Auch die Hauptemittenten USA, China und andere müssen mit an den Tisch und dazu beitragen, dass die CO₂-Emissionen drastisch verringert werden.

(Susann Biedefeld (SPD): Erledigen wir doch zuerst unsere Hausaufgaben!)

Der Schwerpunkt unserer Aktivitäten – der Schwerpunkt des Klimaschutzkonzeptes in Bayern – ist der Gebäudebestand, der Altgebäudebestand im privaten und öffentlichen Bereich. Eine Kosten-Nutzen-Betrachtung, die wir von der Technischen Universität München haben erstellen lassen, zeigt, dass insbesondere bei älteren Gebäuden der Einsatz finanzieller Mittel die größten Beiträge zur CO₂-Reduktion liefern kann.

(Susann Biedefeld (SPD): Das hat der Oberste Rechnungshof seit Jahren immer wieder eingefordert!)

Hier sind Handlungsbedarf und Ökoeffizienz am höchsten. Genau auf diesem Feld beabsichtigt der Bundesfinanzminister, die bisher vorgesehenen und bereitgestellten Mittel zu kürzen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Sie haben doch in Ihrem Haushalt gekürzt!)

Ich darf noch einmal aus der „FAZ“ von heute zitieren – ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt. Ich zitiere noch einmal den Sprecher der GRÜNEN, Dr. Reinhard Loske, der gesagt hat, dass nicht nur die Mittel beizubehalten sind, sondern von gegenwärtig 360 Millionen auf 720 Millionen verdoppelt werden sollten. Besonders das Mittelvolumen des KfW-Programms reicht nicht aus, um eine nennenswerte Kohlendioxyminderung zu erreichen. Das sagen ihre eigenen Leute in Berlin. Deshalb will ich auch von meiner Seite noch einmal deutlich machen, dass die Bundesregierung ihren Beitrag leisten muss.

(Margarete Bause (GRÜNE): Welchen Beitrag leisten Sie denn? – Susann Biedefeld (SPD): Wie sieht es denn mit den bayerischen Liegenschaften aus?)

Man kann nicht nur irgendwelche hehren Prozentziele in die Welt setzen und sich dann vor den Maßnahmen der Umsetzung drücken. Letztendlich muss derjenige, der A sagt, auch B sagen.

Das gilt nicht nur für die CO₂-Reduktion, sondern auch für die Folgenanpassung. In erster Linie müssen wir unsere Hochwasserschutzstrategie an die Klimaerwärmung anpassen. Das Konzept nach dem Aktionsprogramm 2020 hat sich bewährt. Wir wollen es deshalb trotz schwieriger Haushaltslage weiter konsequent umsetzen und halten auch für den Doppelhaushalt an den durchschnittlichen Jahresinvestitionen von 115 Millionen pro Jahr fest.

Ich will zu einem zweiten großen Schwerpunkt nach Klimaschutz und Hochwasserschutz kommen, nämlich dem Gesundheitsschutz. Auch hier zieht sich die Grundlinie der Vorsorge konsequent durch. Vorsorgen – so sagt ein altes Sprichwort – ist besser als Heilen. Nirgendwo gilt dies mehr als bei der Gesundheit. Prävention erspart den Betroffenen viel Leid und der Gesellschaft gewaltige Kosten. Der Sachverständigenrat für konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen schätzt, dass bis zu 30 % der Gesundheitskosten durch langfristige Prävention vermieden werden können. Wir haben deshalb eine Initiative zur Prävention in Bayern mit dem Motto „Gesund.Leben.Bayern“ gestartet und konzentrieren uns dabei auf die chronischen Volkskrankheiten und Hauptrisikofaktoren wie Rauchen, Alkohol, Übergewicht sowie betriebliche Gesundheitsfragen.

Beim Rauchen wollen wir den Trend umkehren und das Einstiegsalter, das in den letzten Jahren immer weiter gesunken ist, wieder heraufsetzen und mehr junge Leute vom Rauchen wegbringen. Wir setzen dabei auf Vernunft und Eigenverantwortung und möglichst wenig staatliche Regeln. In der Schule steht allerdings der Schutz der Jugendlichen im Vordergrund. Unsere Jugend soll Rauchfreiheit als Normalfall erleben. Deshalb wollen wir noch in diesem Jahr die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass an allen Schulen Bayerns Rauchfreiheit generell eingeführt wird.

(Beifall bei der CSU)

Allein in Bayern sterben Jahr für Jahr 16 500 Menschen vor dem 65. Lebensjahr an den Folgen des Rauchens. Deshalb sollte unsere Jugend Rauchfreiheit als Normalität erleben. Deswegen sollte überall dort, wo Kinder und Familien sind, nicht geraucht werden. Das gilt für Schulen, das gilt aber selbstverständlich auch für Orte, in denen Heilung praktiziert wird, nämlich die Krankenhäuser. Auch sie sollen rauchfrei werden. Als erstes Großklinikum hat Augsburg damit begonnen, innerhalb der nächsten drei Jahre die Rauchfreiheit komplett herzustellen. Auch in Gaststätten und Hotels wird Rauchfreiheit groß geschrieben und der Nichtraucherschutz ausgeweitet. Nach der Vereinbarung mit dem Hotel- und Gaststättenverband sollen mindestens 50 % aller bayerischen Hotels und Gaststätten bis zum Ende nächsten Jahres rauchfrei bzw. Nichtraucherfreundlich sein. Ich denke, dass wir damit im Zusammenhang mit dem Rauchen die Vorsorge kraftvoll vorantreiben können. Auch dem verantwortungsbewussten Umgang mit Alkohol gilt ein Schwerpunkt der Vorsorgeinitiative. Das gleiche gilt für den Kampf gegen das Übergewicht: gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung.

Nach der leider unvermeidlichen Abschaffung der dezentralen Ernährungsberatung bauen wir ein neues Netzwerk mit Ärzten, Apothekern und vielen anderen auf. Wir wollen mit allen gesellschaftlichen Kräften zusammenwirken, um Gesundheitswissen zu vermitteln und Gesundheitsförderung zu betreiben. Auch hier liegt der Schwerpunkt insbesondere darin, auf Kinder und junge Leute zuzugehen. Ob beim Kindergartenprojekt „Tiger Kids“ oder in der Schule ist es wichtig, dass Schüler und Kinder sich eigenverantwortlich in den Pausen gesund ernähren. Wichtig sind auch Projekte zwischen Schulen und Vereinen, um mehr Bewegungsangebote zu unterbreiten.

(Margarete Bause (GRÜNE): Und gleichzeitig den Schulsport streichen! Das passt zusammen!)

Lassen Sie mich vor dem Hintergrund der Kürze der zur Verfügung stehenden 30 Minuten noch auf den Naturschutz kommen: Wir können heute den 100. Geburtstag des kooperativen Naturschutzes in Bayern feiern. Die Gründung des bayerischen „Landesausschusses für Naturpflege“ von 1905 ist Anlass für dieses Jubiläum. Wir wissen uns dieser Tradition verpflichtet, stellen uns der Verantwortung für die Schöpfung, für unsere herrliche bayerische Natur- und Kulturlandschaft. Bayern, sein Selbstverständnis, seine Identität und Lebensqualität leben von unserer wunderbaren heimatischen Natur.

Mit der Meldung vom Herbst vergangenen Jahres bringt Bayern 11,3 % seiner Landesfläche in das europäische Naturerbe „Natura 2000“ ein. Der bayerische Weg, Naturschutz in Dialog und Partnerschaft mit allen Beteiligten zu betreiben – vor allem mit unserer Landwirtschaft, lieber Ausschussvorsitzender Helmut Brunner – hat sich dabei erneut bewährt. Es geht darum, Naturschutz im Miteinander mit den Grundstückseigentümern und denen, die unseren Boden, unsere Heimat und unsere Natur bewirtschaften, zu betreiben. Wir werden deshalb so unbürokratisch, so kooperativ und so flexibel wie irgendmöglich „Natura 2000“ umsetzen und die FFH-Managementpläne erstellen. Auch der Naturschutz braucht ein modernes Ökomanagement statt einer überbordenden bürokratischen Regelung.

Gefordert ist aber auch die Europäische Union – auch das will ich offen sagen; denn wer A sagt, muss auch B sagen. Europa wollte einen europaweiten Biotopverbund. Wir fordern deshalb von Seiten Bayerns auch die notwendigen Finanzmittel ein, um die europäische Kofinanzierung für „Natura 2000“ sicherzustellen.

Wir dürfen uns aber auch hier nichts vormachen. Angesichts der knappen Fördermittel müssen wir Prioritäten setzen. Dazu gehört die Konzentration der Mittel auf den Ausbau des Biotopverbundsystems, auf Erhalt und Pflege der bayerischen Landschaften – zum Beispiel in den Naturparks –, aber auch die Förderung unserer Gartenschauen. Wir werden dem Hohen Haus in der ersten Hälfte dieses Jahres eine Novelle des Bayerischen Naturschutzgesetzes vorlegen, um so das Bundesnaturschutzgesetz umzusetzen, und zwar so unbürokratisch und so flexibel wie möglich.

Wir haben – lassen Sie mich innerhalb der Redezeit diese Schlussbemerkung noch machen, Herr Präsident – nach der Flutkatastrophe in Südostasien eine Welle globaler Solidarität erlebt. Wir sollten diesen Schwung der Solidarität mitnehmen und weiter tragen. Es ist eine Welle der Solidarität mit der heutigen und noch mehr mit den künftigen Generationen. Wir wollen den kommenden Generationen hier und überall in der Welt ihre natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen sichern helfen.

Das ist das große Leitbild nachhaltiger Entwicklung. Dabei geht es, wie es unser Bundespräsident sagt, nicht „um Verzicht, sondern um Gewinn, nicht um Beschränkung, sondern um Verantwortung, nicht um Gängelung, sondern um Freiheit“. Dieses Leitbild der Nachhaltigkeit, der Vorsorge für Mensch und Umwelt heute und morgen ist uns Auftrag und Verpflichtung.

Ich danke allen hier im Hohen Haus und allen Partnern im ganzen Land für die Zusammenarbeit im Sinne der Erreichung dieser Ziele und bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, um Zustimmung zu dem vorgelegten Haushaltsentwurf.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, vielen Dank.

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von einer Stunde und 30 Minuten festgelegt. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 46, auf die SPD-Fraktion 25 und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 19 Minuten. Als Erster hat Herr Kollege Müller das Wort.

Herbert Müller (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben nur eine Erde. Wir können sie weder verlassen noch austauschen. Deshalb müssen wir sie bewahren. Sie ist unsere natürliche Lebensgrundlage. Wir müssen sie in einem Zustand bewahren, in dem unser Leben möglich ist.

Globale Veränderungen sind auf das menschliche Einwirken zurückzuführen. Das Ozonloch ist zur Dauerbedrohung geworden. Die Temperaturen steigen. Der Klimawandel ist voll im Gang. Die Regenwälder werden zerstört. Viele Tier- und Pflanzenarten sterben aus. Naturkreisläufe werden zerstört. Die Anzahl und die Schwere der Naturkatastrophen nehmen zu. Die veränderten Lebensbedingungen erzeugen neue Krankheiten und Seuchen.

So wichtig es ist, sich auf diese neuen Bedingungen einzustellen und ihre menschenfeindlichen Auswirkungen zu bekämpfen, so steht doch fest, dass das nur der halbe Ansatz ist. Die Erde als Reparaturbetrieb zu verstehen, kommt zwar dem Verständnis vom technisch Machbaren entgegen, ist aber nur eine Hälfte. Wir müssen vom Reparieren zum Bewahren, zur Vorsorge kommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, das sollte vor allem wieder – ich sage bewusst: wieder – die CSU lernen. Bayern hatte das erste Umweltministerium und den ersten parlamentarischen Umweltausschuss. Die Beteiligung der SPD an diesem Vorhaben habe ich vor einiger Zeit hier deutlich gewürdigt.

Es war einmal vor 30 Jahren, dass Bayern an der Spitze des Umweltschutzes stand. Heute ist Bayern in vielen Bereichen auf dem letzten Platz der Bundesländer.

(Zuruf von der CSU: Beispiele!)

– Ich bin doch erst am Anfang.

Ich darf Ihnen ein Beispiel nennen. Ich zitiere aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 3. April 2004:

Mit der Vorlage der aktuellen Roten Liste für gefährdete Tier- und Pflanzenarten hat Bayern seinen Nimbus verloren, beim Naturschutz an der Spitze zu liegen.

Da können Staatsregierung und CSU noch so laut auf die Gründung des ersten Umweltministeriums in Deutschland verweisen. Das ist Vergangenheit. Die ökologische Wirklichkeit ist so düster wie nie zuvor. Als übertriebene Schwarzmalerei abtun lässt sich da nichts mehr. Nicht die oft geschmähten Naturschützer und ihre Verbände haben die Defizite in der Natur offen gelegt, sondern das Landesamt für Umweltschutz, das dem Umweltministerium untersteht. Das verleiht der jetzt vorgelegten Bilanz ein doppeltes Gewicht. Für Umweltminister Werner Schnappauf dürften viele Festlegungen wie eine schallende Ohrfeige wirken. Betroffen fühlen darf sich auch Ministerpräsident Stoiber, der die Umweltpolitik zur Chefsache gemacht hat.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

– Ich habe gesagt, wer das war. Aber der Umstand, dass die Rote Liste deutlich macht, dass in Bayern mehr als die Hälfte der Arten gefährdet und am Aussterben ist, sollte deutlich machen, dass man zur Bewahrung der Natur jetzt etwas tun muss. Man darf nicht sagen: Das machen wir in 10 oder 20 Jahren. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Nachhaltigkeit ist ein globales Prinzip, das wir an erster Stelle lokal und regional lösen können und müssen. Fingerzeige auf andere helfen nicht weiter, wenn wir uns damit aus unserer eigenen Verantwortung stehlen wollen. Niemand hindert uns in Bayern, voranzugehen und unseren Beitrag zu leisten. Wenn uns dies gelingt, werden andere nachziehen und mitmachen. So sollten wir uns verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Der morgige 16. Februar 2005 wird weltweit als Festtag gefeiert. Es ist fürwahr ein historischer Tag. Das Kyoto-Protokoll kann nun nach langen Verfahren und vielen Widerständen in Kraft treten. Die Unterzeichnung wird an

vielen Orten der Welt festlich begangen. Auch in Bonn wird ein Festakt stattfinden. Ich freue mich über den Anteil, den gerade auch meine Bundesregierung und unser Bundeskanzler daran hatten, dass das Kyoto-Protokoll nun in Kraft treten kann und dass vor allem auch Russland beigetreten ist; dies kommt ja wohl nicht von ungefähr.

Ich bedaure, dass sich die USA nach wie vor verschließen. Ich bedaure, dass die Bayerische Staatsregierung nachhaltiges Engagement vermissen lässt und sich beharrlich weigert, für Bayern ein klares, ambitioniertes Klimaschutzziel anzusteuern, nämlich eine Reduzierung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2012 um 20 %, wie wir es lange fordern. Das wäre „Kyoto plus“, Herr Minister. Sie sollten nicht mit dem Finger nach Berlin zeigen. Die drei Finger, die auf Sie zeigen, lassen sich zum Anlass nehmen, „Kyoto plus“ in Bayern zu praktizieren, statt es von anderen zu fordern.

(Beifall bei der SPD)

Seit diesen Tagen liegen erste Ergebnisse der bislang weltweit größten Studie zum Klimawandel vor. An diesem Projekt „Climate Prediction Net“, geleitet von Davis Stainford von der University of Oxford, haben sich mehr als 95 000 Menschen aus 150 Ländern beteiligt. Das Ergebnis, werte Kolleginnen und Kollegen, ist alarmierend. Durch Treibhausgase können die Temperaturen bis Mitte dieses Jahrhunderts global um bis zu 11 Grad Celsius ansteigen. Das ist mehr als das Doppelte der bisher von der vom zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimafragen angenommenen maximalen Erwärmung. Ich denke, das sind dramatische Zahlen. Die haben nichts mit SPD oder CSU zu tun, sondern sind Grundlage dafür, welche notwendigen Schritte heute zu tun sind.

Was das bedeutet, zeigen verschiedene Szenarien. Ich darf nur an die bereits sichtbaren Wetterextreme und Klimaveränderungen erinnern. Ich weise aber auch darauf hin, dass 80 % der Menschen weniger als 200 Kilometer vom nächsten Meer entfernt leben. Ich darf daran erinnern, was ein Abschmelzen der Polkappen für den Wasserspiegel der Meere und die Süßwasserreservoirs bedeutet.

Zukunftssicherung bedeutet, jetzt statt später zu handeln. Damit ist der Klimaschutz vorrangige Aufgabe der Politik. Wir können es uns nicht leisten, darauf zu vertrauen, dass es schon irgendwie weitergeht. Wir müssen global umsteuern und zu diesem Zweck lokal handeln. Klimaschutz ist an erster Stelle eine neue Energiepolitik, mit der wir CO₂-Emissionen drastisch mindern können.

(Beifall bei der SPD)

Die moderne Energiebewirtschaftung der Bundesregierung mit den Eckpfeilern Energieeinsparung, höhere Energieeffizienz und Einsatz erneuerbarer Energien ist eine Erfolgsgeschichte. Marktanreizprogramme und garantierte Einspeisevergütungen, aber auch höhere Standards in den gesetzlichen Vorgaben wie in der Energieeinsparungsverordnung haben die entscheidenden Weichen gestellt und werden mit dem neuen Energiewirtschaftsgesetz konsequent weiterentwickelt.

Wir freuen uns über den gigantischen Erfolg dieser Programme besonders in Bayern. Mehr als 50 % der Förderanträge zu Biomasse und Biogas und mehr als 40 % in Photovoltaik- und Solaranlagen kommen aus Bayern, sind aber vom Bund initiiert. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Erfolg kommt für die CSU sicher unerwartet. Sie versucht, die Entwicklung aufzuhalten. Es häufen sich die Diffamierungen der erneuerbaren Energien. Zum Beispiel erheben Sie den Vorwurf, dass mit Windenergie Geld verdient werden kann. Why not?

Einzelne erneuerbare Energieträger werden gegeneinander ausgespielt. Das jüngste Beispiel dazu liefert aus diesem Haus der neue energiepolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion mit seinen wütenden Attacken. Im Grunde genommen lohnt es sich nicht, näher darauf einzugehen. Als Antwort möchte ich dem umweltpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Peter Paziorek, zitieren, der eindeutig feststellt: Insgesamt sind damit – mit dem Ausbau der Windenergie – Kosten bis zum Jahr 2015 von rund 1,15 Milliarden Euro verbunden. Damit ist klar, dass mit dem Ausbau der Windenergie hohe Investitionskosten für die Netzinfrastruktur verbunden sind.

Katastrophenszenarien, wie sie im Vorfeld oft verbreitet wurden, waren jedoch übertrieben. Sie sind und waren übertrieben. Es ist jetzt vier oder fünf Wochen her, seitdem diese ersten Nachrichten kamen. Das Bayerische Fernsehen hat vor zwei Tagen in den Nachrichten als aktuelle Position noch die Ihres energiepolitischen Sprechers gebracht. Ich frage mich, wie langsam eigentlich der Bayerische Rundfunk ist, bis er begreift, dass sich selbst in der Union diese Position bereits geändert hat.

(Beifall bei der SPD)

Letztlich zeigt die Studie, dass der Ausbau erneuerbarer Energien kostengünstiger ist als erwartet. Der Anteil erneuerbarer Energien nimmt stetig zu; das muss er auch.

Die Shell-Studie kommt zum Beispiel zu dem Ergebnis, dass bereits im Jahr 2025 der Anteil an erneuerbaren Energien so hoch sein muss wie im Jahre 2000 der Anteil an fossilen Energieträgern.

Man muss sich einmal vorstellen, was das für gewaltige Dimensionen sind bei der Prognose der Energie, die wir in der Zukunft brauchen. Im Übrigen kommt die Shell-Studie auch zu dem Ergebnis, dass dies bei der Akzeptanz der Kernenergie nicht im Ansatz zu erreichen ist. Das heißt, es gibt gar keine andere Alternative als auf alternative Energien zu setzen und sie nicht zu verteufeln. Das ist der entscheidende Punkt, um den es geht.

Die Herren Stoiber, Wiesheu und Schnappauf sind die letzten Paladine der veralteten Technologie Atomkraft. Sie wollen das Rad zurückdrehen und propagieren die Renaissance der Atomkraft. Sie halten die Option eines weiteren Atommeilers in Bayern, wie sie der beim bayerischen

Wirtschaftsministerium angesiedelte Energiedialog gefördert hat, aufrecht.

Die CSU wägt die Frage, ob Atomkraft oder fossile Energien das Klima mehr belasten, gegeneinander ab. Diese Frage ist nach meiner Auffassung falsch gestellt, weil sie die Potenziale von Energieeinsparung, höherer Energieeffizienz und erneuerbarer Energien nicht bewertet.

Wir stellen die Frage: Wie können wir auf die Nutzung der Kernenergie verzichten und die Nutzung fossiler Energieträger, die uns zudem in Abhängigkeit halten und durch die Endlichkeit der Reserven auch immer mehr Kosten verursachen, zurückschrauben?

(Zuruf des Abgeordneten Henning Kaul (CSU))

– Ich komme gleich darauf, lassen Sie mich weiterreden. – Die Antwort darauf ist der Dreiklang aus Energiesparen, höherer Energieeffizienz und Einsatz erneuerbarer Energien. Übrigens zeigt eine Umfrage ganz deutlich, dass es in der Bundesrepublik Deutschland eine Akzeptanz für die Atomenergie nicht gibt. Ich will das nicht weiter aufdröseln.

(Zuruf des Abgeordneten Henning Kaul (CSU))

– Hören Sie zu, ich komme gleich zu dem Thema.

Die IEA, die Internationale Energieagentur, bestätigt Deutschland die richtigen Weichenstellungen bei den erneuerbaren Energien und seine Vorreiterrolle. Deutschland ist Weltmeister bei der Windnutzung und bei der Nutzung der Sonnenenergie. Deutschland ist Marktführer bei Windkraftanlagen und liegt hinter Japan auf Platz 2 beim Bau von Sonnenkollektoren und in den Umwelttechnologien insgesamt. Die erneuerbaren Energien sichern Arbeitsplätze und sind ein Exportboom sondergleichen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch das Modell Deutschland ist ein Exportschlager.

(Lachen bei der CSU)

China hat im letzten Jahr das deutsche Modell bei den erneuerbaren Energien übernommen mit dem Ziel, dass die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien bis 2010 auf 12 % ansteigt und damit einen größeren Umfang annimmt, als die Energiegewinnung aus Kernkraft hat. Ich setze dem entgegen das so genannte bayerische Klimaschutzbündnis. Es war von Anfang an nach meiner Auffassung eine Seifenblase, und die ist es auch weiterhin. Hier arbeitet die Staatsregierung damit, dass der Bund die Lasten schultern soll.

Nachdem sich die Stoiber-Regierung bereits beim Bau von Blockheizkraftwerken auf die Bundesförderung verlässt, soll nun der Bund auch die Gebäudesanierung alleine schultern. Das halte ich für schamlos, meine Damen und Herren. Ich möchte ganz gerne bayerisches Engagement, und zwar verstärktes.

(Beifall bei der SPD)

Dass die CSU-Umweltstaatssekretärin Müller die Wärmedämmung, die energetische Sanierung bei kommunalen Gebäuden als vordringlich bezeichnet, ist richtig. Dass die Staatsregierung die Kommunen damit alleine lässt und sich darauf beschränkt eine Bundesförderung anzumahnen, ist unverschämt und zeigt offenbar die katastrophale Untätigkeit der Staatsregierung im Klimaschutz. So ist die Realität.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen – jetzt passen Sie bitte auf, Herr Dr. Bernhard und Herr Kreuzer – zusätzlich mindestens 5 Millionen Euro pro Haushaltsjahr zur Errichtung eines Programms für einen bayerischen Ökokredit zur Zinsverbilligung und Darlehen für energetische Sanierung von Altbauten in privater Hand. Altbauten bieten anerkanntermaßen ein riesiges CO₂-Einsparpotenzial. Die Kolleginnen und Kollegen, die vor kurzem in Berlin bei der Ausstellung im ICC für erneuerbare Energien dabei waren, haben sich vor Ort kundig machen können, mit wie wenig Aufwand man, wenn man denn nur wollte, ein Maximum an CO₂-Einsparung durch die Ausweitung von Wärmedämmmaßnahmen im Altbaubereich erreichen könnte, wenn man nur wollte. Da steckt ein so großes Potenzial drin, noch mit dem Ergebnis, dass es für unsere Handwerker im Mittelstand ein hervorragendes Arbeitsplatzprogramm wäre. Da würden sich Synergien ergeben, die für die Zukunft absolut sinnvoll sind.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Weichen in Bayern müssen in Richtung einer Energiewende gestellt werden. Dafür bietet Bayern die besten Voraussetzungen. Die von der SPD-Landtagsfraktion in Auftrag gegebene Studie „Energiewende ist möglich“ des „Institute for Sustainable Solutions and Innovations“ – ISUSI – in Aachen, sieht folgende Potenziale. Jetzt komme ich zu dem Ergebnis, vielleicht schreiben Sie mit, Herr Kreuzer. Sie werden dann zu erstaunlichen Ergebnissen kommen, die zeigen, was wir erreichen könnten, wenn wir das wollten.

(Joachim Herrmann (CSU): Das ist ja grauenhaft!)

Windenergie: 6,2 % des Strombedarfs können aus Windkraft gewonnen werden.

Erdwärme: Das geothermische Potenzial Bayerns entspricht bis zu 65 % dem primären Bedarf.

Biomasse: Biomasse und Biogas können bis zu 16 % des primären Energieverbrauchs decken.

Solarthermie – ich hoffe, Sie schreiben mit –: 13 % der verfügbaren Dachflächen würden ausreichen, um 60 % des Warmwasserbedarfs durch solarthermische Anlagen zu decken.

Wärmedämmung: Der Heizwärmebedarf von Altbauten könnte durch energetische Sanierung um 70 % reduziert werden.

Folgt man diesem Weg zur Energieeinsparung, zu höherer Energieeffizienz und dem Einsatz erneuerbarer Energien, so ergibt sich ein gewaltiges Verminderungspotenzial bei den Treibhausgasen in Bayern von mehr als 37 Millionen Tonnen CO₂, eine Verminderung um mehr als 40 %, mehr als 90 Millionen Tonnen CO₂.

Schritte dazu sind die Nutzung der Windkraft, der Einsatz von Biomasse, –

(Joachim Herrmann (CSU): Wo denn?)

Altbautensanierung, Stromeinsparung und Warmwasserbereitung durch Solaranlagen. Aus diesem Maßnahmenmix sowie anderen Maßnahmen aus Erdwärmenutzung, Photovoltaik etc. errechnet das ISUSI eine Verminderung um 40 % der derzeitigen CO₂-Emissionen in Bayern. Das ist ein Ziel, das bis zum Jahre 2020 erreicht werden könnte.

Ich will Ihnen eines sagen: Es ist nicht entscheidend, ob Sie heute einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Wenn jemand davon spricht, man dürfe Hypotheken nicht in die Zukunft verschieben, dann kann ich nur sagen: Wichtiger als alles andere ist, dass wir Lebensgrundlagen sichern, nicht erst in vier Jahren, sondern heute.

(Zuruf von der CSU)

– Ja, da habe ich gar nichts dagegen, fangen Sie nur einmal kräftig an. – Das zeigt, der beste Klimaschutz für Bayern ist ein Mix aus Energiesparen, höherer Energieeffizienz und dem Einsatz erneuerbarer Energien. Gleichzeitig verringert sich damit die Abhängigkeit Deutschlands und Bayerns von importierten Energieträgern.

(Anzeige der Redezeit)

– Nur noch drei Minuten, um Gottes Willen, wie schade. – Eine der großen aktuellen Herausforderungen ist die Einhaltung der neuen EU-Richtlinie für Feinstäube. Das ist vor allen Dingen für die Ballungsräume Bayerns eine große Herausforderung, die man damit nicht allein lassen kann. Kollege Wörner ist in diesem Bereich sehr aktiv. Konkrete Hilfsangebote der Staatsregierung gibt es nicht, sondern nur Hilflosigkeit, Untätigkeit und Uneinigkeit. Ich will Ihnen ganz gerne etwas sagen: An dem Tag, an dem Umweltminister Schnapp auf die geplanten Steuererleichterungen der Bundesregierung als „zu spät und zu zaghaft“ einschätzte, hat der Finanzminister gesagt, die Steuergeschenke können wir uns in dieser Form gar nicht leisten.

Entweder will man das eine oder das andere. Sprecht euch lieber ab und einigt euch darauf, was vernünftig ist.

Meine Damen und Herren, aus Zeitgründen kann ich nun den Bereich Gen-Technik nicht mehr ansprechen, aber ich denke, das können wir zu einem anderen Zeitpunkt noch ausführlich tun.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich will Ihnen noch eine Frage für die Diskussion in der Zukunft mitgeben. Ich stelle mir die Frage: Wie sieht das Weltbild der CSU aus. Ich habe den Eindruck, Sie sind sehr nahe an

einem Weltbild, das versucht, den Menschen in den Mittelpunkt als Maß aller Dinge zu stellen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alles, was machbar ist, auch gemacht wird. Mir kommt das Weltbild so vor – ich denke nur an die läppische Diskussion über die Schneekanonen –, wie ich es bei meinen Besuchen in den Siebziger- und Achtzigerjahren in der ehemaligen DDR erfuhr. Da konnte man auf großen Plakaten lesen: Ohne Gott und Sonnenschein bringen wir die Ernte ein.

Ich fordere Sie auf, Ihr Weltbild zu überprüfen. Wenn Sie es überprüfen, kommen Sie vielleicht zu einem Weltbild, das bedeutet, dass wir heute in Partnerschaft mit der Umwelt und in Respekt gegenüber der Schöpfung zu handeln haben und nicht mehr all das tun sollen, was machbar ist. Die Atomenergieszzenarien und andere machen deutlich, wovon ich hier rede. Ihre Gedanken sollten diesen Weg nehmen. Ich weiß, dass Sie im Kern eine andere Politik vertreten als wir. Die unsere will in die Zukunft schauend den Kindern eine Chance geben und in Partnerschaft mit einer lebenswerten Umwelt leben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir lehnen diesen Haushalt ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als nächster Redner hat Kollege Sackmann das Wort.

Markus Sackmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Müller, lassen Sie mich zu Beginn auf einige Ihrer Ausführungen eingehen. Sie haben am Schluss Ihrer Rede gefordert: Geben wir den Kindern eine Chance. Darüber hinaus haben Sie heute eine Pressemitteilung verteilt, aus der ich folgenden Satz zitieren möchte: „Unser Ziel ist praktischer Natur- und Umweltschutz, der zugleich die Handlungsspielräume erweitert.“

Das, was Sie in dieser Pressemitteilung heute zusammengestellt haben, lieber Kollege Müller, sind all die Forderungen, die die SPD zum Einzelplan 12 eingebracht hat, den wir heute beraten. Diese Forderungen belaufen sich in dem Doppelhaushalt 2005/2006 auf jährlich rund 70 Millionen Euro. Aber nicht ein einziges Mal sagen Sie, woher das Geld kommen soll. Ich sage dazu genau das, was vorhin Henning Kaul dazwischengerufen hat.

(Susann Biedefeld (SPD): Herr Müller hat Ihnen vorgerechnet, was wir einsparen könnten!)

Wir brauchen beides: Wir brauchen eine nachhaltige Umweltpolitik, aber wir brauchen auch Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik. Beides gehört zusammen. Damit schaffen wir Handlungsspielräume und deshalb steht Bayern auch im Ländervergleich positiv da.

(Beifall bei der CSU – Margarete Bause (GRÜNE): Schon mal was von Effizienzgewinnen gehört?)

Wir brauchen von Ihnen keinerlei Belehrungen, dass Bayern mit seiner Umweltpolitik in irgendeiner Form irgendwo an einem schlechten Platz stünde. Wenn man die Pro-Kopf-Beiträge im Haushalt hochrechnet, können wir uns wahrlich sehen lassen. In Bayern sind es runde 47 Euro pro Kopf; andere Länder wie Nordrhein-Westfalen, wo Rot-Grün regiert, liegen kaum bei der Hälfte, nämlich bei 25 Euro. Auch da kann ich nur noch einmal deutlich sagen: nur die Hälfte; Bayern vorn! Und wir werden auch weiter entsprechend investieren.

(Zuruf von der CSU: Dafür sind wir auch gut!)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, den man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen sollte. Wenn man alle Mittel – ohne die Personalkosten –, die im Doppelhaushalt des Freistaates Bayern für den Umweltschutz enthalten sind, zusammenzählt, kommt man im Jahr 2005 auf einen Betrag von 770 Millionen Euro und im Jahr 2006 auf einen Betrag von 780 Millionen Euro. Da können wir wirklich mit Fug und Recht sagen: Umweltschutz ist ein Schwerpunkt der bayerischen Politik.

(Susann Biedefeld (SPD): Schon lange nicht mehr! Sehen Sie sich doch einmal die Haushaltszahlen der Jahre zuvor an!)

Wir brauchen uns von Ihnen garantiert in keiner Form irgendetwas anderes sagen zu lassen.

(Beifall bei der CSU)

Der Haushaltsansatz für den Einzelplan 12 umfasst insgesamt rund 880 Millionen bzw. 822 Millionen im Doppelhaushalt. Damit können wir trotz aller Sparpolitik, zu der wir stehen, beweisen, dass wir die richtigen Akzente setzen. Ein Beispiel dafür ist die Wasserwirtschaft. Herr Staatsminister Schnappauf hat schon auf einiges hingewiesen; es gelingt uns auch diesmal wieder, jeweils 33,9 Millionen Euro aufzubringen. Ergänzt um die Mittel aus Bund und EU sind es zusammen mehr als 100 Millionen Euro für den Hochwasserschutz. Herr Staatsminister, ich habe gerade in den letzten Tagen in meinem Landkreis mit banger Sorge miterlebt, wie schnell die Pegelstände bei Regen steigen können. Ich hielt mich in einer Gemeinde auf, die beim letzten Hochwasser, dem so genannten Jahrhunderthochwasser, stark betroffen war. Da wird man schon etwas nervös, wenn man miterlebt, wie innerhalb einer halben Stunde der Wasserpegel um 75 Zentimeter steigt. In dieser Gemeinde steht ein Projekt an, das wir in den nächsten Jahren umsetzen wollen. Ich bin sehr froh, dass wir auch in diesem Doppelhaushalt mehr als diese 100 Millionen Euro aufwenden können, denn es ist notwendig, hier Vorsorge zu treffen.

(Susann Biedefeld (SPD): Man bräuchte nur weniger Überschwemmungsflächen zu bebauen, dann bräuchte man dort auch keine Dämme mehr!)

Auch bei der Finanzierung der Abwasser- und Wasserversorgungsanlagen brauchen wir uns von niemandem etwas sagen zu lassen. Der Freistaat Bayern ist eines der wenigen Länder, die überhaupt noch finanziell in der Lage

sind, diese freiwillige Leistung anzubieten. Auch meine Fraktion würde sich wünschen, noch etwas mehr drauflegen zu können. Dennoch können wir mit den rund 127 Millionen Euro jährlich und mit dem Darlehensprogramm für die Kommunen entsprechende Dinge umsetzen.

(Susann Biedefeld (SPD): Von den Kommunen kommt doch kein einziger Cent mehr dazu! Die können das doch nicht!)

Entscheidend ist – Sie haben das im Ausschuss angesprochen, Herr Staatsminister –, dass alle Kleinkläranlagen, die im Jahr 2005 erstellt werden, abfinanziert werden. Hier ist die Verlässlichkeit auf die Zusage ein sehr entscheidender Punkt für die Bevölkerung.

Für Naturschutz und Landschaftspflege haben wir im Doppelhaushalt rund 37 Millionen Euro jährlich ausgewiesen. Ein besonderes Anliegen insbesondere des Kollegen Wolfrum, aber auch anderer wie Manfred Ach war es, im Bereich der Landschaftspflegeverbände entsprechend tätig zu werden. An dieser Stelle möchte ich dem Kollegen Manfred Ach ein herzliches Dankeschön sagen. Bei ihm hat am 18. Januar ein Gespräch stattgefunden, in dem zugesichert wurde, dass für die Landschaftspflege Zuweisungen aus freiwilligen Haushaltsmitteln möglich sind. Herr Staatsminister, darüber haben wir auch im Ausschuss und im Arbeitskreis gesprochen; im Rahmen des Haushaltsvollzugs sollen die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Dies ist auch von den Landschaftspflegeverbänden noch einmal angesprochen worden. Wir haben einen Brief mit Datum vom 02.02.2005 erhalten, in dem die Verbände feststellen, dass sie zufrieden sein werden, wenn die Mittel so wie zugesagt fließen und umgeschichtet werden. Das sollte man ruhig einmal deutlich machen. Wir werden also auch in diesem Bereich unsere Politik erfolgreich fortsetzen.

Im Rahmen der Landschaftspflege und des Naturschutzes möchte ich auf folgenden Punkt besonders hinweisen. Wir steigen in das Vertragsnaturschutzprogramm Wald mit jeweils einer Million Euro pro Haushaltsjahr ein. Auch diese Mittel können entsprechend positiv genutzt werden. Ich appelliere an alle, die sich dafür interessieren, möglichst bald aktiv zu werden. Antragsschluss ist nämlich der 28. Februar. Es pressiert; man sollte dieses Angebot nutzen. Es war eine unserer langjährigen Forderungen auch für diesen Bereich. Der Bayerische Bauernverband hat das Programm ausdrücklich begrüßt und unterstützt es.

Ein weiteres Thema ist der Verbraucherschutz. Dafür sind 9,1 bzw. 9,4 Millionen Euro vorgesehen. Neben all dem, was wir an großen Maßnahmen, die schon von Herrn Staatsminister Dr. Schnappauf erwähnt wurden, in diesem Bereich umsetzen, möchte ich darauf verweisen, dass eine ganze Reihe interessanter Maßnahmen im ehrenamtlichen Bereich läuft. Eine Idee ist die, die von Frau Kollegin Biechl angestoßen wurde: „Landfrauen machen Schule“. Bei diesem Programm finden Ernährungsaufklärung und Information in Schulen und Kindergärten statt. Es ist hierbei in den letzten Monaten und Jahren gelungen, 5600 Grundschüler und 2400 Kindergartenkinder qualifi-

ziert zu informieren. Es sind insgesamt Maßnahmen an 28 Standorten geplant. Auch dies sollte man einmal erwähnen.

(Susann Biedefeld (SPD): Es ist notwendig, weil die CSU beim Einzelplan für die Landwirtschaft die Stellen für Ernährungsberatung entsprechend zusammengestrichen hat!)

Das Programm wurde von allen Beteiligten, Eltern, Lehrern und Kinder, positiv aufgenommen. Die 140 000 Euro sind gut angelegt. Das zeigt, dass auch im ehrenamtlichen Bereich eine Menge läuft. Ich möchte dieses Programm deshalb ganz besonders erwähnen.

(Heidi Lück (SPD): Und dabei wird bei der Ernährungsberatung gestrichen!)

Ein weiterer Punkt ist die Altlastensanierung. Da, lieber Kollege Franz Kustner, freuen wir Oberpfälzer uns darüber, dass für die Sanierung des Schlackenbergs in Sulzbach-Rosenberg im Haushalt jährlich 10 Millionen Euro vorgesehen sind. Das ist auch eine Forderung, die aus unserer Region seit vielen Jahren immer wieder vorgetragen wurden und jetzt umgesetzt wird.

Der letzte Punkt, der auch im Haushaltsausschuss ausführlich diskutiert worden ist, ist das Thema der Umweltbildung und der Umweltstationen. Auch hier waren wir uns über die Parteien hinweg einig, dass wir dieses Anliegen stärker unterstützen wollen. Herr Kollege Klaus Wolfum und ich haben im Vorfeld Gespräche geführt und eine, wie ich meine, tragfähige Lösung gefunden. Wir werden uns im März, wenn wir über den Umweltfonds diskutieren, bemühen, zusätzlich Gelder locker zu machen. Darüber hinaus haben wir beschlossen, dass im Rahmen des Haushaltsvollzugs ein interner Ausgleich möglich sein soll, und zwar insbesondere bei den Umweltstationen, damit deren gute Arbeit, die wir parteiübergreifend außerordentlich begrüßen, fortgesetzt werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich den Haushaltsplan ansehe, kann ich nur sagen, die Summe von mehr als 800 Millionen Euro ist gut angelegt. Damit können wir wichtige Akzente im Umweltschutz setzen. Wir werden unsere erfolgreiche, moderne bayerische Umweltpolitik fortsetzen. Viel Glück dabei, Herr Staatsminister!

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächste hat das Wort Frau Kollegin Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sie kennen vielleicht noch nicht die letzte Infratest dimap-Umfrage vom Januar 2005. „Wem trauen sie die beste Umweltpolitik zu?“, hieß es da.

(Christian Meißner (CSU): Ihnen!)

- 21 % waren für die CSU und 57 % für die GRÜNEN, was fast dreimal soviel ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- Lieber Herr Kollege Meißner, Sie hatten völlig Recht mit Ihrem Zwischenruf. Viele CSU-Wähler, die befragt wurden, haben uns mehr zugetraut als ihren eigenen Leuten. So ist das, und so war heute der Auftritt zum Umwelthaushalt.

Herr Staatsminister, ich stimme Ihnen in einem Punkt zu: Der Klimaschutz ist die zentrale Herausforderung jetzt und in der Zukunft. Wir freuen uns, dass morgen das Kyoto-Protokoll endlich in Kraft tritt; denn das bedeutet, der Klimaschutz muss bei allen politischen Entscheidungen Vorrang haben. Da gibt es kein Kuschen vor einem Wirtschaftsminister, kein Kuschen vor der Seilbahnindustrie, kein Kuschen vor Eon oder der Rhein-Main-Donau-Gesellschaft. Der Klimaschutz muss als zentrale Aufgabe Vorrang bei allen politischen Entscheidungen haben und ist eine Querschnittsaufgabe. Ich komme im Einzelnen darauf zurück. Außerdem rechnet sich der Klimaschutz. Auch das sollte endlich in Ihre Köpfe hineingehen. Wenn Sie ein Kyoto-plus fordern, dann muss ich fragen: Wo bleibt dieses Kyoto-plus in Bayern?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Klimabündnis, das Sie uns zusammen mit dem BN – den BN verstehe ich in diesem Punkt nicht, aber das muss er mit sich ausmachen – beschert haben, ist zahnlos, mutlos und wirkungslos. Nur so kann man es beschreiben.

(Margerete Bause (GRÜNE): Wie Schnappauf selbst! – Zuruf des Abgeordneten Christian Meißner (CSU))

- Das können Sie dem Herrn Weiger gern schicken; ich sage es ihm auch direkt, und habe es ihm schon direkt gesagt. Dieses Klimabündnis – lesen wir die Unterlagen doch durch – besteht aus Appellen an andere und verliert über die Sanierung von staatseigenen Gebäuden kein Wort. Es beinhaltet keine konkreten Maßnahmen – die Sanierung der Gebäude des Rechnungshofs ist zum Beispiel seit 1997 dringend angemahnt – und setzt sich zum Ziel, die Belastung in Bayern auf 80 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr zu reduzieren, womit man weit hinter das Kyoto-Protokoll zurückfällt. Wenn Sie hier heute große Errungenschaften für Bayern feiern, dann muss ich sagen, die Errungenschaften hat Umweltminister Trittin im Bund vorangebracht und wirkungsvoll umgesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das, was Sie hier in Bayern lobpreisen wollen, sind die Erfolge der grünen Politik. Sie als Umweltminister paddeln im Kielwasser hinter dem Bundesumweltminister Trittin her. Bayern paddelt im Kielwasser von Trittin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehen wir uns die Situation an: Eine Reduktion der CO₂-Emissionen ist in Bayern in den letzten Jahren glücklicherweise eingetreten, wenn auch zaghafte. Wir haben seit dem Jahr 2000 einen Rückgang der CO₂-Emissionen im Verkehr dank der Ökosteuer, einer Maßnahme, die Vertreter der CSU ständig ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern sind die erneuerbaren Energien gut ausgebaut dank des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, das Vertreter

Bayerns im Bundesrat und im Bundestag abgelehnt haben. Endlich geht etwas voran bei der Wärmedämmung und der Energieeinsparung dank der Energieeinsparverordnung, die Sie abgelehnt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben endlich eine gewisse Zunahme bei der Kraft-Wärme-Koppelung bzw. der Energieeffizienz dank des Gesetzes zur Kraft-Wärme-Koppelung, das Sie und Ihre Vertreter im Bund abgelehnt haben.

Sie fordern heute mehr Mittel für die KfW und sagen, wir brauchen eine Verdoppelung. Herr Loske fordert das mit Recht; denn das Kyoto-Protokoll ist in der Tat ein bescheidener Anfang. Der Erfolg liegt darin, dass es das erste konkrete weltweite Abkommen ist. Wenn wir aber die Treibhausgase bis 2050 um 50 % bis 80 % reduzieren wollen, was notwendig ist, um den Temperaturanstieg zu verlangsamen, dann brauchen wir massive politische Anstrengungen. Eine Verdoppelung der KfW-Mittel zur CO₂-Verminderung ist richtig. Aber um dieses tun zu können, brauchen wir eine andere Subventionspolitik. Wir brauchen zum Beispiel die Mittel der Eigenheimzulage. Auch hier blockiert die CSU im Bundesrat.

Ich will Sie nur an den Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten in Bayern erinnern. Was wollte er besichtigen? – Die Biogasanlage in Freising. Die Biomassennutzung erlebt in Bayern einen Boom, und zwar dank des EEG. Wenn Deutschland bei der Windenergie und inzwischen auch bei der Solarzellenproduktion – wenn man die Zahlen von 2004 nimmt – vor Japan Weltmeister ist, dann ist das ein Erfolg grüner Bundespolitik, die Sie ständig torpedieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie – und nicht nur Ihr Herr Kollege Göppel – es mit dem Klimaschutz ernst meinen würden, dann würden Sie endlich Ihre unsägliche Blockadepolitik aufgeben.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Der Erfolg ist, dass wir die höchsten Energiekosten haben!)

- Lieber Herr Kollege, die Energiekosten steigen, weil sich die Verknappung der fossilen Ressourcen auswirkt. Die Energiekosten werden in den nächsten Jahren nicht sinken, sondern die fossilen Rohstoffe werden im Preis weiter steigen, weil das Aufkommen deutlich zurückgeht und die Ölförderung in den meisten Ölförderländern ihren Zenit überschritten hat. Das ist der Punkt.

Wenn Sie hier zum Umwelt- und Klimaschutz als Mantra die Atomenergie hochhalten, dann muss ich Ihnen sagen, am gesamten Energieverbrauch hat die Atomenergie einen Anteil von etwa 3 %. Damit werden wir das Klima nie schützen, sondern wir werden die Risiken bei einem Ausbau erheblich vergrößern. Bayern ist jetzt schon das Bundesland mit den meisten Atomkraftwerken und der höchsten Atomtüllproduktion. Wollen Sie das wirklich fortsetzen und weltweit als Modell verkaufen?

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Es werden doch überall Atomkraftwerke gebaut, in Frankreich, in Finnland!)

- Ich bitte Sie, sehen Sie sich die Zahlen an. Da wird etwas als Renaissance verkauft, was im Grunde ein Weiterbau von alten Bauruinen ist. Herr Kollege Dr. Bernhard, ich danke Ihnen für das Stichwort „Finnland“. In diesem Fall haben wir festzustellen, dass die Europäische Vereinigung für erneuerbare Energien bei der Europäischen Kommission Beschwerde wegen Wettbewerbsverzerrung eingereicht hat, weil die Landesbank mit 2,6 % Zins das finnische Atomkraftwerk mitfinanzieren will.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Das hat doch mit Atomkraft nichts zu tun!)

- Das hat mit Atomenergie zu tun, weil sie nicht wirtschaftlich ist. Sie kann sich nur mit erheblichen öffentlichen Subventionen halten. Dafür gibt sich die Landesbank her, ich bitte Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bleiben wir bei der Atomenergie. Sie knicken ein vor den Betreibern von Isar I. Am sichersten wäre es, dieses Atomkraftwerk abzuschalten, das in der Einfugschneise des Flughafens bzw. im Zentrum der Warteschleife liegt. Meine Kollegen von der CSU, als wir von Berlin kamen, mussten wir eine halbe Stunde warten, weil so viel Schneefall war. Damals sind wir über der Gegend um Landshut gekreist. Wenn Sie sich die Flugpläne ansehen, merken Sie, da kreisen wir um die Atomkraftwerke Isar I und Isar II. Mir war mulmig dabei, Ihnen vielleicht auch.

Das Sinnvollste wäre die Abschaltung. Stattdessen setzen Sie auf Druck der Betreiber auf die Billiglösung der Vernebelung, die inzwischen selbst bei der GRS, der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, umstritten ist.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Und anschließend machen wir das Licht aus!)

- Herr Kollege, ich danke Ihnen für dieses Stichwort. Ich darf Sie in diesen Zusammenhang auf eine Veröffentlichung in den „Energiewirtschaftlichen Tagesfragen“ im Heft Januar/Februar 2005 hinweisen.

Dort ist eine Studie veröffentlicht, die vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt – DLR –, dem Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie und dem ifo Institut für Wirtschaftsforschung zusammen erarbeitet wurde und in der aufgezeigt wird, dass wir beim Abschalten der Atomkraftwerke den Klimaschutz umsetzen können und wir dies tun müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die drei Strategieelemente sind: effizientere Nutzung in allen Verbrauchssektoren – auch bei Strom, der hohe Einsparpotenziale bietet; signifikanter Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und konsequenter Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Lesen Sie sich diese Arbeit durch und denken Sie – –

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Wo nehmen Sie die Subventionen her?)

– Das machen die Bürger. Sie investieren in die Zukunft. Das sehen wir beim EEG. Hier wird nicht Geld des Landes Bayern zum Aufbau der erneuerbaren Energien verbraten, sondern die Bauern und die Unternehmen sind die Investoren. Sie setzen auf die Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Otmar Bernhard (CSU): Die investieren keinen Euro, wenn es keine Subventionen gibt!)

Herr Umweltminister Dr. Schnappauf, wenn Ihnen der Klimaschutz wirklich ein Herzensanliegen wäre

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Otmar Bernhard (CSU))

– Sie haben mehr Redezeit, reden Sie am Redepult –,

dann erwarte ich, dass Sie sich mit Ihren Kollegen anlegen. Der Flughafen Hof wird mit 54 Millionen Euro Subventionen ausgebaut, was der Freistaat Bayern billigt. 32 Millionen Euro sind direkter Zuschuss, und die Regierung von Oberfranken wird möglicherweise einen Haushalt genehmigen, in dem eine Bürgschaft von mehr als 22 Millionen Euro übernommen wird. Das ist keine verantwortliche Haushaltspolitik für den Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir uns die Subventionen für den Flughafen München an. 650 Millionen Euro beträgt der Anteil des Freistaats am Gesellschafterdarlehen. Bis heute wurde kein müder Euro zurückgezahlt, obwohl die Geschäfte so schlecht auch wieder nicht gehen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Zinsen!)

Schauen wir uns an, was in Bayern an Straßenbau geplant und vorgesehen ist. Schauen Sie sich den Bundesverkehrswegeplan an. Hat das was mit Klimaschutz zu tun? – Das hat mit Geldverschwendung zu tun, nicht aber mit Klimaschutz. Ich würde mir endlich ein lautes Wort des Umweltministers Dr. Schnappauf, der sich für den Klimaschutz verantwortlich fühlt, wünschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir uns die Finanzierung des Transrapid an. 210 Millionen Euro sind veranschlagt; 90 Millionen Euro machen die Planungskosten aus. Sie gehen auf Kosten der Mittel, die dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung stehen. Das ist keine verantwortliche Haushaltspolitik und hat mit Klimaschutz gar nichts zu tun.

Schauen wir uns zwei weitere Bereiche an. Herr Umweltminister Dr. Schnappauf, Sie sagten, in der ersten Jahreshälfte 2005 würden Sie dem Landtag eine Novelle des Naturschutzgesetzes vorlegen. Drei Jahre hatten Sie Zeit. Der Bundestag verabschiedete das Naturschutzgesetz am 25.03.2002. Bis zum 4. April 2005 soll Bayern das Gesetz verabschiedet haben. Der Entwurf ist noch nicht einmal in der Verbändeanhörung. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben im Juni 2004 einen Gesetzentwurf zum Bayerischen Naturschutzgesetz vorgelegt. Ich sagte damals, damit hätten die Mitarbeiter der Ministerien eine gute Vorlage. Sie getrauen sich aber nicht, etwas für den Naturschutz zu unternehmen. Nein, Sie knicken vor der Bauernlobby ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben auch das Bundesnaturschutzgesetz torpediert. Auch da haben Sie sich nicht getraut.

(Sebastian Freiherr von Rotenhan (CSU): Ladenhüter!)

Das ist eine Politik des Abtauchens und des Einknickens.

Auch die europäische Zoorichtlinie müsste endlich umgesetzt werden. Bayern ist das einzige Bundesland, das das noch nicht gemacht hat. Auf unseren Antrag hin gibt es sogar einen Beschluss des Landtags. Sie sagten, das werde mit dem Bayerischen Naturschutzgesetz erledigt. Das aber schieben Sie unrechtmäßig auf die lange Bank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vollends abgetaucht sind Sie heute bei der Wasserrahmenrichtlinie. Kein Wort habe ich von Ihnen dazu, zur Grundwasserbewirtschaftung, zur Sicherung der Grundwasserbestände, der wasserabhängigen Landschaftsräume oder der Fließgewässer gehört. Stattdessen haben Sie eine Vorlage geliefert, die man sich übrigens aus dem Internet herunterladen kann, in der die Bewertung der Fließgewässer als so schlecht eingestuft wird, sodass keine Anstrengungen unternommen werden müssen, um die strukturellen Defizite, die Betonrinnen Bayerns endlich in einen guten ökologischen Zustand überzuführen. Gemäß der Wasserrahmenrichtlinie muss bis 2015 der gute ökologische Zustand erreicht werden. Was machen Sie? – Sie sagen, die bayerischen Flüsse seien alle wesentlich und erheblich verändert; man könne nichts machen. Im Zielwertekatalog stufen Sie noch einmal runter.

(Margarete Bause (GRÜNE): So schlecht sind die!
– Zurufe der Abgeordneten Henning Kaul (CSU) und Christian Meißner (CSU))

– Herr Kollege Kaul, sehen Sie sich das an. Lesen Sie die Stellungnahme des Bundes Naturschutz dazu. Wir haben dazu einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, über den wir morgen diskutieren werden. Haben wir morgen keine Zeit, werden wir im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz darüber diskutieren. Im Übrigen würde ich mir wünschen, dass Bayern bei der Ausweisung der Trinkwasserschutzgebiete im Vergleich zu den anderen Bundesländern nicht meilenweit zurückläge, sondern auch hier vorankommen würde.

Auch bei der Wasserrahmenrichtlinie sind Sie, Herr Dr. Schnappauf, vor der Rhein-Main-Donau-Gesellschaft, der Baulobby und Eon eingeknickt. Der Gewässerabschnitt Straubing – Vilshofen wurde schlecht bewertet, damit Sie absolut nichts machen können und die Staustufen bauen

können. Das allerdings wird Ihnen die EU-Kommission nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich warne Sie. Treiben Sie nicht das gleiche Spiel wie bei der Umsetzung der FFH-Richtlinie. Dazu brauchten Sie zwei Dialogverfahren. Sie haben jede Menge Steuergelder und Beamteneinsätze vertan. Hätten Sie die vernünftigen fachlichen Vorschläge des Landesamts für Umweltschutz umgesetzt, hätten wir 1995 bis 1997 eine vernünftige Natura 2000 ausweisen können. Stattdessen war es ein Trauerspiel, das fast über zehn Jahre ging.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Christian Meißner (CSU))

Noch ein Beispiel. Die Gentechnik. Hier ist Bayern ganz vorne. Von 101 Flächen, die im Standortregister für Gentechnikanbau angemeldet wurden, liegen 42 in Bayern. Neben den Privatflächen befinden diese sich gesammelt um die Staatsgüter. Ist das zum Nutzen der Umwelt? Zum Nutzen der Bauern? Zum Nutzen der Imker? Zum Nutzen der Verbraucher? Zum Nutzen der Gesundheit? – Nein, Herr Kollege Schnappauf, Sie sind wieder vor den großen Chemiekonzernen, den großen Saatgutkonzernen eingeknickt auf Kosten der Umwelt und der menschlichen Gesundheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann noch ein paar Dinge ansprechen, ich habe noch einige Minuten.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Schnappi ist zahnlos! – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Es gab peinliche politische Rettungsversuche. Zweimal mussten Sie sich retten. Das Erste waren die Wiederaufstellung und vielleicht CSU-Wahlsiege in Oberfranken. Allerdings haben Sie eine miserable Verwaltungsreform „hingelegt“. Zur Zusammenlegung der Behörden mit dem LfU zu einem ordentlichen Landesumweltamt sagen wir Ja. Die Reform kann aber nicht funktionieren, wenn erst zusammengelegt und dann zerschlagen wird. Die Zerschlagung geht zulasten der Natur, der Umweltkompetenz der Behörden und zulasten der Mitarbeiter, Ihrer Familien und der Motivation.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es hätte vernünftige andere Lösungen gegeben. Aber nein, Sie haben das durchgesetzt. Alle waren froh, dass Sie ihr Trostpflaster bekommen haben.

(Margarete Bause (GRÜNE): Ein teures Trostpflaster!)

– Das noch nicht einmal im Haushalt verankert ist.

Wenn Sie künftig irgendetwas für den Umweltschutz wollen, wird es heißen: Lieber Kollege Dr. Schnappauf, Dich

haben wir ruhig gestellt und Du hast das Umweltzentrum in Hof bekommen. Jetzt muss Schluss sein.

Vernünftige Strukturpolitik, vernünftige Umweltpolitik hätte anders ausgesehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Machen Sie doch Ihren Vorschlag! – Zuruf des Abgeordneten Christian Meißner (CSU))

Ich möchte einen weiteren peinlichen politischen Rettungsversuch ansprechen. Sie hatten Glück, dass Frau Hohlmeier in der Schusslinie war. Für die GSB hätten Sie das Insolvenzverfahren wegen Überschuldung einleiten müssen, ansonsten würden Sie sich wegen Verletzung der Antragspflicht strafbar machen.

Was haben Sie gemacht? – Sie haben sich politisch saniert, sich und die GSB und zwar auf Kosten der Steuerzahler.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Land Bayern übernimmt für 43 Millionen Euro die Nachsorgekosten der Deponien, für 17 Millionen Bürgschaften, und das macht gut 60 Millionen Euro. Das ist der politische Rettungsversuch, der gerade mal bis zum Jahr 2004 reicht. Für 2005 haben wir für die GSB noch kein vernünftiges Finanzkonzept. Das war ein peinlicher politischer Rettungsversuch, der gerade noch einmal durchgegangen ist. Wir werden aber künftig sehr genau hinschauen.

Ein Letztes, weil Sie hier immer so wunderbar den Verbraucherschutz und die Gesundheit hervorheben.

(Zuruf des Abgeordneten Christian Meißner (CSU))

Herr Präsident, geben Sie mir so viel Redezeit wie Ihrem Kollegen. Herr Müller hat auch noch ein bisschen was gekriegt.

Ihre große Verbraucherschutzinitiative. Ich hätte mir gewünscht, dass die Schulen endlich rauchfrei sind, dass sie es tatsächlich sind, und nicht irgendwann können, sollen oder wollen. Sie sollten es ab sofort sein. Das G 8 hat man zum nächsten Schuljahr eingeführt. Aber Sie trauen sich nicht, rauchfreie Schulen umzusetzen. Das ist doch ein Armutszeugnis. In den Wirtshäusern, so proklamieren Sie groß, haben wir jetzt rauchfreie Zonen. Was Italien kann, das sollte Bayern aber schon lange können. Gerade beim Rauchen und beim Alkohol ist die Verbraucherschutzpolitik der Staatsregierung wenig überzeugend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin Paulig, ich habe Sie schon eine Minute länger reden lassen. Wie ich Sie kenne, können Sie mindestens noch eine Stunde reden. Das weiß ich. Wir haben aber eine Redezeitvereinbarung.

(Allgemeine Heiterkeit)

Also, ich gebe Ihnen noch eine Minute.

Ruth Paulig (GRÜNE): Okay. Umweltpakte, Mobilfunkpakte: Hier betten Sie alles in eine schwammartige Masse. Denken wir nur an den ersten Betrieb, der beim Umweltpakt 1999 dabei war. Noch immer sind die Fische in der Donau HCB-verseucht. Der dritte Mobilfunkpakt wird die Akzeptanz für die Genehmigungsfreiheit der Mobilfunkanlagen auch nicht retten. Zack, zack!

(Lachen bei der CSU)

Jetzt komme ich mal zu Ihnen, Herr Kollege Sackmann und zu Ihnen, Herr Kollege Meißner. Verantwortliche Politik sieht anders aus: Da macht man tatkräftig Klimaschutz, Umweltpolitik und Naturschutz und nicht nur Appelle an andere. Man setzt eine solche Politik verantwortlich um, und man streitet dann auch einmal mit seinen Kabinettskollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verantwortung für die Zukunft heißt Standfestigkeit, nicht Wackelpudding. Beim Faschingszug in Machtlfing gab es einen „Schnappi“, der war zahnlos, mutlos, wirkungslos.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat Herr Kollege Kaul das Wort.

(Beifall bei der CSU)

Henning Kaul (CSU): Vielen Dank für den Eingangsaplaus.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Es ist gescheiter, man klatscht vorher, weil danach kann man nicht mehr!)

Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Frau Kollegin Paulig! Früher haben die GRÜNEN nach so einem Feuerwerk immer gesagt: „Deswegen sind wir gegen die Stationierung von Raketen auf deutschem Boden.“ – Können Sie sich noch daran erinnern?

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Dazu fällt mir ein, dass Sie, Frau Kollegin, eigentlich mit den Worten hätten enden müssen: „Deswegen ziehe ich aus diesem schrecklichen Land Bayern aus.“

(Beifall bei der CSU)

Auf der Suche nach einem neuen Wohnplatz habe ich aber festgestellt, dass es keinen besseren gibt, deshalb bleibe ich hier.“

(Beifall bei der CSU – Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist nicht euer Land!)

– Wir können uns noch weiter darüber unterhalten.

Kolleginnen und Kollegen, das Zahlenwerk des Haushalts, zu dem Herr Kollege Sackmann Stellung genommen hat und dem ich bei dieser Gelegenheit herzlich als unserem Wortführer im Haushaltsausschuss danke, gibt Auskunft darüber, was künftig in der Haushaltspolitik erhalten bleiben und was geändert werden soll. Es gibt uns aber auch auf festzustellen, was wir erreicht haben, wo neue Schwerpunkte zu setzen sind. Ich greife das Thema Klima gerne auf, weil es eines der Schwerpunkte dieses Haushalts ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, offensichtlich haben Sie das ganze letzte Jahr an der politischen Diskussion nicht teilgenommen. Sie haben auch dem Minister überhaupt nicht zugehört. Die Schwerpunkte waren nämlich genau dort, wo Sie sie eingeklagt haben.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das waren leichte Punkte, keine Schwerpunkte!)

Ich werde Ihnen auch erklären, warum. Wir haben diesen Schwerpunkt des Klimaschutzes gewählt, auch in der CSU-Fraktion, weil wir unbedingt eine Reduzierung der klimaverändernden Luftschadstoffe brauchen. Das ist gar keine Frage. Die Wissenschaft sagt das, aber sie sagt es nicht in der Weise, wie Sie das interpretieren nach dem Motto: „Jetzt haben wir ein Argument, um gegen die CSU loszulegen.“ Sie sagt vielmehr in aller Deutlichkeit, dass wir die Luftschadstoffe in revolutionärer Menge, das heißt in kurzer Zeit, ausgestoßen haben und, dass wir damit das Gleichgewicht in unserer Atmosphäre gestört haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht wir von der CSU haben dieses Gleichgewicht zerstört. Das Gleichgewicht wurde durch die Luftschadstoffe zerstört, die seit 200 Jahren, seit der ersten industriellen Revolution in die Atmosphäre abgegeben wurden. Die Wissenschaft weist uns jetzt nach –, das brauchen wir nicht zu messen, an den Gletschern können wir es mittlerweile selbst sehen –, dass wir eine Menge zu tun haben. Frau Kollegin Paulig, Herr Kollege Müller, in Bayern haben wir seit vielen Jahren – ich kenne die Zahlen nicht, vielleicht wird sie der Herr Minister später noch nennen – ein Klimaprogramm aufgelegt, weil wir diese wissenschaftlichen Kenntnisse nicht nur kennen, sondern weil wir uns aufgrund dieser Erkenntnisse in die Pflicht genommen haben.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Wo sind die Erfolge, Herr Kaul?)

Wir haben uns in die Pflicht genommen, um etwas dagegen zu tun.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Fehlanzeige!)

Ich sage das nicht, um wie Sie ein riesenhaftes Szenario gegen den politischen Gegner, gegen die Staatsregierung und die CSU aufzubauen. Dabei ist interessant, dass wir alle drei das gleiche Thema gewählt haben: Der Minister hat es zum Schwerpunkt gemacht, Herr Kollege Müller hat es aufgegriffen, Sie, Frau Kollegin Paulig, ebenfalls. Auch ich greife es wieder auf, aber unter ganz anderen Gesichtspunkten. Wir nehmen das Thema nämlich viel ernster als Sie. Für Sie genügt dieses Thema, um Angriffe gegen die Staatsregierung und gegen die CSU zu fahren.

Wir aber greifen das Thema auf, um Bewusstsein herzustellen, denn die Schadstoffe – –

(Ulrike Gote (GRÜNE): Fangen Sie doch bei sich selbst an!)

– Hören Sie mir doch einmal zu. Wir haben Ihnen auch zugehört.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie haben nicht zugehört, sondern dazwischen gerufen!)

Die Schadstoffe, die wir an die Luft abgeben, sind nicht von irgendjemand, sondern diese Schadstoffe geben Sie ebenso ab wie wir, wir alle geben sie ab, und wir alle sind daran beteiligt. Deshalb müssen wir Bewusstsein schaffen. Die CSU-Fraktion wird die Staatsregierung deshalb mit Nachdruck – und das tun wir mit der Zustimmung zu diesem Haushalt – bei der Umsetzung des Klimaschutzprogramms begleiten.

Herr Kollege Müller, es ist eine Frage, von welcher Grundlinie aus wir uns vornehmen, besser zu werden. Sie sind doch physikalisch vorgebildet. Wenn alle SPD-regierten Länder die Grundlinie erreicht hätten, die wir haben, nämlich höchstes Niveau, dann hätten wir heute überhaupt keine Probleme, die Kyoto-Werte zu erreichen. Minister Schnappauf kann sich deshalb herausnehmen, Kyoto-plus einzufordern. Das kann kein einziges SPD-regiertes Bundesland, Herr Müller. Wir in Bayern halten schon heute die Werte von Kyoto ein. Das ist der Grund.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern sind wir bereits heute deutscher Meister beim Sparen von Kohlendioxid.

(Susann Biedefeld (SPD): Im Nichtstun!)

Kolleginnen und Kollegen, wenn man die Opposition anhört, dann könnte man meinen, Kohlendioxid wäre irgendetwas, was nur so im Raum schwebt, etwas, das wir nicht fassen können. Kohlendioxid ist das Ergebnis von physikalischen – –

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Hören Sie mir zu. Kohlendioxid ist das Ergebnis von physikalischen, chemischen Vorgängen. Die kann man messen, die kann man exakt, auf ein tausendstel, auf ein milliardstel Gramm messen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Deshalb brauchen wir uns ideologisch nicht darüber zu streiten.

Mit diesem unserem Beitrag, nämlich deutscher Meister zu sein, werden wir weiter unseren Anteil zu den internationalen Verpflichtungen und auch zu Kyoto beisteuern. Herr Kollege Müller, nur die Summe aller Anstrengungen der einzelnen Bundesländer zusammen mit denen der Bundesregierung versetzt uns in die Lage, auch Kyoto

insgesamt einhalten zu können. Deshalb wird es höchste Zeit, Herr Kollege Müller und Frau Kollegin Paulig, dass die Bundesregierung endlich ihren lang versprochenen Energiewirtschaftsplan offen legt. Herr Kollege Müller, warum übernimmt denn Herr Clement nicht Ihre Vorschläge, die Sie hier so großspurig und laut vortragen? Wissen Sie, warum? – Weil Sie von der SPD in Bayern in Berlin nicht ernst genommen werden. Das ist unser Problem.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden gerne Ihr Protokoll nach Berlin schicken und das einfordern. Ich bin auf die Antwort von Herrn Clement gespannt. Wir wollen endlich sehen, wie die umweltverträgliche Sicherung bezahlbarer Energieversorgung des Herrn Trittin und des Herrn Clement aussieht, nämlich eine Energieversorgung für den Hochtechnologiestandort Deutschland auch nach dem Ausstieg aus der Kernenergienutzung. Dazu haben Sie bis heute noch kein Wort gesagt.

Lassen Sie mich ein Wort zur Nutzung erneuerbarer Energien sagen. Keine Frage: Fossile Energieträger sind die Schätze der Natur. Es ist zu schade, diese Schätze einfach in technischen Anlagen mit Wirkungsgraden von 30 % zu verbrennen. Der Umweltausschuss hat sich auf der Nordsee angesehen – Sie waren dabei –, unter welchen schwierigen Bedingungen Erdöl exploriert wird; er musste aber auch zur Kenntnis nehmen, dass bereits eine Menge der Erdöllagerstätten ausgebeutet sind. Wir müssen alles daran setzen, diese Schätze zu schonen. Die Speicherenergien sind also als Schätze zu schonen.

Wir haben aber ein Geschenk der Natur: Im Gegensatz zu den Schätzen der Speicherenergien handelt es sich dabei um die erneuerbaren Energien. Wir haben diese Geschenke der Natur mit Erfolg angenommen und sind deswegen auch hinsichtlich ihrer Nutzung in Deutschland an führender Stelle, und zwar nicht nur von der Menge, sondern auch von der angewandten Technologie her.

Werte Kollegen von der Opposition, die Vorteile der erneuerbaren Energien, die Sie immer darstellen, müssen wir durch Dezentralisierung der Energieerzeugungsanlagen, durch eine starke Vernetzung erkaufen; wir müssen sie aber auch – nehmen Sie das endlich zur Kenntnis – durch größeren Flächenverbrauch und Eingriffe in die Landschaft erkaufen. Wer dies ignoriert, lügt sich etwas vor. Wir müssen sie auch mit höheren Kosten erkaufen.

Die CSU-Fraktion wird sich in Vollzug des Klimaschutzzieles, das wir seit Jahren verfolgen, bei der Förderung und Nutzung erneuerbarer Energien nicht überholen lassen. Wir wollen unseren Spitzenplatz in Deutschland nicht nur verteidigen, sondern auch ausbauen. Dazu wird die CSU-Fraktion in diesem Jahr auch ihr Energieprogramm fort-schreiben. Werte Kollegen von der Opposition, Bayern ist uns zu schade, um es in Fragen umweltverträglicher, zukunfts-fähiger Energieversorgung nur den rot-grünen Vorstellungen zu überlassen.

Lassen Sie mich ein Wort zur Umweltverwaltung sagen. Wir haben unsere Böden, unsere Luft und unser Wasser durch Gesetze und Verordnungen messbar verbessert,

Herr Kollege Müller. Alle Daten sprechen dafür, dass wir die Reparaturphase verlassen haben und in die Vorsorgephase eingetreten sind. Die CSU-Fraktion wird deshalb in dieser Legislaturperiode alles daran setzen, das mittlerweile fast undurchschaubare Netz von Umweltverordnungen zu überprüfen. Beurteilungskriterium wird dabei die Zukunftsfähigkeit der betreffenden Verordnungen sein. Neue Verordnungen sollen in ihrem Gültigkeitszeitraum eingegrenzt werden.

Ich meine, eine solche Überprüfung können wir mittlerweile auch in Bayern durchführen; denn wir haben positive Entwicklungen zu vermehren: Erstens. Die Veränderungen hin zu mehr umweltgerechten Verhalten der Bevölkerung sind sehr erfreulich. Zweitens. Technologien zum Schutz der Umwelt sind mittlerweile produktimplantiert. Drittens. Aus wissenschaftlichen Erkenntnissen haben wir in Bayern Standards gemacht. Viertens. Die meisten Umweltindikatoren zeigen uns messbare Verbesserungen auf. Logisch war und ist es deshalb, dass wir auch die Umweltverwaltung einer Überprüfung unterziehen. Nach längeren Diskussionen in der CSU-Fraktion sind wir daher der Auffassung, dass wir im Landtag mit der von der Staatsregierung vorgeschlagenen Neuordnung der Umweltverwaltung einen fortschrittlichen, einen zukunftsweisenden Weg beschreiten.

Ein Wort noch zu dem seit über einem Jahr - der Herr Umweltminister hat es erwähnt - im Umweltministerium integrierten Verbraucherschutz. In der grenzenlos gewordenen Welt mit ihren Handelsströmen ist das eine wichtige Aufgabe. Volksgesundheit, Wohlbefinden und Unversehrtheit hängen von erfolgreichen Kontrollmechanismen ab. Unser bisheriges Augenmerk war dabei auf das Produkt und seinen Einfluss auf Gesundheit und Wohlergehen gerichtet - dies beim Nutzer und beim Verbraucher. Dieses Verhältnis zwischen Hersteller, Produkt und seinem Verbraucher regeln mittlerweile viele vorsorgende Vorschriften der EU, des Bundes, aber auch des Freistaates. Werte Kolleginnen und Kollegen, wie sieht es aber mit dem Schutz des Verbrauchers vor seinem Mitverbraucher aus? Als Beispiel nenne ich den Individualverkehr. Was mich umtreibt, Werte Kolleginnen und Kollegen, sind die jährlichen als Randnotizen erscheinenden Meldungen von 6000 Toten, über 500 000 Verletzten und mit 150 000 mit Behinderungen weiterleben müssenden Bürgern.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Tempolimit!)

Ist das Elend der Verunglückten der jährliche Preis unserer Mobilität?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ein Antrag liegt vor!)

Der Verbraucherschutz kann sich also nicht nur auf die Aufarbeitung von Ängsten über Produkte und Produktionsstätten beschränken; vielmehr müssen wir mehr Eigenverantwortung bei der Produktherstellung und der Produktnutzung einfordern. Im Verhältnis Mensch - Natur haben wir Fortschritte erreicht. Beim Verbraucherschutz geht es zusätzlich um das Verhältnis zwischen den Verbrauchern. Ich meine also, das ist eine spannende Aufgabe in diesem erweiterten Politikfeld.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich besonders den Mitarbeitern im Bereich Umwelt und Verbraucherschutz herzlich danken. Sie setzen mit Herz und Verstand alles das um, was wir ihnen an politischen Vorgaben machen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Der Haushaltsansatz bietet die Chance, den Notwendigkeiten, die wir politisch aufgestellt haben, gerecht zu werden. Da, wo uns Geld nicht zur Verfügung steht - Herr Kollege Müller, Sie versuchen, alles nur mit Geld zu reparieren -, denken wir über neue Wege nach. Das unterscheidet uns eben von Rot und Grün, die Probleme nur durch Einsatz von Geld lösen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bitte meine Kolleginnen und Kollegen nach der heutigen Diskussion um Zustimmung zu diesem Haushalt; ich bitte Sie gleichzeitig: Begleiten Sie uns bei der Umsetzung dieses Haushalts.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst einen Überblick über die Redezeiten geben: Die CSU-Fraktion hat einen Rest von 32 Minuten, die SPD hat einen Rest von fünf Minuten, und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben die Redezeit aufgebraucht. -Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Sonnenholzner.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bei den Ausführungen meines Vorredners das Gefühl gehabt, in der Fankurve zu sitzen. Mehrfach hat er gesagt: Bayern ist deutscher Meister. Das stimmt nicht! Bremen ist amtierender deutscher Meister. Dieses Jahr sieht es für Bayern auch nicht gut aus. Für den Bereich Umwelt gilt das gleiche wie für den Fußball. Zum Bereich Umwelt hat Kollege Müller schon gesprochen. Mein Thema ist die Gesundheit.

(Zuruf des Abgeordneten Henning Kaul (CSU))

Minister Schnappauf hat in seinen Ausführungen dem Megathema Gesundheit immerhin vier Minuten gewidmet. Das ist wohl auch schon Ausdruck der Wertigkeit. Er hat dabei seine neueste Kampagne „Gesund.Leben.Bayern“ und deren Schwerpunkte im Wesentlichen vorgestellt. Es vergeht fast keine Woche, in der aus diesem Ministerium nicht eine neue Kampagne kommt und eine andere ersetzt, ohne dass aber je irgendetwas umgesetzt wurde. Ich betone ausdrücklich, dass wir die Inhalte, also den Kampf gegen Rauchen und gegen Alkohol vornehmlich, aber nicht nur bei Kindern, und gegen Fettleibigkeit, Bewegungsmangel und für betriebliche Gesundheitsfürsorge teilen. Fatal ist allerdings, dass alles andere nicht mehr vorkommt, dass Sie zum Beispiel in den Haushaltsberatungen unsere Anträge zur Erhöhung der Mittel für den Kampf gegen HIV, also Aids, und für mehr Mittel für Drogentherapien, die in ihrem finanziellen Volumen nun wahrlich nicht übertrieben hoch waren, abgelehnt haben.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Unerhört!)

Sie müssen uns nicht glauben. Sie sollten aber den Experten glauben. Das Thema HIV steht heute in einer Schlagzeile des „Münchner Merkur“. Selbst wenn das, was in Amerika passiert, etwas übertrieben ist, gibt es Anlass zu großer Besorgnis. Gestern lag in meinem Briefkasten die Einladung zu einem Symposium über die Gefahr von Aids-Epidemien aus Osteuropa und deren konkrete Auswirkungen auf uns. Dieses Symposium wird von der dermatologischen Klinik der Universität München veranstaltet. Fest steht, in diesem Bereich besteht Handlungsbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssten hier Prävention betreiben. Gleiches gilt für die Drogentherapie. Nun zurück zu Ihrer Kampagne: Zwischen dem, was Sie in Sonntags- und Plenarreden ankündigen und Ihrem politischen Handeln besteht ein meilenweiter Unterschied. Herr Kollege Dr. Schnappauf, Sie sind wahrlich ein Meister der Ankündigungen, aber es passiert nichts. Sie haben das Thema Alkohol zu Recht und nicht zum ersten Mal angemahnt. Im April des letzten Jahres haben Sie großspurig angekündigt, Sie würden die Kontrollen verstärken. Ich habe dazu im Juni bei Ihrem Ministerium nachgefragt. Das Ministerium hat mir darauf nach einer Verlängerungsfrist mitgeteilt, dass es dafür gar nicht zuständig sei.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ändert sich doch dauernd!)

Das heißt nicht, dass ein anderes Ministerium zuständig wäre. Vielmehr liegt die Zuständigkeit bei den Landratsämtern. Die Gewerbeaufsicht wurde heruntergefahren. Diese könnte bei diesem Thema auch eine Rolle spielen. Herr Kollege Dr. Schnappauf, Sie hätten Ihre Landratskollegen landauf landab auffordern können, etwas zu tun. Das hätte keinen Cent gekostet und damit wäre die härtere Gangart, die Sie fordern, in die Tat umgesetzt worden.

Nun zum Thema Übergewicht: Herr Staatsminister Dr. Schnappauf, Sie erhalten für diese Kampagne knapp sieben Millionen Euro. Morgen werden wir über den Kultushaushalt beraten, wo Sie 5,62 Millionen Euro sparen, indem Sie eine Sportstunde kürzen. Sie können mir nicht erklären, dass Ihre Kampagne und die Broschüre den Kindern Bewegung verschaffte.

(Beifall bei der SPD)

Die gestrichene Sportstunde wird jedoch genau das Gegenteil bewirken.

(Susann Biedefeld (SPD): Bei der PR-Arbeit ist die CSU ganz groß!)

– Das ist richtig. PR-Arbeit dient der Wiederwahl der Minister. Die gesunde Ernährung an Schulen ist ein Riesenthema. Das ist auch die Auffassung der SPD und der GRÜNEN. Wir haben immer wieder im Zusammenhang mit der Einführung des G8 gefordert, an diesen Schulen eine Mittagsverpflegung anzubieten. Nach meiner Kennt-

nis sind sämtliche Anträge, die in diese Richtung zielten, abgelehnt worden. Tatsächlich werden im Mittagsverkauf an den Schulen Bratwurst mit Pommes frites, Pizza und Döner angeboten, was zugegebenermaßen die Kinder gern essen, was aber Ihrem Ziel widerspricht.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die staatliche Ernährungsberatung abgeschafft. Das war ebenfalls ein „zielführender Schritt“ auf dem Weg zu mehr Prävention. Ich glaube nicht, dass die Apotheken diese Aufgabe einfach übernehmen können.

Ich fasse zusammen: Sie geben Geld für hohle Worte aus. Ihre Zielgruppe erreichen Sie aber nicht. Sie müssten sie aber erreichen, weil die Zahlen besorgniserregend sind. Die Gesundheit ist eines der großen Themen unserer Zeit. Ich fordere Sie auf, endlich zu handeln statt weiter irgendwelche Luftblasen in den Äther zu schicken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Ich habe mich vorhin versprochen, als ich die Redezeit der Fraktionen bekannt gab. Die CSU hat nicht 32, sondern 23 Minuten Restredezeit.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das ist noch zu viel!)

– Herr Kollege Wahnschaffe, das ist eine reine Frage der Einteilung. Das Wort hat Herr Kollege Hintersberger.

Johannes Hintersberger (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Sonnenholzner, wir werden auch im Fußball wieder deutscher Meister, um das gleich vorweg zu sagen. Im Tourismus sind wir es mit Abstand.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Davon ist aber nicht viel zu spüren!)

Wenn man gestern und heute die Medienberichte gelesen hat, wird deutlich, dass Bayern das Tourismusland Nummer eins ist, und zwar mit Abstand. Warum sage ich dies am Beginn meiner Rede? – Ich sage das, weil unsere Landschaftspflege entscheidend dazu beiträgt, unsere wunderbare Landschaft und die Schönheit unserer Natur zu erhalten und zu pflegen.

(Zurufe von der SPD)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, offensichtlich freut Sie das. Ich freue mich darüber, dass Sie mir beipflichten, dass die Landschaftspflege in den letzten Jahren und Jahrzehnten unter der Ägide einer CSU-Staatsregierung in der Lage war, die Schönheit unserer Natur zu bewahren.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie haben die Landschaftspflege radikal abgeschafft! – Weitere Zurufe von der SPD)

Präsident Alois Glück: Ich möchte allen Fraktionen vorschlagen, dem Redner besser zuzuhören.

(Christa Steiger (SPD): Wir rufen, weil wir ihm zuhören!)

Johannes Hintersberger (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, Sie haben heute in Ihrer Pressemeldung erklärt, dass im Vertragsnaturschutzprogramm die Haushaltsansätze stagnierten. In dieser Diskussion wurde sogar behauptet, diese Haushaltsansätze würden zurückgeschraubt. Machen Sie sich einmal die Mühe, in den Einzelplan 12 des Haushaltes zu schauen. Ich kann Ihnen diesen Einzelplan zur Verfügung stellen, damit Sie es schwarz auf weiß nachlesen können.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Wir haben diesen Einzelplan!)

In diesem Einzelplan 12 steht klipp und klar, dass wir in der Titelgruppe 72 für den Naturschutz und die Landschaftspflege gegenüber dem Jahr 2004 mit 36,9 Millionen über zwei Millionen Euro draufgesattelt haben, im Jahr 2005 weitere 2 Millionen Euro draufsatteln werden. Dies wird auch durch die Nachschubliste nicht infrage gestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schlicht unwahr, wenn die SPD in Pressemitteilungen oder am Rednerpult unterstellten, dass die Haushaltsansätze für den wichtigen Bereich der Landschaftspflege stagnierten oder reduziert würden. Außerdem ist es unseriös, dass Sie in dieser Pressemitteilung vom 14. Februar gefordert haben, für den Einzelplan im Doppelhaushalt so mir nichts dir nichts 140 Millionen Euro zusätzlich einzustellen. Herr Kollege Müller, diese Summe ergibt sich, wenn man die Forderungen Ihrer acht Anträge zusammenzählt. Sie fordern 140 Millionen Euro zusätzlich, ohne zu sagen, wie dieser Betrag seriös gedeckt werden kann. Dies fordern Sie vor dem Hintergrund, dass nach der Steuerschätzung in diesem Jahr weitere 500 Millionen Euro wegbrechen werden, vor dem Hintergrund, dass sich die Arbeitslosigkeit auf Höchstniveau befindet und vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen Dynamik, die den Namen nicht verdient und die im letzten Quartal des Jahres 2004 nachgelassen hat. Darüber hinaus werden heute, morgen und übermorgen Transferzahlungen in einer ungeahnten Höhe auf uns zukommen.

In jedem kleinen kommunalen Kollegialorgan ist es selbstverständlich, dass ein Deckungsvorschlag gemacht wird, wenn Summen in dieser Größenordnung eingefordert werden. Sie haben dies nicht getan. Deshalb sage ich: Das ist unseriös.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Paulig hat im Zusammenhang mit der Landschaftspflege der Staatsregierung, unserer Partei und unserer Fraktion vorgeworfen, der Bauernlobby zu dienen. Ich sage klipp und klar: Wir sind ganz bewusst Bauernlobby, weil wir Naturschutzlobby sind. Unsere kleinen und mittelständischen bäuerlichen Betriebe fördern Landschaftspflege nicht auf irgendwel-

chen Papieren oder in Reden, sondern haben sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten umgesetzt und realisiert.

Deshalb sage ich bewusst und klipp und klar – gerade vor dem Hintergrund der Landschaftspflege und des Naturschutzes –, dass ich, weil ich Lobbyist für den Naturschutz bin, auch Lobbyist für die Bauern bin. Ich bedanke mich bei den vielen kleinen und mittelständischen Betrieben unserer Landwirtschaft dafür, dass sie als Wirbelsäule der Pflege der Schönheit der Natur und unseres Heimatlandes Bayern dienen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Paulig und andere haben das EEG groß herausgestellt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen zwar zum EEG, aber es ist wichtig zu wissen, dass das EEG von A bis Z subventioniert ist.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

Die durch das EEG geschaffenen Arbeitsplätze, die immer so groß herausgestellt werden, sind subventionierte Arbeitsplätze. Entscheidend ist, dass wir einen Energiemix mit Augenmaß entwickeln, der wirtschaftliche, arbeitsplatzrelevante und Umweltgesichtspunkte vereinigt. Frau Kollegin Paulig, wir lassen nicht zu, dass diese drei Bereiche auseinander dividiert werden. Diese Aspekte gehören zusammen; denn im Mittelpunkt steht der Mensch. Wirtschaft, Arbeitsplätze und Umwelt müssen in einem Paket berücksichtigt werden.

(Beifall bei der CSU)

Das ist die Zielsetzung des neuen Energiepapiers und des neuen Energiemixes in Bayern.

Ich möchte noch die Gewerbeaufsichtsämter ansprechen, weil diesen Punkt Frau Sonnenholzner aufgegriffen hat. Ab 01.01.2005 ist deren Angliederung an die Bezirksregierungen vonstatten gegangen. Wer mit den Mitarbeitern vor Ort in Kontakt steht, muss ganz klar zu dem Schluss kommen, dass dieser Schritt der Verwaltungsreform eine ausgesprochen gelungene Umsetzung war. Warum? – Es wurde klar entschieden, die Kompetenz für das Know-how bei den Gewerbeaufsichtsämtern zu belassen. 189,5 Stellen werden mittelfristig bei Querschnittsaufgaben, nicht bei Fachaufgaben eingespart. Die Effizienz der Arbeit erhält durch das Andocken an die Bezirksregierungen einen wichtigen Impuls. Das ist also ein ausgesprochen positives Beispiel dafür, wie in kürzester Zeit effiziente Strukturen neu geschaffen werden können, insbesondere vor dem Hintergrund, dass man beim Thema Berufsgenossenschaften gegen rot-grüne Betonklötze in Berlin gelaufen ist. Wir mussten deshalb diese Dinge selbst in die Hand nehmen.

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion unterstützt den vorgelegten Einzelplan 12. Ich bitte um Zustimmung und engagierte Umsetzung, die auf der Basis dieses Haushaltswerks garantiert ist.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Kollege Dr. Zimmermann. Die CSU hat noch eine restliche Gesamtredezeit von 13 Minuten.

Dr. Thomas Zimmermann (CSU): Kolleginnen und Kollegen! Um Ihnen heute ein Präventionsangebot zu unterbreiten, versichere ich Ihnen, dass ich die 13 Minuten Redezeit nicht voll ausschöpfen werde.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen: Gesundheit ist zwar nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. Wir haben heute in sehr eindrucksvoller Weise von der Staatsregierung erfahren dürfen, dass die neue Schwerpunktbildung in der Prävention

(Joachim Wahnschaffe (SPD): War das jetzt ein Versprecher?)

diesen Spruch des Volksmundes durch die Initiative „Gesund.Leben.Bayern“ nicht nur aufgreift, sondern auch versucht, ihn durch die eindrucksvoll dargestellten Maßnahmen umzusetzen.

Ich will noch auf einen anderen Gesichtspunkt eingehen, der heute noch nicht in großem Ausmaß angesprochen wurde. Präventionsmaßnahmen sollen nicht nur Erkrankungsformen ausschalten und gewisse Lebensbedingungen verbessern, sondern es sollen auch durch die so genannte Gesundheitsberichterstattung Erkenntnisse über die Entstehung von Krankheitsformen bzw. über bereits entstandene Erkrankungen stärker in den Fokus der gesundheitspolitischen Betrachtung Eingang finden, als das bisher vielleicht der Fall gewesen ist.

Wir konnten aktuell in den Zeitungen von der großen Gefahr des Influenza-Virus lesen, das sich bereits auf die Tore der Stadt München zubewegt. Es steht zu erwarten, dass es sich endemieartig in der Bevölkerung im Freistaat Bayern ausbreiten wird. Die Bevölkerung muss nicht nur vor dieser Gefahr gewarnt werden, sondern es müssen auch die notwendigen ärztlichen Möglichkeiten zur Therapie der von diesem Influenza-Virus verursachten Krankheiten genutzt werden.

Heute lesen wir in der Tagespresse, dass in New York ein neues Aids-Virus aufgetaucht ist, das bisher therapieresistent ist, und dass es kein Medikament gibt, das den Ausbruch dieser Erkrankungsform auch nur im Geringsten beeinflusst. Es wäre Aufgabe der Gesundheitsberichterstattung, aufmerksam zu beobachten, wie sich Aids bei dem neuen Virus entwickelt und wie der öffentliche Gesundheitsdienst diese Aufgabe bewerkstelligt.

(Beifall des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

– Wunderbar, Herr Wahnschaffe. Ich freue mich über Ihren Beifall. In letzter Zeit passiert das eigenartigerweise immer öfter.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

– Herr Wörner, wenn ich Sie anschau, muss ich sagen: Sie jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CSU)

Die Tuberkulose ist eine echte Zivilisationskrankheit, die in den letzten Monaten an Aktualität gewonnen hat. Sie muss stärker in den Fokus des öffentlichen Gesundheitsdienstes rücken, nicht nur deswegen, um die notwendigen therapeutischen und epidemiologischen Maßnahmen zu erkennen, sondern auch, um diese Gefahr im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger abzustellen.

Schließlich möchte ich noch auf ein altes Steckenpferd von mir zu sprechen kommen. Kollege Wahnschaffe, wir haben vor drei Jahren im Landesgesundheitsrat ein flächendeckendes epidemiologisches Krebsregister im Freistaat Bayern vorbereitet und es zusammen eingerichtet.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Sehr gut!)

Das ist eine, wie ich meine, sehr segensreiche Einrichtung. Die damaligen, nicht einfachen Verhandlungen mit unseren Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss haben letztlich bewirkt, dass wir nun in Bayern ein flächendeckendes Krebsregister vorhalten.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Die konnten sich unseren besseren Argumenten nicht entziehen!)

Die Einführung des Krebsregisters ist abgeschlossen. Wir müssen nun dessen Ergebnisse nicht nur aufgreifen und plakativ statistisch darstellen, sondern wir müssen sie auch praktisch umsetzen. Es ist ein sehr wesentlicher Teil aktueller Gesundheitsberichterstattung, nicht nur regional bezogen Erkenntnisse darzustellen, sondern auch zu hinterfragen, warum zum Beispiel – die Kollegen aus der Oberpfalz mögen mir das verzeihen – in der Oberpfalz nachweislich verstärkt Dickdarmkarzinome auftreten. Diese Situation muss man leider derart interpretieren, dass die kulturell bedingten Ernährungsformen in der Oberpfalz, Kollege Rubenbauer,

(Allgemeine Heiterkeit)

andere sind, als wir sie sonst im Freistaat vorfinden.

(Zuruf des Abgeordneten Sebastian Freiherr von Rotenhan (CSU))

– Ich habe das nicht so gemeint, Kollege von Rotenhan. Ich meine damit, dass die Ernährungsgewohnheiten in der Oberpfalz eine Komponente in sich haben, die zu vermehrten Dickdarmkreberkrankungen führt. Ich habe immer wieder versucht, auch im Gesundheitsausschuss – Kollege Wahnschaffe, Sie erinnern sich –,

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Der Minister wird uns einen Bericht geben!)

darauf aufmerksam zu machen, dass die Gesundheitsberichterstattung der Insel Kreta eine verminderte Anzahl

von Dickdarmkrebspatienten aufweist. Eine Ursache dafür ist vielleicht in der Küche von Kreta zu sehen.

Kolleginnen und Kollegen, es wird uns nicht gelingen, die kretische Küche in der Oberpfalz einzuführen, weil die kulturellen Bedingungen dort einfach andere sind.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Auch die klimatischen!)

Diese Erkenntnis muss aber für uns letztendlich der Hinweis darauf sein, dass wir über die Prävention – und damit komme ich wieder zum Ausgangspunkt unserer Diskussion – die Bevölkerung sensibilisieren – unter anderem auch mit den Überlegungen, die in der Initiative „Gesund.Leben.Bayern.“ verankert sind. Jedenfalls muss die Bevölkerung darauf hingewiesen werden, dass sie ihre Ernährungsgewohnheiten auch entgegen kulturellen Vorgaben verändern muss.

Wenn es uns gelingt, mit den Erkenntnissen aus einer umfassenden und flächendeckenden Gesundheitsberichterstattung ein neues Präventionsprogramm aufzulegen, können wir heute bei der Verabschiedung des Haushalts des Bayerischen Gesundheitsministeriums positiv in die Zukunft schauen. Wenn in zwei Jahren die Berichterstattung dann wieder stattfinden wird, werden wir sicher feststellen können, dass die Umsetzung des Präventionsprogramms „Gesund.Leben.Bayern.“ wohl auch für die Gesundheitserhaltung unserer bayerischen Bevölkerung eine wesentliche Voraussetzung war.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat der Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz das Wort.

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In der gebotenen Kürze möchte ich noch einige Anmerkungen zu den vorausgegangenen Beiträgen machen. Frau Kollegin Paulig hat sich zunächst einmal an Umfragewerten berauscht. Liebe Frau Kollegin Paulig, wir von der CSU-Fraktion stützen uns auf Wahlergebnisse, und die Relationen zwischen den Wahlergebnissen der CSU und denen der GRÜNEN sprechen für sich.

(Beifall bei der CSU)

Ich will auch zum Beitrag des Kollegen Müller noch etwas sagen. Herr Kollege, zeigen Sie mir doch erst einmal Haushalte anderer Länder, mit denen heute für den Umweltschutz noch Jahr für Jahr 800 Millionen Euro bereitgestellt werden. Sie werden in Deutschland lange herum schauen müssen, bis Sie auch nur ansatzweise derartige Leistungen finden. Egal, ob Sie Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen zum Vergleich nehmen, Bayern gibt pro Kopf und Jahr mehr als die meisten rot oder rot-grün regierten Länder in ganz Deutschland aus – und das in einer Zeit, in der wir als erstes Land in Deutschland einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen werden. Sie werden

kein anderes Land in Deutschland finden, welches das Ziel des ausgeglichenen Staatshaushalts erreicht und gleichzeitig einen derart hohen Beitrag für den Umweltschutz und den Naturschutz in seinem Haushalt leistet. Kein anderes Land in Deutschland leistet das.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Müller, Sie haben den Artenschutz angesprochen. Wir sind gerade dabei, zwei Biotopverbünde aufzubauen. Neben dem europäischen bauen wir einen eigenen bayerischen Biotopverbund auf. Auch das werden Sie weit und breit nirgendwo finden. Wenn Sie immer nur die Defizite markieren, möchte ich schon auch auf die Erfolge hinweisen. Zum Beispiel ist der Weißstorch in Bayern wieder zurück. Die Fledermäuse entwickeln sich positiv. Der Luchs ist im Bayerischen Wald und in ganz Ostbayern wieder zurück,

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Und von den Jägern wird er abgeschossen!)

und selbst der Wolf wurde im Nationalpark wieder gesehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich zitiere:

Wir vermissen den roten Faden der Nachhaltigkeit im Alltag des Regierungshandelns.

Zitat Ende. Dieses Zitat stammt von Volker Hauff von der SPD, dem Vorsitzenden des Rates für nachhaltige Entwicklung, der von Bundeskanzler Gerhard Schröder eingesetzt wurde.

(Henning Kaul (CSU): Hört! Hört!)

Ich zitiere Angelika Zahrt, Vorsitzende des BUND in Deutschland – ein wörtliches Zitat von heute:

Wir feiern gern mit Minister Trittin morgen das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls. Die Feiern haben aber einen faden Beigeschmack, denn der Bundesumweltminister lenkt beständig von den Versäumnissen der deutschen Klimaschutzpolitik ab.

Trittin versuche die Öffentlichkeit zu täuschen, sagt Frau Zahrt, wenn er behauptet, das nationale Klimaschutzziel von Minus 25 % CO₂ sei bereits von der Regierung Kohl zurückgezogen worden.

Das sind zwei Zitate, die eine deutliche Sprache sprechen. Die, die sich auf Bundesebene wahrhaft um Nachhaltigkeit kümmern und bemühen, stellen der rot-grünen Bundesregierung ein denkbar schlechtes Zeugnis aus.

Nun darf ich noch einmal Herrn Loske, den Umweltsprecher der GRÜNEN, zitieren. Ich habe ihn vorhin schon einmal aus der „Frankfurter Allgemeinen“ von heute zitiert. Ich zitiere ihn ein letztes Mal:

Dem von Bundesumweltminister Trittin vorgelegten Entwurf des Klimaschutzprogramms für Deutschland fehlt eine langfristige Orientierung. Es reicht nicht aus

– sagt Loske –,

wenn sich die Bundesregierung zu ihrem Ziel bekennt, die deutschen Treibhausgasemissionen entsprechend zu senken. Dieses Ziel muss aber auch mit Maßnahmen unterlegt werden.

Und dann kommen die Forderungen. Stolpe und Clement müssen nun rasch Vorschläge zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms vorlegen. Wir sind im Verzug, das behauptet doch nicht allein die Union, das behauptet doch auch der Sprecher der GRÜNEN für den Umweltschutz im Deutschen Bundestag. Das ist doch der Beweis für eine gescheiterte Klimaschutzpolitik von Rot-Grün.

(Beifall bei der CSU – Ruth Paulig (GRÜNE): Die CSU begehrte doch noch nie mehr als die SPD, Herr Schnappauf!)

Deshalb sage ich, Sie können hier im Bayerischen Landtag große Reden schwingen,

(Susann Biedefeld (SPD): Wer schwingt denn die großen Reden und tut nichts?)

letztendlich aber hat Ihre Regierung in Berlin kein Gesamtkonzept. Alles, was Sie auf diesem Gebiet tun, ist ideologisches Stückwerk. Sie fordern auf der einen Seite den Ausstieg aus der Kernenergie, weil sie nicht in Ihr Weltbild hineinpasst.

(Henning Kaul (CSU): Aber sie wissen nicht, wohin!)

Auf der anderen Seite wollen Sie in die Windkraft hinein. Sie verschweigen aber, dass damit letztlich eine Lücke entsteht, die nur mit fossilen Energien geschlossen werden kann, womit das Klima weiter aufgeheizt wird.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Nein, es gibt genug Gutachten dafür, dass es nicht so ist!)

Sie verschweigen das den Bürgern genauso, wie Sie es ihnen verschweigen, dass Ihre Politik zur Erhöhung der Energiepreise mit beiträgt.

(Beifall bei der CSU)

Ein Letztes, Herr Kollege Müller und Frau Kollegin Paulig. Sie haben in Deutschland die Ökosteuer eingeführt.

(Rainer Volkmann (SPD): Und Sie haben sie gefordert!)

Sie ziehen dem Bürger Tag für Tag die Ökosteuer aus der Tasche. 19 Milliarden Euro sind es Jahr für Jahr. Alles das wird unter dem Vorwand „Öko“ verlangt. Für Maßnahmen

des Umweltschutzes wird aber sage und schreibe ein Prozent ausgegeben. 99 % gehen in die Rente bzw. in den Staatshaushalt. Das ist Ihre Politik. Das ist ein Schwindel gegenüber den Bürgern.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich wissen wir, die wir in Bayern in der Regierungsverantwortung stehen, dass Nachhaltigkeit anstrengend ist. Es wäre gelogen, wenn ich sagen würde, es wäre einfach, alles unter einen Hut zu bringen: Einerseits einen ausgeglichenen Staatshaushalt und ein innovatives wirtschaftliches Wachstum, andererseits aber ökologische Verträglichkeit und soziale Verantwortung. Das sind die drei Säulen von Rio.

(Unruhe)

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister, darf ich Sie unterbrechen? Wir haben hier einen hohen Geräuschpegel. Ich bin dafür dankbar, dass gerade eine Dauerbesprechung beendet wird. Ich bitte Sie aber darum, dass wir den Rednern ein bisschen mehr Aufmerksamkeit schenken.

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich darf anknüpfen: Es ist sicher nicht einfach, diese drei Säulen der Nachhaltigkeit gleichzeitig zu verwirklichen. Aber ich bitte auch die Oppositionsfractionen, in einer Zeit, die wahrlich eine große Herausforderung für unser Land darstellt – wir haben 5 Millionen Arbeitslose, und wenn die Auguren Recht haben, werden wir im Februar noch einen weiteren Rekord an Arbeitslosigkeit im Nachkriegsdeutschland zu verzeichnen haben –, nicht ständig zusätzliche Forderungen aufzustellen. Fordern kann man immer und überall; aber man muss doch auch den Bürgern ehrlich sagen, wie man die Dinge finanzieren will. Wie will man alles unter einen Hut bringen?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sagen Sie das doch mal Ihren Kollegen im Bundestag!)

Markus Sackmann hat es vorhin dankenswerterweise gesagt: Die Forderungen der Opposition belaufen sich auf Dutzende von Millionen. In der Summe sind es 70 Millionen Jahr für Jahr zusätzlich, was hier gefordert wird.

Der Haushalt, den wir hier vorlegen, wird dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gerecht, weil wir die Generationengerechtigkeit ernst nehmen und weil wir durch einen schuldenfreien Haushalt, also keine Neuverschuldung, ab 2006 mit der Verantwortung für morgen ernst machen. Wir werden es schaffen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und damit unsere erfolgreiche Wirtschafts- und Umweltentwicklung in diesem Land weiter voranzubringen.

(Heidi Lück (SPD): Wo ist die denn?)

Das ist alles andere als selbstverständlich! Aber mit 800 Millionen Euro Jahr für Jahr haben wir eine gute Grundlage gelegt. Deshalb wird der Paradigmenwechsel

von der Reparatur hin zur Vorsorge die Handschrift sein, mit der wir den nächsten Doppelhaushalt kennzeichnen.

Frau Kollegin Sonnenholzner, noch ein Wort zu den von Ihnen angesprochenen Punkten aus dem Bereich der Gesundheitsvorsorge! Ich habe in der Tat darauf heute einen kürzeren Teil meiner Redezeit verwendet; wie Sie selbst wissen, Frau Kollegin, hatten wir gestern ein über halbtägiges Forum nur zu diesem Themenkomplex. Sie waren ja, wenn auch leider nur kurze Zeit, dabei. Wir haben dort die gleiche Grundlinie gezogen, nämlich dass wir unser Engagement auf Kinder und junge Leute konzentrieren wollen, die Bayern als einen lebenswerten Raum erleben, als einen Raum, in dem wir das Nichtrauchen als Normalität empfinden, wenn ich mich konkret auf das Thema Rauchen beziehen darf. Noch in diesem Jahr werden wir die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Schulen im Freistaat Bayern ab dem kommenden Jahr rauchfrei sein werden. Lassen Sie es unsere Aufgabe sein, von der Exekutive her diese Präventionsoffensive voranzutreiben.

Frau Kollegin Sonnenholzner, Sie haben vor wenigen Tagen einmal laut Pressemitteilungen gesagt, Sie würden sich wünschen, dass auch das Parlament rauchfrei würde. Sie sind Abgeordnete dieses Hohen Hauses; es steht Ihnen doch frei, eine entsprechende Initiative einzubringen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das macht sie schon, keine Angst! – Gegenruf des Abgeordneten Henning Kaul (CSU): Da werden wir ein Problem bei den GRÜNEN bekommen, gell, Herr Kollege Magerl!)

– Ich kann Sie nur ermuntern, tun Sie es! Nicht nur reden, handeln – dieser Grundsatz gilt auch für die Opposition.

(Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Dr. Zimmermann hat angesprochen, dass wir trotz schwieriger Rahmensituation die Haushaltsansätze für Aids-Bekämpfung, für Drogenvorsorge, für Suchtbekämpfung weiter erhöht haben. Wir sind gegenwärtig intensiv dabei, die Vorsorge für eine eventuelle Pandemie zu treffen, also für eine Gefährdungssituation, die potenziell in der Welt existiert und auf die wir uns einrichten müssen.

Frau Paulig hat die Verlagerung des Umweltamtes nach Hof angesprochen. – Liebe Frau Paulig, wenn man wie Sie am Ammersee zu Hause ist, lässt sich der Stab über die Grenzregionen leicht brechen. Damit machen Sie sich das Leben schon sehr leicht. Die GRÜNEN haben in den letzten Jahren alles, was zur Stärkung der Grenzregionen auf den Tisch gelegt wurde, immer nur abgelehnt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist doch lächerlich, so was von lächerlich!)

Herr Kollege Dürr, Sie tun sich genauso leicht, weil Sie auch aus dem Ballungsraum kommen. Sie müssen erst einmal in den Grenzregionen leben und arbeiten, damit Sie wirklich spüren, wie die Menschen dort in Sorge um die Zukunft sind.

(Beifall bei der CSU – Dr. Alexander König (CSU): So ist es!)

Die GRÜNEN haben sich wie die Opposition insgesamt gegen die Privatisierung von Staatsbeteiligungen gewehrt. Sie haben sich im Grunde genommen in den letzten Wochen und Monaten gegen alles verwahrt, ob das der Flughafen war oder das Landesumweltamt. Sie machen es sich doch einfach!

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das stimmt doch überhaupt nicht! Das ist doch völliger Quatsch! Wir haben doch konkrete Vorschläge gemacht!)

Sie zeigen damit, dass Sie für die Menschen in den Grenzregionen Bayerns nichts, aber auch gar nichts übrig haben.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie tun doch nichts, seit 30 Jahren tun Sie nichts!)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2005/2006, Einzelplan 12, sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/2696 zugrunde. Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/2696 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 12 entsprechend dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Danke. Das ist die CSU-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist die Zustimmung erfolgt; damit ist der Einzelplan 12 mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß Artikel 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt ihnen vor.

(siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen?

gen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Die Beratungen über den Einzelplan 12 sind damit abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Über die Listennummern 21 und 27 soll gesondert abgestimmt werden, da hierzu keine Voten der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorliegen. Es handelt sich um den Antrag der Abgeordneten Siegfried Schneider, Eduard Nöth, Ingrid Heckner und anderer (CSU), „Gymnasiales Oberstufen-Bewertungssystem an Fachoberschulen (FOS) und Berufsoberschulen (BOS),“ (Drucksache 15/2105). Der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt auf Drucksache 15/2726 die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Niemand. Stimmenthaltung? – Auch niemand. Damit einstimmig so beschlossen.

Damit kommen wir zur Abstimmung über die Listennummer 27. Es handelt sich hier um den Antrag des Abgeordneten Sepp Ranner (CSU), betreffend „Quotenbörse-Milchbewegungen“. Das ist die Drucksache 15/2203. Der federführende Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten empfiehlt auf Drucksache 15/2721 die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen? – Niemand. Stimmenthaltungen? – Auch niemand. Einstimmig so beschlossen.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zur Verfassungsstreitigkeit und zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenstimmen? – Niemand. Stimmenthaltungen? – Auch niemand. So beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

(siehe Anlage 2)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 a auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Waldgesetzes in Bayern (Drucksache 15/2591) – Erste Lesung –

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Dr. Magerl zur Begründung das Wort.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns entschieden, als Fraktion einen eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern einzubringen – wohl wissend, dass natürlich angesichts einer erdrückenden Mehrheit der CSU die Chancen, dass Sie uns folgen, nicht sehr groß sind. Aber wir wollten im Hohen Hause und draußen zeigen, wie ein zukunftsorientiertes erfolgreiches Waldgesetz für Bayern aussehen könnte. Diesen Gesetzentwurf bringen wir heute ein. Ich möchte den Gesetzentwurf begründen und in der Aussprache kurz etwas dazu sagen; der Entwurf wird in den Ausschussberatungen noch umfassender diskutiert werden.

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf wollen wir das etwas in die Jahre gekommene, aber aus unserer Sicht erfolgreiche Bayerische Waldgesetz fortentwickeln und es dem neuen Stand, gerade im naturschutzfachlichen Bereich – Stichworte EU-, FFH-Richtlinie – anpassen, es zukunftsfähig und damit fit für unseren Wald machen. Uns geht es bei diesem Gesetzentwurf darum, die Gemeinwohl Funktionen speziell für den Staatswald eindeutig in den Vordergrund zu stellen – wesentlich klarer und wesentlich eindeutiger, als das in dem von der Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwurf der Fall ist.

Wir stellen im Artikel 1 – Gesetzeszweck – klar heraus, welche besondere Bedeutung der Wald für den Schutz von Klima, Wasser, Luft, Boden, Tieren, Pflanzen sowie für die Landschaft und den Naturhaushalt hat. Das grüne Drittel Bayerns ist in den letzten Jahrzehnten deutlich zugunsten von mehr Naturnähe fortentwickelt worden. Das hat die Antwort der Staatsregierung auf die von uns eingebrachte und diskutierte Interpellation ergeben. Diese Entwicklung wollen wir mit unserem Gesetzentwurf weiter vorantreiben.

Wir bedanken uns ausdrücklich bei allen Förstern und allen Waldbesitzern – ob im staatlichen, privaten, kommunalen Wald oder im Körperschaftswald –, die diese Entwicklung möglich gemacht haben. Wir wollen mit dem Gesetzentwurf dem Vorhaben der Staatsregierung, dem Staatsforst durch die Gründung der Bayerischen Staatsforsten als Anstalt des öffentlichen Rechts eine völlig andere Orientierung zu geben, einen Riegel vorschieben. Wir wollen klar und deutlich festlegen, dass sämtliche Schutzfunktionen, speziell im Staatsforst, Vorrang vor Nutzfunktionen bekommen; denn der Staatsforst ist der Wald unserer Bürgerinnen und Bürger und hat eine andere Funktion als nur die Holzproduktion, wobei wir die Holzproduktion in unserem Waldgesetz beileibe nicht ausschließen wollen.

Wir wollen – anders als die CSU –, dass die Grundsätze der forstlichen Fachplanung und die Waldfunktionspläne nach wie vor für Bayern verbindlich gelten. Wir wollen dieses bewährte Instrument auch in Zukunft für unsere Planungen und für unsere Wälder beibehalten. Wir hoffen, dass uns dies gelingen kann. Wir definieren in dem Gesetzentwurf ganz klar die Funktionen des Schutzwaldes. Lassen Sie mich etwas stärker darauf eingehen: Gerade die momentanen etwas extremeren Witterungslagen mit relativ starken Schneefällen und – mit Sicherheit, man braucht dafür kein Prophet zu sein; man braucht sich nur die Wetterberichte anzusehen – verstärkten Hochwasser-

abflüssen in den nächsten Tagen zeigen, welche eminente Bedeutung die Schutzwälder für den Hochwasserschutz, Lawinenschutz sowie den Schutz der Täler im Alpenraum haben. Sie fallen in diesem Punkt mit dem von Ihnen vorgelegten Gesetzentwurf bereits hinter das jetzt geltende Recht zurück. Die Expertenanhörung im Bayerischen Landtag hat deutlich gezeigt, dass Sie die Alpenkonvention hinsichtlich der Schutzfunktionen nicht ausreichend umsetzen. Wir wollen mit der umfassenden Definition des Schutzwaldes erreichen, dass der Alpenkonvention in Kombination mit der Waldfunktionsplanung in Breite Genüge getan wird.

Wir wollen auch festlegen, dass der Naturverjüngung der standortheimischen Baumarten in unseren Wäldern Vorrang eingeräumt werden soll. Wir wollen in unserem Gesetzentwurf auch festlegen, dass die Wilddichten an die natürliche Biotopkapazität der Waldökosysteme angepasst werden, sodass eine natürliche Verjüngung der standortheimischen Baumarten gewährleistet ist.

Dies ist unsere Zielrichtung. Mit dem Gesetzentwurf, den Sie favorisieren – die kleinen Änderungen, die der Landwirtschaftsausschuss vor einigen Tagen beschlossen hat, sind eine gewisse Verbesserung –, erreichen Sie nicht das, was wir wollen und was insbesondere für den Schutz unserer heimischen Wälder notwendig ist, nämlich standortangepasste bzw. der Biotopkapazität angepasste Wilddichten.

Wir wollen, dass der Staatswald im öffentlichen Eigentum verbleibt und auf Dauer in öffentlich-rechtlicher Rechtsträgerschaft bewirtschaftet wird. Darin unterscheiden wir uns ganz deutlich vom Gesetzentwurf der Staatsregierung. Wir wollen, dass der Staatsforst im Prinzip so weiter bewirtschaftet wird, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Wir wollen, dass das bayerische Einheitsforstamt, dass die Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts unterbleibt. Wir meinen – das haben auch alle Experten in der Anhörung aufgezeigt –: Die jetzige Struktur hat sich in ihren Grundzügen bewährt.

Wir sagen aber auch: Auch wir wollen an einzelnen Stellen bei den jetzigen Strukturen Änderungen. Die mittlere Ebene der Forstdirektionen – das kommt auch klar im Gesetzentwurf zum Ausdruck – ist aus unserer Sicht entbehrlich. Damit bringt auch unser Gesetzentwurf deutliche Einsparungen und Abbau von Personal auf einer Ebene. Es ist nicht so, dass wir uns auf Feldern, in denen wir Struktur-reformen beim Staatsforst für möglich halten, uns solchen verweigern. Insgesamt gesehen meinen wir aber, dass sich die jetzige Struktur bewährt hat. Die Reformen in der Vergangenheit haben bereits zu einem deutlichen Abschmelzen beim Personal und den einzelnen Forststellen geführt. Wir denken, dass vielleicht das eine oder andere Forstamt noch geschlossen werden kann, aber insgesamt wollen wir – das ist unsere Position – bei der jetzigen Struktur bleiben.

Auch beim Körperschaftswald wollen wir vom Grundsatz her, dass er vorbildlich bewirtschaftet wird. Wir wollen, dass die besonderen Gemeinwohl-funktionen genau so erhalten bleiben und im Gesetz aufgeführt werden sollen.

Wir wollen auch, dass der kommunale und der Körperschaftswald, so wie in der Vergangenheit, ausreichend von qualifizierten und gut ausgebildeten Förstern bewirtschaftet wird. Dabei wollen wir auch einen Standort fest-schreiben. Wir müssen dabei nicht die große forstliche Staatsprüfung verlangen; ich meine, auch ein Förster mit FH-Abschluss kann die Aufgaben erfüllen. Es kann aber nicht sein, dass wir auf den Standard heruntergehen, den Sie wollen. Das hat auch die Anhörung gezeigt, die wir nicht ohne guten Grund gemacht haben. Sowohl Herr Professor Röhle als auch Herr Professor Ammer haben klar gesagt, dass ein Universitätsabschluss, sei es nun FH oder Uni, für die Bewirtschaftung dieser Wälder vorge-schrieben werden sollte. Diese Forderung haben wir ex-pressis verbis in unseren Gesetzentwurf aufgenommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Herr Kollege von Rotenhan, wenn Herr Kollege Dr. Magerl Ihnen eine Zwischenfrage erlaubt, dann können Sie diese stellen.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Ja, bitte.

Sebastian Freiherr von Rotenhan (CSU): Herr Kollege, ich habe eine Frage: Wenn die Ausbildung der Förster an den Universitäten immer so gut gewesen ist, wie Sie sa-gen, wozu brauchen wir dann Millionen-summen, um die Wälder umzubauen?

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Kollege von Rotenhan, die Fehler der Förster sieht man – anders als bei-spielsweise die Fehler von Landwirten oder Gartenbau-ern – über viele Generationen hinweg.

Wenn heutzutage jemand in der Landwirtschaft eine fal-sche Kultur anbaut, weil der Standort zu feucht ist, wird es nichts. Dann baut der Bauer im nächsten Jahr etwas an-deres an. Der Fehler ist so nicht mehr sichtbar.

Die Fehler, die teilweise vor dem Krieg aus einem völlig anderen Blickwinkel gemacht worden sind, sehen wir be-dauerlicherweise noch heute. Da müssen wir jetzt müh-seilig umbauen. Wir haben das immer wieder kritisiert, we-sentlich eher, als es die Mehrheit der CSU-Fraktion hier im Landtag getan hat. Zu dem Thema gibt es viele Debatten; Da gebe ich Ihnen Recht.

Was den Umbau betrifft, empfehle ich Ihnen, nachzule-sen, was gerade Prof. Röhle dazu ausgeführt hat. Er hat uns klar und deutlich ins Stammbuch geschrieben, dass eine entsprechende hoch qualifizierte Ausbildung not-wendig ist. Man kann das nicht so nebenher erledigen.

Wir sagen also klar und deutlich, dass wir den Standort fest-schreiben möchten. So haben wir es auch beschrie-ben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, heute geht es nur um das Ein-bringen und um eine kurze Aussprache. Wir werden den Gesetzentwurf in den Ausschüssen ausführlich diskutie-

ren. Ich hoffe auf eine anregende, gute Diskussion und dass sich die CSU an der einen oder anderen Stelle mit ihrem Gesetzentwurf doch noch bewegt und die von uns eingebrachten guten Vorschläge berücksichtigt. Bis zur Zweiten Lesung haben wir noch genügend Zeit. Sie haben die Möglichkeit, von Ihrem – aus unserer Sicht falschen – Weg umzukehren und uns im Sinne eines zukunftsweisen den Waldgesetzes zu folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Die letzte Wortmeldung kommt von Kollegen Rudrof.

Heinrich Rudrof (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon etwas verwunderlich und sonderlich zugleich, dass heute ein eigener Gesetzentwurf zur Änderung des Waldgesetzes in Bayern vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Plenum eingebracht wird, wo wir doch im federführenden Ausschuss derzeit mitten in den Beratungen des Gesetzentwurfs der Staatsregierung sind, der auf eine Änderung des Waldgesetzes für Bayern abzielt. Verwunderlich ist das aus meiner Sicht vor allem deshalb, weil zu dem Gesetzentwurf der Staatsregierung auch Änderungsanträge der GRÜNEN eingebracht wurden, die vom Inhalt her deckungsgleich mit deren eigenem Gesetzentwurf sind.

Ich stelle auch fest, dass Sie sich im Rahmen dieses Gesetzgebungsverfahrens durchaus konstruktiv, lieber Herr Dr. Magerl, einbringen. Vielleicht ist Ihnen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein strategischer Planungsfehler unterlaufen. Vielleicht war es auch „Trick 17 mit Selbstüberlistung“. Aber ich weiß es nicht. Vielleicht sind Sie nur einer Fehleinschätzung des parlamentarischen Verfahrens erlegen.

Vielleicht geht es dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aber auch nur darum, dass das Volksbegehren weiterhin am Kochen bleibt, damit ein neuer Aufguss des Volksbegehrens entsteht. Aber Sie sollten nicht verkennen, dass über 90 % der Stimmen dem Volksbegehren nicht gefolgt sind.

Gleichwohl werden wir uns mit Ihrem Gesetzentwurf zur Änderung des Waldgesetzes – das darf ich Ihnen schon heute sagen – im Ausschuss in sachlicher Form auseinander setzen.

Ich mache einige wenige Anmerkungen. Bei genauerer Betrachtung kann man schon heute feststellen, dass Ihr 12 Seiten umfassender Gesetzentwurf mehr oder weniger ein Verschnitt oder, besser gesagt, ein Mischwerk zwischen dem Volksbegehren, dem geltenden Waldgesetz und Vorstellungen des Bundes Naturschutz ist. Ich stelle auch fest – meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist schon ein großer Unterschied –, dass wir unterschiedliche Ansätze haben. Ihre und unsere Beweggründe zur Änderung des Waldgesetzes in Bayern sind sehr, sehr unterschiedlich.

Sie sagen zum Beispiel: Das Waldgesetz bedarf einer Änderung, da vor allem folgende Ziele nicht ausreichend verankert sind. Sie nennen: naturschutzrelevante Ziele im

Gesetzeswerk, waldökologische Bewirtschaftungsgrundsätze, Verbot von Kahlschlägen, Verbot von Pestizideinsätzen.

Sie unterstellen: Im bayerischen Waldgesetz dominiert wieder die wirtschaftliche Nutzung vor ökologischen Belangen. Wissen Sie, es ist leider immer wieder dieselbe Krankheit, von der Sie offensichtlich nie und nimmer geheilt werden, nämlich dass für Sie Ökonomie und Ökologie im Wald letztlich unvereinbare Gegensätze sind. Aber gerade der Wald mit seinen vielfältigen Nutzungen, Nutzungsmöglichkeiten und seiner ökologischen Bedeutung ist ein Musterbeispiel dafür, dass Ökonomie und Ökologie nicht als Gegensätze begriffen werden müssen, sondern als etwas, was sich gegenseitig braucht.

(Beifall bei der CSU)

Herr Dr. Magerl, Sie haben die Gemeinwohlfunktion angeschnitten. Für Sie ist sie von ganz besonderer Bedeutung. Sicherlich ist die Gemeinwohlfunktion richtig und wichtig. Aber ich sage Ihnen auch ganz offen: Jede Funktion im Wald hat einen Nutzen für die Allgemeinheit, und jede Funktion ist sehr wichtig. Ihr Gesetzentwurf will die Gemeinwohlfunktion vorrangig sehen. Das aber ist, genau betrachtet, ein Widerspruch in sich, weil zum Beispiel die Holzproduktion, die ja zur Entlastung der CO₂-Problematik nicht minder wichtig ist, von Ihnen total verkannt werden würde. Ich denke, das werden Sie nicht bestreiten.

Meine Damen und Herren, dass wir auf dem richtigen Weg sind, zeigt die Bundeswaldinventur, die allen drei Waldbesitzarten eine positive Entwicklung in Richtung naturnahe Waldbewirtschaftung bestätigt hat. Ziel unserer Waldbewirtschaftung sind naturnahe, stabile und leistungsfähige Mischwälder. Ich denke, dass wir dadurch – das ist unsere Absicht – alle ökonomischen, ökologischen und sozialen Funktionen des Waldes zweifellos nachhaltig erfüllen werden.

Um es zu verkürzen: Uns geht es, mathematisch formuliert, nicht um eine Einzelnutzenmaximierung, sondern um eine Gesamtnutzenoptimierung aller Funktionsbereiche im Wald. Ich sage noch einmal: Jede Funktion im Wald hat einen Nutzen für die Allgemeinheit. Man darf da die Gemeinwohlfunktion nicht für sich allein betrachten.

Ich greife in aller Kürze einen weiteren Aspekt auf, den Sie angesprochen haben, nämlich die Anregung, das Wort „standortgemäß“ durch „standortheimisch“ zu ersetzen. Ich persönlich meine, wir müssen heute eine Wald- und Forstwirtschaft betreiben, in der grundsätzlich der richtige Baum auf den richtigen Standort gesetzt wird. Wir sollten dabei weniger danach fragen, ob der Baum aus Deutschland oder Amerika kommt. Es spricht grundsätzlich nichts gegen den Anbau einer ausländischen Baumart bei uns. Entscheidend ist vielmehr, dass die richtige Herkunft verwendet wird.

Ich frage Sie in diesem Zusammenhang: Was gibt es für einen sachlichen Grund, Bäume, die außerhalb Deutschlands in vergleichbaren Klimazonen und unter vergleichbaren Standortverhältnissen – ich glaube, das ist der Zusammenhang, der hergestellt werden muss – optimal ge-

deihen, bei uns unter dem Gesichtspunkt der Ökologie nicht anzubauen?

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, es tut mir Leid. Fünf Minuten sind eine kurze Zeit. Sie haben schon ein Stückchen überzogen.

Heinrich Rudrof (CSU): Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Sie sagten: Staatswald ist Bürgerwald. Herr Dr. Magerl, ich glaube, wir sind uns einig und Sie wissen, was ich damit sagen will: Eigentümer des Staatswaldes ist der Freistaat Bayern. Das ist auch im Grundbuch so niedergeschrieben. Mehr möchte ich heute dazu nicht sagen. Ich möchte heute nicht auf weitere inhaltliche Dinge eingehen, sondern versichere Ihnen, dass wir uns seitens der CSU-Landtagsfraktion, auch wenn der Neuigkeitswert aus unserer Sicht inhaltlich nicht berauschend ist, konstruktiv mit Ihrem Gesetzentwurf auseinander setzen werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Lück.

Heidi Lück (SPD): Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen. Vorab: Es ist natürlich richtig und auch wichtig, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um einen geplanten Kahlhieb oder dem geplanten Kahlhieb im Forst doch noch eine waldbauliche Tauglichkeit zu geben. Aber ich bezweifle schon, dass die Einbringung eines Gesetzes zu diesem Zeitpunkt der richtige Weg ist; denn ich denke, in dem Gesetzentwurf sind wiederum die im Volksbegehren stehenden Begründungen und Forderungen enthalten, die wir in der Anhörung zur Gesetzesänderung bereits gemacht haben und die die CSU abgelehnt hat.

Wenn Sie, Herr Magerl, sagen, Sie kennen die Mehrheitsverhältnisse hier, dann muss ich Ihnen entgegenhalten: Diese Einbringung des Gesetzentwurfes ist ein wohlgemeintes, aber doch relativ harmloses Placebo. Es ist eine Fleiß- und Öffentlichkeitsarbeit, die relativ wenig bringt. Ich meine, unser Weg war der bessere; denn wir haben in der ersten Anhörung zumindest eine kleine Denkpause bei der CSU erreicht, die im Ergebnis zumindest einmal die Abkehr der CSU von der reinen Privatisierung des Forstes bedingt hat, auch wenn „nur“ eine Anstalt des öffentlichen Rechtes herausgekommen ist, wobei wir nach wie vor auch am Donnerstag noch einmal den Antrag beraten müssen, um das Einheitsforstamt zu erhalten. Denn auch in der Anhörung ist herausgekommen, dass dies durchaus möglich ist und auch zu den gleichen Zielen der Einsparung führen würde.

Wir haben – darauf bin ich schon stolz –, mit der zweiten Anhörung doch eine Bewegung erreicht und wenigstens einzelne Kleinigkeiten im Waldgesetz verändern können, zum Beispiel den Anspruch „Wald vor Wild“. Wir haben auch Berg- und Schutzwald besser verankert, wenn auch nicht in dem Maße, wie wir es wollten. Natürlich haben wir das Problem, da hat Herr Dr. Magerl durchaus Recht, dass wir mehr Verbesserungen bräuchten – Herr Rudrof, da haben Sie nicht Recht –, wir brauchen standortgemäße Bäume. Denn durch die Festlegung auf standortheimi-

sche Bäume besteht wieder die Gefahr von reinen Monokulturen. Sonst sind Sie doch auch immer gegen Multikulti. Warum nicht im Wald? Wir wollen standortheimische und im angemessenen Umfang auch standortgemäße Bäume. Das ist im Gesetz leider nicht so verankert, was wir sehr bedauern. Ihr zieht euch auf standortgemäße zurück, und das ist schlichtweg zu wenig, weil wir in Monokulturen zum Beispiel die Eiche nicht hochbringen oder die Tanne, die wir gerade im Hinblick auf die Klimaveränderungen dringend brauchen werden. Dies schreibe ich euch noch einmal hinter die Löffel. Vielleicht bewegt sich doch noch etwas in der letzten Beratung.

Wie gesagt, wir werden am Donnerstag das Gesetz im Detail noch einmal behandeln. Vielleicht besteht dann die Chance, das eine oder andere nachzubessern, zum Beispiel „standortgemäße oder standortheimische Bäume“ nachzupflanzen und auch das Einheitsforstamt zu erhalten. Dies wäre etwas, wo ihr noch einmal in die Tiefe gehen müsstet mit der Überlegung, noch weitere Verbesserungen zu erreichen. Wir haben die Chance, ein vorbildliches Waldgesetz zu machen. Deshalb bitte ich Sie noch einmal inständig, die Meinung der Experten mit in Ihre Beratung einzubeziehen. In diesem Sinne freue ich mich auf den Donnerstag und bitte Sie um eine wohlwollende Behandlung von Ihrer Seite.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Die Aussprache ist geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Einwand. Es ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 b auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Siegfried Schneider, Manfred Ach und anderer (CSU) zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drucksache 15/2692)
– Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Das Wort hat Herr Kollege Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fachschullandschaft in Bayern ist intakt. Wir haben staatliche, private und kommunale Fachschulen, die den Bedarf in diesem Lande abdecken. Es handelt sich um wichtige Bildungseinrichtungen, die gut angenommen werden. Sie eröffnen vor allem jungen Menschen bessere Berufschancen durch eine zusätzliche Qualifikation und durch weiterführende Berufsabschlüsse. Wir müssen alles tun, damit dies auch in Zukunft so bleibt.

Es treten jedoch bei der Finanzierung gerade der kommunalen Fachschulen im Lande Probleme auf. Die meisten kommunalen Fachschulen haben erhebliche Defizite, beispielsweise Technikerschulen, die sie nicht ausgeglichen bekommen und die die Kommunen finanzieren müssen.

Aufgrund der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzlage und aufgrund der Einnahmesituation der Kommunen sehen sich manche Städte und Landkreise auf Dauer nicht in der Lage, diese Defizite aus eigener Kraft zu schultern. Dieses Problem muss gelöst werden, da sonst insgesamt die Schließung der einen oder anderen Fachschule in Bayern droht, was wir aus spezifischen Gründen, aus Gründen der Qualitätssicherung der Ausbildung, gerade nicht wollen.

Eine Lösung, die sich im Moment anbietet, ist die Verstaatlichung sämtlicher Schulen. Dies wäre zwar schön, aber jeder weiß, dass dies haushaltsmäßig im Moment nicht durchführbar ist. Wir müssen wohl auch davon ausgehen, sollten wir zur Verstaatlichung von Schulen kommen, dass dies zunächst bei allgemeinbildenden Schulen beginnt - wir haben Gymnasien und andere Schulen in kommunaler Trägerschaft - und nicht gerade bei weiterbildenden Schulen wie Technikerschulen; deshalb scheidet dies zumindest kurzfristig aus, genauso wie die einfache Erhöhung von Zuweisungen an die Träger, da dies haushaltsmäßig im Moment nicht darstellbar ist. Wir werden diesen Etat beraten und verabschieden. Diese Zusatzkosten können nicht gedeckt werden, ohne dass man anderweitig Abstriche im Bildungsetat macht, was wir nicht wollen.

Deshalb bietet sich aus der Sicht unserer Fraktion als einzige Möglichkeit an, dass wir es den kommunalen Schulträgern ermöglichen, für diese Schulen Schulgeld zu erheben. Dies ist im Moment von staatlicher Seite verboten. Ermöglichen heißt, jeder einzelne Träger hat es selbst in der Hand, ob er dies durch Satzung umsetzen will oder nicht. Eine Verpflichtung vonseiten des Staates besteht nicht, aber es besteht die Möglichkeit, dies festzusetzen. Dies ist unserer Sicht auch tragbar und zumutbar.

Es handelt sich um Ausbildungszweige nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung, also um eine Weiterbildung und Zusatzqualifikation, ähnlich zum Beispiel dem Erwerb eines Meistertitels, wo ebenfalls gewisse Kosten auf die Schüler zukommen. Sie haben über den bereits erfolgten Ausbildungsabschluss hinaus dadurch einen echten Mehrwert.

Bereits heute ist es so, dass die privaten Fachschulen, also nicht die kommunalen, um die es hier geht, sondern die privaten Fachschulen, heute schon Schulgeld erheben, also von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, während dies den kommunalen versagt ist. Wir glauben, dass es einem Schüler an kommunalen wie auch an privaten Fachschulen zumutbar ist, seinen Beitrag, der in seiner Höhe durch die jeweilige Kommune festgesetzt wird und natürlich zumutbar und aufbringbar sein muss, zu erbringen.

Wir schlagen deshalb diese Regelung vor und gehen davon aus, dass wir dadurch den Erhalt der kommunalen Fachschulen in Bayern in Zukunft sichern zum Wohle der Schüler und zum Wohle der Ausbildung; denn das Wichtigste ist, dass diese Ausbildungsmöglichkeit auch weiterhin flächendeckend in unserem Lande erhalten bleibt. Ich bitte daher um zügige Beratung dieses Gesetzentwurfs.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Weikert.

Angelika Weikert (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist dies der zweite Entwurf der CSU-Fraktion zu diesem Problem. Ein erster Entwurf stand im letzten Plenum auf der Tagesordnung, versehen mit einer Drucksachennummer. Er wurde aber – ich füge hinzu: Gott sei Dank! – von Ihnen zurückgezogen. Dieser Gesetzentwurf hätte nämlich vorgesehen, dass der bisher den Kommunen gewährte staatliche Zuschuss für den Erhalt der Fachschulen dramatisch gekürzt wird. Ich bin also, wie gesagt, froh, dass Sie diesen Gesetzentwurf zurückgezogen haben. Dieser Gesetzentwurf wäre eine erhebliche Belastung für diesen Ausbildungszweig gewesen, den Sie, Herr Kreuzer, selbst doch loben. In dieses Lob kann ich nur einstimmen. Ich kenne sehr viele kommunale Fachschulen in Nürnberg. Sie machen eine sehr qualifizierte Ausbildung, haben sich in den letzten Jahren als Schulart sehr gut entwickelt und stellen eine wirklich gute Ergänzung der Bildungslandschaft in Bayern dar.

Der heute vorliegende Gesetzentwurf der CSU hat auf den ersten Blick einen gewissen Charme. Entlastet er doch die Kommunen, indem er sagt, der Zuschuss, den die Kommunen für die Fachschulen leisten, kann in ein Schulgeld umgewandelt werden. Allerdings sollten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, dieses Wort „kann“ im Gesetzentwurf lieber durch das Wort „muss“ ersetzen. Das wäre ehrlicher; denn keine Kommune wird aufgrund ihrer Haushaltslage dieses „Angebot“ – das sage ich bewusst in Anführungszeichen – ausschlagen, da sie letztlich mit ihrem Haushalt genauso zurechtkommen müssen, wie Sie, Herr Kreuzer, das für den Haushalt des Landes Bayern in Anspruch nehmen. Sie wissen doch alle, dass die Kommunen genügend andere Prioritäten haben und sicherlich das Angebot in diesem Bereich sofort annehmen werden. Die Übertragung des Schulgelds würde für die Absolventen der Fachschulen – ich habe mir das einmal ausgerechnet – pro Jahr und Schüler mindestens 1000 Euro ausmachen. Ich hoffe, Sie können nachvollziehen, dass das kein unerheblicher Beitrag ist. Es geht nicht um ein paar Euro, sondern um eine erhebliche Belastung derjenigen, die sich für diesen Ausbildungszweig entscheiden.

Die SPD-Fraktion sieht in diesem Gesetzentwurf der CSU eine, wenn auch für sie im Sinne der Staatsregierung konsequente, Ergänzung des Satzes – man kann es auch so sagen –: Bildung hat einfach ihren Preis in Bayern. Das ist wieder ein Baustein dazu. Es ist ein Baustein zur Selbstbeteiligung an Bildung, die beim Büchergeld anfängt und sich jetzt über das Schulgeld fortsetzt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Studiengebühren!)

Ich bin mir sicher, dass Sie auch schon weitere Überlegungen in den Köpfen haben und dass es weiter bis zu den Studiengebühren geht.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Das wird in diesem Gesetzentwurf ganz deutlich. Die Staatsregierung hat hier eine kleine Lücke gelassen, und die CSU ist sofort auf diesen Zug aufgesprungen.

Noch ein Wort zu den Kosten. Es geht da nicht nur um Schulgeld. Sie haben sehr richtig gesagt, Herr Kreuzer, diejenigen Schüler, die diesen Schulzweig wählen, gehen in der Regel aus dem Beruf heraus. Natürlich gibt es auch Schülerinnen und Schüler, die mit dem Besuch der Schule die Arbeitslosigkeit überbrücken. Das ist in Zeiten wirtschaftlicher Probleme ganz verständlich. Aber viele gehen, wie gesagt, aus ihrem Beruf heraus, sie haben häufig schon eine Familie und entscheiden sich für eine Weiterbildung zum Techniker oder Meister, einen Abschluss, der von Industrie und Handel sehr wohl nachgefragt wird. Von den Kammern wird die Fachhochschule immer sehr vehement verteidigt; die Qualität steht außer Frage. Insofern sollten Sie also die Gesamtkosten dieser Ausbildung sehen. Dazu käme dann das Schulgeld hinzu.

Ein weiteres Problem möchte ich bei diesem Gesetzentwurf aufzeigen, und da spreche ich genau Sie an, meine Damen und Herren von der CSU. Sie weisen in jeder Bildungsdebatte immer wieder darauf hin, dass Bayern zwar einen niedrigeren Abiturabschluss als andere Bundesländer hat, es in Bayern daneben aber viele Möglichkeiten gibt, sich entsprechend zu qualifizieren. Techniker und Meister sind sehr wohl hochqualifizierte Ausbildungsgänge. Genau den Besuch dieser Ausbildungszweige erschweren Sie, obwohl Sie immer wieder betonen, es müsse nicht jeder Abitur machen, sondern es gebe viele Möglichkeiten eines Abschlusses daneben.

Wir werden den Gesetzentwurf in den Ausschüssen entsprechend diskutieren. Das war heute eine erste Meinungsbildung. Unsere Meinung habe ich dargelegt. Wir würden die Lösung dieses Problems eher darin sehen, dass der Freistaat Bayern in den Bereich der beruflichen Bildung mehr Geld investiert und damit letztlich auch die Fachschulen stärkt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich erteile Frau Kollegin Tolle das Wort.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Kreuzer, ich will mit drei Gemeinsamkeiten beginnen: Es freut mich, dass Ihnen bei Ihrem Gesetzentwurf auffällt, dass die Kommunen in den letzten Jahren Defizite eingefahren haben, und es freut mich auch, dass Sie die Finanzierungsbasis verbessern wollen, und es freut mich, dass Sie sagen, das Problem der Defizite müsse gelöst werden.

Ich habe zwei Lösungen. Die erste ist die Verstaatlichung. Dazu hat sich Kollege Freller auf dem CSU-Parteitag hervorgetan und einen Antrag verabschieden lassen, der genau diese Verstaatlichung fordert. Aber, Herr Kollege Freller, wenn man mir im Ausschuss sagt, das könne frühestens im übernächsten Doppelhaushalt geschehen, dann ziehen Sie Ihren Antrag doch zurück und bringen Sie

ihn in vier Jahren auf Ihrem Parteitag wieder ein. Alles andere ist unehrlich.

Die zweite Lösung ist die Übernahme der Personalkosten zu 100 %, genau wie bei den Privatschulen. In Wirklichkeit geht es Ihnen um etwas ganz anderes.

(Thomas Kreuzer (CSU): Machen Sie einen Deckungsvorschlag!)

– Da sage ich nur ganz lapidar: Einzelplan 13. So haben Sie es doch bei den Lehrerstellen im Nachschub gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Wirklichkeit geht es Ihnen gar nicht darum, die Kommunen zu entlasten, sondern Sie wollen vielmehr Ihren eigenen Hals aus der Schlinge ziehen. Das sage ich Ihnen schon: Sie sind alle miteinander Pharisäer.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Sie müssen hier jetzt schon öffentlich dementieren, dass Sie gleichzeitig planen, die Lehrpersonalkostenzuschüsse auf 50 % zu senken. Das steht hinter Ihrem Gesetzentwurf. Sie stehlen sich heimlich, still und leise aus der Verantwortung, und das ist im Grunde noch ein bisschen gelinde formuliert. Ich möchte sagen: Sie würgen den Kommunen mit der Senkung der Zuschüsse noch eins rein. Wenn ich böswillig sein wollte – und das will ich zu dieser späten Stunde –, dann würde ich das „hinterhältig“ nennen.

Dieser Gesetzentwurf ist nichts anderes als ein Feigenblatt, um Ihren niederträchtigen Raub zu kaschieren.

(Unruhe bei der CSU)

Sie sind immer für eine Überraschung gut. Wir stimmen natürlich nicht für dieses Gesetz, nicht nur wegen der Senkung der Lehrpersonalkostenzuschüsse. Frau Weikert hat es schon gesagt, den Fachschulbesuch gibt es in Voll- oder Teilzeit, und er kostet ungefähr 1000 Euro im Jahr, wenn man Ihren feigen Akt der Kürzung nur einigermaßen auffangen will. Viele Menschen, die in München leben, können sich das zum Beispiel nicht leisten, und es geht auch nicht mit BAföG. Die Teilzeitschülerinnen und -schüler müssen nebenher arbeiten; deshalb erübrigt sich hier auch die Frage, ob sie noch Schulgeld aufbringen können. Selbst wenn es Schulgeld gäbe, führte dieses Schulgeld zu keiner qualitativen Verbesserung dieser Qualifizierungsmaßnahmen; denn die sauer verdienten Euro dienen dann dazu, Löcher im Haushalt der Kommunen zu stopfen.

Kleinere Fachschulen werden wegen Ihres Schulgelds sterben. Die Folge ist ein Schwund von qualifizierter Weiterbildung für die Leute, die eine Ausbildung absolviert haben und die oft von der Hauptschule kommen, für die Sie immer verbal in die Bresche springen. Mit dem Gesetzentwurf nehmen Sie vielen jungen hoch motivierten

Leuten die Chance einer beruflichen Weiterqualifizierung und damit eines besseren Lebens. Deswegen werden Sie von mir keinen Lobpreis für Ihr Gesetz bekommen. Im Gegenteil sage ich Ihnen: Schämen Sie sich!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, ich habe mich gefragt, was gewesen wäre, wenn Sie erst böse geworden wären. Was wäre uns dann hier geboten worden?

(Allgemeine Heiterkeit)

Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle und anderer (CSU)
zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des
Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen
(Drucksache 15/2098)
– Zweite Lesung –**

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierfür eine Redezeit von 20 Minuten je Fraktion vereinbart. Ich darf als erstem Redner Herrn Kollegen Neumeyer das Wort erteilen.

Martin Neumeyer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ziel der Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen ist es, erstens das Auswahlrecht der Hochschulen beim Vergabeverfahren wesentlich zu erweitern und zweitens den besten Bewerberinnen und Bewerbern den Weg zu der gewünschten Hochschule offen zu halten. Die Änderung geht auf eine Initiative aller Bundesländer zurück, die in eine Bundesratsinitiative mündete.

Ab dem Wintersemester 2005/2006 wird das neue Verfahren angewandt, demzufolge 20 % der Studienplätze nach der Abiturnote, weitere 20 % nach der Wartezeit und – neu – 60 % durch die Hochschule vergeben werden. Dies entspricht nicht dem bisherigen Verfahren, wonach 24 % der Studierenden von den Universitäten ausgewählt wurden. Dass nun 60 % von den Universitäten ausgewählt werden, bedeutet eine Verbesserung und den Ausbau der Autonomie der Hochschulen, sofern sie die Chance nutzen und nicht nur nach Noten beurteilen. Das Hochschulauswahlverfahren erfolgt anhand von Auswahlkriterien, die im Hochschulrahmengesetz zwar bekannt, aber nicht abschließend aufgezählt sind. Das bedeutet wiederum eine Förderung der Autonomie der Universitäten.

Die Ausgestaltung des Hochschulgesetzes bleibt damit bei den Ländern, und dieser Spielraum wird durch den vorliegenden Entwurf im Wesentlichen an die Hochschu-

len weitergegeben. Es ist jedoch anzuregen, dass in § 1 des Gesetzentwurfs bei Artikel 7 a Absatz 1 Nummer 5 das Komma nach den Worten „dienen soll“ durch das Wort „oder“ ersetzt wird. Die Nummern sollen nicht kumulativ, sondern alternativ angewendet werden.

Die Aufwendungen für die Durchführung des Auswahlverfahrens sind mit Sicherheit ein kritischer Punkt, der aber abhängig von der Ausgestaltung durch die einzelnen Hochschulen ist. Es muss genau überlegt werden, wie ein solches Verfahren gerecht und effizient durchgeführt werden kann. Man kann verschiedene Wege gehen. Es gibt das Modell, Auswahlaufgaben von Studenten organisieren und das Auswahlgespräch von Professoren führen zu lassen. Letzten Sonntag war in Regensburg ein „Tag der Universität“ unter dem Motto: „Warum studieren?“ Alle Fakultäten haben sich vorgestellt. Ich denke, das ist eine Möglichkeit, den jungen Schülerinnen und Schülern zu zeigen, was sie studieren können. Alle Studienanfängerinnen und Studienanfänger sollen die gleichen Chancen haben. Ziel ist es außerdem, die Abbrecherquote zu senken. Das wäre ein Vorteil für die Studierenden und die Hochschulen. Es ist also höchste Zeit, den Gesetzentwurf zu verabschieden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Einstieg in ein Studium an einer bayerischen Hochschule für einen Meister oder die Absolventen gleichgestellter Prüfungen wird seit längerer Zeit diskutiert. Ziel ist es, mit der Meisterbefähigung die fachgebundene Fachhochschulreife zu erwerben. Dies muss in die Novellierung des Hochschulgesetzes Eingang finden.

Höhere Kosten müssen von den Universitäten durch Gewinne im Rahmen der Hochschulstrukturreform erwirtschaftet werden durch Prioritätensetzung im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel.

Im Hochschulausschuss kam es bei der Abstimmung zu einer 50-prozentigen Zustimmung der SPD bei zwei anwesenden Kollegen. Ich hoffe, die SPD stimmt auch heute so ab. Im Verfassungsausschuss haben die GRÜNEN zu 100 % zugestimmt. Anwesend war Frau Kollegin Stahl. Ich hoffe, dass die GRÜNEN diesem Gesetzentwurf heute ebenfalls zu 100 % zustimmen werden.

Die Formulierungen im geänderten Hochschulrahmengesetz sind hauptsächlich geprägt durch den Änderungsentwurf der SPD-Fraktion im Bundestag, dem alle Fraktionen bei Enthaltung der FDP, die noch mehr Autonomie für die Hochschulen haben wollte, zugestimmt haben.

Kritisch anzumerken ist, dass sich ergeben könnte – das werden die Erfahrungen in der Zukunft zeigen –, dass sich viele Studenten an vielen verschiedenen Universitäten bewerben, sodass eine wahre Bewerbungsflut entsteht.

Das Gesetz soll am 1. März 2005 in Kraft treten. Wir vonseiten der CSU stimmen der Änderung des Gesetzes zu.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich darf das Wort Frau Kollegin Rupp für die SPD-Fraktion erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Adelheid Rupp (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen alle, dass bei uns in Sachen Autonomie der Hochschulen sehr viel zu tun ist. Allerdings ist das, was Sie mit Ihrem Gesetzentwurf vorhaben, angesichts dessen, wie sich die Lehre für die Studierenden derzeit darstellt, mit uns nicht zu machen. Die Situation an den Hochschulen sieht so aus, dass die Betreuungsverhältnisse von Professoren zu Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern zu Studenten extrem schlecht sind und dass mit dem von Ihnen vorgelegten Gesetzesentwurf mit einer starken Orientierung Richtung Eingangstests und Auswahlgesprächen eine immense zeitliche Belastung auf die einzelnen Fachbereiche zukommt.

(Unruhe)

– Entschuldigen Sie, Frau Kollegin Dr. Fickler, das stört sehr, weil es relativ laut ist.

Wenn man sich im Einzelnen ansieht, wo die Gespräche bisher geführt wurden, stellt man fest, dass die Fachbereiche extrem klein sind. Die Auswahltests und Eingangsgespräche finden statt in Fachbereichen, wo das Personal die Aufgabe noch bewältigen kann. Im Fach Medizin in München hätte das schlimme Folgen. Dazu liegen unterschiedliche Zahlen vom Ministerium, von unserer Seite und dem Studiendekan vor. Danach wären innerhalb von fünf Wochen 300 bis 500 Stunden Auswahlgespräche zu führen. Das ist bei der Personalsituation an unseren Hochschulen schlicht nicht machbar. Wie gesagt, wir können über vieles reden, aber in diesem Punkt müssen Sie die Hochschulen erst einmal besser ausstatten.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu einem zweiten Punkt. Wir lehnen den Gesetzentwurf auch deswegen ab, weil er juristisch nicht sauber formuliert ist. Sie formulieren: „Im Rahmen der Kriterien für die Auswahl nach Satz 1 Nummern 2 bis 5 ist zumindest gleichrangig das Kriterium für die Auswahl nach Satz 1 Nummer 1 zu berücksichtigen.“ Diese Formulierung lässt zwei Möglichkeiten zu. Die eine Möglichkeit ist die von Ihnen im Ausschuss tatsächlich geschilderte, nämlich dass zu 50 % das Abitur zählt. Die Formulierung lässt aber auch die andere Möglichkeit zu, dass dann, wenn drei Kriterien vorhanden sind – sprich: Bewerbungsgespräch, Eingangstest und Abitur –, das Abitur nur zu einem Drittel gewertet wird. Das ist schlicht juristisch unsauber formuliert. Wir haben im Ausschuss bereits darauf hingewiesen. Offensichtlich ist es Ihr Wille, das nicht zu verändern und die Möglichkeit zuzulassen, dass das Abitur eben nicht 50 % bei der Auswahl ausmacht. Das ist für uns ein gravierender Punkt. Wir finden, dass damit eine Abqualifizierung des bayerischen Abiturs verbunden ist. Nun kann man zurzeit tatsächlich über die schulische Qualität reden, die ständig im Abnehmen begriffen ist, wenn das so weitergeht. Trotzdem sind wir nach wie vor der Meinung, dass das Abitur die primäre Zulassungsbedingung für unsere Hochschulen ist und nichts anderes.

Abschließend möchte ich kurz einen Blick auf das werfen, was bisher an Auswahlgesprächen, Eingangstests und Ähnlichem stattgefunden hat. Tests und ähnliche Verfahren gibt es an bayerischen Hochschulen bereits seit zwei Jahren. Ich möchte nur anführen: Diplomstudiengang Chemie, TU München, 20 Minuten Eingangsgespräch.

In diesen 20 Minuten soll Folgendes festgestellt werden: räumliche Vorstellungsgabe, experimentelle Fähigkeiten und handwerkliche Neigungen, Englischkenntnisse, grundlegendes Verständnis für einfache chemische Formeln und Begriffe, Interpretation einfacher formelmäßiger Zusammenhänge und Entwurf eines einfachen Experiments, um diese Zusammenhänge zu überprüfen, Belastbarkeit und komplexes Aufnahmevermögen paralleler Sachverhalte, Fähigkeit zur Abstraktion von naturwissenschaftlichen Beobachtungen im täglichen Leben und Rückübersetzung in eine praktische Problemlösung – das in 20 Minuten.

(Zuruf der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Uns muss allen klar sein, dass das absurd ist.

Ein weiteres Beispiel ist die Biochemie, Bachelor, TU München. Dritter Auswahlpunkt ist Empfehlung eines Lehrers – das kann man noch nachvollziehen – oder einer anderen im öffentlichen Leben stehenden Person – Bürgermeister, Landtagsabgeordneter, Bundestagsabgeordneter.

Kolleginnen und Kollegen, dass diese Eingangsgespräche und die Auswahlkriterien, die derzeit an den Universitäten als Modell getestet werden, nicht in dieser Weise umgesetzt und nicht für alle bayerischen Hochschulen beispielgebend sein können, muss uns allen klar sein. Von der CSU-Fraktion und dem Ministerium hätte ich mir gewünscht, dass sauber evaluiert und nicht einfach gesagt wird, das sei prima und bestens. Bei genauer Betrachtung der einzelnen Punkte sieht man, dass es so nicht gehen kann.

Weiterhin sind wir der Ansicht – auch Sie argumentieren sehr oft so –, dass der vorliegende Gesetzentwurf nicht die geeignete Maßnahme ist, um die Studienabbrecherquoten zu senken. Studienabbrecherquoten kann man dadurch senken, dass bis zum Abitur mit den Schülerinnen und Schülern über die spätere Berufswahl diskutiert wird, dass man ihnen bereits nahe bringt, in welche Richtung das gehen kann. Falsch ist, dass verbunden mit einem relativ willkürlichen Eingangstest, einem Auswahlgespräch – wie eben geschildert – oder Ähnlichem, das Abitur abqualifiziert wird. Das wird die Studienabbrecherquoten nicht senken. Vielmehr müsste man dafür sorgen, dass in den ersten beiden Semestern die Studierenden besser betreut und Orientierungseinheiten geschaffen werden, die Möglichkeiten zum Wechseln bieten, sodass niemand zu einem frühzeitigem Studienabbruch gezwungen wird. Es gibt also bessere Handlungsmöglichkeiten.

Ich sehe überhaupt keinen Anhaltspunkt, dass das Gesetz ein erfolgreiches Konzept beinhaltet, das an den Hochschulen umgesetzt werden könnte. Unser Fazit: Das bayerische Abitur kann nicht auf diese Art und Weise ab-

qualifiziert werden. Daher werden wir diesen Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich darf für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Gote das Wort erteilen. Bitte schön.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Gesetzentwurf ist fast alles gesagt. Bereits zur Ersten Lesung habe ich ausführlich Stellung genommen, sodass ich mich nun kurz fassen kann. Wir setzen Bundesrecht um. Das kann nur richtig sein. Deshalb ist unsere Zustimmung nicht verwunderlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Regelungen gehen in die richtige Richtung. Nach dem vorherigen Redebeitrag will ich betonen, dass ich es richtig finde, dass das Abitur nicht mehr das einzige ausschlaggebende Kriterium ist, um an eine Hochschule gelangen zu können. Ich sehe darin keine Abwertung des Abiturs. Ich möchte viele andere Wege daneben ermöglichen. Das Gesetz bietet Chancen, dass diese Wege eröffnet werden. Der Meisterbrief wurde schon genannt. Wir haben das jahrelang gefordert. Vor noch nicht allzu langer Zeit wurden wir vom rechten Teil des Hauses deswegen für verrückt erklärt. Ich begrüße Sie im Kreis derjenigen, die es für durchaus möglich halten, mit einer solchen Ausbildung an der Hochschule zu studieren. Ich gratuliere Ihnen.

(Allgemeine Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das ist der richtige Weg.

Ganz wichtig ist, dass der Gestaltungsspielraum der Hochschulen erhalten bleibt. Wenn die Hochschulen die Durchführung der Auswahlverfahren nicht sinnvoll finden, können sie es bleiben lassen. Das gehört zur Autonomie der Hochschulen.

Die Verfahren müssen gut sein – das ist richtig. Wir befinden uns in der Experimentierphase. Die Verfahren müssen gut evaluiert werden. Ich bin der Überzeugung, dass die Verfahren nicht unbedingt besser sein müssen als der Zugang über das Abitur. Sie müssen aber auch nicht schlechter sein. Richtig ist, dass viele Wege zum Zugang an die Hochschulen eröffnet werden. Die Hochschulen brauchen Personal und finanzielle Mittel, um die Verfahren durchführen zu können. Ich appelliere an Sie, die Hochschulen besser mit Personal und mit finanziellen Ressourcen auszustatten. Dann werden sie diese Herausforderung gut und qualitativ hochwertig meistern können. Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Zum Rednerpult ist schon Herr Staatsminister Dr. Goppel geeilt. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Thomas Goppel (Wissenschaftsministerium): Wir wollen doch darauf achten, dass wir viel erledigen können.

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das 7. Hochschulrahmenänderungsgesetz vom 28. August 2004 ist der Auslöser unserer Debatte und führt uns zu dem Ergebnis, dass wir auch für Bayern festschreiben, dass nicht mehr nur 24 %, sondern in Zukunft 60 % der Studienplätze von den Hochschulen vergeben werden. Dabei haben Sie weiter zu berücksichtigen, Frau Kollegin Rupp, dass das Abitur der Normalzugang zur Hochschule ist. Dass die Möglichkeit besteht, dem Abitur eine andere Rolle zuzuführen, hängt damit zusammen, dass viele andere vergleichbare einleitende Qualifikationen zur Verfügung stehen, zu denen auch die Meisterprüfung gehört. Die Rolle hat sich mittlerweile geändert, weil wir ein anderes Selbstverständnis des Ausbildungsganges insgesamt für den einzelnen jungen Menschen haben.

Was wir uns vornehmen, stärkt die Hochschulautonomie. Der ZVS-Bürokratismus wird zurückgeschraubt. Studierende und Hochschulprofessoren können sich an den Hochschulen gegenseitig gezielt suchen. Eine der wichtigsten Aufgaben ist es, die Studienabbrecherquoten nach unten zu drücken. Ansonsten kommen wir nicht weiter.

Der Erfolg einer gemeinsamen Initiative der Länder unter Federführung Bayerns ist auch durch den Bundestagsbeschluss dokumentiert. Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben in der Diskussion diese Initiative ausdrücklich gutgeheißen. Was die Länder auf den Weg gebracht haben, ist von allen einmütig beschlossen worden. Umso mehr verwundert die klare und eindeutig ablehnende Diskussion in der SPD-Fraktion.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, Sie können etwas Luft holen. Ich gebe bekannt, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. Dies wird im ganzen Haus durchgesagt. Bleiben Sie bitte im Plenarsaal.

Staatsminister Dr. Thomas Goppel (Wissenschaftsministerium): Danke, Frau Präsidentin, für die Rücksichtnahme auf meinen Schnupfen. Die Hochschulen können künftig bei den Auswahlverfahren für die Studiengänge Biologie, Medizin, Pharmazie, Psychologie, Tiermedizin und Zahnmedizin neue zusätzliche Kriterien heranziehen, die Kollege Neumeyer bereits aufgezählt hat. Mir erscheint besonders wichtig, dass eine Berufsausbildung oder eine Berufstätigkeit und das Ergebnis von Auswahlgesprächen dazu beitragen werden, eine neue Qualität in das Verhältnis von Studierenden und Hochschulprofessoren zu bringen.

Die Hochschulen können sich zusätzlich auf fachspezifische Studierfähigkeit, Tests und Gewichte der Einzelnoten stützen. Die Möglichkeiten des erweiterten Kriterienkatalogs – das hoffen wir alle – werden in Zukunft von den Hochschulen genutzt. Insoweit ist die Ermahnung der Frau Kollegin Gote zu unterstreichen. Wenn die Hochschulen daraus keine neuen Chancen ableiten, wäre die ganze Liebesmühe vergeblich und die Autonomie der

Hochschulen infrage gestellt. Alles, was wir in diesen Tagen gemeinsam überlegen und beschließen, um die Autonomie zu stärken – deswegen verstehe ich den Beschluss der SPD nicht, die Autonomie nicht so weit gehen zu lassen –, braucht einen Boden, auf dem das wachsen kann.

Dazu gehört ein anderes Verhältnis zwischen den Studierenden und ihren Hochschullehrern. Dieses bessere Verhältnis ist neu einzuleiten, und deshalb meine ich, wir sollten alles dafür tun, damit die Vorbereitungen für ein anderes Verhältnis zwischen den Beteiligten getroffen werden können. Gemeinsame frühzeitige Verantwortung für Studium und Ausbildung, die nicht nur auf den Professoren lastet, sondern auch auf den Studierenden selbst, ist ein wichtiger Gesichtspunkt.

Die Erweiterung in der Hochschulauswahl in den ZVS-Studiengängen ist ein weiterer Schritt auf dem Weg der Reform des Hochschulzulassungs- und des Hochschulzugangszugangsrechtes. Sobald wir wissen, was in Berlin im Hochschulrahmenrecht geplant ist, werden wir unser Gesetz vorlegen können. Wir könnten das schon längst, wenn das bekannt wäre. So aber sind wir immer etwas gehandicapt. Autonomie und Eigenverantwortung der Hochschulen, auch bei örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen und bei den Eignungsfeststellungsverfahren müssen weiter gestärkt werden.

Lassen Sie mich noch einmal ausdrücklich festhalten: Wenn man Verbesserungen eindeutig anerkennt – und das habe ich in allen drei Fraktionen eindeutig gehört – dann verstehe ich nicht, warum man sich diesen Verbesserungen verweigert, nur weil man weiß, dass es noch bessere Bedingungen gibt. Dann, meine Damen und Herren, ist der Fortschritt in unserem Lande nie mehr zugegen. Wir haben inzwischen einen Status erreicht, in dem wir vor lauter Bedenken, die wir täglich in die Diskussion einbringen, vieles, was notwendig wäre, nicht erledigen, während viele unserer Nachbarn im Sturmschritt aufholen und uns in einzelnen Bereichen sogar überholen. Vor diesem Hintergrund will ich eines deutlich festhalten: 50 % Abitur, das ist ein Einstieg in eine Veränderung der Konditionen.

(Adelheid Rupp (SPD): Das legen Sie so aber nicht fest!)

Das ist es auch deshalb, weil wir gemeinsam beklagen, dass aus den Schichten unserer Bevölkerung, die nicht so vermögend sind, zu wenige studieren.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Dürfen wir das zitieren?)

Deshalb ist es dringend notwendig, gemeinsam zu überlegen, wie man beispielsweise über Auswahlgespräche ein vorher festgestelltes Defizit oder ein nicht genügend berücksichtigtes Defizit, das anderweitig nicht ausgeglichen werden kann, abbaut.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das geht aber schon im Kindergarten los!)

Lassen Sie mich ganz nüchtern festhalten, dass die Gutachten, die Sie vorhin kritisiert haben, sich bei all unseren

politischen Stiftungen seit Jahrzehnten bewähren. Ich kann keinen Unterschied zwischen den Gutachten erkennen, die, egal von welcher politischen Partei, Verantwortungsbewusst erstellt wurden –

(Adelheid Rupp (SPD): Beim Medizinstudium in München, bei 2000 Studierenden, ist das nicht leistbar!)

– Dafür gibt es unterschiedliche Kollegen in der Politik, und nicht nur ein und denselben. Frau Kollegin Rupp, ich halte es für ganz wichtig, dass wir nicht in Abrede stellen, dass wir uns mit Anstrengung und gutem Gewissen um die jungen Menschen und ihr Fortkommen kümmern. Ich schreibe relativ viele solcher Gutachten nach einem einstündigen Gespräch, nicht nach zwanzig Minuten. Die Zeit nehme ich mir. Ich verlange von Ihnen, dass Sie anerkennen, dass die Kollegen sauber arbeiten. Wenn Sie für die SPD etwas anderes reklamieren, dann ist das Ihr Geschäft. Da mische ich mich nicht ein.

Die Hanns-Seidel-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Thomas-Dehler-Stiftung –, sie alle verfahren nach diesem Modell. Was ich über die Ergebnisse unserer Stipendiaten höre, so sind sie alle von großer Qualität. Was sie danach im Berufsleben daraus machen, ist etwas anderes. Für das Studium aber hat sich diese Auswahl immer bewährt. Sie sollten deshalb nicht krampfhaft nach Argumenten suchen, wie sie hier im Landtag ein neues Feuer entzünden können, wenn im Bundestag Einigkeit zwischen den Fraktionen besteht.

Ich danke dem Bundestag für diese Vorgabe, die es mir erleichtert, bei der Autonomiediskussion auch im Hinblick auf die Zugeständnisse mit den Kollegen in der Fraktion etwas weiter zu gehen. Ich bitte Sie um Zustimmung, damit das Gesetz pünktlich in Kraft treten kann.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte, diese so durchzuführen, wie sich das für ein Gesetz gehört. Der Abstimmung liegen der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 15/2098 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur auf Drucksache 15/2724 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt die unveränderte Annahme. Der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der endberatende Ausschuss für Verfassungs- Rechts- und Parlamentsfragen stimmen ebenfalls zu, allerdings mit der Maßgabe, dass in § 1 im neu eingefügten Artikel 7 a in Absatz 1 Nummer 5 das Schlusskomma durch das Wort „oder“ ersetzt wird. Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU und die des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Kollege Hufe von der SPD. Wer ist dagegen?

– Das ist die SPD-Fraktion mit Ausnahme des Kollegen Hufe. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung die sofortige Schlussabstimmung durch. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkarten abzugeben. Hierfür sind fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 20.06 bis 20.11 Uhr)

Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Die Auszählung findet außerhalb des Sitzungssaales statt. Ich gebe das Ergebnis später bekannt.

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können. – Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können. – Danke schön.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Rainer Volkmann, Hans Joachim Werner und anderer (SPD) Rechtsverordnung zur Einrichtung einer Härtefallkommission gemäß § 23 a Absatz 2 des neuen Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) (Drucksache 15/1354)

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurden 15 Minuten Redezeit pro Fraktion vereinbart. Ich darf Herrn Kollegen Wörner das Wort erteilen. – Entschuldigung, Herr Kollege Werner. Ich habe hier Wörner stehen gehabt.

Hans Joachim Werner (SPD): Frau Präsidentin, diese Namensverwechslung hat mich bei einer Landtagswahl schon einmal 371 Stimmen gekostet. Zu diesem Zeitpunkt hatten mir dann 16 Stimmen zum Einzug in den Landtag gefehlt. Deswegen bin ich da etwas empfindlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem unser Plenarsaal noch einigermaßen gut gefüllt ist, empfehle ich Ihnen, gleich dazubleiben und eventuell die Kolleginnen und Kollegen, die noch draußen sind, hereinzuholen, weil wir nämlich auch zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragen.

(Zuruf von der CSU: Morgen früh!)

– Unter Umständen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich ausdrücklich, dass auch der geschätzte Herr Kollege König da ist und heute offensichtlich nicht zum Zug muss, sodass wir uns dann mit der gebotenen Ernsthaftigkeit mit diesem Thema auseinander setzen können.

Es war eine äußerst schwere Geburt, wenn ich daran denke, wie die Diskussionen über das Zuwanderungsgesetz und zuletzt über das Aufenthaltsgesetz gelaufen sind. Am Ende stand ein Kompromiss. Hätten wir dieses Gesetz

alleine gemacht, wäre es sicher anders ausgefallen; hätten Sie es alleine machen können, wäre es wiederum anders ausgefallen. So hat es eben einen Kompromiss gegeben, und an diesen Kompromiss, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten wir uns alle miteinander bei allen Details, die uns möglicherweise im Einzelnen nicht gefallen, auch halten. Dieses Gesetz sieht nun einmal vor, dass durch eine relativ einfache Rechtsverordnung der Länder eine Härtefallkommission eingerichtet werden kann.

Nun ist dieser Antrag schon in den Ausschüssen, unter anderem im Rechts- und Verfassungsausschuss, behandelt worden. Seitens der CSU sind einige Bedenken vorgebracht worden, zum Beispiel, dass damit das Petitionsrecht ausgehöhlt würde, dass man sozusagen den Menschen ihr Recht nehmen könnte, Eingaben an den Bayerischen Landtag zu richten. Diese Bedenken brauchen Sie nicht aufrechtzuerhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil einer Person ein Verfassungsrecht natürlich nicht durch eine Verordnung genommen werden kann. In diesem Fall kommt noch hinzu, dass die Betroffenen gar nicht die Möglichkeit haben, diese Härtefallkommission anzurufen. Diese Kommission – so sieht es das Gesetz ausdrücklich vor – wird ja nur von sich aus tätig. Sie wird es sich sehr gut überlegen, wann sie tätig wird. Die Betroffenen können sich nach wie vor mit einer Petition an den Bayerischen Landtag wenden, und wir werden diese Petition natürlich behandeln, so wie wir es in allen Jahrzehnten, seitdem es den Bayerischen Landtag und das Petitionsrecht gibt, getan haben.

Ein weiteres Bedenken ging dahin, dass man möglicherweise sogar neue Rechtswege eröffnen würde. Auch dieses Bedenken kann ich ganz schnell ausräumen. Ich wiederhole den Hinweis, dass die Härtefallkommission selbst entscheidet, welche Fälle sie behandelt und welchen Menschen sie einen weiteren Aufenthalt in unserem Land ermöglicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, führen wir uns doch einmal vor Augen, um welche Fälle es denn überhaupt geht. Es ist doch nicht so, dass wir uns in jeder Sitzung des Petitionsausschusses über fünf oder sechs ausländerrechtliche Fälle in die Wolle bekommen und es zu Turbulenzen kommt, weil wir die Leute unbedingt hier halten wollen und weil Sie die Leute unbedingt loswerden wollen. Es geht doch um einige wenige, ganz wenige Fälle. Was sind das für Fälle? – Das sind Fälle von Familien mit langjährigem Aufenthalt, Familien, die sich zum Teil schon 10, 15 Jahre hier im Lande aufhalten. Sie haben zu einem Teil nicht einmal Sozialhilfe bezogen, haben immer treu und brav gearbeitet und ihre Steuern bezahlt. Trotzdem gibt ihnen das alte Ausländerrecht aber keine Möglichkeit, weiter hier zu bleiben, obwohl wir sie doch eigentlich dringend bei uns im Land bräuchten.

Sie sehen doch oft selbst die humanitäre Problematik und sagen: Da haben Sie eigentlich Recht; die könnten wir hier brauchen, und wir würden sie auch aus humanitären Gründen, weil wir die menschliche Tragweite erkennen, gerne hier belassen, aber es gibt eben keine rechtlichen Möglichkeiten. Immer wieder stehen wir vor diesen Grenzen. Wenn Sie das mit der menschlichen Tragweite, die Sie selbst erkennen, ernst meinen und wenn Ihnen dann

sozusagen auf dem silbernen Tablett eine Möglichkeit eröffnet wird, in diesen wenigen Einzelfällen etwas zu tun, dann sollten Sie auch um Ihrer eigenen Glaubwürdigkeit willen diese Möglichkeit nutzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Beispiel: Wir haben sehr oft Fälle, in denen Arbeitgeber langjährige, bestens qualifizierte, fleißige, zuverlässige Mitarbeiter verlieren. Welche Dramen haben sich da schon oft in unserem Ausschuss abgespielt. Arbeitgeber haben ihre Angestellten begleitet und ihr Anliegen im Ausschuss unterstützt. Auch da haben Sie wieder gesagt: Natürlich sehen wir ein, dass Sie den dringend brauchen, und wir wissen auch, dass Sie, auch wenn Sie noch so viele Arbeitsagenturen angehen, keinen Ersatz finden werden, aber es gibt nach dem alten Ausländergesetz keine rechtliche Möglichkeit, einen weiteren Aufenthalt zu ermöglichen. Nun wird Ihnen auch hier die Möglichkeit geboten, durch eine Entscheidung der Härtefallkommission Abhilfe zu schaffen. Wenn Sie es ernst meinen, müssen Sie diese Möglichkeit nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mich sehr gut an die zum Teil sehr hitzigen Diskussionen, die bis in den vergangenen Sommer hinein geführt wurden, erinnern. Herr Staatsminister, Sie haben damals im Zuge der Verhandlungen gesagt, dass Sie bei den Härtefällen noch Handlungsbedarf sähen. Sie sagten das im Rahmen eines Interviews in der „Bildzeitung“, über das ich mich sehr gewundert aber auch sehr gefreut habe. Offensichtlich ist dieser Handlungsbedarf von allen Seiten gesehen worden. Deshalb ist diese Bestimmung in das Aufenthaltsgesetz hineingekommen. Wir haben die Möglichkeit, durch Rechtsverordnung eine solche Härtefallkommission zu schaffen. Der entscheidende Punkt ist, dass diese Härtefallkommission durch ihre Entscheidung die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen kann, dass ein weiteres Bleiberecht eingeräumt wird, wenn die Mitglieder der Härtefallkommission einen Härtefall sehen, wenn sie die humanitären Gründe sehen, die für ein weiteres Bleiberecht bestehen.

Wir wurden auch von den beiden Kirchen aufgefordert, eine solche Kommission einzurichten. Ich habe in den letzten Jahren zu wenigen Themen so viele Schreiben erhalten wie zum Thema Härtefallkommission. Dabei wurde an mich immer wieder die Bitte gerichtet, mich dafür stark zu machen, diese Härtefallkommission einzurichten. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie würden sich überhaupt nichts vergehen, wenn Sie das Ministerium in aller Ruhe an der Einrichtung einer solchen Härtefallkommission arbeiten ließen. Sie haben es in der Hand, wie eine solche Kommission zusammengesetzt wird und auf welchen Grundlagen sie arbeiten soll. Natürlich müssen die Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes eingehalten werden. Sie müssen aber nicht befürchten, dass wegen einer solchen Härtefallkommission unser Land von unerwünschten Ausländern „überschwemmt“ würde. Geben Sie bitte Ihrem Herzen einen Stoß.

Ich wäre sogar bereit, unseren Antrag zu ändern, allerdings nur geringfügig. Wir haben heute dieses Thema zum fünften Mal auf der Tagesordnung. In unserem Antrag stand, dass rechtzeitig vor In-Kraft-Treten des Gesetzes die Härtefallkommission eingerichtet werden soll. Ich bin bereit, das Wort „rechtzeitig“ zu streichen. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Als Nächster hat sich für die CSU-Fraktion Herr Kollege König zu Wort gemeldet.

Alexander König (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Werner, ich hätte Ihnen im Hinblick auf Ihre juristischen Ausführungen zum Thema Härtefallkommission gewünscht, dass Sie zum Zug gemusst hätten. Ich meine das nicht böse. Sie sind Journalist und Betriebsratsexperte. Zum Thema Härtefallkommission kann ich Ihnen nur das sagen, was ich schon mehrfach gesagt habe.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

– Frau Kollegin Biedefeld, Sie sollten mir noch einen Moment zuhören. Sie interessieren sich doch angeblich für dieses Thema und wollen uns überzeugen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie haben doch nie etwas zu sagen!)

– Frau Kollegin Gote, auf Ihr Geschrei aus der zweiten Reihe verzichten wir heute einmal. Ich sage Ihnen zum wiederholten Male sachlich und ruhig: Die CSU-Fraktion hat ihren Überlegungsprozess zu der Frage, ob sie eine Härtefallkommission für Bayern befürworten soll oder nicht, noch nicht abgeschlossen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Immer noch nicht!)

Ich sage Ihnen auch, warum. Wir wollen zunächst die Erfahrungen abwarten, die man in den anderen Bundesländern mit der Einrichtung einer solchen Kommission nach der neuen gesetzlichen Ermächtigungsform machen wird. In diesem Sinne hat sich auch der verehrte Herr Innenminister geäußert.

(Franz Schindler (SPD): Die anderen Bundesländer sind doch kein Maßstab für Bayern! – Susann Biedefeld (SPD): Herr Beckstein hat sich dazu noch nicht festgelegt!)

– Interessiert Sie dieses Thema oder nicht? Ich habe gehört, dass Sie das letzte Mal sehr enttäuscht waren, weil ich nichts zu diesem Thema gesagt habe. Wenn ich Ihre geschätzte Aufmerksamkeit noch zwei bis drei Minuten in Anspruch nehmen dürfte, würde ich Ihnen sagen, was Sie angeblich so unbedingt hören wollen.

(Franz Schindler (SPD): Ich bitte um geistvolle Aufklärung!)

Im Zusammenhang mit der Härtefallkommission gibt es eine ganze Reihe von schwierigen Fragen. Herr Kollege Werner, Sie haben heute häufig von Härtefällen gesprochen. Bis jetzt konnten Sie allerdings noch nicht definieren, was ein Härtefall eigentlich ist. Heute ist zwar von der Härtefallkommission die Rede, aber kein Mensch kann den Unterschied von einem Härtefall zu einem normalen Fall definieren. Ich habe Sie schon einmal darauf hingewiesen, dass ich dabei ein Problem sehe, weil jeder, der sich über Jahre in unserem Land aufhält und aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen das Land verlassen muss, ein Härtefall ist. Aus Sicht dieser Person ist es immer hart, nach Jahren das Land verlassen zu müssen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Der Härtefall ist ein unbestimmter Rechtsbegriff! Das wissen Sie doch genau!)

– Ich möchte Frau Kollegin Schieder die Gelegenheit geben, zuzuhören. Die Schulpolitik ist erst morgen früh wieder dran.

(Karin Radermacher (SPD): Wer zuzuhören hat und wer nicht, bestimmen Gott sei Dank nicht Sie! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Keine Aufregung. Wir haben noch Zeit bis 21.00 Uhr. Herr Kollege Werner, Sie haben es soeben als großen Fortschritt gelobt, dass der einzelne betroffene Petent nach dem Gesetz keine Möglichkeit hat, durchzusetzen, dass sein Fall, den er natürlich als Härtefall betrachtet, vor einer Härtefallkommission behandelt wird. Nach der gesetzlichen Grundlage würde es sich nämlich genau andersrum verhalten: Allein die Kommission – mit welcher Kompetenz auch immer – würde entscheiden, ob sie sich mit dem Fall befasst oder nicht. Die besondere Schwierigkeit in diesem Zusammenhang ist der Umstand, dass der einzelne Bürger letztlich keinen Rechtsweg gegen die Entscheidung, ob sich die Kommission mit seinem Fall beschäftigt oder nicht, beschreiten kann. Sie werden also einem Juristen zugestehen, dass er die Frage stellt, ob die gesetzliche Regelung, wonach es keinen Rechtsweg geben soll, mit Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes, der Rechtsweggarantie, vereinbar ist.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege König, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wahnschaffe?

Alexander König (CSU): Im Moment nicht. Es ist schon genügend Unruhe im Saal. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben genügend offene Fragen, sodass es sich lohnt, die Erfahrungen abzuwarten, die in anderen Ländern mit der Härtefallkommission gemacht werden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Es gibt inzwischen Erfahrungen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Herr Kollege Werner lobt, dass der einzelne Bürger keine Möglichkeit hätte, dafür zu sorgen, dass sein Fall vor der Härtefallkommissi-

on verhandelt wird, frage ich Sie, inwieweit dies mit dem Gleichheitsgrundsatz in Einklang zu bringen ist.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer reicht denn eine Petition ein?)

Ein Petent, der genügend Unterstützer und Sympathisanten hat, schafft es, dass sein Fall vor eine Härtefallkommission gebracht wird. Ein anderer, der keine Unterstützer hat, würde keine Möglichkeit haben, dass sein Fall von einer Härtefallkommission behandelt wird.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

– Ihnen würde es gut zu Gesicht stehen, sich diese Rechtsfragen zu stellen. Sowohl der Gleichheitsgrundsatz als auch die Frage der Rechtsweggarantie sind Grundlagen unserer Rechtsordnung.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Zaunkönig!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich weiß, dass es bereits 20.30 Uhr ist und damit sehr spät. Ich bitte jedoch alle, sich ein bisschen zurückzunehmen. Wenn man schon Zwischenrufe macht, sollten sie wenigstens noch einigermaßen vertretbar sein.

Alexander König (CSU): Natürlich wird sich auch die Frage stellen, wie das Verhältnis einer solchen Härtefallkommission zum Petitionsrecht sein wird. Diese Frage drängt sich auf. Herr Kollege Werner, klar ist, dass das Petitionsrecht als verfassungsmäßiges Recht grundsätzlich nicht tangiert werden darf. Trotzdem stellt sich die Frage, wie das Problem so gelöst werden kann, dass das Petitionsrecht keine Einschränkung erfährt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, des Weiteren stellt sich die Frage, inwieweit eine solche Härtefallkommission über Sein oder Nichtsein, über Dasein oder Nichtdasein von Menschen in diesem Lande entscheiden kann. Schließlich können die Vertreter, mit denen dieses Gremium besetzt wird, keine demokratische Legitimation in dem Sinn vorweisen, dass sie vom Volk gewählt sind. Im Gegensatz dazu sind die Abgeordneten des Parlaments und die Mitglieder der Staatsregierung demokratisch legitimiert.

Diese Frage muss erlaubt sein. Ich erlebe auf zunehmend mehr Ebenen, auf der kommunalen Ebene und auch auf anderen, dass immer mehr derartige neue Gremien geschaffen werden, die keine demokratische Legitimation aufweisen können. Ich bitte Sie, sich zu überlegen, ob das in Ihrem Sinn ist.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ein gewisser Lärmpegel herrscht ohnehin. Wenn er aber zu stark wird, wird es wirklich unerträglich.

Alexander König (CSU): Ich bin schon daran gewöhnt, dass gewisse Herren nicht zuhören können.

(Zustimmung bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen – Sie, Herr Dürr, als Erster –, ich finde Ihr Verhalten unfair. Sie müssen das einmal beobachten. Sie können sich an mir ein Beispiel nehmen. Ich sitze immer schön da, höre Ihnen immer aufmerksam zu, aber Sie benehmen sich wie im Kindergarten.

(Beifall bei der CSU)

Sie sind zum Zuhören nicht im Entferntesten in der Lage.

Diese Fragen sind sachliche Fragen, die Kollege Werner so nicht aufgeführt hat. Ich führe sie hier auf. Das sind die Fragen, die sich uns, den Mitgliedern der CSU-Fraktion, stellen. Wir haben uns als Gesamtfraktion bisher grundsätzlich weder für noch gegen eine Härtefallkommission entschieden.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Antworten!)

Wir wollen diese Fragen gelöst sehen, und wir wollen sehen, wie andernorts damit umgegangen wird. Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem diese Erfahrungen vorliegen, und bis zu dem Zeitpunkt, zu dem bei uns ein abschließendes Meinungsbild zur Härtefallkommission vorliegt, werden wir nicht nur den heutigen Antrag der SPD-Fraktion, sondern auch alle zukünftigen derartigen Anträge ablehnen.

Gerade Ihnen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, will ich eines sagen:

(Zuruf von den GRÜNEN: Wir brauchen von Ihnen keine Belehrung!)

Für mich hat sich während dieser Tage eine ganz neue Sichtweise ergeben. Ich habe mir gedacht: Mein Gott, Alexander, steht wirklich schon wieder die Härtefallkommission auf der Tagesordnung? In Berlin sorgen gewisse Personen dafür, dass die Leute ins Land hereinkommen,

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

und in München wollen gewisse Personen dafür sorgen, dass diese Leute für immer hier bleiben.

(Susann Biedefeld (SPD): Kennen Sie die Position der katholischen Kirche in Bayern dazu?)

Meine Damen und Herren von den Parteien, welche die Regierung in Berlin tragen, Frau Biedefeld, Sie haben zur Zeit mehr als genügend Grund, sich mit der Frage auseinander zu setzen, wie es denn sein kann, dass über Jahre hinweg, offensichtlich unterstützt von Mitgliedern der Bundesregierung, Tausende von Leuten illegal in dieses Land gekommen sind.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zahlreiche Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist meine vordringliche Frage.

(Unruhe)

Anschließend können wir uns wieder mit der Frage beschäftigen, wie wir am besten eine Härtefallkommission einsetzen. Bis dahin lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Pfui! – Anhaltende Unruhe)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Das Wort für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Scharfenberg.

(Anhaltende Unruhe)

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt zum ersten Härtefall des Bayerischen Landtags, zu Herrn König, kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr König, Ihr Zug fährt heute übrigens ohne Sie.

(Zuruf von der CSU: Das ist eine Unverschämtheit!)

Mit dem neuen Zuwanderungsgesetz, das ab 01.01.2005 gilt und dem auch die CSU unter der Prämisse zugestimmt hatte, dass auf Landesebene eine Härtefallkommission eingerichtet wird, wurde für uns in Bayern eine ganz große Chance eröffnet, nämlich die Chance, eine Härtefallkommission auf Landesebene einzurichten. Dass wir eine Härtefallkommission brauchen, sehen wir in jeder Sitzung des Petitionsausschusses.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CSU)

Bayern hat dem Kompromiss des § 23 a des neuen Aufenthaltsgesetzes zugestimmt. Ich fordere Sie dazu auf: Sorgen Sie dafür, dass auf Länderebene eingehalten wird, was auf Bundesebene versprochen wurde. Ich fordere Sie dazu auf: Stehen Sie zu Ihrem Wort!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben schon letztes Mal unseren Gesetzentwurf zur Einrichtung einer Härtefallkommission eingebracht. Leider waren Sie von der CSU nicht einmal in der Lage, eine abschließende Meinungsbildung vorzuweisen – so Ihre Antwort in der letzten Plenarsitzung. Das hat Signalcharakter, und das verrät Sie. Sie interessiert dieses Thema überhaupt nicht; denn sonst hätten Sie sich schon lange darüber Gedanken gemacht, wofür Sie auf Bundesebene gestimmt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir enthalten uns auch bei der Abstimmung über den SPD-Antrag, weil wir unseren Gesetzentwurf für weiterge-

hender halten. Wir wollen nämlich im Landtag selbst darüber entscheiden, wie eine Härtefallkommission auszusehen hat. Eine Rechtsverordnung, wie sie die SPD vorhat, wollen wir nicht; denn das würde dazu führen, dass auf Verwaltungsebene eine Härtefallkommission konstruiert wird.

(Unruhe)

Wir wollen als Abgeordnete selbst darüber entscheiden und sagen, wie eine Härtefallkommission zusammengesetzt sein soll. Wir wollen die Gestaltung also selbst in der Hand haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) macht Zurufe zur Regierungsbank)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, dass Sie nicht einmal Ihrer eigenen Rednerin zuhören, halte ich schon für sehr problematisch.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Der auf der Regierungsbank schwätzt dauernd!)

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Beckstein hatte vielleicht noch Erklärungsbedarf dazu, was eine Härtefallkommission ist. Das sehe ich natürlich ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit einer Härtefallkommission wollen wir dem Einzelfall mit seinen dringenden humanitären oder persönlichen Gründen gerecht werden. Dem werden wir bis jetzt nicht gerecht. Wenn rechtlich alles entschieden ist, muss es nach dem Zuwanderungsgesetz noch eine Möglichkeit geben, humanitär zu entscheiden. Als langjähriges Mitglied des Petitionsausschusses weiß ich sehr wohl, was ich sage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir dürfen uns die Möglichkeit nicht nehmen lassen, den Härtefall im Sinne des Petenten zu beleuchten. Wir müssen dabei auch die menschliche Konsequenz sehen. Eine Härtefallkommission wäre frei von ordnungspolitischen Überlegungen. Das ist im Grunde genommen das Charmante daran. Sogar einzelne CSU-Abgeordnete haben mir gesagt, es sei eigentlich eine gute Sache, dass die Entscheidung weg von der Politik kommt, dass Initiativen und Kirchen darüber befinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben ganz genau gesagt, wie wir die Härtefallkommission besetzt haben wollen. Wie soll so eine Härtefallkommission aussehen? – Nach unseren Vorstellungen setzt sie sich aus 17 Mitgliedern zusammen: je einer Vertreterin oder einem Vertreter der katholischen und der evangelischen Kirche sowie der israelitischen Kultusgemeinden in Bayern, zwei Vertreterinnen oder Vertretern der Freien Wohlfahrtspflege, je einer Vertreterin oder einem Vertreter des Bayerischen Flüchtlingsrates, der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayern – AGA-

BY –, der Beratungseinrichtungen für Flüchtlinge und Folteropfer, der Beratungseinrichtungen für Opfer von Frauenhandel, zum Beispiel JADWIGA, die Sie überall unterstützen, der Frauenorganisationen, die sich schwerpunktmäßig mit weiblichen Flüchtlingen und Migrantinnen beschäftigen, des Bayerischen Landesjugendamts, der Anwaltschaft auf Vorschlag der Rechtsanwaltskammern, der Ärzteschaft auf Vorschlag der Landesärztekammer, der Kommunen auf Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände, des Bayerischen Landessportverbands, des Verbandes der Bayerischen Wirtschaft.

Der Verband der Bayerischen Wirtschaft fordert doch ständig dazu auf, diesen oder jenen Härtefall zu betrachten. Die Mehrheitsfraktion im Petitionsausschuss sagt immer, es sei alles ausgereizt, und der Ausschuss sei kein oberster Gerichtshof. Herr Traublinger – er ist jetzt nicht da – kann ein Lied davon singen, dass man einem Härtefall über den Weg einer Petition nicht gerecht werden kann.

Dann wollen wir natürlich auch einen Vertreter oder eine Vertreterin des Bayerischen Staatsministeriums des Innern in der Kommission haben. Diese Mitglieder werden für zwei Jahre vom Innenministerium bestellt.

Diese Zusammensetzung ist nach unserer Meinung ausgewogen. Eine parteipolitische Polarisierung gibt es in dieser Härtefallkommission nicht. Ich weiß gar nicht, was Sie haben. Sie könnten froh sein, wenn Sie derartige Entscheidungen aus der Parteipolitik endlich draußen haben. Sie alle werden doch auch vor Ort daraufhin angesprochen, dass man dem einzelnen Härtefall nicht gerecht wird. Dann aber ducken Sie sich weg und sagen: Na ja, da ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Im Petitionsausschuss aber wird gesagt, dass man da gar nichts machen könne. Die Mehrheitsfraktion richtet sich gegen den Härtefall, und schon haben wir das große Problem, dass man dem Härtefall an und für sich überhaupt nicht gerecht wird.

Erfahrungen mit seit längerer Zeit in anderen Ländern bestehenden Härtefallkommissionen haben gezeigt, dass es sinnvoll ist, dass nicht nur Politikerinnen und Politiker einen Härtefall prüfen, sondern dass der geballte Sachverstand von Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen und Organisationen Ermessensspielräume finden muss, von denen dann Gebrauch gemacht werden kann.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ein solch geballter Sachverstand ist notwendig. In einem Vorprüfungsausschuss, bestehend aus Geschäftsstellenmitarbeitern und zwei von der Kommission benannten Mitgliedern, wird geprüft, ob Gründe für die Zulässigkeit eines Antrages an die Härtefallkommission vorliegen. Herr König, wir können uns darüber hier im Plenum unterhalten, welche Gründe vorliegen müssen. Wir entscheiden dann, wie ein Vorprüfungsausschuss auszusehen hat, und welche Kriterien er an die Hand bekommen soll.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, trotz eindringlicher Appelle, angefangen von Frau Süßmuth über Herrn Blüm bis hin zu Herrn Schwarz-Schilling

und dem früheren BDI-Präsidenten Olaf Henkel, von Pro Asyl und anderen Menschenrechtsorganisationen bis hin zu zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern, enthält das Zuwanderungsgesetz keine Bleiberechtsregelung. Das ist auch in Bayern der Knackpunkt. Die Bleiberechtsregelung unterliegt der Länderhoheit. Dem haben sie zugestimmt, und deshalb müssen Sie sich ehrlicherweise auch entsprechend verhalten.

Für Migrantinnen und Migranten, die seit Jahren in Deutschland leben und deren Aufenthaltsgeldung immer wieder verlängert worden ist, muss eine abschließende Regelung gefunden werden. Für diese Menschen ist es einfach keine Lösung, wenn sie mit ungesichertem Aufenthaltsstatus, der auch noch mit einem sozialen Schwebzustand gekoppelt ist, bei uns leben müssen. Für einige dieser Menschen könnten jetzt über die Einrichtung einer Härtefallkommission Einzelfallregelungen getroffen werden. Wir geben also seit dem 1. Januar 2005 etwas aus der Hand. Eine solche Härtefallprüfung funktioniert nur, wenn die Anträge ohne „Schere im Kopf“ geprüft werden können.

Übrigens haben Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen seit Jahren Härtefallkommissionen; sie haben damit gute Erfahrungen gemacht. In Schleswig-Holstein gab es 2003 106 Eingaben. Davon wurden drei Fälle positiv bewertet. 2002 gab es 112 Eingaben; davon wurden sieben Fälle positiv bewertet. Von 1996 bis 2001 gab es insgesamt 566 Eingaben; davon wurden 91 Fälle positiv bewertet. In Nordrhein-Westfalen gab Innenminister Dr. Behrens an, dass in 14 % der Fälle den Eingaben entsprochen wurde. Dies zeigt, dass das Modell Härtefallkommission dauerhaften Bestand haben kann und dass eine derartige Kommission mit geballtem Sachverstand kontinuierliche Arbeit verrichten kann. Keiner von uns, der nicht als Vertreter einer Organisation oder NGO mit dieser Materie vertraut ist, kann behaupten, dass er diese Fälle wirklich adäquat behandeln kann. Das können die Organisationen viel besser. Geben wir doch diese Fälle an den geballten Sachverstand, also an die Härtefallkommission.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat sich noch für die SPD Herr Kollege Schindler zu Wort gemeldet. Sie haben noch sechs Minuten.

Franz Schindler (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erste Bemerkung: Die wiederholten Ausführungen des Herrn Kollegen König können natürlich nicht unwidersprochen im Raum stehen bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt insbesondere für die Polemik, mit der er meinte, ein Thema behandeln zu müssen, bei dem es letztlich doch um Menschen geht.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Thema kann man in diesem Stil nicht einmal in Bierzelten, geschweige denn in diesem Haus behandeln.

Eine zweite Bemerkung, meine Damen und Herren: Die Regelungen des Zuwanderungs- und Aufenthaltsgesetzes sind ein Kompromiss. Diejenigen, die einen Kompromiss schließen, sollten so, wie es vor Gericht bei einem Vergleich auch der Fall ist, danach auch zu diesem Vergleich oder zu diesem Kompromiss stehen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich es richtig im Kopf habe, hat auch die CSU – zwar mit Abscheu und Widerwillen – diesem Kompromiss ihre Zustimmung erteilt. Sie wollte es zwar nicht, aber auch die Härtefallkommission war Gegenstand dieses Kompromisses gewesen.

(Alexander König (CSU): Sie wissen aber, dass es eine Ermächtigungsnorm und keine verpflichtende Norm ist!)

Eine dritte Bemerkung: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie die rechtlichen Bedenken, die Sie jetzt vortragen,

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Nicht vortragen, sondern vorschützen!)

damals auch vorgetragen haben. Mir ist das jedenfalls nicht erinnerlich. Ganz im Gegenteil, Sie haben den Kompromiss mitgetragen.

Eine vierte Bemerkung: Die rechtlichen Bedenken, die Sie jetzt vorschieben, könnte man ganz genauso auch gegen das Petitionsrecht oder das Gnadenrecht vorbringen. Keiner denkt aber daran, weil wir uns an diese Rechte gewöhnt haben, schon weil es nun einmal so ist. Sie wissen genauso gut wie ich, dass es auch einen Rechtsraum gibt, der nicht kodifiziert ist. Ich weiß sehr wohl, dass ein rechtsstaatlicher Vollzug ein hohes Gut ist. Darüber haben wir doch schon so oft diskutiert. Zu diesem rechtsstaatlichen Vollzug gehört aber immer auch, dass in einigen wenigen Fällen der Innenminister doch noch eine Lösung findet. Nachdem der Petitionsausschuss mit den Stimmen der CSU eine Petition abgelehnt hat, findet der Innenminister dann plötzlich doch eine Lösung. Das freut uns natürlich, wenn eine Lösung doch möglich ist, obwohl das Innenministerium vorher im Petitionsausschuss erklärt hat, rechtlich sei eine Lösung nicht darstellbar. Ihre rechtlichen Bedenken, die Sie vorgebracht haben, gehen also völlig daneben.

(Beifall bei der SPD)

Eine fünfte Bemerkung. Es stellt sich die Frage, warum die CSU gegen die Einrichtung einer solchen Kommission ist, nachdem sie von allen, die mit dieser Problematik befasst sind, befürwortet wird. Insbesondere wird eine solche Kommission von denen befürwortet, mit denen der Innenminister engeren Umgang pflegt als ich, nämlich von seinen Kollegen aus der Synode, aus der evangelischen Landeskirche und aus der katholischen Kirche. Sie alle schreiben uns Briefe und bitten uns, doch eine solche Kommission einzurichten. Deshalb stellt sich die Frage, warum Sie es nicht tun. Herr Kollege König, mir kann doch keiner sagen, Sie wollten abwarten, welche Erfahrungen in anderen Ländern wie zum Beispiel in Thüringen oder in

Bremen oder gar in SPD-regierten Ländern gewonnen werden. Das war für Sie doch nie ein Maßstab, jetzt plötzlich aber soll es ein Maßstab sein. Das sind doch vorge-schobene Gründe.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe den Eindruck, dass es Ihnen darum geht, Ihr rechtes Profil zu schärfen, und nicht darum, verfassungs-rechtliche oder rechtliche Bedenken zum Ausdruck zu bringen. Durch diese Haltung versündigen Sie sich an dem Schicksal vieler einzelner Menschen. Das ist aber Ihre Entscheidung, die Sie zu vertreten haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr König, Sie haben gerade gemeint, wir – Rot-Grün – hätten andere Probleme und sollten augenblicklich still sein. Mit Verlaub, wer hat denn die Briefe geschrieben, damit bestimmte Ausländer leichter hierher kommen sol-len? Wie war denn das zu Zeiten der CDU/CSU-Regie-rung? Das möchte ich beantwortet haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie diesen Vorwurf nicht entkräften können, ist auch dieses Argument, so wie alle anderen auch, daneben.

Der langen Rede kurzer Sinn, meine Damen und Herren: Es kann niemandem verständlich gemacht werden, war-um Sie in dieser Frage diese Haltung einnehmen. Wir werden denen, die uns darum gebeten haben, selbstver-ständlich in aller Ausführlichkeit darüber berichten, auf welch polemische Art und Weise Sie über das Schicksal von Menschen meinen entscheiden zu können.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Zu Wort gemel-det hat sich Herr Staatssekretär Schmid für die Staatsre-gierung.

Staatssekretär Georg Schmid (Innenministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diese Frage bereits vor 14 Tagen in der letzten Plenarsitzung miteinander diskutiert.

(Karin Radermacher (SPD): Nein, da haben wir nicht miteinander diskutiert!)

Damals ging es um den Gesetzentwurf der GRÜNEN. Aber aufgrund der Bemerkungen von Frau Kollegin Schar-fenberg und Herrn Kollegen Schindler möchte ich noch einige Anmerkungen machen. – Herr Kollege Schindler, ich glaube, was Sie eben gemacht haben, war nicht ganz fair. Ich bin schon der Überzeugung, dass in der CSU-Fraktion und in der Staatsregierung immer sehr wohl klar und deutlich war, wie schwierig Entscheidungen in sol-chen Fällen sind. Man hat sie sich auch nicht immer leicht gemacht.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Denn wir wissen natürlich auch, dass es dann, wenn je-mand viele Jahre und Jahrzehnte lang im Lande ist, starke Bindungen und Verflechtungen gibt. Deswegen sind sol-che Entscheidungen nicht einfach zu treffen.

(Zuruf von der SPD: Vergießen Sie doch nicht solche Krokodilstränen! – Christine Stahl (GRÜ-NE): Was ist denn mit denen, die schon 20 Jahre hier leben? Sie müssen doch die Realitäten se-hen! – Weitere Zurufe)

– Offensichtlich wollen Sie gar nicht in Ruhe diskutieren. Wir können die Sitzung auch über 21.00 Uhr hinaus fort-setzen; das wäre kein Problem. Herr Schindler, Sie haben gesagt, dass der Minister immer wieder Lösungen nicht nur gesucht, sondern auch gefunden hat. Herr Staatsmi-nister Dr. Günther Beckstein ist in dieser Situation insoweit die personifizierte Härtefallkommission gewesen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Aber lassen Sie mich jetzt noch etwas zur tatsächlichen rechtlichen Situation sagen: Das Aufenthaltsgesetz ist am 1. Januar 2005 in Kraft getreten. Es war übrigens nicht die Union, die bereits vor In-Kraft-Treten eine Änderung die-ses Gesetzes beschlossen hat, sondern diese Änderung wurde von SPD und GRÜNEN, der rot-grünen Regie-rungskoalition, vorgetragen. Zur Änderung des Aufent-haltsgesetzes, über das und über dessen Vollzug wir heute diskutieren, hat es Verhandlungen gegeben. Bis zum heutigen Nachmittag hat der Vermittlungsausschuss darüber noch keine Einigung gefunden. Erst seit heute Mittag gibt es zwischen dem SPD-Abgeordneten des Deutschen Bundestages Hacker und dem Abgeordneten des Bayerischen Landtags und Bayerischen Staatsminis-ter des Innern Dr. Günther Beckstein eine Einigung. Erst seit heute Nachmittag! Am kommenden Freitag wird der Bundesrat darüber beschließen. Erst dann, liebe Kollegin-nen und Kollegen, werden wir eine endgültige rechtliche Grundlage haben.

Wer an dieser Stelle sagen will, wir kümmern uns nicht um dieses Problem, wir wollten nicht zunächst die Unklar-heiten beseitigen, bevor wir in diese schwierige Debatte hineingehen, erzählt hier bewusst die Unwahrheit. Wir wollen zunächst eine klare rechtliche Grundlage. Dann erst können wir über die schwierige Frage der Härtefall-kommission diskutieren. Das ist der richtige zeitliche Ab-lauf.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggen-dorfer (SPD): Wieso geht es denn in anderen Bundesländern auch?)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssek-retär, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Volk-mann?

Staatssekretär Georg Schmid (Innenministerium): Im-mer.

Rainer Volkmann (SPD): Herr Kollege, können Sie uns erklären, warum alle anderen Bundesländer außer Nieder-sachsen und Bayern eine Härtefallkommission bereits auf

den Weg gebracht haben, auch die CDU-regierten Länder, wenn das, was Sie eben gesagt haben, richtig ist?

Staatssekretär Georg Schmid (Innenministerium): Herr Kollege, das kann ich Ihnen schon sagen: Einfach deswegen, weil in dieser überaus schwierigen Frage – und dazu werde ich noch einige Bemerkungen machen – Gründlichkeit vor Schnelligkeit geht. Es geht auch um das Verhältnis des Petitionsrechts zu diesem neuen Rechtsinstitut. Mit dieser schwierigen Frage befasst sich das Parlament zu Recht intensiv. Deswegen sage ich noch einmal: Es geht nicht um Schnelligkeit, es geht nicht um einen Schnellschuss, sondern es geht um Gründlichkeit in dieser überaus schwierigen Frage. Deswegen meine ich, dass wir hier gemeinsam einen richtigen Weg gehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir wäre es eine ganz besondere Freude, hier noch einmal darstellen zu können, welche Komplikationen sich zwischen dem Petitionsrecht auf der einen Seite und der Härtefallkommission auf der anderen Seite ergeben. Bei der letzten Diskussion und heute ist klar und deutlich geworden, dass es der richtige Weg ist, in dieser Frage zunächst in aller Ruhe und Gelassenheit zu diskutieren und sie dann letztlich zu entscheiden. Wir werden das Thema in diesem Hause noch verstärkt diskutieren müssen, weil wir am Schluss eine gute und zukunftsfähige Entscheidung zu treffen haben. Wir wollen keine Schnellschüsse, die schließlich vielleicht doch korrigiert werden müssten.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Die Fraktionen wollten sich noch verständigen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es ist namentliche Abstimmung beantragt!)

– Das ist bei mir bis jetzt nicht angekommen. – Gut, Entschuldigung. – Ich bitte also, die Stimmzettel in die Urnen einzuwerfen. Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 20.56 bis 21.01 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmen werden draußen ausgezählt; das Ergebnis wird dann morgen bekannt gegeben. Die Sitzung für heute ist geschlossen. Ich wünsche denen, die bis jetzt noch dageblieben sind, einen besonders schönen Abend.

(Schluss: 21.01 Uhr)

Zu Tagesordnungspunkt 2

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser, Herbert Müller, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Freiwilliges Ökologisches Jahr
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 15/2480
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser, Herbert Müller, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Gewährung von Zuwendungen für die Arbeit von Naturschutzverbänden nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz
(Kap. 12 02 neuer Titel)
Drs. 15/2481
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser, Herbert Müller, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Errichtung und Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 TG 74)
Drs. 15/2482
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser, Herbert Müller, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Begleitete Modellprojekte für pragmatischen Naturschutz
(Kap. 12 04 neuer Titel)
Drs. 15/2483
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser, Herbert Müller, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Vertragsnaturschutzprogramm
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 15/2484
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser, Herbert Müller, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Erholung in freier Natur und Landesgartenschauen
(Kap. 12 04 TG 73)
Drs. 15/2485
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser, Joachim Wahnschaffe, Herbert Müller u.a. SPD
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids
(Kap. 12 08 TG 52)
Drs. 15/2486
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser, Joachim Wahnschaffe, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogen-therapie, insbesondere Betreuung von Suchtkranken und Abhängigen in den bayerischen Justizvollzugsanstalten
(Kap. 12 08 TG 92)
Drs. 15/2487
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser, Herbert Müller, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Hydrogeologische Landesaufnahme
(Kap. 12 70 neuer Titel)
Drs. 15/2488
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser, Herbert Müller, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Förderung von kommunalen Abwasseranlagen (und Wasserversorgungsanlagen)
(Kap. 12 77 TG 98)
Drs. 15/2489
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Mittel für Maßnahmen auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 TG 72)
Drs. 15/2508
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Mittel für Maßnahmen auf dem Gebiet des Bodenschutzes, der Altlasten und der Abfallwirtschaft
(Kap. 12 04 TG 79)
Drs. 15/2509
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Förderprogramm für Großküchen
(Kap. 12 05 neuer Titel)
Drs. 15/2510
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Artgerechte Tierhaltung in Tierheimen
(Kap. 12 08 neuer Titel)
Drs. 15/2511

- | | |
|---|--|
| <p>15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Erhöhung der Ausgaben zur Durchführung von speziellen Fachaufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege
(Kap. 12 11 Tit. 547 08)
Drs. 15/2512</p> <p>16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Sachausgaben für die Internationale Länderkommission Kerntechnik (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen) – ILK –
(Kap. 12 11 Tit. 547 09)
Drs. 15/2513</p> | <p>17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Wasser-
rahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 TG 82)
Drs. 15/2514</p> <p>18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2005/2006;
hier: Abbau der Finanzierung zentraler Wasserversorgungsanlagen
(Kap. 12 77 TG 97)
Drs. 15/2515</p> |
|---|--|

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Verfassungsstreitigkeit
Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 30. November 2004 (Vf. 17-VII-04) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Verordnung über die Arbeitszeit für den bayerischen öffentlichen Dienst (Arbeitszeitverordnung – AzV) vom 25. Juli 1995 (GVBl S. 409, BayRS 2030-2-20-F) zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. Juli 2004 (GVBl S. 347)
PII2/G-1310/04-13
Drs. 15/2715 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

2. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Autonomie der Hochschulen stärken: Zentralisierung der Begabtenförderung verhindern!
Drs. 15/1297, 15/2568 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD
Metropolregion Nürnberg
Drs. 15/1454, 15/2733 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD
Metropolregionen im LEP
Drs. 15/1455, 15/2734 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer, Klaus Wolfrum, Joachim Wahnschaffe und Fraktion SPD
Fachberatung für Landespflege und Gartenkultur als Pflichtaufgabe der Landkreise
Drs. 15/1559, 15/2583 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Dr. Karl Döhler u.a. CSU
Beschilderung der beiden bayerischen Dreiländerecke zur Tschechischen Republik neben den blauen „Europaschildern“
Drs. 15/1720, 15/2735 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO:

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Ulrike Gote, Ruth Paulig, Barbara Rütting u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Rauchfreie Schulen
Drs. 15/1770, 15/2729 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Franz Josef Pschierer, Manfred Christ u.a. CSU
Planung von Fahrradwegen
Drs. 15/1782, 15/2736 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Siegfried Schneider, Georg Eisenreich, Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
Neufassung Art. 63 BayEUG (Schülerzeitung)
Drs. 15/1788, 15/2539 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Franz Josef Pschierer, Joachim Unterländer, Renate Dodell u.a. CSU
Gesundheitsstandort Bayern ausbauen
Drs. 15/1802, 15/2737 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Thomas Kreuzer, Jakob Kreidl u.a. und Fraktion CSU
Wirksame Ausgestaltung der akustischen Wohnraumüberwachung
Drs. 15/1810, 15/2707 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	A	A

12. Antrag der Abgeordneten Henning Kaul, Franz Josef Pschierer u.a. CSU
Bundesforschungsmittel für Energietechnik erhöhen
Drs. 15/1942, 15/2738 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, V erkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	Z	ENTH	A

13. Antrag der Abgeordneten Franz Josef Pschierer, Manfred Christ u.a. CSU
Straßenquerung mit Fahrrädern beschleunigen
Drs. 15/1946, 15/2739 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Christa Naaß u.a. und Fraktion SPD
Verwaltungsreform 21
Keine Vorwegnahme von Entscheidungen durch Staatsregierung und Mehrheitsfraktion ohne Beteiligung des Parlaments

Keine Verschwendung von Steuergeldern durch die Verwaltungsreform
Drs. 15/1953, 15/2711 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	ENTH

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Bildung statt Mitnahme: Investitionen in Bildung durch Abschaffung der Eigenheimzulage ermöglichen
Drs. 15/1954, 15/2542 (A)

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Dr. Linus Förster, Wolfgang Hoderlein u.a. und Fraktion SPD
Verankerung plebiszitärer Elemente im Grundgesetz
Drs. 15/1956, 15/2556 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europa- angelegenheiten	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr, Barbara Rütting, Renate Ackermann u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Gesunde Getränke in Bayerns Schulen
Drs. 15/2051, 15/2730 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD
Bayerns keramische Industrie stärken
Drs. 15/2077, 15/2740 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Manfred Ach, Dr. Ludwig Spaenle, Dr. Thomas Zimmermann u.a. CSU
Neuordnung der Hochschulmedizin in München
Drs. 15/2087, 15/2543 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	ENTH	Z

20. Antrag der Abgeordneten Helmut Brunner, Sepp Ranner u.a. CSU
Sicherstellung der Bienenhaltung im Staatswald
Drs. 15/2091, 15/2719 (ENTH)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Landwirtschaft und Forsten Z Z ENTH

21. Antrag der Abgeordneten Siegfried Schneider, Eduard Nöth, Ingrid Heckner u.a. CSU
Gymnasiales Oberstufen-Bewertungssystem an Fachoberschulen (FOS) und Berufsoberschulen (BOS)
Drs. 15/2105, 15/2726 (E)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Bildung, Jugend und Sport Z Z ohne
Einzelabstimmung wegen fehlendem Votum GRU veranlasst!

22. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Konzept zur flächendeckenden Versorgung mit Ganztagschulen erstellen
Drs. 15/2110, 15/2727 (A)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Bildung, Jugend und Sport A Z Z

23. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Zukunft der Landwirtschaftsberatung
Drs. 15/2142, 15/2732 (E)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Landwirtschaft und Forsten Z Z Z

24. Antrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Robert Kiesel, Manfred Ach u.a. CSU
Neukonzeption eines ressortübergreifenden Immobilienmanagements
Drs. 15/2158, 15/2718 (E)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Staatshaushalt und Finanzfragen Z Z Z

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion - BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

- Anhörung zum Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes
Drs. 15/2174, 15/2585 (E)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit Z Z Z

26. Antrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Franz Josef Pschierer, Klaus Dieter Breitschwert u.a. CSU
Verdichtungsraum Nürnberg als Kern einer europäischen Metropolregion weiterentwickeln
Drs. 15/2201, 15/2741 (E)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Z Z Z

27. Antrag des Abgeordneten Sepp Ranner CSU
Quotenbörse – Milchbewegungen
Drs. 15/2203, 15/2721 (E)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Landwirtschaft und Forsten Z Z ohne
Einzelabstimmung wegen fehlendem Votum GRU veranlasst!

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Rainer Volkmann, Marianne Schieder u.a. und Fraktion SPD
Integration durch Förderung der Sprachkompetenz
Drs. 15/2242, 15/2725 (A)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Bildung, Jugend und Sport A Z ENTH

29. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
Tutorienprogramm mit landesweiten Qualitätsstandards
Drs. 15/2304, 15/2569 (E)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Hochschule, Forschung und Kultur Z Z ohne
bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen **CSU SPD GRÜ**
Z Z Z

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Siegfried Schneider, Manfred Ach u.a. CSU
Drs. 15/2692

zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatte(r)in: **Ingrid Heckner**
Mitberichterstatte(r)in: **Karin Pranghofer**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit haben den Gesetzentwurf mitberaten.
Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 32. Sitzung am 17. März 2005 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 67. Sitzung am 19. April 2005 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf in seiner 39. Sitzung am 20. April 2005 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

5. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 28. Sitzung am 28. April 2005 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass in § 2 als Datum des Inkrafttretens der „1. August 2005“ eingefügt wird.

Siegfried Schneider
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Siegfried Schneider, Manfred Ach, Klaus Dieter Breitschwert, Manfred Christ, Herbert Ettengruber, Prof. Dr. Walter Eykmann, Christine Haderthauer, Hermann Imhof, Robert Kiesel, Engelbert Kupka, Christa Matschl, Franz Josef Pschierer, Klaus Stöttner CSU**

Drs. 15/2692, 15/3309

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

§ 1

In Art. 23 Abs. 1 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch § 8 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84), werden nach dem Wort „erhoben“ ein Strichpunkt und folgender Halbsatz angefügt: „an kommunalen Fachschulen kann Schulgeld erhoben werden.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2005 in Kraft.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

42. Sitzung

am Dienstag, dem 10. Mai 2005, 15.00 Uhr

in München

Geschäftliches	3061	Verweisung in den Haushaltsausschuss	3075
Erklärung des Landtagspräsidenten aus Anlass des 60. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs	3061	Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Kirchensteuergesetzes (Drs. 15/3311) – Erste Lesung –	
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger, Martin Sailer und Heinrich Rudrof	3062	Staatsminister Siegfried Schneider	3075
		Dr. Heinz Kaiser (SPD)	3076
		Peter Welnhöfer (CSU)	3077
		Christine Stahl (GRÜNE)	3078
Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN „ Kein Geld für Luftnummern: gegen Steuerver- schwendung für den regionalen Flugverkehr “		Verweisung in den Verfassungsausschuss	3079
Dr. Christian Magerl (GRÜNE)	3062	Gesetzentwurf der Abg. Franz Maget, Karin Rader- macher, Wolfgang Vogel u. a. u. Frakt. (SPD) zur Änderung des Bayerischen Hochschulgeset- zes (Drs. 15/3325) – Erste Lesung –	
Franz Josef Pschierer (CSU)	3064	Adelheid Rupp (SPD)	3079, 3086
Dr. Thomas Beyer (SPD)	3066	Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU)	3082
Alfons Zeller (CSU)	3068	Ulrike Gote (GRÜNE)	3083
Klaus Wolfrum (SPD)	3069	Staatsminister Dr. Thomas Goppel	3084
Heinrich Traublinger (CSU)	3070	Verweisung in den Hochschulausschuss	3086
Dr. Hildegard Kronawitter (SPD)	3071		
Roland Richter (CSU)	3072	Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über die Bayerische Landesbank (Drs. 15/2200) – Zweite Lesung –	
Alexander König (CSU)	3072	Beschlussempfehlung des Haushaltssausschusses (Drs. 15/3308)	
Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes (Drs. 15/3275) – Erste Lesung –		Beschluss in Zweiter Lesung	3086
Verweisung in den Innenausschuss	3073	Schlussabstimmung	3086
Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Modernisierung der Verwaltung – 2. Verwaltungsmodernisierungs- gesetz (2. VerwModG) (Drs. 15/3277) – Erste Lesung –		Gesetzentwurf der Abg. Thomas Kreuzer, Siegfried Schneider, Manfred Ach u. a. u. Frakt. (CSU) zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzie- rungsgesetzes (Drs. 15/2692) – Zweite Lesung –	
Robert Kiesel (CSU)	3074		
Christa Naaß (SPD)	3074		
Thomas Mütze (GRÜNE)	3075		

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 15/3309)

Thomas Kreuzer (CSU) 3086
 Karin Pranghofer (SPD) 3087
 Simone Tolle (GRÜNE) 3088

Beschluss in Zweiter Lesung 3089
 Namentliche Schlussabstimmung
 (s. a. Anlage 1) 3089, 3098

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 59 Absatz 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 2)

Beschlüsse 3089

Antrag der Abg. Joachim Herrmann, Bernd Sibler, Melanie Beck u. a. u. Frakt. (CSU)
 Franz Maget, Dr. Linus Förster, Marianne Schieder u. a. u. Frakt. (SPD)
 Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ (Drs. 15/3259)

und
 Festlegung von Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz der Enquete-Kommission

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 15/3307)

Bernd Sibler (CSU) 3090
 Dr. Linus Förster (SPD) 3091
 Thomas Mütze (GRÜNE) 3093

Beschlüsse 3095

Eingabe zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) (SO.0387.15)

Renate Ackermann (GRÜNE) 3095
 Christa Steiger (SPD) 3096
 Joachim Unterländer (CSU) 3097

Beschluss 3098

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Ludwig Wörner, Christa Naaß u. a. u. Frakt. (SPD) **Übernahme des neuen Tarifvertrags im öffentlichen Dienst** (Drs. 15/2881)

Beschlussempfehlung des Dienstrechtsausschusses (Drs. 15/3266)

Stefan Schuster (SPD) 3098
 Ingrid Heckner (CSU) 3099
 Christa Naaß (SPD) 3101
 Staatssekretär Franz Meyer 3102

Beschluss 3103

Mitteilung betreffend Ausschussumbesetzung und Wahl eines Ausschussvorsitzenden 3103

Schluss der Sitzung 3103

(Beginn:15.05 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 42. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ist es durchaus angemessen, wenn wir in der Reihe der Gedenktage, die uns an die Ereignisse des Jahres 1945 erinnern, heute dem 8. Mai, dem eine besondere Bedeutung zukommt, gedenken.

Das Kriegsende vor 60 Jahren ist für uns Anlass, der Opfer des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ehrenvoll zu gedenken.

Wir trauern um die weit mehr als 55 Millionen Menschen, die gewaltsam ihr Leben verloren, darunter nicht nur viele Soldaten aus allen Nationen, sondern auch – wie man heute schätzt – über 20 Millionen Zivilpersonen; ebenso die massenhaft Ermordeten in den Vernichtungs- und Konzentrationslagern sowie alle, die für ihren mutigen Widerstand hingerichtet wurden.

Adolf Hitler erklärte kurz vor seinem Selbstmord am 30. April:

Wenn der Krieg verloren geht, wird auch das deutsche Volk verloren sein. Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das deutsche Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil, es ist besser, selbst diese Dinge zu zerstören. Denn das deutsche Volk hat sich als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehört die Zukunft. Was nach diesem Kampf übrig bleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen.

Welche Verachtung gegenüber dem eigenen Volk! Umso unverständlicher, ja absurder, wenn bis in unsere Tage -hinein Unverbesserliche Hitler und sein Regime immer wieder verharmlosen, ja gar noch verherrlichen. Schon deshalb ist es besonders wichtig, sich diese Wirklichkeit des Naziregimes immer wieder in Erinnerung zu rufen.

Trotz der erdrückenden und grauenvollen Bilanz des Zweiten Weltkriegs ist der 8. Mai 1945 für viele ein Tag, den sie mit zwiespältigen Gefühlen und unterschiedlichen Bewertungen verbinden. Viele Zeitungen in unserem Land haben in der vergangenen Woche die letzten Kriegstage und das Kriegsende in der jeweiligen Heimatregion geschildert. Dafür danke ich den Redaktionen und Verlegern ausdrücklich. Damit wird Geschichte besonders konkret. Es ist ein gutes Zeichen, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit diesmal insgesamt offener und intensiver geführt wurde als noch beim 50. Jahrestag.

Welche Dramen haben sich an vielen Orten um die Entscheidung „friedliche Übergabe oder Kampf bis zum Letzten“ entwickelt! Heldenhafter Mut mit nicht selten töd-

licher Konsequenz und blindwütiger, menschenverachtender Fanatismus haben häufig miteinander gerungen. In diesem Sinne war etwa der Einmarsch der Amerikaner in unseren Heimatorten oft eine Befreiung von tödlicher Willkür.

Die Diskussion um die Einordnung des 8. Mai 1945 bleibt im Spannungsfeld zwischen „Niederlage“ und Befreiung. Die Sicht der Sieger war eindeutig. Nach einer Direktive für die amerikanische Militärregierung vom 10. Mai 1945 war Deutschland ausdrücklich „nicht besetzt zum Zweck seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat“.

Das vorherrschende Gefühl der Soldaten in den Kriegsgebieten und der Bevölkerung zu Hause war sicherlich Erleichterung darüber, dass das Töten und die tödlichen Gefährdungen ein Ende hatten. Ein prägendes Gefühl war Angst – Angst vor dem, was kommt; Angst, in einem völlig zerstörten Land materiell und ideell vor dem Nichts zu stehen; auch Angst vor Vergeltung und Rache der Siegermächte für die verbrecherische Politik des NS-Regimes.

Eindeutig ist auch, dass die Kraft fehlte, sich von innen heraus vom Joch der Diktatur zu befreien. Dies gehört zur ganzen Wahrheit und darf auch nachträglich nicht verwischt werden. Die lange Zeit bestehender Ignoranz und Verdrängung, die verkrampfte Haltung gegenüber den Männern und Frauen des Widerstandes dokumentieren dies bleibend. Wir haben Jahrzehnte gebraucht, bis wir dazu die richtige Einstellung gefunden und die Bedeutung gerade als Grundlegung für die neue freiheitliche Demokratie begriffen haben. Die Befreiung von der Diktatur musste von außen kommen, vor allem von den Amerikanern und den alliierten Streitkräften.

„Erlöst und vernichtet in einem“ seien die Deutschen 1945 gewesen, sagte Theodor Heuss einige Jahre später. Erlöst waren sie von den langen, schrecklichen Bombennächten, erlöst auch von der Tyrannei eines beispiellosen Unrechtsregimes, aber auch vernichtet: Wer sah, wie die Städte unter Tonnen von Schutt begraben lagen, wer aus seiner Heimat fliehen musste oder gewaltsam daraus vertrieben wurde, wer als Kriegsheimkehrer erfuhr, dass seine ganze Familie ausgelöscht war, der stand auch vor den Trümmern seines eigenen Lebens.

Für die Deutschen im Osten – auch dies darf jetzt nicht aus politischer Opportunität verschwiegen werden – brachte der 8. Mai 1945 zwar das Kriegsende, aber nicht die Freiheit. Für sie folgten auf die Diktatur des Nationalsozialismus Jahrzehnte der Unterdrückung im Kommunismus.

Für Millionen von Deutschen war das Ende des Krieges verbunden mit Flucht und Vertreibung, mit allen oft barbarischen Begleiterscheinungen. Auch dieses Unrecht, auch dieses Leid darf nicht vergessen werden – nicht, um mit gegenseitigen Aufrechnungen zu beginnen, sondern aus Respekt vor den betroffenen Menschen, als Wahrheit und Teil unserer und der gemeinsamen europäischen Geschichte.

In der historischen Rückschau war die oft zitierte „Stunde Null“ der Ausgangspunkt für Deutschlands Aufbau einer

stabilen demokratischen und freiheitlichen Ordnung und für seine Rückkehr in die Völkergemeinschaft. So wurde der 8. Mai 1945 zum Endpunkt eines schrecklichen Weges und zum Ausgangspunkt der glücklichsten Phase der deutschen Geschichte. Freilich galt dies für Jahrzehnte nur für den Bereich der westlichen Besatzungsmächte und der dann folgenden Bundesrepublik Deutschland.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, mein besonderes Gedenken und meine Würdigung gelten auch der Aufbaugeneration nach 1945, insbesondere den Millionen von Frauen, die oft allein stehend, allein erziehend, für sich und die Ihren ums Überleben kämpften und buchstäblich mit ihrer Hände Arbeit Trümmer räumten, Existenzen aufbauten und damit die elementarsten Voraussetzungen für ein neues Leben und einen neuen Abschnitt in unserer Geschichte schufen. Sie gelten den Politikern der Nachkriegszeit, in unserem Land Bayern ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland, die unter schwersten Bedingungen Stabilität und Ordnung gestalteten und die Rahmenbedingungen für den mühsamen Weg des Wiederaufbaus errichteten. Sie gelten den großen Staatsmännern wie Konrad Adenauer und seinen Partnern De Gasperi und Schumann, die mutig den Weg für ein friedliches Miteinander der europäischen Völker bahnten.

Zur Aufbauleistung unseres Landes gehört ganz wesentlich die Leistung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge. Zu meinen Kindheitserinnerungen zählt, dass die Flüchtlinge aus den Bunkern der früheren Munitionsanstalt Muna, dem heutigen Traunreut, Ziegel herausbrachen, um sich Häuser zu bauen. Welch starkes Symbol für Lebenskraft und Wiederaufbau, ganz im Sinne des Bibelwortes, dass Schwerter zu Pflugscharen werden.

Seien wir dankbar, dass wir in dieser Zeit leben und gestalten dürfen. Diese Dankbarkeit muss ihren konkreten Ausdruck finden in unserem Einsatz gegen jede Form von Rassismus und Nationalismus, im Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit, für Freiheit und Demokratie.

In der gemeinsamen Erklärung der christlichen Kirchen in Deutschland zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges heißt es:

Wer das Gedächtnis verliert, verliert die Orientierung. Wir gedenken der Unheils- und Schuldgeschichte nicht, um auf ewig an sie gefesselt zu bleiben, sondern um ihren Bann zu brechen.

Deshalb ist dieses Kapitel unserer Geschichte auch mit den Gedenktagen dieses Jahres nicht abgeschlossen, kann es schon in unserem eigenen Interesse keinen Schlussstrich geben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, gedenken wir der Opfer dieses schrecklichen Krieges in einer Schweigeminute.

(Schweigeminute)

– Danke.

Meine Damen und Herren, vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich noch drei nachträgliche Glückwünsche aussprechen:

Am 22. April feierten Herr Kollege Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger und Herr Kollege Martin Sailer jeweils einen halbrunden Geburtstag. Am 24. April konnte Herr Kollege Heinrich Rudrof einen runden Geburtstag feiern.

Ich gratuliere allen drei Kollegen im Namen des ganzen Hauses herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema „**Kein Geld für Luftnummern: gegen Steuerverschwendung für den regionalen Flugverkehr**“ beantragt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie kennen die Geschäftsordnung: fünf Minuten Redezeit für den ersten Redner bzw. die erste Rednerin, auf Antrag zehn Minuten. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Magerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das endgültige Aus für die zivile Mitnutzung des Militärflughafens Lagerlechfeld wird von uns ausdrücklich begrüßt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Dank gilt an dieser Stelle den vielen in über einem Dutzend Bürgerinitiativen engagierten rund um den Flughafen Wohnenden, die klar und deutlich Nein zu dieser unsinnigen Planung gesagt haben und deren Widerstand jetzt von Erfolg gekrönt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es war seit langem klar, dass es für diese Planung kein tragfähiges, belastbares Finanzierungskonzept gibt. Wenn jetzt also so getan wird, als sei der Bundesverteidigungsminister kein Freund der Region, dann ist das ein ziemlich untauglicher Versuch, von der Tatsache abzulenken, dass eigentlich nie Geld für diese Planung vorhanden war.

Ich zitiere aus einem der vielen Schreiben, die rechtzeitig von Berlin aus in die Region gegangen sind. In diesem Falle handelt es sich um einen Brief von Herrn Staatssekretär Kolbow an Herrn Albert Schmidt, GRÜNE-Fraktion im Bundestag, vom Januar 2005, in dem der Staatssekretär klar und deutlich erklärt:

Herr Bundesminister Dr. Struck hat am 5. Oktober 2004 eine zivile fliegerische Mitbenutzung des Militärflugplatzes Lechfeld unter Auflagen gebilligt. Eine Voraussetzung dafür war unter anderem das Einhalten der Vorgabe, dass der Bun-

deswehr keine zusätzlichen Kosten aus einer zivilen Mitbenutzung entstehen dürfen. Der bayerische Wirtschaftsminister Dr. Wiesheu wurde mit gleichem Datum darüber informiert, dass die aus den gesetzlichen Vorgaben zur munitionstechnischen Sicherheit entstandenen Erstellungskosten für die erforderliche Anpassung der militärischen infrastrukturellen Gegebenheiten nicht unerheblich und in Gänze durch einen zivilen Betreiber zu übernehmen sind.

Das heißt, Berlin hat von vornherein klar und deutlich erklärt, dass alle Kosten, die entstehen – und die Kosten werden nicht unerheblich sein –, vom zivilen Betreiber zu übernehmen sind.

Mit Fug und Recht haben die örtlichen Landräte in dem Gespräch im Wirtschaftsministerium dann endgültig gesagt, dass sie nicht bereit sind, sich an diesem Fass ohne Boden zu beteiligen. Das war letztlich das Aus. Es war aber von Anfang an klar, dass Herr Wiesheu hier auf dem Holzweg war und dass er die Region immer weiter in diese Planung hineingetrieben hat, obwohl von vornherein klar war, dass dafür kein Geld vorhanden ist.

Das Aus von Lagerlechfeld ist für uns Anlass, auch die anderen Planungen – sei es Memmingerberg oder sei es Hof – kritisch zu betrachten. Mit unserer Kritik an diesen Planungen – das haben wir schon öfter betont – stehen wir nicht allein. So hat zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Luftfahrtunternehmen am 4. Oktober 2004 Herrn Wiesheu klar und deutlich geschrieben: „Vor dem Hintergrund der sehr leistungsfähigen Flughäfen Nürnberg und München in Bayern sehen wir keine Notwendigkeit für einen weiteren Ausbau von Flughäfen, insbesondere nicht von Hof/Plauen.“

In dieser Organisation sind einige große Luftfahrtgesellschaften zusammengeschlossen. Wenn diese Gesellschaften schon sagen, dass sie keinen Ausbau des Flughafens wollen, frage ich: Für wen soll dieser Flughafen überhaupt ausgebaut werden?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Lufthansa schreibt in ihrem Politikbrief zur Thematik „Regionale Flughäfen als teure Prestigeobjekte“: „Flughäfen sind heute vielerorts regionale Prestigeobjekte wie Schwimmbäder in den Siebziger- und Achtzigerjahren.“

Im Januar 2005 heißt es ebenfalls im Politikbrief: „Subventionen von Kleinstflughäfen – unverantwortliche Verschwendung gesamtwirtschaftlicher Ressourcen.“

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist Originalton Lufthansa! Wenn schon die potenziellen Nutzer solcher Flughäfen erklären, dass diese Flughäfen nicht gebaut werden sollten, frage ich – und diese Frage sollten Sie beantworten –: Für wen sollen diese Flughäfen ausgebaut werden, wenn die Luftverkehrsgesellschaften sagen: Nein danke, bitte nicht!?

Das schlimmste Beispiel für Geldverschwendung ist in unseren Augen der geplante Ausbau des Flughafens Hof. Dieser Flughafen wird bereits seit Jahren mit Millionenbeträgen subventioniert. Ich zitiere aus der Antwort auf eine Frage des Kollegen Dr. Martin Runge aus dem Jahre 2001, aus der klar hervorgeht, dass zum Beispiel im Jahr 2000 knapp 2 Millionen DM allein für die Förderung der Fluglinie Hof – Bayreuth – Frankfurt ausgegeben worden sind. Dort ist ein Betrag von 128 DM je Passagier für den Hin- und Rückflug von Hof nach Frankfurt hineingeflossen. Dieser Unsinn wird weiterhin betrieben. Das ist in unseren Augen eine Millionenverschwendung und hat – das muss man klar und deutlich feststellen – bis heute der Region nichts gebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt soll der Neubau einer Start- und Landebahn in Hof mit knapp 32 Millionen Euro öffentlicher Gelder gefördert werden. Dazu kommt dann noch eine Bürgschaft, die von den Kommunen übernommen werden soll.

Herr Wiesheu hat in seiner Presseerklärung vom 3. Mai 2005 zum Ende von Lagerlechfeld klar erklärt – und diese Meinung teilen wir –, Voraussetzungen einer Förderung seien in jedem Fall eine ausreichende Verkehrsnachfrage, ein tragfähiges Investitions- und Finanzierungskonzept und eine belastbare Wirtschaftlichkeitsrechnung.

(Beifall der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

Dem können wir durchaus applaudieren, Kollegin Paulig. Herr Wiesheu hat in diesem Falle völlig Recht. Das Fatale aber ist, dass er sich selbst nicht an das hält, was er in seine Presseklärungen hineinschreibt. Denn für Hof gibt es keine ausreichende Verkehrsnachfrage. Das hat Herr Wiesheu selbst schon öfter erklärt. Es gibt kein tragfähiges Investitions- und Finanzierungskonzept und auch keine belastbare Wirtschaftlichkeitsrechnung. Nach den Forderungen von Herrn Wiesheu ist der Ausbau des Flughafens Hof nicht förderfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung erklärt immer wieder, sie stehe zu ihren Zusagen. Diese Förderzusage gilt aber eigentlich nicht mehr, denn sie war an Bedingungen geknüpft, die die Region Hof leider nicht hat erfüllen können. Ich zitiere aus dem entsprechenden Schreiben des Herrn Wiesheu an die Kommunen vor Ort:

Die Gesellschafter werden frühestmöglich Verhandlungen mit den wichtigen Touristikunternehmen der Bundesrepublik Deutschland über die Bedienung des Flughafens Hof-Plauen im Charterluftverkehr nach Inbetriebnahme des neuen Flughafens mit einer neuen, verlängerten Start- und Landebahn aufnehmen. Aus Gründen der Planrechtfertigung in dem anstehenden luftrechtlichen Verwaltungsverfahren ist eine schriftlich zu bestätigende, tragfähige Zusage der Touristikunternehmen erforderlich mit dem Inhalt, dass von ihnen nach Ausbau der Start- und Landebahn

Touristikflüge in einem relevanten Verkehrsumfang ab Hof/Plauen angeboten werden.

Für die Planrechtfertigung ist also laut Wiesheu eine derartige Zusage notwendig. Diese Zusage konnte nicht erbracht werden. Keine einzige Luftverkehrsgesellschaft hat gesagt, dass sie nach dem Ausbau von Hof/Plauen in nennenswertem Umfang diesen Flughafen anfliegen wird. Damit ist eine der Grundvoraussetzungen für die Förderung weggefallen und – das ist ganz wesentlich – es gibt keine Planrechtfertigung für diesen Flughafen. Damit ist der Flughafen in meinen Augen nicht genehmigungsfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jeder, der für den Fall einer Planfeststellung dagegen prozessiert, wird mit diesen Argumenten und mit diesem Schreiben von Herrn Wiesheu hervorragende Chancen auf Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses haben, wenn schon Herr Wiesheu selbst sagt, dass es ohne diese Zusage keine Planrechtfertigung für den Ausbau des Flughafens in Hof gibt.

Es gibt noch ein paar andere Ungereimtheiten. Mittlerweile geht man nicht mehr von einer 30 Meter breiten Startbahn aus, sondern von einer 45 Meter breiten Startbahn. Die Startbahn soll also 50 % breiter werden. Nichtsdestotrotz behauptet man, das würde keinen Cent mehr kosten.

In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses im März, in der wir dieses Thema schon einmal auf der Tagesordnung hatten,

(Franz Josef Pschierer (CSU): Eben, genau!)

hat Herr Wiesheu auf den Vorhalt klar und deutlich gesagt: „Dies ist nicht mit Adam Riese gerechnet.“

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist eine Wiederholung!)

Wir werden, verehrte Zwischenrufer, dieses Thema noch öfter auf die Tagesordnung setzen. Es geht um Geldverschwendung, es geht um die Verschwendung von 32 Millionen Euro Steuergelder. Dazu werden wir so lange nicht schweigen, bis dieses Projekt gestoppt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man das zusammenfasst, folgt aus allen Äußerungen des zuständigen Ressortministers Otto Wiesheu klar und deutlich: Hof ist weder genehmigungs- noch förderfähig. Sie sollten diese Planung umgehend einmotten. Jeder Cent, der dort noch hineingeht, ist eine Fehlinvestition. In meinen Augen ist auch ganz klar, dass die Region auf die falsche Fährte gesetzt wird. Was die Region Hof, aber auch andere Regionen, in denen es um Regionalflughäfen geht, beispielsweise Augsburg, brauchen, ist eine deutlich verbesserte Verkehrsanbindung über die Schiene bzw. in Augsburg der Erhalt der Schienenanbindung im

nächsten Jahr. Diesbezüglich sind wir ganz klar bei Ihnen, Herr Kollege.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daran müssen wir weiter arbeiten und uns tatkräftig engagieren, nicht aber für solche Fehlinvestitionen, wie es diese Regionalflughäfen nun einmal sind.

Sie alle, meine Damen und Herren sowohl von der CSU als auch von der SPD – die SPD hat sich bekanntlich auch entsprechend zu beiden Projekten geäußert –, sollten sich schleunigst von diesen Luftschlossplanungen verabschieden und gemeinsam mit uns eine sinnvolle Verkehrspolitik in Bayern betreiben.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Pschierer.

(Margarete Bause (GRÜNE): Jetzt bin ich aber gespannt, was der sagt!)

Franz Josef Pschierer (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Magerl, eine Diskussion über eine sinnvolle Verkehrspolitik ist mit Ihnen leider nicht möglich.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Es gehört schon eine gehörige Portion Frechheit dazu, hier zu sagen, wir sollten weniger für die Regionalflughäfen ausgeben und stärker auf die Schiene setzen. Da würde ich Sie doch bitten, sich in Berlin etwas stärker dafür einzusetzen, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur voranzubringen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Wir werden anschließend noch Gelegenheit haben, beim entsprechenden Dringlichkeitsantrag darüber zu diskutieren, was Ihnen die Schiene wert ist. Ich würde es begrüßen, wenn bei Ihnen Wort und Tat in Einklang stünden.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Magerl, es geht mir heute nicht um Augsburg, Lagerlechfeld, Memmingerberg oder Hof, sondern ich frage Sie, wie Sie prinzipiell als Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zum Thema Luftverkehrsstandorte im Freistaat Bayern stehen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Thema!)

Gott sei Dank hatten Sie in den Siebzigerjahren im Freistaat Bayern noch nichts zu sagen; damals gab es Sie noch gar nicht. Wenn es damals nach Ihnen gegangen wäre, hätte man wahrscheinlich mit Ihnen auch um einen Flughafen München II kämpfen müssen und es gäbe

heute keine europäische Airbus-Industrie und vieles andere mehr.

(Margarete Bause (GRÜNE): Endlich zum Thema kommen! – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wiesheu!)

Was das Thema Luftverkehr angeht, haben wir vonseiten der GRÜNEN bisher nur Nein gehört, sonst nichts.

(Lebhafte Zurufe von den GRÜNEN)

Ich komme nun zum Thema regionale Verkehrsflughäfen. Es war stets Merkmal der Strukturpolitik der Bayerischen Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion in diesem Hohen Hause, nicht nur auf die großen Räume zu setzen, also den Großraum München und den Großraum Nürnberg, sondern auch auf die ländlich strukturierten Regionen. Unser Landesentwicklungsprogramm mit seinen 18 Planungsregionen ist nach wie vor ein geeignetes Konzept, um auch das Thema Luftverkehrsstandort Bayern voranzutreiben.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Der regionale Luftverkehr schafft direkte und schnelle Verkehrsverbindungen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

Das gilt auch für strukturschwache Regionen, Herr Kollege Magerl. Das sollten insbesondere Sie einsehen, da Ihnen doch die Entwicklung der strukturschwachen Regionen sehr wichtig ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Ein Weiteres, muss ich bei Ihnen immer wieder bemängeln. Sie dürfen nicht außer Acht lassen, wie sich das Thema regionale Verkehrsflughäfen aus der Sicht der europäischen Ebene ansieht. Wir haben in der Europäischen Union 1000 Flughäfen, die von der allgemeinen Luftfahrt angeflogen werden können. Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission äußern sich positiv zum Ausbau von regionalen Verkehrsflughäfen. Es gibt Leitlinien der Europäischen Kommission vom Frühjahr dieses Jahres zur Finanzierung von regionalen Verkehrsflughäfen und zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur mit folgenden zwei Zielsetzungen: erstens die Entlastung von großen Drehkreuzflughäfen und zweitens – das wollen wir im Freistaat Bayern auch – die Erschließung von Regionen.

Man höre und staune: Die Europäische Union ist sogar bereit, bis zu fünf Jahren Anlaufbeihilfen für die Finanzierung von regionalen Verkehrsflughäfen zu gewähren und auch die Förderung der Verkehrsinfrastruktur im regionalen Flughafenbereich mitzutragen.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Noch mehr Geld für Klein-klein!)

Herr Dr. Magerl, es ist doch verrückt. Wenn es um Europa-politik und entsprechende Verordnungen geht – siehe zum Beispiel Antidiskriminierungsgesetz –, dann kann es Ihnen gar nicht streng genug zugehen im Freistaat Bayern und in Deutschland. Da satteln Sie auf europäisches Recht immer noch drauf. Wenn es aber darum geht, in Deutschland und in Bayern Mittel in Anspruch zu nehmen, die die Europäische Union zur Verfügung stellt, oder für Wettbewerbsgleichheit mit unseren Anrainerstaaten zu sorgen, dann höre ich von Ihnen nur ein Nein. Das ist Doppelmoral, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Sie müssen dann schon auf Bundesebene dafür kämpfen, dass die EU-Kommission sämtliche Fördermechanismen für die regionale Verkehrsinfrastruktur im Flugbereich einstellt. Ansonsten betreiben Sie hier Rosstäuscherei und nichts anderes.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Im Übrigen schauen Sie doch einmal in Ihr Flughafenkonzept 2000, das Sie auf Bundesebene verabschiedet haben. Auch hierin taucht regionaler Flugverkehr auf. Da sagen Sie nicht, Sie wollten nur von München, Frankfurt und einigen anderen größeren Flughäfen leben. In Ihrem Flughafenkonzept findet sich nach wie vor das Thema regionaler Luftverkehr. Das ist in Ordnung; das begrüßen wir. Aber es gehört dann auch zur Redlichkeit dazu, sich nicht im Bayerischen Landtag hinzustellen und zu sagen: Wir wollen keine Förderung von regionalen Verkehrsflughäfen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Machen wir einmal den Vergleich mit den anderen Bundesländern. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es derzeit 34 internationale und regionale Verkehrsflughäfen. Auf dem Gebiet des Freistaates Bayern sind es vier. Umgerechnet auf die Einwohnerzahl des Freistaates Bayern gibt es in den Ländern, wo Sie, liebe Freunde vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch an der Regierung sind, eine höhere Dichte an Verkehrsflughäfen international gesehen, aber auch regional gesehen als im Freistaat Bayern.

Herr Kollege Magerl, Sie haben dann noch die Wirtschaftlichkeit angesprochen. Es gibt die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen. In dieser Anbietergemeinschaft haben sich 15 deutsche Regionalverkehrsflughäfen zusammengeschlossen. Schauen Sie sich einmal deren Passagieraufkommen und insbesondere die Entwicklung in 2004 an. Bei diesen 15 regionalen Verkehrsflughäfen findet sich eine Steigerung von rund 25 %, während es bei den internationalen Verkehrsflughäfen nur knapp 8 % mehr Passagiere sind. Das heißt, die regionalen Verkehrsflughäfen haben nicht nur eine Existenzberechtigung, sondern sie haben auch beachtliche Potenziale.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und was ist mit Memmingerberg?)

Noch etwas zum Schluss, Herr Kollege Magerl. Es ist nicht so, dass wir uns hier herstellen und sagen, wir beglücken den Freistaat Bayern mit einem Netz von regi-

onalen Verkehrsflughäfen. Alle Standorte, die in den letzten Jahren für einen regionalen Verkehrsflughafen diskutiert worden sind, sind nicht allein Projekte der Bayerischen Staatsregierung, sondern auch ureigene Projekte und Konzepte der jeweiligen Region. Und ich sehe es als meine Aufgabe an, Projekte, die eine Region formuliert hat, mit voranzutreiben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Was wollen denn die Schwaben?)

Es ist doch nicht so, dass wir im Ordnungswege festlegen, wo ein regionaler Verkehrsflughafen entstehen soll.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Nehmen Sie den Bereich Lagerlechfeld oder Memmingerberg oder Hof, immer sind auch die Regionalpolitiker dabei.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ja, welchen Flughafen wollen Sie denn?)

Und auch das ist sehr wichtig: Die regionale Wirtschaft fordert das. Die regionale Wirtschaft fordert den Zugang zum Geschäftsreiseverkehr, zum privaten Luftverkehr, den touristischen Charterflug, den Arbeitsluftverkehr und viele Dinge mehr.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Machen Sie sich doch einmal die Mühe, sich zu überlegen, was der regionale Luftverkehr bedeutet. Er bedeutet ja nicht nur Charter-, nicht nur Linien- und auch nicht nur Geschäftsreiseverkehr, sondern es geht auch vom privaten Reiseflug über den Rettungsflug bis hin zur Schulung und Ausbildung. Da gibt es vieles, was auf diesen Flugplätzen gemacht wird. Und in der Regel dienen regionale Verkehrsflughäfen auch dazu, eine leichtere und effektivere Vermarktung von Gewerbeparks zu ermöglichen. Deshalb werden wir den Ausbau regionaler Verkehrsflughäfen im Freistaat Bayern auch weiterhin positiv begleiten.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Auch welche in Schwaben?)

Das geschieht nicht nur vom Freistaat Bayern aus, sondern auch in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Gebietskörperschaften und der regionalen Wirtschaft.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Kollege Dr. Beyer.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin in meinem Arbeitskreis heute Morgen bei der Vorbereitung zu meinem Beitrag gefragt worden, wie ich wohl die Flugbemühungen des Kollegen Magerl heute kommentieren werde, ob ich von

Ikarus spreche oder von Otto Lilienthal. Ich sagte zunächst: Ich weiß es noch nicht. Aber es war Quax der Bruchpilot, was wir heute wieder erlebt haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh, oh! – Heiterkeit)

– Ja, das hören Sie nicht gern.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das war eine humoristische Bauchlandung!)

– Ja, ja, Sie hören es nicht gern, aber auch wiederholte Startbemühungen müssen nicht immer erfolgreich sein.

(Zurufe und Heiterkeit)

Wir erleben eine große Aufgeregtheit bei den GRÜNEN, stelle ich fest.

(Zuruf von den GRÜNEN: Amüsiertheit! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben eine eigenartige Diskussion hier im Hohen Hause. Auf der einen Seite haben wir Aussagen der Initiative Luftverkehr in Deutschland im Masterplan, sich zur Stärkung der Flughafeninfrastruktur nur zu beschränken auf die Großflughäfen Frankfurt und München und bestenfalls noch sechs andere Flughäfen in Deutschland auszubauen.

Damit wäre die dezentrale Luftverkehrsstruktur in Bayern zum Aussterben verurteilt. Sie alle wissen, dass das das Ende für die Zukunft des Flughafens Nürnberg bedeuten würde. Es ist schon interessant zu sehen, wie die Reaktion hierauf aussah. Wenn man sich mit Fachleuten unterhalten hat, dann war etwas zu erwarten, was eigentlich auch angekündigt war: die Stellungnahme des Wirtschaftsministers. Doch diese Stellungnahme ist nicht gekommen. Das hat so weit geführt, dass die CSU-Fraktion im Nürnberger Stadtrat unter anderem auch die Bayerische Staatsregierung in einem Antrag ausdrücklich aufgefordert hat, dass solchen Überlegungen eindeutig entgegen getreten wird. Der Antrag wurde auch so beschlossen. Wir haben nun eine völlig abwegige Diskussion, in der es nur um den Münchner Flughafen geht. Das kann doch auch den GRÜNEN nicht gefallen, wenn sie sich, nach einer Entemotionalisierung, wieder mit den Fachthemen beschäftigen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Was ist mit Nürnberg? – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Was sagt man in Nürnberg zu Hof?)

Auf der anderen Seite führen wir eine Diskussion darüber, ob es zu viele Regionalflykonzepte gibt. Es gibt also zwei Pole in dieser Diskussion, die man kaum zusammenbringen kann. Wir, die SPD, haben deshalb gefordert, dass der zuständige Minister aufzeigt, in welche Richtung die Reise gehen soll. Wir fordern ein Gesamtkonzept zur Flughafen-Infrastruktur. Bis heute haben wir dieses Gesamtkonzept aber nicht bekommen. Ich weiß nicht, warum Sie hierzu schweigen, Herr Minister Wiesheu. Ihr Haus zögert, zaudert und taktiert und ermöglicht damit

erst den Populismus, den sich die GRÜNEN zu Eigen gemacht haben. Das aber schadet Bayern.

Ich habe schon gesagt, die ganze Diskussion ist eigentlich irrational. Sie wird in weiten Teilen ohne Vernunft geführt, ohne Verantwortungsbewusstsein. Das zeigt zum einen die Haltung der Staatsregierung: Der Minister schweigt. Er führt Scheindiskussionen um Standorte, doch in Wirklichkeit sucht er nur nach einem Schwarzen Peter. Er diskutiert über Hof, macht bestenfalls auf Kabinettsdisziplin, doch eigentlich will er am liebsten, dass Sie das Projekt zerreden, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Zu Lagerlechfeld hat sich der Minister nur halbherzig ins Zeug gelegt, wahrscheinlich weil Herr Kollege Pschierer schon vom Memmingerberg aus im Landeanflug auf das Ministerium ist.

Auf der anderen Seite liegt dazu jetzt eine Stellungnahme vor, die mir fast die Sprache verschlagen hat. Herr Minister, es ist unverantwortlich, wie Sie die berechtigten Sicherheitsinteressen der Beteiligten aufs Spiel setzen und zum Verteidigungsminister sagen: „Dann baut eben billiger.“ – Ich möchte hören, was passieren würde, wenn die Autobahndirektion in Bayern eine bestimmte Trasse vorsehen würde und erklären würde, jede andere Trasse gefährde die Sicherheit. Was wäre, wenn Bundesverkehrsminister Stolpe dann sagen würde: „Dann baut eben billiger!“? Wie würden Sie sich aufregen! In dieser sensiblen Frage haben Sie nichts zu bieten außer vordergründig Kritik.

Die GRÜNEN zeigen mangelnde Vernunft und mangelndes Verantwortungsbewusstsein in Fragen der regionalen Strukturpolitik, das sehen wir immer wieder. Sie widmen dem Thema Regionalflughäfen ausschließlich fiskalische Überlegungen. Prüfen Sie Ihre Politik! Ich frage Sie allen Ernstes: Legen Sie hier etwa den gleichen Maßstab an, mit dem Sie über Bildung sprechen?

Ist das der Maßstab, mit dem Sie über die Markteinführung erneuerbarer Energien reden? Ist es der Maßstab, den Sie anlegen, wenn Sie über Flächenverbrauch sprechen? – Nein!

(Beifall des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Sie tun es nicht, auch zu Recht nicht, denn – –

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wir machen eine Gesamtbilanz, das ist der Punkt!)

– Sie machen eine Gesamtbilanz. Danke, Herr Dr. Dürr. Im amerikanischen Prozess heißt es an dieser Stelle: „Keine weiteren Fragen, Herr Dr. Dürr.“

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Was Sie hier aber nicht machen, das ist eine Betrachtung all dessen, was über Ihre vermeintliche Steuergeldverschwendung hinausgeht, nachdem Sie sich einmal auf dieses Schlagwort festgelegt haben. Das ist alles, was Sie zu bieten haben.

(Beifall bei der SPD – Margarete Bause (GRÜNE): Was haben Sie zu bieten außer Herumgeeiere? – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Was sagt man in Nürnberg zu Hof?)

– Frau Kollegin Bause, seien Sie doch ein bisschen ruhig und hören Sie zu. Aber das Thema ist irgendwie etwas, was Sie offensichtlich sehr nervös macht.

Präsident Alois Glück: Einen Moment, Herr Kollege. Ich darf jetzt an die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN die Bitte richten, nach gelegentlichen Zwischenrufen auch den Redner sprechen zu lassen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie dürfen!)

– Vielen Dank, Herr Dr. Dürr.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Sie können nicht warten, Frau Kollegin Bause, Sie sind immer zu früh dran. Das Thema Regionalflughäfen ist nämlich erstens ein verkehrspolitisches Thema. Es ist zweitens ein regionalstrukturpolitisches Thema. Und drittens ist es ein fiskalisches Thema. Genau in dieser Reihenfolge müssen Sie die Dinge sehen. Das zeigt mir aber auch, dass Sie mit wichtigen Politikfeldern grundsätzliche Schwierigkeiten haben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Da haben wir auf Sie gewartet! – Lachen bei den GRÜNEN)

Verkehrspolitik ist für Sie, obgleich Ihr Umweltminister Trittin auch bei den GRÜNEN eine neue Lust an der Mobilität erkennt, noch weitgehend ideologisch geprägt. Ich denke hier an das Antragspaket, das wir erst kürzlich im Ausschuss abgearbeitet haben. Die Presse hat darüber ausführlich berichtet. Bei der regionalen Strukturpolitik liefern Sie nur einen Totalausfall. Von Quartalsausfällen gegen Oberfranken abgesehen, sagen Sie nichts zum Thema Strukturpolitik.

Verkehrliche Maßstäbe, die man anlegen muss, heißen wie folgt: Erstens. Gibt es für einen Regionalflughafen ein wirtschaftliches Potenzial für die Verkehrserschließung? – Das muss man fragen, das ist richtig. Hier zählen harte Fakten und keine Wunschträume, ebenso wenig Luftschlösser. Deshalb gibt es hier auch keine Luftnummern, Herr Magerl.

Der strukturpolitische Maßstab muss folgende Frage sein: Wofür muss die Strukturpolitik sorgen? – Sie muss dafür sorgen, dass die Regionen Bayerns den Anschluss an Oberbayern finden und, dass wir eine ausreichende Vielfalt an Strukturen haben.

(Christine Kamm (GRÜNE): Kommen wir jetzt von Schwaben nach Oberbayern?)

Das geht nicht mit einer nebulösen „Verclustering“ von bestehenden oder noch bestehenden Strukturen, die rein zufällig gegeben sind. Der Fraktionsvorsitzende der CSU, Kollege Herrmann, kann im Moment nicht anwesend sein. Er hat neulich davor gewarnt, dass die Clusterpolitik nicht zu Lasten des ländlichen Raumes gehen darf. Das heißt,

dass auch die CSU-Fraktion beginnt, langsam umzudenken. Wir sind der festen Überzeugung, wir brauchen eine aktive, gestaltende Politik für Rahmenbedingungen in den Regionen. Das bedeutet, wir brauchen eine aktivierende Infrastruktur. Nun können Sie sich wieder aufregen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, aber hier wird im Rückblick Ihr historischer Fehler dieser Legislaturperiode liegen. Ich denke an die Ethylen-Pipeline: Sie blockieren jedes Projekt, und wenn es noch so viele Arbeitsplätze schaffen würde. Das ist Ihnen völlig egal, solange Sie haushaltspolitische Zahlen entgegenstellen können.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Geht es auch differenzierter?)

Die SPD-Fraktion hat ein klares Eckpunkte-Programm zum Thema Regionalflughäfen vorgelegt.

(Zurufe von den GRÜNEN: Klar?)

Die Initiative für den Regionalflughafen Hof/Plauen, wie auch die für den Flughafen in Schwaben, verstehen wir als Diskussionen im Rahmen einer regionalen Entwicklungspolitik. Dies begrüßen wir.

Zweitens. Für die Finanzierung solcher Maßnahmen haben wir klare Kriterien. Von Ihnen, Herr Kollege Magerl, habe ich so etwas nicht gehört. Die Landtagsfraktion der SPD setzt voraus, dass die Wirtschaftlichkeit solcher Projekte nachgewiesen wird.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Dafür gibt es einschlägige Verfahren, und die werden nicht am Wirtshaustisch durchgeführt, auch nicht hier im Plenarsaal, den Sie zum Wirtshaustisch machen, sondern wir haben die luftverkehrsrechtlichen Verfahren, die Planrechtfertigung, und dort gehört das Thema auch hin.

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehen, dass Sie damit Probleme haben. Damit hat möglicherweise auch die kommunale Überprüfung der Bürgerschaft zu tun.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Belehren kann uns die Staatsregierung aber besser!)

– Herr Dr. Dürr, es ist doch klar, dass es kein Geld gibt, ohne eine Prüfung und eine genehmigungsfähige Planung. Etwas anderes ist auch nie behauptet worden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie müssen noch viel üben!)

Sie bauen hier doch einen Popanz auf, der überhaupt nicht zutrifft. Zweitens müssen Maßnahmen dieser Art dazu dienen, dass zusätzliche Kapazitäten im Luftverkehr in Bayern bewältigt werden können. Eine bloße Verlagerung des Verkehrsaufkommens zwischen bestehenden Flughäfen in Bayern wäre in der Tat ein Nullsummenspiel. Das wäre ökologisch, ökonomisch, struktur- und regional-

politisch falsch. Das lehnen wir ab, denn das wäre kontraproduktiv.

Drittens. Die staatliche Unterstützung darf nicht zu Lasten der Wettbewerbsbedingungen der bestehenden Flughäfen gehen. Darauf wird beim Thema Betriebskostenschüsse zu achten sein. Das sind Selbstverständlichkeiten, für die ich gerne Ihre Unterstützung hätte. Soweit kommen Sie aber gar nicht.

Das sind klare Kriterien und angesichts des Getöses von den GRÜNEN und dem Schweigen bei der CSU – von der niemand da ist – sind wir von der SPD offensichtlich die einzigen, die sich mit dem Thema beschäftigt haben. Wir haben dazu ein klares Konzept und auch klare Beschlüsse. Ich denke, das festzustellen, ist sehr interessant.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das weiß nur noch niemand!)

Die Dinge sind nicht so einfach, wie Sie diese darstellen. Im Einstein-Jahr, Sie kennen Ihren großen Vordenker, sollte man wie Einstein sagen: Man soll die Dinge einfach machen, aber auch nicht einfacher, als sie nun einmal sind. Das möchte ich Ihnen als Mahnung am heutigen Tag mitgeben.

Die CSU sagt: „In Gottes Namen, weil wir es einmal so besprochen haben.“ Die GRÜNEN sagen: „Es sind Luftschlösser“ und geben sich wieder einmal als die vermeintlich Modernen, die vermeintlich Klugen. In Wirklichkeit aber entscheiden Sie in München am grünen Tisch, ohne Sachprüfung. Sie sind kalt, selbstgefällig und Sie haben kein Interesse an den Menschen in der Region. Sie vertreten eine Politik, die wir ablehnen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Zeller.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Da Herr Kollege Zeller so überrascht reagiert, nenne ich gleich den nächsten Redner: Herrn Kollegen Wolf.

Alfons Zeller (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Magerl, zu dem, was Sie heute hier geliefert haben, kann ich nur sagen, Sie waren auch gegen den Flughafen München II, der eine der interessantesten Entwicklungen in Bayern überhaupt genommen hat. Die GRÜNEN waren praktisch gegen jede Autobahn. Ich könnte sie einzeln aufzählen. Was wollen Sie denn überhaupt? – Ich glaube, mit Stricken und Kräutersammeln können wir unser Fortkommen und Einkommen in diesem Land nicht sichern.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, Bayern ist zweifellos das Fremdenverkehrsland Nummer eins der Bundesrepublik Deutschland. Ich sage Ihnen mit aller

Deutlichkeit, wir können zwar das Fremdenverkehrsland Nummer eins in Deutschland bleiben; entscheidend ist aber, ob wir uns auf dem Tourismusmarkt im Wettbewerb mit allen Ländern um uns herum halten können. Die Tourismusbranche ist weltweit die am stärksten wachsende Branche.

Projiziert auf meine Allgäuer Heimat – das gilt aber auch für ganz Bayern – kann man feststellen, wir haben in einem relativ kleinen Gebiet 18 Millionen Übernachtungen bei 3,2 Millionen Gästeankünften. Dabei kommen allerdings rund 95 % der Gäste aus Deutschland. Wir wissen, dass die demographische Entwicklung in diesem Land nicht darauf hindeutet, dass wir zusätzliche Märkte erschließen und zusätzliche Urlauber anlocken können. Deswegen müssen wir die Chance einer Internationalisierung auch der Tourismuswirtschaft im Auge behalten. Eine Internationalisierung können wir aber nur erreichen, wenn wir die Möglichkeit eröffnen, schneller an seinen Urlaubsort zu gelangen und von dort schneller zurückzukommen.

Eine Untersuchung, die wir vom Tourismusverband Allgäu-Bayerisch Schwaben zusammen mit der Universität Nürnberg-Erlangen haben erstellen lassen, hat ergeben, dass Gäste im Allgäu die Grenze, bei der sich für sie ein Flug lohnen würde, bei vier Stunden fünfzig Minuten ansetzen. Sie würden dann lieber fliegen, als stundenlang im Stau auf der Autobahn zu stehen.

(Franz Maget (SPD): Also doch Memmingerberg!)

– Das habe ich nicht gesagt. Aber die von mir genannten Gedankengänge scheinen Sie von den GRÜNEN völlig außer Acht zu lassen. Tatsächlich ist es aber so, dass wir eine positive Entwicklung nur dann haben werden, wenn wir die Internationalisierung voranbringen.

Ich bringe einen Vergleich: In Österreich gibt es einige Regionalf Flughäfen. Wir wissen, dass 3 % des Flugaufkommens in Salzburg dem Tourismus dienen. Im Umland von Salzburg existieren Fremdenverkehrsorte, deren Gäste zu 20 % über den Flughafen Salzburg anreisen. Ähnliches gilt für Klagenfurt und Innsbruck. Schauen Sie in die Schweiz: Graubünden lebt zum Großteil vom Flughafen Zürich und dem Kleinflughafen Samedan, während das Berner Oberland auf den Flughafen Gstaad zurückgreifen kann.

An diesem Punkt taucht die Frage auf, ob wir diesen Markt links liegen lassen können. Es gibt Untersuchungen, die besagen, im Jahr 2000 haben die Low-Cost-Carrier einen Anteil von 5 % am Flugaufkommen gehabt. 2003 lag der Anteil bereits bei 19 %. Die Prognose für 2010 liegt bei 32 %. Die Charterflüge machten im Jahr 2000 20 % vom Flugaufkommen aus, im Jahr 2003 19 %. 2010 werden es nur noch 12 % sein. Eine Abnahme in ähnlicher Größenordnung ist auch beim Linienverkehr zu erwarten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Märkte werden neu verteilt. Das heißt, wenn wir nicht bald mit unseren Regionalf Flughäfen etwas zu bieten haben, dann begeben sich die Touristen eben zu anderen Destinati-

onen. Ich meine, ein Tourismusland wie Bayern kann es sich nicht leisten, auf eine gute Flughafeninfrastruktur zu verzichten.

Provozierend könnte man sagen, wenn wir im Allgäu – und das gilt auch für andere Regionen Bayerns –, die Zahl der Gäste um 3 % steigern könnten, dann hätten wir 100 000 Gäste zusätzlich. Prognosen sprechen sogar von noch mehr. Ich meine, dies sollte uns nachdenklich machen. Wir sollten nicht immer nur Nein schreien, sondern die Chancen für die Zukunft nutzen.

Ich habe Memmingerberg zwar nicht genannt, sage aber am Rande, dass Memmingerberg nicht extra neu gebaut werden muss. Es handelt sich von der Größe her um eine der interessantesten Flugverkehrseinrichtungen in Deutschland. Sie, die GRÜNEN, und die Bundesregierung haben es nicht geschafft, eine Konversion zu erreichen. Deswegen müssen wir darüber nachdenken, ob wir dort nicht den zivilen Luftverkehr zum Wohle und zur Entwicklung eines peripheren Raumes aufnehmen können.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wolfrum.

Klaus Wolfrum (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Dr. Magerl, man kann es drehen und wenden wie man will: Die bayerischen GRÜNEN beweisen in der heutigen Aktuellen Stunde einmal mehr, von der aktiven Unterstützung ländlicher Räume wollen Sie nichts wissen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CSU)

Sie sind und bleiben eine reine Großstadtpartei. Die Sorgen und Nöte der Menschen in strukturschwachen Regionen sind Ihnen vollkommen egal. Das haben Sie hier schon oft unter Beweis gestellt, und heute tun Sie das erneut.

Damit meine ich auch meine oberfränkische Kollegin Ulrike Gote, die Herrn Dr. Magerl bei seiner Rede vehement unterstützt hat. Liebe Frau Gote, ich frage Sie: Was sagen Sie eigentlich den Menschen in Oberfranken, wenn Sie ihnen erklären müssen, warum Sie die zugesagten 31,8 Millionen Euro aus München für diese wichtige Infrastrukturmaßnahme in Oberfranken nicht haben wollen?

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

– Ich vermisse Sie seit längerem bei wichtigen Gesprächen mit der oberfränkischen Wirtschaft, in denen es um dieses Thema geht. Da sind Sie leider in letzter Zeit nicht anwesend.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Verbreiten Sie keine Lügen!)

Wir alle – da sind wir uns in der Opposition parteiübergreifend einig – verlangen von der Staatsregierung eine

Abkehr von ihrer Ballungsraumpolitik und eine stärkere Unterstützung des ehemaligen Grenzlandes in Nord- und Ostbayern. Kolleginnen und Kollegen, was haben wir reden und kämpfen müssen, bis es endlich so weit war, dass es mit dem Projekt des Flughafens in Hof vorangehen ist. Wie viele Gespräche mit Herrn Dr. Wiesheu haben wir geführt, bis endlich eine Zusage für eine 90-prozentige Förderung des Ausbaus des Flughafens Hof/Plauen erteilt wurde? Der Herr Minister hat in dieser Sache sehr lange Widerstand geleistet und sogar Vertreter der oberfränkischen Wirtschaft vor die Tür gesetzt. Sehr gut kann ich mich an seinen Satz im alten Plenarsaal erinnern: „Herr Wolfrum, wo soll ich das Geld hernehmen für dieses Projekt?“ – Ich war dankbar, dass drei Wochen später das Geld da war und der Herr Wirtschaftsminister in Hof verkündet hat, dass wir eine 90-prozentige Förderung erhalten.

Sehr gut kann ich mich auch an die oberfränkischen CSU-Kollegen erinnern, die sich mit einer 70-prozentigen Förderung begnügt hätten und meinten, unsere Forderung nach 90 % wäre etwas unverschämt. So etwas tut man doch nicht mit der Bayerischen Staatsregierung. Jedenfalls: Die Bayerische Staatsregierung war am Schluss zu dieser Förderung bereit. Die Hartnäckigkeit der SPD-Fraktion, die sich zu allen Zeiten uneingeschränkt zu den Ausbauplänen bekannt hat, hat sich eben doch gelohnt. Bereits im Februar 2003 forderten Franz Maget und die gesamte Fraktionsspitze bei einem Besuch in Hof den Ausbau des Hofer Flughafens. Es gibt auch keine Differenzen mit unseren Nachbarn in Nürnberg, wie Sie selbst soeben von meinem Kollegen Dr. Thomas Beyer gehört haben.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

– Sie sehen, Frau Gote und liebe Kolleginnen und Kollegen: Fränkische Solidarität zeigt sich nicht nur beim Schäufele-Essen, sondern auch in der praktischen Politik.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich geht es nicht einfach nur darum, dass Geld nach Oberfranken kommt, egal wofür. Natürlich muss Geld sinnvoll eingesetzt werden, und in diesem Fall ist es sinnvoll eingesetzt.

Kollege Dr. Magerl, der Ausbau des Flughafens Hof/Plauen wird nämlich dazu führen, dass die jahrzehntelange Subventionierung der Flughafenlinie Frankfurt/Main, die Sie kritisiert haben, hoffentlich endlich ein Ende hat, und der kostendeckende Betrieb des Hofer Flughafens ermöglicht wird. Hochfranken hat mit dem Ausbau des Flughafens die Chance, seine eigenen Stärken zu nutzen und in eine gute Zukunft zu starten. Die Region erhält nun auch verkehrspolitisch die wichtige Brückenfunktion zwischen Bayern, Thüringen, Sachsen und Böhmen. Ein Flughafen, Kollege Dr. Magerl, das wissen Sie, ist eine Jobmaschine. Hierfür gibt es genügend Beispiele. Sie können in Ihrem Stimmkreis gut mit der Jobmaschine leben. Auch ein ausgebauter Flughafen Hof/Plauen wird neue Perspektiven für den regionalen Arbeitsmarkt in Hof und Hochfranken bringen. Deshalb ist das Vorhaben in

der Region mit der höchsten Arbeitslosenquote Bayerns seit Jahren die richtige Forderung. Er wird auch von der Wirtschaft stark gefordert.

Wir erkennen durchaus an, dass die Staatsregierung die Notwendigkeit des Projektes eingesehen hat und nach langem Kampf schließlich der Stadt Hof bei der Genehmigung der Bürgschaften keine Steine mehr in den Weg legt. Dieser Erfolg, der auch durch hartnäckige Oppositionsarbeit zustande kam, ist zu wichtig, als dass er vom alt bekannten GRÜNEN-Ritual aufs Spiel gesetzt werden sollte.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Traublinger.

Heinrich Traublinger (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Magerl, Ihnen ist wohl nichts zu schade, um Ihre Luftfahrtfeindlichkeit zu dokumentieren – jetzt ist es der Regionalflyhafen Lagerlechfeld – und alles was den technischen Fortschritt anbelangt abzulehnen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Dr. Dürr, lassen Sie mich das begründen. Ob das der Ausbau der Autobahnen ist, der Ausbau der Donau

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ein Superbeispiel! – Margarete Bause (GRÜNE): Technik des 19. und 20. Jahrhunderts! – Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

oder die Luftfahrt, für Sie ist ein guter Verkehrsteilnehmer nur der, der zu Fuß geht, mit dem Rad fährt oder sich auf der Schiene fortbewegt. So kann es in Bayern nicht weitergehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es uns und vor allen Dingen der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Ernst ist mit gleichwertigen Lebensbedingungen in Deutschland und Bayern, muss die Erreichbarkeit gewährleistet sein. Sie muss auch über ein Netz von Regionalflyhäfen gewährleistet sein. Ich rede nicht über Hof, nicht über Augsburg und nicht über Lagerlechfeld, sondern ich bin der Meinung, dass es uns gelingen muss, die Erreichbarkeit der Regionen zu gewährleisten. Ich darf Ihnen das mit einigen wenigen Zahlen unter Beweis stellen: Es gibt eine brandneue Untersuchung aus dem Gebiet Augsburg, die von der Industrie- und Handelskammer Augsburg bei Unternehmen, die dort ansässig sind, durchgeführt wurde. 60 % der befragten Unternehmen gaben an, dass sie regelmäßig Linienflüge von Regionalflyhäfen aus nutzen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

Diese 60 % stellen 80 % aller erfassten Arbeitsplätze. In absoluten Zahlen sind dies im Augsburger Raum rund

67 000 Arbeitsplätze. Das ist ein sehr deutliches Zeichen, dass die Standortbedingungen für die Wirtschaft von der Erreichbarkeit der Region abhängig sind.

Es darf auch nicht unerwähnt bleiben, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Ansiedlungspolitik, die insbesondere vom bayerischen Wirtschaftsminister erfolgreich betrieben wird, erheblich mit der Erreichbarkeit des jeweiligen Standorts zusammenhängt. Wenn es uns nicht gelingt, beispielsweise in Oberfranken die notwendigen Voraussetzungen für die Erreichbarkeit Hof mit Linienflügen zu schaffen, sei es über die Anbindung zu Frankfurt/Main, München oder Nürnberg, wird es dort keine verbesserten Standortbedingungen geben. Nur Gewerbegebiete auszuweisen und zu meinen, damit sei ein Investor gefunden, reicht nicht. Internationale Investoren legen größten Wert auf entsprechende Standorte, die in kurzer Zeit über Flugverbindungen erreichbar sind.

Kollege Zeller hat die Frage, welche Auswirkungen der Regionalflugverkehr auf den Tourismus hat, schon beantwortet. All dies ist unter der Überschrift „Standortverbesserung“ zu subsumieren.

Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, Sie vergessen stets, dass der Flugverkehr die Straßen entlasten könnte. Das wäre zumindest positiv zu werten.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die Straßen schon, nicht aber die Luft! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, wenn es Ihnen Ernst ist mit der Aufhebung der Zentralisierung auf Ballungsgebiete wie München, die nicht gottgewollt ist, sondern sich durch den Flughafen München und die Messe dort zwangsläufig ergeben haben – gleiches gilt für Nürnberg – ist Ähnliches auch für Augsburg, Hof und andere Gebiete in Bayern anzustreben, müssen wir an dem Konzept festhalten.

Herr Dr. Magerl, Ihnen sollte zu denken geben, dass Sie mit dieser Forderung alleine stehen. Jedem, dem die gleichwertigen Entwicklungschancen in Bayern wichtig sind, wird Ihre Zielsetzung ablehnen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wir sind schon oft alleine gestanden mit unseren Forderungen, die sich dann doch als die besten durchgesetzt haben!)

Jeder wird diese Zielsetzung ablehnen. Herr Dr. Beyer, Sie brachten vorhin den Vergleich mit „Quax, der Bruchpilot“. Die Sympathie kann ich gerne zugestehen, auf der einen Seite Heinz Rühmann und auf der anderen Seite Dr. Magerl. Während Ersterer das Fliegen gelernt hat, schaffte das Dr. Magerl bis heute nicht. Ich habe diese Hoffnung auch aufgegeben.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Dr. Kronawitter.

Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen, dass im Regionalverkehr die Schiene ein geeignetes Mittel ist. Wir bekennen uns aber als SPD zum Regionalflugverkehr und sagen das in aller Deutlichkeit. Wir wissen, dass es für den Regionalflugverkehr Bedarf gibt. Ich kann die Argumente des Kollegen Traublinger nachvollziehen, die auf Augsburg bezogen waren. Ich kann gut nachvollziehen, was der regionale Luftverkehr im harten Wettbewerb der Tourismusbranche bedeutet. Ich betone, dass die Wirtschaftlichkeit von Regionalflughäfen vor Ort nachgewiesen werden muss. Kollege Dr. Beyer hat dies dargestellt. Wir tun uns dabei leicht, denn die EU-Kommission und das Europäische Parlament haben mit den verabschiedeten Leitlinien ein Gerüst gegeben, unter welchen Bedingungen die Förderung beihilfefähig sein wird. Auch dies muss uns beim Thema Regionalflugverkehr interessieren.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wie groß ist eine Region?)

– Herr Dr. Dürr, Sie können mich nicht ablenken. Wenn Sie wollen, erkläre ich Ihnen nachher mein Regionalverständnis. Lassen Sie mich fünf Minuten Redezeit ausnützen, dann können Sie die Zwischenrufe anderweitig nutzen.

(Christine Stahl (GRÜNE): Er hat Sie schon abgelenkt!)

Wir wissen, dass in den Regionen eine lebhaft aktuelle Diskussion stattfindet, nicht zuletzt, weil die Bundeswehr signalisiert hat, dass mehrere Flughäfen in Bayern für die zivile Nutzung zugänglich werden. Ich frage den Herrn Wirtschaftsminister – er ist nicht da, aber er wird es später erfahren –, was es mit Fürstenfeldbruck auf sich hat; denn er hat dort gesagt, der Flugplatz solle für zivile Luftfahrtnutzung zugänglich sein. Rechnet er auch hier, wie beim Lagerlechfeld, dass der Bund die Kosten übernimmt? Dazu kann ich nur sagen: So soll es nicht gehen, das schafft nur Verwirrung. Die Verwirrung in Schwaben in Bezug auf Lagerlechfeld reicht für ganz Bayern hinlänglich.

Erst hieß es in Schwaben, die Region solle sich einigen. Dann hat sie sich geeinigt, hat Vorschläge gemacht; plötzlich zog Minister Wiesheu den Standort Lagerlechfeld sozusagen aus dem Hut, wohl wissend, dass bereits etwas früher seitens der SPD geprüft wurde, ob dieser Standort jemals denkbar wäre. Jetzt ist der Regierungsbezirk Schwaben wieder dort, wo er schon längst einmal war und muss noch einmal neu anfangen. Allein dieses Beispiel zeigt, dass wir mit gutem Grund auf unserem Vorschlag insistiert haben – leider sind wir nicht erfolgreich gewesen –, für Bayern ein Konzept für Regionalflughäfen zu erstellen. Minister Wiesheu steht in der Pflicht, dieses Konzept vorzulegen und mit der Bevölkerung in den jeweiligen Regionen zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Konzept ist jetzt notwendig, und da hilft auch die Ausrede nicht, man habe ja bereits beim Landesentwicklungsprogramm Standorte vorgeschlagen. Dies ist längst überholt, weil die Diskussion in den Regionen vehement läuft und der Bedarf vor Ort besprochen und erläutert wird. Die Standorte, die damals genannt wurden, sind zweitens deswegen überholt, weil sich die Bundeswehr zurückzieht. Man sagt, es wären dann Flughäfen auf dem Markt, bei denen die Staatsregierung dann einsteigen könnte oder auch nicht. Auch hier wäre es sinnvoll zu wissen, was man haben möchte und dies entsprechend zu begründen. Ein Konzept für den regionalen Flugverkehr ist ferner notwendig, weil wir natürlich registrieren, dass sich das Verhalten der Fluggäste ändert, aber auch das Verhalten von Fluglinien. Auch das ist selbstverständlich zu berücksichtigen.

Zusammengefasst: Wir müssen die heutige Stunde nutzen, um dieses Konzept noch einmal einzufordern. Ansonsten kann ich nur sagen: Regionalflugverkehr stützt letztlich die Regionen; nicht zuletzt kommt aus den Regionen heraus genau die entsprechende Forderung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Richter, dann Herr Kollege König. Dann ist die Aktuelle Stunde beendet und wir beginnen mit der Ersten Lesung.

Roland Richter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Magerl, es ist hochinteressant, die Diskussion hier zu verfolgen. Ich selbst komme aus der Region um den Regionalflygplatz Salzburg. Ich schätze, dieser Regionalflygplatz ist ein Riesenvorteil, für die Wirtschaftskraft im Hinblick auf die Geschäftsreisenden, aber auch auf den Tourismus. Wir haben mehrere Millionen zusätzliche Übernachtungen vor allem im südostbayerischen Raum. Ich bin froh, dass wir so einen Regionalflygplatz haben. Deswegen unterstütze ich auch andere Regionalflygplätze. Ich finde es nicht richtig, von vornherein pauschal Regionalflygplätze abzulehnen. Meines Erachtens ist das eine kurzsichtige Schwarz-Weiß-Malerei. Natürlich braucht man für jeden Regionalflygplatz eine gesonderte Prüfung. Aber solche Flygplätze pauschal abzulehnen ist meines Erachtens falsch. Es ist allerdings populistisch, zurzeit gegen alles zu sein, ohne detailliert nachzufragen.

Für Regionalflygplätze entstehen nicht Kosten, sondern Investitionen. Man investiert in die Infrastruktur; ein Regionalflygplatz ist ein Faktor der Ansiedlungspolitik. Der Staat erzielt zusätzliche Steuereinnahmen; er kann zusätzliche Arbeitsplätze akquirieren, aber auch zusätzliche Ausbildungsplätze. Regionalflygplätze sind wichtige Eckpfeiler der Landes- und Regionalplanung. Sie sind vor allem aufgrund der steigenden Mobilität unserer Gesellschaft ein wesentlicher Punkt, um dieser Mobilität Herr zu werden und auf diese Mobilität einzugehen. Deswegen bitte ich Sie, Ihre Blockadepolitik bei der Fortentwicklung des Luftverkehrs zu stoppen. Denn die Schiene allein, wie Sie vorhin gesagt haben, ist nicht die Lösung. Nur ein gesunder, wirtschaftlicher Mix aus Schiene, Luftverkehr und Straße macht unser Land zukunftsfähig. Die Infra-

struktur stellt die Adern zur Verfügung, in denen das Blut, also der Verkehr, fließen kann. Auf Bundesebene können wir beobachten, was bei dieser Blockadepolitik herauskommt, was sie für den Bürger und vor allen Dingen für die Wirtschaft bedeutet. Deswegen mein Appell: Kehren Sie zurück zu einer vernünftigen Regionalpolitik, zu einer vernünftigen Regionalplanung und beenden Sie endlich Ihre Blockadepolitik.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege König.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Hans Joachim Werner (SPD): Musst du heute nicht zum Zug? Hast du heute Zeit für den Landtag?)

Wer sich in Bayern umschaute, erkennt unschwer, dass die CSU über Jahrzehnte für den Luftverkehrsstandort Bayern insgesamt aktive Politik gemacht hat. CSU und Bayerische Staatsregierung haben einen internationalen Flughafen hierher gebracht; sie haben ihn durchgesetzt, sie haben ihn gebaut – er ist der zweitwichtigste Luftverkehrsstandort in Deutschland. CSU und Bayerische Staatsregierung haben über die Jahre hinweg alles getan, um alle Regionen Bayerns bestmöglich an die internationalen Luftverkehrsdrehkreuze anzuschließen. Sie haben über die Jahrzehnte hinweg auch den regionalen Luftverkehr entsprechend gefördert. Wir als CSU haben den Luftverkehr immer auch als ein Stück Standortpolitik, Strukturpolitik, Wirtschaftspolitik angesehen. Beides gehört zusammen: ein internationales Drehkreuz zu haben, aber auch dafür zu sorgen, dass man aus der Fläche über die Straße, über die Schiene, aber eben auch über einen Regionalflygplatz zu diesen Drehkreuzen kommt.

Sie wissen alle, dass ich aus Hof komme. Wir haben in Hof eine Regionalflyglinie zum internationalen Flughafen Frankfurt/Main, die dreimal täglich bedient wird und die es nicht gäbe, wenn sie nicht seit Jahr und Tag von der Bayerischen Staatsregierung unterstützt würde. Von daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, sage ich: Die CSU handelt, die Staatsregierung handelt, die GRÜNEN sind wieder einmal grundsätzlich dagegen, die SPD verfasst Papiere. Jedenfalls ist die Mimik der zuhörenden Kolleginnen und Kollegen interessant, während die Rednerinnen und Redner der unterschiedlichen Parteien hier sprechen. Nachdem ich die ganze Debatte hier verfolgt habe, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier ein gewisses Maß an Scheinheiligkeit mitschwingt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Da kennt ihr euch ja aus, nicht wahr?)

Unser Standpunkt ist einfach erklärt: Wir sagen, wir müssen das ganze Land erschließen. Dafür tun wir alles, was möglich ist. Für die Schaffung und Erhaltung der internationalen Drehkreuze ist selbstverständlich der Staat maßgeblich zuständig, aber was die regionale

Anbindung angeht, so liegt diese natürlich auch in der Verantwortung der Regionen selbst und der Regionalpolitiker vor Ort. Dort, wo die entsprechenden Aktivitäten stattfinden, wo der entsprechende Wille vorhanden ist, die regionale Anbindung auch über den Flugverkehr zu schaffen und zu unterhalten, wie zum Beispiel bei uns in Hof, wo die Regionalpolitiker sagen: Jawohl, wir wollen diesen Regionalflughafen haben, wir betreiben ihn mit, wir bezuschussen ihn, dort engagiert sich auch die Staatsregierung seit Jahr und Tag.

Die GRÜNEN handeln hier wieder einmal nach einem Prinzip, das ich immer wieder feststelle: Wir sind dagegen, weil wir damit erfahrungsgemäß immer auf die acht oder zehn Prozent Stimmenanteil kommen, egal wogegen wir sind. Es gibt immer genügend Leute, die für unsere Politik sind. Diese Politik ist sehr billig, meine Kolleginnen und Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich sage das vor allem deshalb, weil Sie doch auch gerne fliegen. Sie fliegen gerne, aber Sie sind gegen den Ausbau jeder wesentlichen Infrastruktur für den Flugverkehr.

Hochinteressant waren für mich die Ausführungen der Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Fraktion. Kollege Dr. Beyer hat uns das Papier der SPD-Fraktion erläutert mit durchaus beachtlichen, wenn auch sehr allgemeinen Grundlagen, was die Ansichten der SPD zum Flugverkehr angeht. Der Kollege Wolfrum hingegen hat als Vertreter der Region Hof vehement für den Ausbau des Flughafens Hof gesprochen, den ich selbstverständlich genauso unterstütze. Für mich war es durchaus interessant, die Mimik des einen oder anderen zu beobachten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir doch ehrlich miteinander sein: So ganz geschlossen sind die Meinungen in den einzelnen Fraktionen nicht. Das ist vielleicht bei uns nicht der Fall,

(Susann Biedefeld (SPD): Schauen Sie sich die Mimik der Kollegen in Ihren eigenen Reihen doch an!)

aber das ist bei Ihnen vielleicht auch nicht der Fall. Wollen wir doch einmal ganz ehrlich miteinander sein. Aufgabe derjenigen, die aus den Regionen stammen, wie zum Beispiel des Kollegen Wolfrum oder von mir ist es, unsere Kolleginnen und Kollegen über die Parteigrenzen hinweg davon zu überzeugen, dass es auch weiterhin notwendig ist, den Anschluss der Regionen an den Luftverkehr zu gewährleisten und weiter zu unterstützen. Davon müssen wir vielleicht auch die Kolleginnen und Kollegen aus den Ballungszentren, die das nicht so ohne weiteres verstehen, überzeugen.

Dazu brauchen wir – ich zitiere Kollegen Dr. Beyer – eine „aktivierende Strukturpolitik“. Das haben Sie sehr schön gesagt. Herr Dr. Beyer, der Unterschied liegt aber darin: Sie sagen das, was ich sehr begrüße, und die Bayerische Staatsregierung und die CSU tun es.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Du meine Güte!)

Die Staatsregierung finanziert seit Jahr und Tag auch Regionalfluglinien mit; sie unterstützt seit Jahr und Tag die regionalen Flugplätze. Die Bayerische Staatsregierung hat

trotz aller kontroverser Debatten, die es überall und auch bei uns gibt, im Ergebnis weiterhin ihre Unterstützung für den regionalen Luftverkehr zugesagt und für jene regionalen Luftverkehrsstandorte, die von den Regionen gewünscht werden, von den Regionen ausgebaut werden sollen und dann von den Regionen auch betrieben werden.

Dabei ist ein kleiner Haken. Es ist leicht zu sagen: Wir kämpfen dafür, wir haben etwas erreicht. Die Debatte über den Standort Hof zum Beispiel läuft seit acht bis zehn Jahren. Ich freue mich darüber, dass sich angeblich immer alle über die Parteigrenzen hinweg darin einig sind, dass der Standort ausgebaut werden soll. Ich für meinen Teil habe von Anfang an dafür gekämpft und Plakate dafür ausgehängt, die der SPD-Oberbürgermeister hat abhängen lassen.

(Zuruf von der SPD: Wer?)

Ich vermisste aber, dass die Regionen – egal welche, ich schließe unsere da ein – tatsächlich mit Taten hervortreten und Fakten schaffen. Für die Staatsregierung gilt, was bisher schon galt: Es gibt die maximale Unterstützung für den regionalen Flugverkehr und den Ausbau dieser Standorte. Wir reden nicht nur von aktivierender Strukturpolitik, sondern wir machen sie auch für die Regionen. Daran werden wir festhalten.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren, damit ist die Aktuelle Stunde abgeschlossen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich habe vor zehn Minuten darauf hingewiesen, dass wir noch zwei Redner auf der Liste haben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 a auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes
(Drs. 15/3275)
– Erste Lesung –**

Wenn ich das recht sehe, ist die Staatsregierung für eine Begründung nicht vertreten. Dann beginnen wir mit der Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Schuster.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Eine Aussprache vor der Begründung ist auch gut!)

Ist Herr Kollege Schuster anwesend? – Nein. Dann wird der Gesetzentwurf ohne Aussprache überwiesen.

(Wortmeldung der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE) – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen

und Innere Sicherheit als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? –

(Christine Kamm (GRÜNE): Wir wollen eine Aussprache!)

– Entschuldigung, zunächst ist nicht widersprochen worden. Wir sind jetzt in der Abwicklung.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Das ist nicht gemeldet worden; ich kann nicht beliebig unterbrechen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Nein, die Sitzungsleitung ist schon Sache des amtierenden Präsidenten. Der Gesetzentwurf wird damit dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit als federführendem Ausschuss überwiesen, wie im Ältestenrat besprochen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 b auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
eines Zweiten Gesetzes zur Modernisierung der Verwaltung – 2. Verwaltungsmodernisierungsgesetz (2. VerwModG) (Drs. 15/3277)
– Erste Lesung –**

Eine Begründung durch die Staatsregierung erfolgt nicht. Ich eröffne die Aussprache. Frau Kollegin Naaß. – Sie ist nicht anwesend. Herr Kollege Kiesel? – Herr Kollege Kiesel hat das Wort.

Robert Kiesel (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Staatsregierung hat im letzten November beschlossen, dass die Verwaltungsreform stattfindet. Die Agenda 21 wurde beschlossen. Die CSU-Fraktion hat den Beschlüssen der Staatsregierung zugestimmt. Für die Umsetzung der Verwaltungsreform ist eine Vielzahl von Rechtsänderungen erforderlich. Die Umsetzung wesentlicher Rechtsänderungen wird in einem ersten Gesetz zur Modernisierung der Verwaltung und in einem zweiten Gesetz zur Modernisierung der Verwaltung – 2. Verwaltungsmodernisierungsgesetz – zusammengefasst.

Der Gesetzentwurf beinhaltet im Einzelnen die Änderung von Gesetzen und Rechtsverordnungen aufgrund der Reform der staatlichen Bau- und Wasserwirtschaftsverwaltung, der Reform der Vermessungsverwaltung, der Reform im Bereich der Bezirksfinanzdirektionen, der Neuorganisation der Landesämter im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, der Reform der Landwirtschafts- und Forstverwaltung und der Verwaltung für ländliche Entwicklung und aufgrund der Errichtung des Zentrums Bayern für Familie und Soziales. Ferner werden die notwendigen Änderungen anderer Rechtsbereiche infolge der Maßnahmen der Verwaltungsreform vorgenommen. Daneben

werden Rechtsänderungen zur Deregulierung des bayerischen Landesrechts vorgenommen. Dies betrifft insbesondere die Aufhebung des Bayerischen Gemeindepolizeigesetzes, die Aufhebung des Alten- und Familienpflegegesetzes und die Novellierung des Bayerischen Reisekostengesetzes zur Einführung der beleglosen Abrechnung von Reisekosten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich schlage vor, dass dieser Gesetzentwurf im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen beraten wird, und bitte um Überweisung.

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Naaß.

Christa Naaß (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Seit der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Stoiber sind eineinhalb Jahre vergangen, bis dieser Entwurf eines Verwaltungsreformgesetzes vorgelegt wurde, ein Gesetzentwurf, in dem all das aufgegriffen wurde, was die CSU-Landtagsfraktion im vergangenen November während ihrer Klausurtagung beschlossen hat. In diesen vergangenen eineinhalb Jahren wurden keinerlei Vorschläge, Anträge oder Änderungsanträge, welche die SPD gestellt hat, von Ihrer Seite angenommen. In keiner Weise sind Sie auf unsere Anregungen eingegangen. Nun wurde dieser Gesetzentwurf vorgelegt, der von allen Seiten massiv kritisiert wird, ob nun vom Bayerischen Städtetag, vom Bayerischen Landkreistag, vom Bayerischen Gemeindetag oder von CSU-Kollegen selbst, die zwar in ihrem Stimmkreis die Opposition innerhalb der CSU spielen, aber im Landtag all dem zugestimmt haben. Herr Kollege Kiesel, in Nummer 12 der „Bayerischen Staatszeitung“ wird in der Überschrift ausgesagt, dass laut Ihrer Aussage die Verwaltungsreform noch nicht optimal läuft und in vielen Bereichen stümperhaft ist. Herr Kollege, dazu hätten Sie heute einige Takte sagen können.

Warum läuft sie stümperhaft? – Nach wie vor hat die Staatsregierung noch keine Ahnung davon, welche Kosten dadurch entstehen werden; auch im Gesetzentwurf sind keinerlei Zahlen genannt. Es gibt nach wie vor keine seriösen Kostenschätzungen. Man weiß nur, wie viel Personal eingespart werden soll. Da beklagt sich Staatsminister Huber über 72 000 Seiten mit Verwaltungsvorschriften in Bayern und fordert einen massiven Abbau von Bürokratie. Er erzeugt aber wieder einmal Bürokratie durch das 2. Verwaltungsmodernisierungsgesetz. Aufgrund dieses Gesetzes müssen 30 Gesetze und 6 Verordnungen geändert werden, müssen 4 Aufgabenübertragungen formuliert werden, und vieles muss im Nachhinein durch Rechtsverordnungen geregelt werden. Ist das etwa kein bürokratischer Aufwand? Vieles wird übrigens in Rechtsverordnungen geregelt, wo der Bayerische Landtag kein Mitspracherecht hat; das Parlament ist außen vor.

Wie notwendig es gewesen wäre, dass Sie auf die SPD hören, zeigt allein die im Verwaltungsreformgesetz geplante Änderung des Personalvertretungsgesetzes. Bereits mit unserem Dringlichkeitsantrag vom 26.11.2003 forderten wir die Staatsregierung dazu auf, die für die 15. Legislaturperiode geplanten und grundsätzlich

beschlossenen Änderungen des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes in Bezug auf Um- oder Neubildung oder Auflösung von Behörden und Beteiligung bei Organisationsänderungen sofort in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Im November 2003, vor eineinhalb Jahren, haben wir Sie aufgefordert zu handeln. Sie haben nichts getan. Wider besseres Wissen haben Sie all unsere Vorschläge abgelehnt und müssen nun auf die Schnelle im Rahmen dieses Gesetzes das Bayerische Personalvertretungsgesetz ändern, weil gewisse Regelungen einfach erforderlich sind. Das hätten Sie voraussehen können, wenn Sie gewollt hätten und wenn Sie – vor allem – auf die SPD gehört hätten.

(Beifall bei der SPD)

Das wird nun auch der wichtigste Punkt in der Beratung im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes sein. Ich fordere die CSU-Fraktion dazu auf, sich nicht an dieser scheibchenweisen Beratung zu beteiligen. Vor allem stimmen die Formulierungen nicht mit dem anderen Gesetzentwurf überein, der sich derzeit übrigens in der Verbändeberatung befindet, in dem zum Teil wichtige Punkte ganz anders formuliert sind als in diesem Gesetzentwurf.

Wir als SPD-Landtagsfraktion müssen sowohl die im Gesetzentwurf enthaltenen Formulierungen als auch das gesamte Verfahren ablehnen. Kolleginnen und Kollegen der CSU, ich fordere Sie nochmals dazu auf: Seien Sie bereit, wenigstens an Veränderungen im Personalvertretungsgesetz mitzuarbeiten!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kiesel, Sie haben es sich sehr einfach gemacht: Sie haben einfach das vorgelesen, was geändert werden soll. Ich halte es schon für sehr innovativ, das als Programm zur Vorbereitung und zur Einführung dieses Gesetzesvorschlages zu verwenden.

Ich möchte es – so wie Sie – auch ganz kurz machen. Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen im Haushaltsausschuss. Ich hoffe, Sie sind bereit und in der Lage, an diesem Gesetzentwurf noch Änderungen vorzunehmen. Herr Kollege Kiesel, ich glaube, ganz so einfach können Sie es sich dann doch nicht machen, nämlich nur vorzulesen und zu sagen: Fressst oder stirbt, liebe Kollegen von der Opposition.

Wir freuen uns auf die Diskussion. Wir werden Ihnen diesen Gesetzentwurf vorhalten. Wir werden Ihnen auch die Probleme vorhalten, die dieser Gesetzentwurf aufwirft. Ich möchte nur ein Problem nennen: Sie sehen es anscheinend als ein Problem an – das lässt der Gesetzentwurf vermuten –, wenn Sie eine leistungsfähige Verwaltung haben; denn so steht es im Gesetzentwurf. Das halte ich für eine recht interessante Idee und eine recht interes-

sante Diskussionsgrundlage. Auf diese Diskussion im Haushaltsausschuss freue ich mich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 c auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Kirchensteuergesetzes
(Drs. 15/3311)
– Erste Lesung –**

Der Gesetzentwurf wird von Herrn Staatsminister Schneider begründet.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf entspricht die Staatsregierung einem Wunsch des Bayerischen Landtags. Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Deutschen Orden wurde die Staatsregierung mit Beschluss vom 13. November 2001 aufgefordert, darzulegen, wie künftig eine Aberkennung des Status Körperschaft des Öffentlichen Rechts bei Kirchen und Religionsgemeinschaften rechtlich umgesetzt werden könne. Thematisiert wurde diese Frage auch im Untersuchungsausschuss Deutscher Orden, insbesondere im Schlussbericht.

Der Gesetzentwurf beinhaltet ein ausgewogenes Konzept, das die durch Verfassung und Kirchenverträge gesicherten Rechte der Religionsgemeinschaften wahrt, dem Staat jedoch für den äußersten Fall eine Handlungsoption eröffnet.

Hinsichtlich der Verleihung der Körperschaftsrechte an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften füllt der Entwurf die eher geringen Spielräume aus, die dem Landesgesetzgeber zukommen. Als Voraussetzung für die Verleihung der Körperschaftsrechte an Kirchen, Religionsgemeinschaften und weltanschauliche Gemeinschaften übernimmt der Gesetzentwurf den Inhalt der bundesverfassungsrechtlichen Richtnorm des Artikels 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 137 Absatz 5 Satz 2 der Weimarer Reichsverfassung, das heißt: Die Antrag stellende Gemeinschaft muss durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten. Darüber hinaus ist zu fordern, dass die Gemeinschaft rechtstreu ist und ihren Sitz in Bayern oder in einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland hat, sofern ihr dort die Körperschaftsrechte verliehen worden sind. Im letztgenannten Fall kann die Gemeinschaft mit der Anschlussverleihung in Bayern die speziell mit dem öffentlichen-rechtlichen Status verbundenen Befugnisse auch hier in Anspruch nehmen, zum Beispiel Kirchensteuer erheben. Der Gesetzentwurf stellt klar, dass eine Gemeinschaft, die Körperschaft des öffentlichen Rechts

werden will, ferner in der Lage sein muss, ihren finanziellen Verpflichtungen auf Dauer nachzukommen.

In Artikel 1 Absatz 3 trifft der Gesetzentwurf Regelungen über die Rücknahme und den Widerruf der Verleihung. Hinsichtlich des Widerrufs einer rechtmäßigen Verleihung von Körperschaftsrechten fasst er die Kriterien enger als der vergleichbare allgemeine Artikel 49 Absatz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes, zumal es dabei um sehr schwerwiegende Eingriffe geht.

Ein Widerruf kann nach pflichtgemäßem Ermessen erfolgen, wenn erstens die Gemeinschaft dies selbst beantragt, zweitens die Gemeinschaft nicht mehr die Eigenschaft einer Religionsgemeinschaft oder weltanschaulichen Gemeinschaft besitzt, drittens an der Rechtstreue der Gemeinschaft begründete Zweifel bestehen, viertens die Gemeinschaft überschuldet oder zahlungsunfähig ist, fünftens die Gemeinschaft seit einem Jahr handlungsunfähig ist, weil sie keine verfassungsmäßigen Vertreter hat, oder sechstens die Gemeinschaft ihren Sitz in das Ausland verlegt.

Nach der Bayerischen Verfassung bleiben Kirchen und anerkannte Religionsgemeinschaften Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie es bisher waren. Die betreffenden so genannten altkoperierten Gemeinschaften werden deshalb von den Rücknahme- und Widerrufsregelungen ausgenommen. Möglich bleibt lediglich der Widerruf auf Antrag.

Als Rechtsfolge des Entzugs der Körperschaftsrechte verweist der Gesetzentwurf auf die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über Vereine, sofern sich aus der Verfassung der betreffenden Gemeinschaften nichts anderes ergibt. Der Gesetzentwurf enthält schließlich Regelungen über die Verleihung und den Entzug von Körperschaftsrechten in Bezug auf Orden und ähnliche Vereinigungen, die einer öffentlich-rechtlichen Kirche, Religionsgemeinschaft oder weltanschaulichen Gemeinschaft angehören. An sie können nach Artikel 26 a des Gesetzentwurfs auf Antrag die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen werden, wenn sie die Gewähr der Dauer bieten, rechtstreu sind und ihren Sitz in Bayern haben.

Die Verleihung kann auch mit Auflagen verbunden werden. Insbesondere kann die Auflage erteilt werden, dass wirtschaftliche Betätigungen nur durch eigene, von der Körperschaft getrennte juristische Personen in den Formen des Wirtschaftsrechts erfolgen. Die Rücknahme- und Widerrufsregelungen gelten entsprechend.

Vor dem Hintergrund, dass eine staatliche Aufsicht über kirchliche Einrichtungen aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht eingeführt werden kann, bieten die neuen Regelungen ein geeignetes, aber auch ausreichendes Instrument zur Vorbeugung und Krisenbewältigung. Hinsichtlich der Einzelheiten darf ich auf die Begründung des Gesetzentwurfs verweisen.

Gegenüber der ursprünglich in der Verbandsanhörung gegebenen und auch den Fraktionen zur Kenntnis zugeleiteten Fassung war aus rechtlichen Gründen eine Modi-

fizierung des Gesetzentwurfs geboten. Das Bayerische Konkordat von 1924 und das Reichskonkordat von 1933 garantieren den Rechtsstatus der im Zeitpunkt des Vertragsschlusses bestehenden Orden unmittelbar. Ein Entzug der Rechte könnte hier nur durch Konkordatsänderung erfolgen. Daher wurden die Ordenskörperschaften, die ihren Status bei In-Kraft-Treten des Reichskonkordats bereits besaßen und deren Rechtsstellung durch das Konkordat geschützt wird, vom Anwendungsbereich der Rücknahme- und Widerrufsbestimmungen ausgenommen. Die Möglichkeit des Widerrufs auf eigenen Antrag bleibt jedoch unberührt.

Die Bayerische Staatsregierung zieht mit dem Gesetzentwurf besonnen und mit Augenmaß die Konsequenzen aus den Erfahrungen in der Krise des Deutschen Ordens.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Staatsminister, vielen Dank. Ich stelle fest, dass Sie sechseinhalb Minuten gesprochen haben. Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit war zwar mit fünf Minuten pro Fraktion vereinbart, nun gibt es eineinhalb Minuten Verlängerung.

Erste Wortmeldung: Herr Dr. Kaiser.

Dr. Heinz Kaiser (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion begrüßt, dass die Staatsregierung jetzt endlich die Konsequenzen aus den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses Deutscher Orden gezogen hat, Kollege Welnhöfer. Die Regelungen, die hier vorgeschlagen werden, sind sicherlich richtig – ob sie ausreichend sind, Herr Kollege Welnhöfer, müssen wir in den Beratungen der Ausschüsse noch eingehend erörtern.

Wir hatten damals im Minderheitenbericht zum Untersuchungsausschuss unsere Forderungen hinsichtlich gesetzlicher Regelungen erhoben. Ich verweise insbesondere auf Seite 69 der Drucksache 14/12600. Wir haben am Anfang unseres Minderheitenberichtes, Herr Kollege Welnhöfer, unsere Forderungen zur Neuordnung der Beziehungen zwischen Staat und Kirchen gestellt.

Um es deutlich zu machen: Es ging nicht allein um die Aufarbeitung des – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Einen Augenblick, Herr Kollege. Ich darf darum bitten, die Regierungsbank freizumachen, damit die Minister wieder klar in den Saal hineinschauen können.

Dr. Heinz Kaiser (SPD): Herr Präsident, ich danke Ihnen. Ich glaube, dass es nach dem Verlesen der Rede des Herrn Staatsministers mit den schwierigen staatskirchenrechtlichen Ausführungen, die in diesem Hohen Hause ohnehin kaum jemand verstanden hat, schon notwendig ist, aufzupassen und auf den Untersuchungsausschuss Deutscher Orden Bezug zu nehmen. Es geht hier weniger um die Anerkennung von Religionsgemeinschaften wie beispielsweise der Zeugen Jehovas, die in einem Prozess

gegen das Land Brandenburg die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts erstreiten wollen. Das Gericht hat der Religionsgemeinschaft auch Recht gegeben. Das ist zwar der größere Teil dieses Gesetzentwurfes. Entscheidend für uns aber ist der Teil, der sich auf die Orden bezieht, denn die Regelung, dass auch Ordensgemeinschaften Körperschaftsrechte erhalten können, gibt es nur im Freistaat Bayern aufgrund des Konkordats mit dem Heiligen Stuhl.

Deshalb ist es besonders wichtig, dass dazu Regelungen erfolgen, denn wir wissen alle, dass der Deutsche Orden in Frankfurt mit seinen wirtschaftlichen Betrieben eine GmbH war. Dann erfolgte die Sitzverlegung nach Bayern mit Unterstützung des Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber als Familiare des Ordens und mit Absegnung durch das Kultusministerium, das nicht genau hingeschaut hat. Damit hatten wir einen riesigen Sozialkonzern mit einer halben Milliarde Euro Umsatz und mit 7000 Beschäftigten, welcher zahlungsunfähig war, über den aber kein Konkursverfahren eröffnet werden konnte. Die Öffentlichkeit – das ist ganz wichtig, Herr Schneider – und auch zum Teil die Bänker waren sich gar nicht darüber im Klaren, dass es sich bei dem Orden nicht um eine staatliche Körperschaft des öffentlichen Rechts handelt, wie etwa bei einer Universität oder bei einer Gemeinde, bei denen bei Zahlungsunfähigkeit ein Gewährsträger, nämlich der Staat, zur Verfügung steht. Bei einer kirchlichen Körperschaft tritt der Staat nicht als Gewährsträger ein. Das war auch der Fall. Wir hatten deswegen für die Beschäftigten, für die Gläubiger und auch für die Einrichtungen eine Hängepartie, bis dann in einem Kompromiss die Probleme des Deutschen Ordens gelöst werden konnten. Zum Teil haben jetzt die Landkreise in Schwaben die Zeche zu bezahlen – so zum Beispiel die Landkreise Dillingen und Ostallgäu, welche die Krankenhäuser für 21 Millionen kaufen mussten und jetzt die Defizite zu tragen und die Investitionen vorzunehmen haben.

Ich erinnere auch an ein Thema, das vor wenigen Wochen in der Presse stand: Der Deutsche Orden hat gegen die Sparkasse Miesbach einen Prozess verloren. Dabei ging es um 2 Millionen Euro, die der Deutsche Orden bezahlen musste. Der Anwalt des Deutschen Ordens, Peter Gauweiler, hat erklärt, der Orden zahle nicht, weil die Romklausel nicht eingehalten worden sei; der Deutsche Orden hatte nämlich versäumt, sich für die Kreditaufnahme die Genehmigung der „Religiosenkongregation“ im Vatikan einzuholen.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Sprechen Sie noch zur Tagesordnung?)

– Ich spreche mit Sicherheit noch zur Tagesordnung, Herr Kollege Stockinger, denn Sie müssen wissen, dass das der eigentliche Hintergrund des Gesetzentwurfs ist. Die rechtstechnischen Ausführungen des Ministers, die durchaus in Ordnung waren, bieten keinerlei Aufschluss darüber, was bei diesem Gesetzentwurf eigentlich Sache ist.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Der Stockinger hat es nicht verstanden!)

Wir begrüßen den Gesetzentwurf. Im Einzelnen werden wir allerdings nach unserem Katalog prüfen, ob die Bestimmungen so, wie wir sie haben wollten, auch eingehalten worden sind.

Bedauerlicherweise geht aus dem Gesetzentwurf nicht hervor, Herr Staatsminister Schneider, ob Sie mit dem Heiligen Stuhl über die Auslegung des Konkordats geredet haben. Deshalb rede ich auch zum Thema, Herr Kollege Stockinger. Wenn ein Orden Kirchenrecht verletzt, kann er sich nicht gegenüber seinen privaten Vertrags- und Geschäftspartnern auf die Nichteinhaltung des Kirchenrechts berufen. Das kann nicht sein. Dafür müssen auch von Seiten der katholischen Kirche klare Regelungen geschaffen werden, denn bei diesem Orden handelt es sich auch um einen päpstlichen Orden. Das kommt noch hinzu. Auf Details des Gesetzentwurfs will ich jetzt gar nicht eingehen, Herr Kollege Stockinger.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Vielen Dank!)

Sie werden in den Ausschüssen noch Gelegenheit haben, darüber eingehend zu debattieren. Ich verweise auf unsere Vorgaben für den Gesetzentwurf. Der Minderheitenbericht zum Untersuchungsausschuss „Deutscher Orden“ wird die Messlatte dafür sein, ob die Bestimmungen eingehalten werden.

Insgesamt kann ich feststellen, dass wir von Seiten der SPD zufrieden sind. Der Untersuchungsausschuss hat durchaus ein gutes Ergebnis gebracht, was von der Mehrheitsfraktion immer bestritten worden ist. Das zeigt die heutige Vorlage zur Änderung des Kirchensteuergesetzes.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat sich Kollege Welnhöfer, Regensburg, zu Wort gemeldet.

Peter Welnhöfer (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die posthum versuchte Rechtsfertigung eines gänzlich unnötigen Untersuchungsausschusses war für mich zwar keine Überraschung, aber dennoch überflüssig. Herr Kollege Dr. Kaiser, Sie werden nicht im Ernst behaupten wollen, dass diese Gesetzesinitiative nur deshalb gekommen ist, weil es den von Ihnen beantragten Untersuchungsausschuss gegeben hat.

(Karin Radermacher (SPD): Wahrscheinlich schon!)

In der Tat war das, was sich im Zusammenhang mit dem Deutschen Orden zugetragen hat, eine mittlere Katastrophe, vielleicht sogar eine große. Allein diese Katastrophe hätte schon dazu geführt, dass ein solcher Gesetzentwurf auf den Weg gebracht wird, und das auch ohne Untersuchungsausschuss.

Das Desaster, welches wir mit dem Deutschen Orden erlebt haben, war ein einzigartiger Ausnahmefall. Darauf

möchte ich schon noch einmal hinweisen. Man darf Körperschaften des öffentlichen Rechts, bei denen es sich um Ordensgemeinschaften handelt, nicht unter Generalverdacht stellen.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Das tut auch niemand!)

Für kirchliche Körperschaften fehlen bislang die sonst bei wirtschaftlicher Betätigung im Geschäftsleben üblichen Kontroll- und Sicherungsmechanismen, insbesondere der Schutzmechanismus der Insolvenzfähigkeit. Das muss durch eine gesetzliche Neuregelung behandelt werden, denn ändern kann man daran insoweit nichts: Ein Orden päpstlichen Rechts unterliegt keiner staatlichen Aufsicht, aber auch keiner sonstigen und insbesondere auch keiner ortskirchlichen Aufsicht. Er kann derzeit in seiner wirtschaftlichen Betätigung immer nur dann ausreichend kontrolliert werden, wenn sich der Heilige Stuhl dessen annimmt. Das war das Problem beim Deutschen Orden. Dieses Problem war auch deshalb nicht zu lösen, weil für eine Entziehung der Körperschaftsrechte die Rechtsgrundlagen gefehlt haben.

Im Untersuchungsausschuss und auch sonst in diesem Hause war unumstritten: Es ist Aufgabe des Freistaates Bayern, durch gesetzliche Vorgaben dafür zu sorgen, dass die Verleihung von Körperschaftsrechten an religiöse Gemeinschaften mit Nebenbestimmungen versehen werden kann. Insbesondere soll sie mit solchen Nebenbestimmungen versehen werden können, die es dem Orden bzw. der Körperschaft verbieten, sich unmittelbar unter dem eigenen Dach wirtschaftlich zu betätigen, und es ihnen gebieten, sich für eine wirtschaftliche Betätigung der privatrechtlichen Formen – mit der Möglichkeit der Insolvenzfähigkeit zu bedienen. Das wird in diesem Gesetzentwurf geregelt.

Ferner sind Vorkehrungen für den Entzug von Körperschaftsrechten zu treffen, soweit es verfassungsrechtlich zulässig ist – und das ist ein Problem, denn hier sind Grenzen gezogen. Das, was zulässig ist, ist in den Entwurf aufgenommen worden. Nach Artikel 1 Absatz 3 des Kirchensteuergesetzes neuer Fassung sind weiterhin diejenigen Kirchen und Religionsgemeinschaften privilegiert – daran ist nichts zu ändern, und daran soll auch nichts geändert werden, denn dazu gibt es gar keine Veranlassung –, die schon bei Inkrafttreten der Bayerischen Verfassung Körperschaften des öffentlichen Rechts waren.

Eine besondere Bestimmung, so meine ich, ist Artikel 26 a neu, der sich speziell mit Orden und ähnlichen Gemeinschaften befasst. Es ist hier auf der einen Seite ein strengerer Maßstab anzulegen und es gibt mehr Möglichkeiten für staatliches Eingreifen als bei Religionsgemeinschaften. Auf der anderen Seite ist zu Recht davon abgesehen worden, die Anerkennung von der Zahl der Mitglieder – das ist auch nicht mit einem unbestimmten Rechtsbegriff geschehen – abhängig zu machen. Ich hätte eigentlich erwartet, Herr Kollege Dr. Kaiser, dass Sie sich dazu äußern würden. Aber anscheinend haben Sie das übersehen, denn gerade zu dieser Frage haben Sie sich im Ausschuss immer besonders pointiert geäußert.

Wir werden künftig alle miteinander vor allem darauf zu achten haben, dass ein Schaden, wie er in der Vergangenheit – einmalig – gestiftet worden ist, auch aufgrund unzureichender Möglichkeiten der Rechtsordnung, künftig nicht mehr eintritt. Ich möchte aber noch einmal sagen: Was beim Deutschen Orden passiert ist, war derartig ohne Beispiel, dass es auch ein Prophet nicht hätte vorhersagen können.

(Beifall bei der CSU – Dr. Heinz Kaiser (SPD): Herr Stoiber schon!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächste hat Frau Kollegin Stahl das Wort.

Christine Stahl (GRÜNE): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Mit Abschluss des Untersuchungsausschusses Deutscher Orden standen für uns zwei Sachverhalte fest:

Erstens. Ministerpräsident Stoiber betreibt Spezlwirtschaft, die wenig mit Wirtschaft und noch weniger mit einer realistischen wirtschaftspolitischen Klugheit zu tun hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Um Spezlwirtschaft künftig zu verhindern und einen Schutz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Kirchen, kirchlichen Vereinigungen und Orden zu erreichen, gilt es, brauchbare, anwendbare und klare Regelungen zu formulieren, die für die Verleihung oder den Entzug – die Rücknahme, den Widerruf oder die Erledigung – von Körperschaftsrechten gelten.

Diese Klarstellung haben wir bereits am 26.04.2001 – Herr Welnhöfer, noch vor dem Untersuchungsausschuss – beantragt. Der Antrag wurde mit Änderungen einstimmig angenommen, weil man Änderungsbedarf gesehen hat.

(Peter Welnhöfer (CSU): Damit war der Untersuchungsausschuss nicht notwendig!)

– Die Regelungen sind das eine und der Untersuchungszweck bzw. Untersuchungsauftrag sowie die Zielsetzungen sind das andere. Mit den gesetzlichen Regelungen hätten wir nicht so eindeutig feststellen können, dass hinter der wirtschaftspolitischen Kompetenz von Herrn Stoiber eher eine Luftnummer steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beinahe auf den Monat genau finden wir jetzt nach vier Jahren – vier Jahre hat die von uns beantragte Prüfung durch die Staatsregierung gedauert – einen Gesetzentwurf vor, der eigentlich zu einer Klarstellung beitragen sollte, es aber unseres Erachtens nicht tut.

Bereits im August des letzten Jahres ist die Staatsregierung, das heißt die Staatskanzlei, mit Falschmeldungen vorgeprescht und wollte uns weismachen, man hätte eine befriedigende Lösung gefunden. Man hat dann den Kirchen im Rahmen eines Anhörungsverfahrens den Gesetz-

entwurf zukommen lassen. Bei mir persönlich ist eher der Eindruck entstanden, dass in diesem Jahr Besitzstandswahrungen vorgenommen worden sind als dass man tatsächlich klare und vor allem einvernehmlich geltende Regelungen gefunden hätte. Der Staat bzw. seine Steuerzahlerinnen und -zahler dürfen zwar bürgen und möglicherweise auch zahlen, aber kontrollieren dürfen sie nicht.

So ist denn auch der Gesetzentwurf mehr als halbherzig. Die Änderungen im Kirchensteuergesetz sind bezüglich der Rücknahme und hinsichtlich des Widerrufs des Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts nicht auf Kirchen, Religionsgemeinschaften und weltanschauliche Gemeinschaften anwendbar, die ihren Status mit In-Kraft-Treten der Verfassung von 1946 erhalten haben. Man muss diesen Punkt hervorheben; es wurde auch von unserem neuen Kultusminister so gesagt. Das ist selbst dann der Fall – ich zitiere nur ein Beispiel –, wenn an der Rechtstreue der Gemeinschaft begründete Zweifel bestehen. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Man hat den alteingesessenen Kirchen und Vereinigungen ein Zuckerl bieten wollen und diese daher aus einer Haftung bzw. aus der Möglichkeit eines Aberkennungsverfahrens herausgenommen.

Für Orden und kirchliche Vereinigungen – man muss diese von den Religionsgemeinschaften, Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften trennen – gilt annex die Regelung des Artikels 26 a. Es wird auf das In-Kraft-Treten des Reichskonkordats abgestellt. Eine Reihe von Kann-Bestimmungen im Gesetzentwurf überlassen die Entscheidung letztendlich der Staatsregierung. Es wird auch in Zukunft so sein: Die Staatsregierung entscheidet, wenn sie es für opportun hält, zum Beispiel bei einer überschuldeten Vereinigung, Weltanschauungsgemeinschaft oder einem Orden, ob eine Aberkennung erfolgen darf oder nicht.

Zum Schutz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: Ich kann mich noch sehr gut an die Debatte im Landtag erinnern. Das Thema hat die Staatsregierung immer stark vor sich hergetragen, indem sie gesagt hat: Wir müssen bürgen und die Schulden übernehmen, auch die Insolvenz ist ein Problem, weil sonst die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darunter leiden. Entgegen der Behauptung der Staatskanzlei vom letzten Jahr gibt es keinen echten Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Herr Schneider, Sie haben die Behauptung auch nicht mehr so wiederholt und das ist auch gut so, denn wir würden die Schutzbestimmungen wirklich mit der Lupe suchen müssen.

Wie schaut es denn aus? Wird der Körperschaftsstatus wegen Insolvenz aberkannt, weil keine Staatsregierung den schützenden Arm über die Gemeinschaft hält, dann treten die Rechtsfolgen des Vereinsrechts nach BGB ein. Das bedeutet für die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer: Erst nach einem unsicheren und hinsichtlich der Dauer nicht absehbaren Aberkennungsverfahren kann ein Insolvenzverfahren eingeleitet werden. Das bedeutet, dass ein echter Schutz nicht gegeben ist, wenn zunächst ein Aberkennungsverfahren durchgeführt werden muss. Was aber ist bei einem Insolvenzverfahren wichtig? Wichtig ist, dass man schnell handelt und sehr schnell die

Befriedigung der Forderungen, unter anderem die Löhne, sicherstellt. Die Alternative wäre, dass die Staatsregierung kein Aberkennungsverfahren durchführt und wieder, wie es bisher schon war, die Schulden übernimmt.

Man kann nicht sagen, dass klare Regelungen erlassen worden sind. Ich lasse mich gern im Rahmen der Debatte im Ausschuss überzeugen. Die Grundsätze für die Anerkennung sowie die Grundsätze für die Aberkennung sind nicht klar formuliert. Es bleibt alles im vagen und die Entscheidungskompetenz bleibt bei der Staatsregierung. Speziellwirtschaft verhindert man so ganz sicher nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Die Aussprache ist geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassungs- Rechts- und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 d auf:

**Gesetzentwurf der Abg. Franz Maget, Karin Radermacher, Wolfgang Vogel u. a. u. Frakt. (SPD)
zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes
(Drs. 15/3325)
– Erste Lesung –**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Rupp. Soweit ich informiert bin, werden Begründung und Aussprache zusammengefasst. Sie haben Zeit, Frau Kollegin. Lassen Sie sich Zeit.

Adelheid Rupp (SPD): Ganz reizend, Herr Präsident. Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben an den bayerischen Hochschulen eine äußerst schwierige Situation. Oft wird dieses Problem nicht erkannt, insbesondere nicht von den Kollegen der CSU und vom Ministerium. Mit einer Vielzahl von Ideen, Vorschlägen und Aktivitäten wurden die bayerischen Hochschulen in den letzten Monaten überschüttet: Elitenetzwerk, Innovationsbündnis, Mittelstraß-Kommission, Clusterbildung, stärkere Kooperation der einzelnen Fachbereiche usw. Morgen wird eine Debatte zum Innovationsbündnis geführt werden. Wir haben immer wieder gesagt, dass auf diese Weise das Pferd völlig falsch herum aufgezäumt wird. Bevor ich die Hochschulen mit derartigen Aktivitäten überschütte, durch die eine Baustelle nach der anderen aufgemacht wird, wäre es wichtig und zentral, dafür die rechtlichen Grundlagen zu schaffen.

Diese rechtlichen Grundlagen sind nicht vorhanden. Sie haben es bis heute versäumt, eine Novellierung des Bayerischen Hochschulgesetzes vorzulegen.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Meiner Ansicht nach drückt dies eine absolute Unstrukturiertheit Ihrerseits und auch eine Unfähigkeit aus, all die Probleme, die an den bayerischen Hochschulen anstehen, in einen passenden rechtlichen Kontext zu fassen.

Sie haben mit Beginn der Legislaturperiode angekündigt, dass Sie schnellstmöglich eine Novellierung vorlegen wollen. Zunächst war die Rede vom Frühjahr 2005; dann wanderte dieser Termin immer weiter nach hinten. Inzwischen sind wir, wie heute kurz mit Herrn Kollegen Stockinger besprochen, voraussichtlich bei November dieses Jahres angelangt – wenn es denn funktioniert, was ich noch nicht glaube.

Sie haben uns auch vorgeschlagen, beide Gesetzentwürfe in der Einzelberatung gemeinsam zu beraten. Wir sind dazu gern bereit, und zwar aus gutem Grund: Wir wissen ganz genau, dass Sie alles, was sinnvoll und richtig ist – wir werden Teile davon in Ihrem Gesetzentwurf lesen können –, nicht beschließen werden, weil dies ein Gesetzentwurf der SPD ist. Sie handeln hierbei nicht im Interesse der bayerischen Hochschulen, sondern Sie handeln nur in dem engstirnigen, kleingeistigen Interesse, sich als CSU zu profilieren. Das, was Sie hier vorlegen, halte ich nicht für gute politische Arbeit.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU))

In einigen Punkten, denke ich, gibt es durchaus Gemeinsamkeiten. Hierzu werde ich später noch kommen. Zunächst aber zu einem Grundsatz, der sich durch unseren Gesetzentwurf zieht. Wir sind der Ansicht, die Hochschulen in Bayern brauchen wesentlich mehr Autonomie. Allerdings ist diese Autonomie mit uns nicht im Sinne einer Mittelstraß-Kommission zu machen, die sagt: Autonomie an die Hochschulen; der Staat soll bezahlen, aber der Staat wird dann aus der Verantwortung entlassen. Genau das ist nicht unser Weg. Unser Weg ist die innere Demokratisierung der Hochschulen verbunden mit mehr Autonomie. Nach wie vor bestehen an unseren Hochschulen stark hierarchische Verhältnisse. Wir haben ein Hochschulsystem, das sich von der Struktur längst überlebt hat. Dies ist eine Struktur, die noch nicht einmal in das letzte Jahrhundert, sondern eigentlich in das vorletzte Jahrhundert gehört.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

– Das hat nichts mit Sozialismus zu tun; Herr Spaenle, selbst in dieser Frage habe ich Sie für gebildeter gehalten.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD) – Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): So viel Lob!)

Wenn ich an den Hochschulen modern, innovativ und zukunftsfähig sein will, wenn ich an den Hochschulen tatsächlich vorankommen will, dann kann ich das nur im Konsens mit allen Gruppen. Das heißt für mich: Ich kann nicht den Hochschulleitungen Autonomie geben und dabei nicht berücksichtigen, wie es bei den Professoren

aussieht, wie es im Mittelbau aussieht. Im Übrigen muss man immer wieder feststellen, dass gerade der wissenschaftliche Mittelbau die größten Forschungsleistungen an unseren Hochschulen erbringt und mit am meisten für die Lehre tut. Diese Gruppe kann man nicht weiter wie eine Gruppe behandeln, die nichts zu sagen hat. Dann muss ich die Studierenden einbinden, die zentral gefordert sind, sich in Richtung Verbesserung der Lehre zu engagieren, und man muss natürlich auch den nicht wissenschaftlichen Bereich einbinden.

Das sind unsere Kriterien. Wir sagen: Den Hochschulen Autonomie zu geben, ist richtig, aber nicht, ohne den Weg zu beschreiten, die Gruppen an den Hochschulen tatsächlich einzubinden.

Ein wichtiger Punkt unseres Gesetzentwurfs ist: Die Hochschulen müssen einen Globalhaushalt bekommen. Es kann nicht sein, dass wir als Landtag Detailregelungen für die Hochschulen treffen. Das halte ich für falsch. Ich bin der Ansicht, die Hochschulen müssen wesentlich mehr Eigenständigkeit erhalten, was aber wiederum nicht heißen darf, dass der Staat aus der Verantwortung entlassen wird. Der Staat selbst und der Bayerische Landtag müssen vielmehr darüber befinden, was mit dem Geld geschieht, und dies nicht, indem gefragt wird, wie Stellen besetzt werden oder wohin Stellen gehen, sondern mit klaren Zielvorgaben, die bei Ihnen immer wieder nur in Richtung Rankings gehen. Hauptsache, die Hochschulen Bayerns sind im Ranking gut.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Spitze!)

– Herr Stockinger, das ist eines Ihrer größten Probleme in Bayern. Schauen wir uns die teilweise völlig beschissene Lehre an. Ich muss Ihnen einmal ganz klar sagen, dass sie nicht wegen der Professoren oder der Mitarbeiter „beschissen“ ist, sondern weil die Hochschulen derart unterfinanziert sind, dass die Seminare zu groß sind, die Ausstattungen der Bibliotheken schlecht ist. Das ist das Problem der bayerischen Hochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Dort bilden wir unsere Akademiker aus, die zukünftig in diesem Land gesellschaftliche Verantwortung übernehmen sollen. Ihr Handeln, das, was Sie an Geld in die Hochschulen geben, ist unverantwortlich.

Zurück zum Thema. Wie werden nach unserem Gesetzentwurf künftig Gelder vergeben? Wir wollen dies anhand von Zielvereinbarungen tun, wir wollen das in einer Kombination tun. Die eine Seite heißt „belastungsbezogen“, beispielsweise: Wie viele Studierende gibt es? Die andere Seite heißt „leistungsbezogen“. Wir messen die Leistung von Hochschulen nicht nur daran, welche Forschungsleistungen sie erbringen bzw. welches Renommee einzelne Professoren haben, sondern wir wollen, dass die Hochschulen und ihre Leistungen an der Zahl der Studierenden und insbesondere an Maßnahmen zur Studienförderung gemessen werden. Wir wollen die Verringerung der Anzahl der Studienabbrecherinnen und -abbrecher als Kriterium haben.

Von Studienreform und Neuerungen bei Lehr- und Lernformen sind Sie ganz weit entfernt. Ich glaube, Sie haben nicht einmal eine Idee, wie das aussehen könnte. Innovative Partizipations- und Selbstverwaltungsmodelle, Evaluation der Lehrtätigkeit und der Forschungsleistung – das sind für uns zentrale Punkte. Ich bin der Ansicht, dass in der bayerischen Hochschulpolitik künftig die Lehre einen wesentlich größeren Stellenwert einnehmen muss.

(Beifall bei der SPD)

Das vermisste ich bei allem, was bisher vorgelegt wurde. Es tut mir Leid. Sie sind mit vielen Baustellen, mit Superbegrifflichkeiten unterwegs, aber die konkrete Situation vor Ort haben Sie damit überhaupt nicht verbessert.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Ein weiterer Punkt ist für uns, wenn wir bei der Autonomie sind, natürlich die Demokratisierung der Hochschulen. Ich habe es eingangs erwähnt. Dazu zählen für uns mehrere Maßnahmen. Wir sind der Ansicht, dass der Konvent des Mittelbaus tatsächlich gesetzlich verankert sein muss, und zwar auf Hochschulebene und auf Landesebene. Es kann nicht sein, dass dies ein selbst organisierter, lockerer Zusammenschluss ist, aus dem keinerlei Rechte entstehen. Gerade für diese Beschäftigten, die teilweise mit miserablen Verträgen ausgestattet sind, muss es die Möglichkeit geben, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten.

Ein Punkt, bei dem Sie reflexartig Nein schreien werden – das wissen wir –, ist die Wiederverankerung der Verfassten Studierendenschaft. Ich muss Sie aber fragen, welch gigantisches Projekt es denn war, im Jahre 1974 die Verfasste Studierendenschaft abzuschaffen und über 30 Jahre lang an den bayerischen Hochschulen Fachschaften zu haben, ASten zu haben, Fachschaftskonferenzen zu haben und Studierendenparlamente zu haben. Diejenigen, die sich für die Hochschule interessieren und an der Hochschule aktiv sind, ausgenommen Ihre Parteimitglieder – nur diese ausgenommen –, sind nicht bereit, in kastrierten Gremien wie dem Konvent und dem Sprecherrat zu arbeiten, weil die Rechte, die man den Studierenden dort gibt, absolut lächerlich sind. Das sind Menschen, die sich in einem Prozess befinden. Sie beklagen sich genauso wie wir über die Politikverdrossenheit. Diese Menschen sind bereit, sich zu engagieren und tatsächlich auch politisch an ihrer Hochschule zu wirken. Nur, mit dem, was im bayerischen Hochschulgesetz steht, kann das leider nicht erreicht werden. Deshalb fordern wir unsererseits eine effektivere Interessenvertretung und auch den Versuch, gegen die Politikverdrossenheit von jungen Menschen anzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Einen weiteren Punkt halte ich für zentral, weil er weit über das hinausgeht, was wir in anderen Bundesländern haben. Wir haben in unserem Gesetzentwurf festgelegt, dass die Grundordnungskompetenz der Hochschulen zu einer umfassenden Organisationskompetenz ausgedehnt werden kann, sprich: Die Hochschule kann selbst ent-

scheiden, wie sie sich organisiert. Dies muss sie allerdings im Konsens mit allen Gruppen tun. Ich halte es, wie eingangs erwähnt, für zentral, dass dies nicht die Hochschulleitung alleine entscheiden kann, sondern alle an der Hochschule Beteiligten mitnehmen muss. Ich denke, dies bietet eine große Perspektive für die bayerischen Hochschulen, wenn sie selbst sagen können, wo sie ihre Schwerpunkte setzen, wie sie sich in der Hochschule selbst strukturieren wollen.

Letzter Punkt. Die Frage der inneren Demokratisierung. Diesbezüglich liegen wir voll auf der Linie der Mittelstraß-Kommission. Wir sind der Ansicht, Herr Minister, dass es für Sie bei Berufungen kein Vetorecht mehr geben darf. Wenn eine Hochschule in einem vernünftigen und durch unseren Gesetzentwurf auch leichter und besser strukturierten Berufungsverfahren zu einem Ergebnis kommt und dieses Ergebnis vorlegt, dann möchte ich nicht, dass das Ministerium eingreift und sagt: Das wollen wir nicht haben.

Wenn man der Hochschule Autonomie geben will, weiß sie selbst am allerbesten, wer für sie der geeignete Professor ist, wer für sie künftig der geeignete Lehrstuhlinhaber ist. Ein Vetorecht bei Berufungsverfahren kann es also mit uns nicht mehr geben.

Uns ist sehr wohl bewusst, dass die Dienstherreneigenschaft beim Ministerium liegt. Deshalb haben wir ein dem Richterwahlausschussverfahren vergleichbares Verfahren vorgeschlagen. Ich hoffe, dass Sie sich ernsthaft mit der Frage beschäftigen werden, ob man einen solchen Weg gehen kann. Bei diesem Vorschlag geht man nicht völlig über das Ministerium hinweg, aber es wird nicht mehr das alleinige Recht des Ministeriums sein.

Ein weiterer Punkt, bei dem es – das wissen wir – auf Ihrer Seite wiederum das reflexartige Nein gibt, ist folgender: Studiengebühren mit uns nicht, und zwar aus guten Gründen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

– Bei Ihnen! Sie wissen schon, was ein Reflex ist. Das hat wenig mit dem Hirn zu tun.

(Heiterkeit bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

– Herr Spaenle, jetzt noch einmal: Denken tut man mit dem Hirn und nicht mit dem Kehlkopf. Irgendwann sollten Sie das auch wissen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Wir haben heute Abend noch miteinander das Vergnügen. Es wird sicherlich wieder sehr interessant.

Wir haben zu Studiengebühren hier im Plenum schon vieles ausgeführt. Das kann ich nur noch einmal unterstreichen. Für uns haben Studiengebühren etwas mit

sozialer Auslese zu tun. Diese wollen wir nicht. Unsere Politik steht grundsätzlich für Chancengleichheit. Es kann nicht sein, dass es ausgerechnet in Bayern, einem Land, dem es doch im Vergleich zu den anderen Bundesländern, wie Sie immer sagen, so gut geht, immer noch so ist, dass viel weniger Menschen das Abitur machen und dass wir die härteste soziale Auslese haben. Genau dies wollen wir nicht. Wir wissen aber, dass Studiengebühren auch mit zu sozialer Auslese führen werden.

Ein weiterer Punkt ist und bleibt, dass Sie mit Studiengebühren die Unterfinanzierung der Hochschulen nicht beseitigen werden.

(Beifall bei der SPD)

Das, was Sie an Studiengebühren hereinbekommen würden, müsste je nach Hochschule um das Zehn- bis Zwanzigfache gesteigert werden, damit eine Hochschule in Bayern im internationalen Vergleich finanziell gut ausgestattet ist. Das ist ein Riesenproblem. Anstelle von Studiengebühren müssten also andere Finanzierungswege gefunden werden.

(Thomas Kreuzer (CSU): Denken Sie doch an Nordrhein-Westfalen!)

– Ich finde es nett, dass Sie jetzt Nordrhein-Westfalen erwähnen. Dazu sage ich Ihnen eines. Mir ist das alles „wurscht“, ich bin hier in Bayern Abgeordnete!

(Beifall bei der SPD)

Und ich lasse mich nicht immer mit irgendwelchen blöden Beispielen aus anderen Bundesländern konfrontieren.

Jetzt kommen wir zu einem Punkt, bei dem Sie im ersten Moment alle nicken werden. Wir haben – das wird auch von Ihnen immer wieder bestätigt – ein Problem mit den Frauen im Wissenschaftsbetrieb Hochschule. Bayern ist das absolute Schlusslicht, wenn es um die Anzahl der Professorinnen geht. Bayern ist nicht mehr ganz das Schlusslicht im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen. Bei diesem Gesetzentwurf wird es diesbezüglich zur Nagelprobe kommen. Dieses Problem wird schon seit 20, 25 Jahren immer wieder thematisiert. Es existiert natürlich schon viel länger. Wir haben in diesem Bereich bisher keine Verbesserung erreicht, sondern im Gegenteil in manchen Fachbereichen sogar einen gegenläufigen Trend zu verzeichnen.

Wie will man dieses Problem beseitigen? Wir sind der Ansicht – deshalb haben wir auch unseren Gesetzentwurf so gestaltet –, dass es eine Quotierung geben muss, allerdings nicht im Sinne von platten 50 %, sondern im Sinne von Orientierung an der vorhergehenden Qualifikationsstufe. Das heißt, wenn es in einem Fachbereich 12 % wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, aber nur 2 % Professorinnen gibt, dann stimmt etwas nicht. Das wollen wir in Zukunft geändert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben noch eine Vielzahl anderer Punkte. Fachhochschulen und Universitäten müssen besser miteinander kooperieren. Den Fachhochschulen sollte das Promotionsrecht gewährt werden. Der Hochschulzugang muss erweitert werden. Neben dem Abitur müssen auch Meisterprüfung und mehrjährige berufliche Tätigkeit einen Hochschulzugang ermöglichen.

Zum Schluss unser Lieblingsthema, nicht das Ihre: Wir halten es nach wie vor für richtig, parallel zur Habilitation die Juniorprofessur einzuführen.

Ich denke, bei Annahme unseres Gesetzentwurfs wären die bayerischen Hochschulen auf einem guten Weg. Ich erwarte von Ihnen allen so viel Verstand, dass Sie zumindest einen Teil dieses Weges mit uns gemeinsam gehen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank. Als Nächster hat Kollege Stockinger das Wort.

Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Die SPD-Fraktion hat einen Änderungsentwurf zum Bayerischen Hochschulgesetz vorgelegt. Wenn man die Drucksache liest, könnte man meinen, dass durchaus einige diskussionswürdige Punkte darin enthalten sind. Nach dem, was Frau Kollegin Rupp gerade gesagt hat, schwindet diese Minimalhoffnung.

(Adelheid Rupp (SPD): Sie sollten den Gesetzentwurf lesen!)

– Ja, das Gesetz habe ich gelesen, aber ich habe auch gehört, was Sie gesagt haben, Frau Kollegin Rupp. In Ihren Ausführungen gab es nicht nur sozialistische, sondern sogar präsozialistische Ansätze.

Wir werden mit Sicherheit über den einen oder anderen Punkt diskutieren können. Ich denke dabei zum Beispiel an die Zielvereinbarungen, die wir mit unseren Hochschulen abschließen können. Ich meine auch, dass wir Ansätze finden, wo wir uns gemeinsam über eine Verbesserung des Zugangs von Frauen zu den Hochschulen unterhalten können.

Gestatten Sie mir, Frau Kollegin Rupp, folgenden Hinweis: Dank des Vetorechts des Ministers hat der Vorgänger des jetzt im Amt befindlichen Ministers eine Frau auf einen Lehrstuhl an einer Münchner Hochschule gehoben, die ohne dieses Vetorecht einem Mann hätte weichen müssen. Also, es hat durchaus alles im Leben sein Gutes, gelegentlich auch ein Vetorecht.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Wir kritisieren an diesem Gesetzentwurf, dass er Flickwerk ist. Bitte betrachten Sie das Wort „Flickwerk“ nicht als negativ oder als Abkanzelung, sondern Sie haben sich bemüht, einen Gesetzentwurf auf der Grundlage des bestehenden Hochschulgesetzes vorzulegen. Wir meinen, dass es sinnvoller ist, ein völlig neues Hochschulgesetz

vorzulegen. Dieser Meinung hat sich die Bayerische Staatsregierung angeschlossen. Deswegen wird im Herbst ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der – und das ist uns ein wesentliches Anliegen – schlanker ist als das bisherige Gesetz, der kürzer ist als das bisherige, der griffiger ist als das bisherige und der zukunftsgeneigter ist als das bisherige Gesetz.

Sie haben zum Beispiel in Ihrem Gesetzentwurf im Artikel 91 b einige Ausführungen über die Juniorprofessur gemacht. Uns wundert es offen gestanden, dass Sie das an dieser Stelle tun, weil Ausführungen über die Juniorprofessur eigentlich in das Hochschullehrer- oder Hochschulpersonalgesetz gehören. Sie werden sich hoffentlich nicht wundern, wenn Sie von uns dann auch einen Entwurf eines neuen Hochschullehrer- oder Hochschulpersonalgesetzes finden.

Wir vermissen an Ihrem Gesetzentwurf, dass wir in Bayern hochschulrahmenrechtliche Vorschriften des Bundes umsetzen müssen. Es wird von uns auch ein Gesetzentwurf eingebracht werden, der dies beinhaltet.

Das heißt, wir werden Ihnen im Herbst einen Katalog präsentieren, der mit Sicherheit eine umfassende und zukunftsweisende Regelung unserer Hochschulangelegenheiten im Freistaat Bayern beinhalten wird. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Hochschulen mehr Autonomie erhalten. Wir werden den Hochschulrat neu gestalten. Wir werden uns natürlich auch über die Zusammenarbeit der Fachhochschulen und der Universitäten Gedanken machen, aber ein Promotionsrecht der Fachhochschulen werden Sie mit uns nicht erleben, meine Damen und Herren, und zwar allein schon deshalb nicht, weil uns am Fortbestand der Fachhochschulen gelegen ist. Mit einem Promotionsrecht für Fachhochschulen würden wir das Sterbeglöcklein für die bewährte Einrichtung der Fachhochschule einläuten.

Wir werden mit Sicherheit auch keine Zwangsmitgliedschaft der Studierenden in irgendwelchen Gremien einführen, denn das gehört nicht dem letzten und dem vorletzten Jahrhundert an, sondern es ist unmenschlich, jemanden zu zwingen, in einer Gemeinschaft Mitglied zu sein, die er nicht unbedingt fördern möchte.

(Ulrike Gote (GRÜNE): IHK! – Franz Schindler (SPD): Handwerkskammer!)

– Sie brauchen nicht aufzuzählen, wo es Pflichtmitgliedschaften gibt, meine Kollegen von der SPD. Das wissen wir auch. Wir wollen es nur den Studierenden ersparen. Wer selbst in den Sechziger- und Siebzigerjahren studiert hat, weiß, was wir unseren künftigen Studierenden ersparen wollen.

Kollegin Rupp hat eingangs bereits gesagt, dass ihre Fraktion den Gesetzentwurf zurückstellen will, bis wir im Herbst unseren eigenen Entwurf vorlegen. Das halte ich für ein gutes Aufeinanderzugehen. Ich wehre mich allerdings gegen die Vorstellung, dass wir den Gesetzentwurf nur ablehnen würden, weil er von der SPD kommt. Wir werden ihn in den Punkten ablehnen, in denen wir ihn als nicht geeignet ansehen und wo wir unseren für besser

halten. Ich freue mich auf eine angeregte Diskussion im Herbst.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächste hat Frau Kollegin Gote das Wort.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon immer geglaubt, dass unser Hochschulgesetz verbesserungswürdig ist, dass es aber so schlecht ist, dass wir jetzt ein ganz neues vorgelegt bekommen sollen, ist mir neu.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Das Bessere ist der Feind des Guten!)

Wir werden – egal ob es ein ganz neues Gesetz oder ein verbessertes Hochschulgesetz sein wird – alle Vorlagen im Ausschuss und in der weiteren Debatte an drei wichtigen Leitgedanken messen, die wir abprüfen werden. Erstens. Wir brauchen weltoffener Hochschulen und internationale Hochschulen, also mehr Internationalisierung. Damit meine ich nicht nur den Bologna-Prozess.

Zweitens brauchen wir Chancengerechtigkeit nicht nur in den Schulen, sondern auch in den Hochschulen. Damit meine ich nicht nur die Frauen, sondern auch den Hochschulzugang insgesamt für andere Gruppen, die bisher in unseren Hochschulen nicht zum Zuge kommen.

Drittens werden wir den Gesetzentwurf daran messen, ob mehr Autonomie und Demokratisierung kommen. Ich möchte diese beiden Begriffe – genauso wie die Kollegin Rupp es getan hat – auch nur gemeinsam verwenden. Wir werden den Entwurf daran messen, ob mehr Autonomie und Demokratisierung damit geregelt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor einem möchte ich ganz klar warnen, das ich von Ihnen immer wieder bei neuen Regelungen gehört habe. Wir dürfen mit dieser Neuregelung nicht einem Zeitgeist hinterher laufen, der da meint, nur mit einem neuen Label, mit angeblich neuen modernen Strukturen, die man von irgendwelchen anderen Systemen abkuppert und die für das Wissenschaftssystem nicht geeignet sind, tatsächlich etwas Neues oder Besseres schaffen zu können.

Der Gesetzentwurf, der heute in Erster Lesung vorgelegt wurde, enthält viele gute Ansätze; er mag Ihnen als Vorlage für das dienen, was von Ihnen dann im Herbst kommen wird. Was bisher an Ankündigungen von Ihnen kam – ich denke nur an die letzte Woche – war mager. Aber vielleicht haben Sie deshalb bisher noch keinen Gesetzentwurf vorgelegt, weil man ohne einen solchen Entwurf so schön jede Woche etwas Neues machen kann. Vorletzte Woche waren es die Meister. Die haben sich gefreut, dass sie in Zukunft leichter an die Hochschulen kommen können. Aber nichts dergleichen stimmt. Es war eine absolute Ente, die Sie da losgelassen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt weder eine Regelung, noch ein entsprechendes Konzept. Sie haben im letzten Halbsatz der Pressemeldung sogar wieder neue Hürden aufgebaut, und als ich da im Ministerium nachgefragt habe, hat man mir erklärt, man sei dafür doch gar nicht zuständig.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN – Margarete Bause (GRÜNE): Wer ist denn zuständig?)

– Das Kultusministerium sollte zuständig sein. Da müssen wir einmal den Herrn Schneider fragen.

Wir werden also im Detail diskutieren müssen, was genau Autonomie bedeutet, was am Ende das Ministerium regeln muss und was wir hier im Landtag regeln wollen. Das ist auch etwas, was bei Ihnen deutlich zu kurz kommt. Wenn wir von Zielvereinbarungen reden, dann möchten wir sie gern mit den Hochschulen aushandeln. Wir möchten sehr viel stärker den Landtag wieder in die wissenschaftspolitischen Debatten hereinholen, als es in Ihren Vorstellungen der Fall ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mehr Autonomie bedeutet – auch da stimme ich der Kollegin Rupp zu – mehr Organisationsautonomie für die Hochschulen. Ich kann mir durchaus auch Öffnungsklauseln vorstellen. Ich kann mir vorstellen, dass einzelne Institutionen unterschiedliche Kulturen haben und daher auch unterschiedliche Organisationsstrukturen für die einzelnen Institutionen sinnvoll sind. Ich hoffe, dass Sie das mit Ihrem Gesetzentwurf ermöglichen.

Eines ist klar: Eine Hochschulstrukturreform darf nicht dazu dienen, dieses System einer stärkeren Ökonomisierung zu unterwerfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Übertragbarkeit von Management-Strukturen großer Konzerne auf den „Betrieb Hochschule“ – wie Sie so gerne sagen, der aber keiner ist; Sie sprechen auch vom „Unternehmen Hochschule“ – passt nicht. Man kann in der Hochschule zwar viel unternehmen, aber ein Unternehmen ist die Hochschule damit noch lange nicht. Das passt nicht auf das System.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe es auch schon gesagt: Die Internationalisierung bedeutet mehr als den Bologna-Prozess. Ich wünsche mir tatsächlich weltoffene Lernorte. Wir müssen mehr Menschen von außerhalb unseres Landes einladen, bei uns zu studieren, denn das alles kann uns nur bereichern.

Bei der Chancengerechtigkeit geht es natürlich auch um die Frauen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Aber es geht mir hier auch um die Ermöglichung flexibler Karrieren, individueller Karrieren an den Hochschulen und quer über verschiedene Hochschulen. Auch der Wechsel von der Fachhochschule zur Universität muss möglich sein. Das alles muss sehr viel flexibler gestaltet werden, als es bisher

geschieht. Und natürlich gehört auch die Juniorprofessur dazu.

Ein letzter Satz: Ein Globalhaushalt darf kein Mittel zum Sparen sein. Das ist klar. Ich will ein Hochschulrecht, das klar festschreibt, wer die Verantwortung für die Finanzierung der Hochschulen hat. Das ist der Staat und niemand anderes. Deshalb werden wir weitere Sparrunden und auch Studiengebühren in Zukunft ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Damit ist die Aussprache beendet. Zu Wort hat sich noch Herr Staatsminister Goppel gemeldet.

Staatsminister Dr. Thomas Goppel (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich in aller Kürze zu diesem Gesetzentwurf aus den Reihen der SPD-Fraktion zu Wort melden, um deutlich zu machen, dass wir ein anderes Verständnis zu vielen einzelnen Positionen, wie sie in dem Entwurf angeführt sind, haben. Deshalb ist es gut, dass in die Beratungen, die wir im Herbst haben werden, auch eine Alternative einfließt, mit der man verdeutlichen kann, um was es uns im Einzelnen geht. Es gibt Dinge, die wir gemeinsam tragen; das ist keine Frage und versteht sich aus der Entwicklung der letzten Jahre. Dazu gehört selbstverständlich unter anderem auch die Beteiligung der beiden Geschlechter in den Gremien der Universität ohne Benachteiligung hier oder dort. Das werden wir genauso fortschreiben, wie es sich in den letzten Jahren entwickelt hat.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das wäre eine Katastrophe, wenn Sie das so fortschreiben!)

Wir werden Ihnen allerdings nicht auf dem Weg folgen, plötzlich eine lange Jahre von Ihnen bekämpfte Öffnung der Hochschulen in der Besetzung von Stellen nach dem Gesichtspunkt vorzunehmen, das Bundesverfassungsgericht habe uns ja gesagt, dass wir die letzten fünf Jahre damit auf dem völlig falschen Dampfer waren, Juniorprofessuren einführen zu wollen und die Habilitation abschaffen zu wollen. Und weil das Verfassungsgericht gesagt hat, so nicht, wir wollen auf jeden Fall bei der anderen Richtlinie bleiben, ihr dürft noch habilitieren, können wir gemeinsam diskutieren, ob wir bei der alten Personalstruktur bleiben wollen, die um die Juniorprofessur erweitert wird. Damit würde dann die ganze Bandbreite möglich sein. Wir behalten im Übrigen einen Teil der alten Personalstruktur bei, wenn es beispielsweise um die Oberassistenten geht, denn wir wollen nicht jeden, der schon 20 Jahre dort arbeitet, rausschmeißen. Das ist aber eine sehr differenziertere Sichtweise als das, was Sie jetzt so pauschal mit drei Schlagworten vortragen, indem Sie den Eindruck vermitteln, Sie hätten die Weisheit im Besonderen gefunden.

Eines will ich Ihnen auch noch sagen. Wir brauchten mit dem Gesetzentwurf so lange, weil wir wegen der zwei Gerichtsurteile in Karlsruhe über ein Jahr lang aufgehalten worden sind und weil es eine Bundesregierung gibt, die das Hochschulrahmengesetz nach wie vor unverändert

belässt. Wenn wir hier eine andere Vorgabe erhalten hätten, hätten wir den Entwurf längst vorlegen können. Ob Sie das Ministerium mögen oder nicht, ich halte mich an den Rechtsstaat und an seine Grundlagen. Ich muss an die geltenden Bestimmungen anknüpfen und kann nur auf dieser Grundlage etwas vorbereiten. Sie legen etwas mit freiem Blick in den Himmel vor; das ist zweifellos sehr nett und ich nehme das alles zur Kenntnis und bin bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren, aber Sie vagabundieren in Ihren Zielsetzungen und Vorschlägen und meinen, die CSU würde Ihnen darin folgen, egal wohin.

Nein, so nicht! Sie haben keine akzeptable Studienstrukturenreform vorgelegt, Übergangsvorschriften interessieren Sie nicht, die Neuordnung der Personalstruktur haben Sie in Ihr Gesetz überhaupt nicht aufgenommen. Und Sie wissen doch genau, dass Sie bei den Juniorprofessuren anfangen müssen. Sie haben höhere Kosten provoziert, was die Bürokratie angeht und meinen, man könnte damit rechnen, Bürokratie zu reduzieren, wenn man eine verfasste Studentenschaft einführt. Das Gegenteil ist der Fall. Sie erweitern sie immens; denn es wird am laufenden Band zu Abstimmungen kommen. Mich wollen Sie raus haben, aber intern wollen Sie alle möglichen Gremien auf allen Stufen diskutieren lassen. Nein, wenn die Hochschule effektiv sein soll, braucht es viele Arbeiter, aber nur wenige Entscheidungsgremien. Diese vielen Mitarbeiter werden wir gemeinsam organisieren.

Wenn Sie wollen, dass an den Hochschulen das getan wird, was Studenten und Professoren gut tut, müssen Sie den Hochschulen in den Bereichen, in denen sie über den Kernteil ihrer Aufgabe der Lehre und Forschung hinausgehen wollen, mehr Mittel zur Verfügung stellen. Diese Mittel hat der Freistaat nicht, und das wissen Sie alle. Die fehlenden 50 Milliarden, die Sie aufgrund der neuen Steuerschätzung heute zugeben müssen, haben nicht wir verfrühstückt.

Wenn das Geld nicht zur Verfügung steht, müssen wir es anderweitig beschaffen. Dafür gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine besteht darin, dass die Beteiligten ein Stück selbst finanzieren, wenn sie etwas zusätzlich wollen. Das kann nach der Diskussion und einer Entscheidung am Ort der Hochschule durch Professoren und Studenten erfolgen. Es gibt keine Studienbeiträge, wenn die Professorenschaft vorher nicht gesagt hat, wie sie die Lehre künftig verbessern möchte. Da müssen die Studierenden mittun. Anschließend wird der Beitrag erhoben. Wenn ein Student das nicht will, kann er an die Nachbarhochschule gehen, dort muss er vielleicht nichts bezahlen. Diese Freiheit werden wir haben. Sie bekommen die Freiheit, die Sie ständig einfordern, aber ich befürchte, diese Freiheit wird nicht so sein, wie Sie das meinen. Sie meinen nämlich eine Freiheit, bei der der Staat alles bezahlt, sich aber aus allen Fragen heraushält. Das kommt nicht in Frage. Wo der Staat zahlt, wird er nach wie vor sagen, wie die Grundsätze von Forschung und Lehre an der Hochschule auszusehen haben. Das wird auch notwendig sein. Dort, wo der Staat nicht zahlt, kann eine Hochschule festlegen, was sie gerne machen möchte. Wir werden 37 verschiedene Modelle bekommen.

Sie bekommen an der Fachhochschule kein Promotionsrecht, weil Sie den Professoren sonst die Zeit zum Lehren

nehmen. Sie wollen doch nur, dass wir die Zahl der Beschäftigten verdoppeln, weil wir – –

(Adelheid Rupp (SPD): Lesen Sie den Gesetzesentwurf!)

– Sie haben keine Personalstruktur vorgelegt, deshalb kann ich auch nichts lesen, Frau Kollegin Rupp. Was Sie nicht geschrieben haben, das kann ich auch nicht lesen. Was Sie geschrieben haben, ist allerdings auch nicht durchdacht. Es ist nicht durchdacht, passt weder zum alten Gesetz noch zur jetzigen Regelung. Deshalb ist es Unfug, und dabei bleibe ich auch. Ich will Ihnen ausdrücklich sagen: Dabei mache ich nicht mit.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die Professoren an den Fachhochschulen unterrichten derzeit 19 Stunden in der Woche. Wo sollen die Professoren dann noch Promotionen durchführen, das möchte ich gerne wissen? Sie möchten, dass die Zahl der Professoren verdoppelt wird, dass die Zeit, die ein Professor in der Lehre verbringt, halbiert wird. Dafür haben wir das Geld nicht. Deshalb sollen die Tüchtigen dort promovieren, wo die Promotion auch hingehört: an der Universität. Deshalb wird die Universität künftig auch für Handwerksmeister mit hoher Qualität geöffnet. Die Prüfung der Handwerksmeister und ihrer Qualität wird nicht im Wissenschaftsministerium festgelegt, das haben Sie offensichtlich noch nicht gemerkt. Bitte lesen Sie den Gesetzesentwurf, dort steht es ausdrücklich drin. Wenn also ein Handwerksmeister tüchtig ist und kommt, dann wird er selbstverständlich auch an der Universität akzeptiert. Im Übrigen wird er nach unserer Vorstellung von der Hochschule akzeptiert und nicht vom Staat. Die Hochschule entscheidet, wen sie aufnimmt.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

– Entschuldigen Sie, ich befasse mich mit Ihren Äußerungen, anschließend mit meinen Vorstellungen. Das pflege ich immer noch zu unterscheiden, ob Ihnen das passt oder nicht. Ihren Unfug nehme ich auseinander und setze eine durchdachte und vernünftige Lösung dagegen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und Ihr Unfug?)

– Ihren Unfug, Herr Dr. Dürr, nehme ich nicht auf. Die Ausgangsposition unserer Debatte waren die Berufungsverfahren, die ich in den letzten Jahren zurückgegeben habe. Inzwischen waren das drei in einem Jahr. Bei allen zurückgegebenen Verfahren bestand der Einspruch darin, dass Damen, die sich beworben hatten, auf der Liste nicht berücksichtigt wurden. Ich habe die Hochschulen deshalb um eine nachhaltige Begründung gebeten, um zu erläutern, warum sie die Damen nicht berücksichtigt haben. Die Hochschulen sollen bei den Damen nachhaltig vorgehen. Frau Rupp, mein Bestreben ist, dass die Grundsätze, die Sie formulieren, aus der Sicht des Ministeriums als Geldgeber, auch in die Tat umgesetzt werden und nicht im Geschwafel untergehen. In diesem Sinne werden wir im Herbst diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, Sie haben die Redezeit um zwei Minuten überschritten. „Leider“, möchte ich in Anführungszeichen sagen. Es hat sich noch einmal Frau Kollegin Rupp zu Wort gemeldet. Zwei Minuten, Frau Kollegin.

Adelheid Rupp (SPD): Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister, Herr Präsident! Zwei Minuten reichen. Ich erwarte, dass unser Gesetzentwurf für diese Debatte tatsächlich gründlich gelesen wird. Ihre Ausführungen zum Promotionsrecht an den Fachhochschulen haben mir gezeigt, Herr Minister, dass Sie es noch nicht getan haben. Ich denke, auf dieser Grundlage können wir keine vernünftige Beratung führen. Ich hoffe, Sie schaffen es bis zum Herbst, den Gesetzentwurf zu lesen, dann können wir gemeinsam schauen, was zu tun ist, um dann vielleicht auch einiges gemeinsam zu beschließen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Damit ist die Aussprache endgültig geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur als dem federführenden Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich dagegen Widerspruch?

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Gute Idee!)

– Gute Idee, danke Herr Kollege. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehe, kündige ich an, dass die CSU-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 4 – Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes – namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich möchte das schon einmal bekannt geben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes über die Bayerische Landesbank (Drs. 15/2200)
– Zweite Lesung –**

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 15/2200 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 15/3308 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmte bei seiner Endberatung ebenfalls zu, allerdings mit der Maßgabe, dass verschiedene Änderungen durchgeführt werden. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 15/3308.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parla-

mentsfragen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß Paragraph 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Das geht aber sehr langsam, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Gegenstimmen bitte ich, auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Damit ist das Gesetz einstimmig so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Bayerische Landesbank“.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Gesetzentwurf der Abg. Thomas Kreuzer, Siegfried Schneider, Manfred Ach u. a. (CSU)
zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drs. 15/2692)
– Zweite Lesung –**

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion vereinbart. Als erster Redner hat sich Herr Kollege Kreuzer gemeldet.

Thomas Kreuzer (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von maximal 15 Minuten vereinbart, weil es sich um einen relativ übersichtlichen Gesetzentwurf handelt, der aus einem Satz besteht. Deswegen habe ich auch nicht vor, die Redezeit auszuschöpfen. Wir haben das Anliegen in den Ausschüssen und auch in der Ersten Lesung ausführlich erörtert.

Bayern hat eine bunte, vielfältige Fachschullandschaft. Sie gibt jungen Menschen nach Abschluss einer Berufsausbildung die Gelegenheit, sich weiterzubilden und höhere Berufsabschlüsse anzustreben, um im Berufsleben bessere Chancen zu haben. Das wird mit Sicherheit in der heutigen Berufslandschaft immer wichtiger, denn wir müssen wissen, dass Weiterbildung, Fortbildung und Höherqualifikation im Berufsleben eine größere Rolle spielt als das beispielsweise noch vor 20 Jahren der Fall war, als man einmal einen Abschluss erworben hat, und der hat oft das ganze Leben ausgereicht. Künftig ist Weiterbildung, Fortbildung und Qualifikation wichtiger denn je.

Die Fachschulen werden von privaten Organisationen betrieben, vom Staat, aber auch von Kommunen. Die kommunalen Schulträger aber stehen in der Finanzierung am schlechtesten da. Ihnen ist es nicht möglich, Schulgeld zu erheben, im Gegensatz zu den privaten Trägern. Sie erhalten auch weniger Personalkostenzuschüsse vom Staat als die privaten Träger. Somit stellt sich in mancher Kommune, in mancher Stadt und in manchem Zweckverband die Frage: „Können wir diese Einrichtung, die von den jungen Menschen gut angenommen wird, weiter betreiben?“ Das gilt beispielsweise für die Techniker-

schule in Kempten für die ganze Region, für die Allgäuer. Die Schulträger stellen sich die Frage: „Können wir die Einrichtung weiter betreiben, können wir sie bei der Lage der kommunalen Haushalte weiter finanzieren?“. Diese Frage stellt sich an vielen Orten.

Wir sind daran interessiert, dass es diese Weiterbildungsmöglichkeit auch künftig gibt. Eine Lösungsmöglichkeit wäre die einfache Forderung, dass der Staat die notwendigen Zuschüsse erhöht oder die Schulen privatisiert. Wir alle wissen um die Lage der Staatsfinanzen, wir alle können uns ausmalen, dass sich die Lage nach der morgigen Steuerschätzung nicht besser, sondern schwieriger darstellen wird. In Zukunft wird es nicht leichter werden, etwas zu übernehmen. Wir gehen deshalb den anderen Weg: Wir ermöglichen den kommunalen Schulträgern, künftig Schulgeld zu erheben. Die Träger müssen es nicht tun. Wenn die finanzielle Situation besser ist, brauchen sie es nicht. Es ist nicht vorgeschrieben. Sie können es aber tun, und damit stellen wir eine Rechtslage her, die auch früher schon bestanden hat. Die Möglichkeit, Schulgeld zu erheben, ist nämlich erst vor etlichen Jahren abgeschafft worden.

(Karin Radermacher (SPD): Gott sei Dank!)

Früher war diese Möglichkeit also gegeben. Wir glauben, das ist im Interesse der Schülerinnen und Schüler. Ich habe auch mit Schülerinnen und Schülern an diesen Einrichtungen gesprochen. Natürlich wäre es den Schülerinnen und Schülern lieber, kein Schulgeld zahlen zu müssen. Sie zahlen aber lieber ein begrenztes Schulgeld, wenn sie dann weiter die Möglichkeit haben, die Ausbildung anzustreben.

Deswegen haben wir diesen Gesetzentwurf eingebracht. Wir glauben, dies ist der richtige Weg. Der Gesetzentwurf gibt Kommunen und Zweckverbänden die Möglichkeit, Schulgeld zu erheben, aber niemand zwingt sie dazu.

GRÜNE und SPD haben unser Vorhaben in den vorbereitenden Ausschüssen abgelehnt. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, fragen Sie die Oberbürgermeister und Landräte dort, wo Sie in der Verantwortung stehen, die das bezahlen müssen. Diese Leute denken anders darüber. Sie sind mit den kommunalen Spitzenverbänden, in denen an prominenter Stelle auch Ihre Mandatsträger vertreten sind, der Auffassung, dass man dieses Gesetz verabschieden soll. Es ist einfach ein Unterschied: In der Opposition kann man schöne Forderungen stellen und notwendige Gesetze ablehnen, aber wenn man als Oberbürgermeister in der Kommune selbst in der Verantwortung steht, muss man die Sache realistischer sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Sicherung unserer Schullandschaft bitte ich Sie, dem Gesetzentwurf unserer Fraktion zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächste hat das Wort Frau Kollegin Pranghofer. Bitte schön, Frau Kollegin.

Karin Pranghofer (SPD): Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Herr Kollege Kreuzer, ich glaube, Sie können den Gesetzentwurf den Kommunen noch so schmackhaft machen, es wird nichts nützen. Das, was Sie in dem Gesetzentwurf als Problem beschreiben, und das, was Sie als Lösungsansatz vorsehen, zeigt die eigentliche Intention, die Sie mit dem Gesetzentwurf verfolgen.

Ich will das verdeutlichen: Als Problem beschreiben Sie, dass bei den kommunalen Fachschulen in den letzten Jahren durch den Schulbetrieb Defizite entstanden sind, die durch die Kommunen nicht länger ausgeglichen werden können. Ich sage: Da haben Sie Recht. Als Problem beschreiben Sie weiter, dass es einer Verbesserung der Finanzbasis bedarf, um den längerfristigen Erhalt dieser Fachschulen zu gewährleisten. Auch da sage ich: Sie haben Recht. Nun kommt aber der entscheidende Satz in Ihrer Problembeschreibung, der heißt: „Da aus Haushaltsgründen eine Erhöhung der Zuschüsse nicht möglich ist, bedarf es einer anderen Regelung.“ Ihre Regelung lautet: Wir ermöglichen es den Kommunen, an ihren Fachschulen ein Schulgeld zu erheben.

Ich denke, diese Regelung ist entlarvend. Weil sie die Personalkostenzuschüsse an den kommunalen Fachschulen nicht finanzieren wollen, lassen Sie es zu, dass die Kommunen Schulgeld erheben. Ich bin der Auffassung, Sie gehen hier den falschen Weg; denn die Kommunen werden logischerweise den Strohalm ergreifen und Schulgeld verlangen. Zahlen werden es natürlich die Schülerinnen und Schüler bzw. die Eltern, die ihren Kindern eine Schulausbildung ermöglichen wollen. Ich denke, diesen Punkt sollten Sie berücksichtigen.

Heute haben Sie wie schon in der Ersten Lesung das Loblied der Fachschulen gesungen. Es ist richtig, dass die Fachschulen sehr wichtig sind. Die Schülerzahlen steigen – ich sage: Gott sei Dank –, was zeigt, dass sich junge Menschen weiterqualifizieren wollen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

An den Fachschulen befinden sich auch junge Menschen, die eine vertiefende Berufsausbildung machen wollen. Auch das ist ein sehr positives Signal. Deshalb ist es wichtig, dass die Fachschulen erhalten bleiben. Allerdings prophezeie ich Ihnen, wenn Sie das Schulgeld erheben lassen, kann das bildungspolitisch kontraproduktiv sein. Es kann nämlich sein, dass sich Schülerinnen und Schüler diese Fachschulen nicht mehr leisten können, weil sie – es wurden Beispielrechnungen durchgeführt – bis zu 1000 Euro Schulgeld im Jahr nicht bezahlen können. Wir wollen nicht, dass die Fachschulausbildung vom Geldbeutel der Eltern oder der Schüler abhängig ist. Deswegen rate ich Ihnen, vorsichtig zu sein mit der Erhebung von Schulgeld; denn es kann im bildungspolitischen Interesse kontraproduktiv sein.

Sie haben den Sachverhalt gerade so dargestellt, als könnten es sich die Kommunen frei aussuchen, ob sie ein Schulgeld erheben oder nicht. Sie müssen kein Schulgeld erheben, aber sie können es. Ich muss Sie allerdings fragen: Welches Regionalverständnis haben Sie denn? Welche Regionalpolitik betreiben Sie? – Soll denn eine

Kommune, die es sich leisten kann, die Schüler in den Genuss einer kostenlosen Ausbildung bringen, während eine Kommune in Oberfranken, die kein Geld in der Tasche hat, ihren Schülerinnen und Schülern ein Schulgeld aufbrummen muss? – Ihr Bildungsverständnis in der Schulpolitik ist schon sehr zweifelhaft.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem muss ich Ihnen sagen, die vorgesehene Ausstattung der kommunalen Fachschulen ist nicht gottgewollt. Sie wissen selbst, die Fachschulen sind überwiegend in kommunaler und privater Hand. Das bedeutet, die Kommunen haben Aufgaben übernommen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Vertretung der Kommunen hat zwar erklärt, sie sei bereit, den Strohalm zu nehmen, wenn die CSU den Kommunen nicht mehr gibt. Der Bayerische Städtetag hat aber am 17. Februar 2005 eine Stellungnahme abgegeben, in der es heißt: „Nicht zuletzt mit Blick auf die Vorgeschichte der gesetzlichen Regelung läge es nahe, dass der Freistaat Bayern den Erhalt des kommunalen Fachschulwesens nicht allein durch das Instrument des Schulgeldes zu sichern versucht, sondern mit einem eigenen Beitrag in Form einer Anhebung der Lehrpersonalkostenzuschüsse konstruktiv begleitet.“

Es ist also nicht so, dass die Kommunen Ihnen dankbar dafür sind, dass sie jetzt Schulgeld erheben dürfen. Sie weisen sehr wohl darauf hin, dass der Staat Verantwortung trägt und Lehrpersonalkostenzuschüsse bezahlen sollte. Genau das wäre ein Lösungsansatz. Wenn Sie die Lehrpersonalkostenzuschüsse in der von uns immer wieder geforderten Höhe bezahlen würden, dann wäre es nicht notwendig, an den kommunalen Fachschulen Schulgeld zu erheben.

Ein Wort zu dem Einwand, der im Ausschuss gebracht wurde, dass es sich hier um eine Zweitausbildung handle. Die Fachschülerinnen und Fachschüler haben in der Regel bereits eine berufliche Ausbildung absolviert. Das heißt, es wäre eine Weiterqualifizierung. Dazu muss ich sagen, wir sollten genau hinsehen und nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Niemand käme auf die Idee, von einem Gymnasiasten, der eine Berufsausbildung absolviert hat und dann studiert, ein Schulgeld zu verlangen. Gut, Sie führen jetzt die Studiengebühren ein, aber bisher ist das nicht so geregelt. Ich denke, auch bei den Fachschulen gibt es keinen Grund, Schulgeld zu verlangen und den Schülerinnen und Schülern Nachteile zu verschaffen.

Wir meinen, dieser Gesetzentwurf passt zu der von Ihnen eingeschlagenen Richtung. Es geht weiter in Richtung der Privatisierung von Bildung, die immer abhängiger wird vom Geldbeutel der Eltern bzw. der Schülerinnen und Schüler. Das fängt an beim Büchergeld und geht weiter mit den Studiengebühren. Auch der vorliegende Gesetzentwurf ist ein Schritt in diese Richtung.

Wir verstehen die Kommunen, wenn sie den Strohalm ergreifen, weil sie von Ihnen nicht mehr bekommen, aber wir werden den Gesetzentwurf trotzdem ablehnen, weil es

hier um eine grundsätzlich falsche Weichenstellung für die kommunalen Fachschulen geht.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich habe an die Verwaltung die Bitte, noch einmal bekannt zu geben, dass gleich die namentliche Abstimmung stattfinden wird. Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Tolle das Wort.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kreuzer, wir hatten schon während der Ersten Lesung gemeinsam festgestellt, dass Defizite entstanden sind, die die Kommunen nicht länger ausgleichen können. Jetzt scheiden sich unsere Wege wieder, weil wir einen unterschiedlichen Blick haben. Der Blick meiner Fraktion ist nachhaltig positiv und kümmert sich um die Folgen. Der Blick der CSU-Fraktion reicht über die bloßen Haushaltszahlen nicht hinaus. Hauptsache, es wird gespart; was in späteren Haushalten oder welche anderen Folgen auf Sie zukommen, scheint Ihnen egal zu sein. Die einzig richtige Schlussfolgerung, Herr Kollege Kreuzer, ist die Erhöhung der Personalkostenzuschüsse.

(Thomas Kreuzer (CSU): Auf Pump!)

Wir können aber schon froh sein, wenn die CSU die Zuschüsse nicht senkt.

Ich glaube, Sie machen mit diesem Gesetzentwurf eines: Sie schieben den schwarzen Peter den Kommunen zu. Das Schulgeld dient erstens nicht zur Verbesserung der Ausbildungsqualität, sondern es fließt in die Kassen der Kommunen. Zum Zweiten wird das Schulgeld zu Schließungen und Konzentration führen und damit das Angebot verringert. Zum dritten Punkt möchte ich Ihr Wort aufgreifen, Herr Kollege, wonach die Fachschulen gestärkt werden sollen, und Minister Schneider will die Hauptschulen stärken. Diese Fachschulen besuchen sehr häufig Hauptschüler. Herr Kollege Kreuzer, auch wir haben mit den betroffenen Schülerinnen und Schülern gesprochen. Ich habe Ihnen bei der Ersten Lesung schon gesagt, als Sie meinten, Sie könnten sich das nicht mehr leisten, dass dadurch die Hauptschule geschwächt werde und vielen jungen, hoch motivierten Menschen die Chance auf Weiterbildung und damit auf ein besseres Leben genommen werde. Deshalb – das ist unser Weitblick – lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Gibt es noch eine Wortmeldung? – Das ist nicht der Fall. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 15/2692 und die Beschlussempfehlung mit dem Bericht des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport auf der Drucksache 15/3309 zugrunde.

Der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung ebenfalls zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 2 als Datum des Inkrafttretens den „1. August 2005“ einzufügen. Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. So beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Den Modus der namentlichen Abstimmung kennen Sie. Die Urnen stehen an den üblichen Plätzen. Ich bitte abzustimmen. Ich gebe vier Minuten Zeit für die namentliche Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 17.54 bis 17.58 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frist ist abgelaufen. Ich schließe den Abstimmungsvorgang. Die Auszählung erfolgt außerhalb des Saales, das Ergebnis wird später bekannt gegeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihre Freude verstehen, dass Sie sich anlässlich der namentlichen Abstimmung wieder einmal treffen. Es wäre schön, wenn der Saal immer so voll wäre.

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, sich zu setzen oder die Gespräche draußen fortzuführen. Bitte ersparen Sie mir doch, die Namen einzeln aufzurufen. – Herr Welhofer!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Abstimmung über Anträge etc. die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Über die Listennummern 11, 14, 15 und 20 soll gesondert abgestimmt werden, da hierzu keine Voten der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorliegen. Ich lasse deshalb zunächst über die Listennummer 11 abstimmen. Es handelt sich um den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Europäische Wasserrahmenrichtlinie als Chance nutzen (Drucksache 15/2766).

Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung. Wer dagegen dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthal-

tungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Listennummer 14. Es handelt sich hier um den Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Waschler, Prof. Dr. Eykmann, Kiesel und anderer (CSU) betreffend „Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung für das Ehrenamt“, Drucksache 15/2773. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt auf Drucksache 15/3265 die unveränderte Annahme. Ich schlage noch vor, das vorgesehene, bereits abgelaufene Berichtsdatum „01.05.2005“ durch „01.07.2005“ zu ersetzen.

Erlauben Sie mir die Anmerkung, dass es sich hier um einen Antrag zum Bürokratieabbau und zur Verwaltungsvereinfachung handelt, also zur Verwaltungsbeschleunigung. Allerdings ist die Berichtsfrist bereits abgelaufen, und wir schlagen eine neue vor. Das bringt mich zum Nachdenken, und ich bitte, dies an die Verwaltung weiterzugeben.

Wer dem Antrag mit dieser Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich lasse über die Listennummer 15 abstimmen. Das ist der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Biedefeld, Herbert Müller und anderer und Fraktion (SPD) betreffend „Korrekturen bei der Bestandsaufnahme zur Wasserrahmenrichtlinie – Bayern muss Chancen im europäischen Gewässerschutz nutzen“, Drucksache 15/2808. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt auf Drucksache 15/3166 die Ablehnung. Wer dagegen dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der CSU-Fraktion gegen die Stimmen der beiden anderen Fraktionen abgelehnt.

Nun kommen wir noch zur Abstimmung über die Listennummer 20. Es handelt sich hier um den Antrag der Abgeordneten Dr. Spaenle, Pschierer (CSU) betreffend „Themenkomplex ‚Naturheilverfahren‘ an bayerischen Universitäten“, Drucksache 15/2985. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt auf Drucksache 15/3268 die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diesem Antrag einstimmig zugestimmt worden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zur Verfassungsstreitigkeit und zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

(siehe Anlage 2)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Antrag der Abgeordneten

Joachim Herrmann, Bernd Sibler, Melanie Beck u. a. u. Frakt. (CSU)

Franz Maget, Dr. Linus Förster, Marianne Schieder u. a. u. Frakt. (SPD)

Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag

„Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ (Drs. 15/3259)

und

Festlegung von Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz der Enquete-Kommission

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Kollege Sibler das Wort.

Bernd Sibler (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! „Junge Leute sind nicht mehr neugierig“. Mit dieser These wurde ich gestern bei einer bildungspolitischen Diskussion konfrontiert. Stimmt das auch? – Ist es so, dass junge Menschen einer ihrer natürlichsten Neigungen, nämlich der Neugier, nicht mehr nachkommen? Oder ist das vielmehr Klischee, Abziehbild von Erwartungen, die wir mit unserer eigenen Erfahrung, geprägt von Lebensalter, Herkunft, Geschlecht, Religion und Arbeitsumfeld an junge Menschen herantragen? Sind junge Menschen vermehrt nur noch daran interessiert, was denn ihr Tun bringt, sei es in Euro und Cent, sei es an Fertigkeiten und Fähigkeiten? Unterliegt die kommende Generation immer mehr einem gnadenlosen Utilitarismus? Haben Jugendliche im Schiller-Jahr ihren Idealismus verloren oder handeln sie doch wertorientiert, vielleicht sogar mehr und akzentuierter, als es früher der Fall war? – Diesen und vielen anderen Fragen wollen wir uns als Bayerischer Landtag in Form der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ nachgehen. Wir haben es also geschafft.

(Fortgesetzte Unruhe – Ulrike Gote (GRÜNE): Das Thema scheint Sie ja sehr zu interessieren! – Glocke der Präsidentin)

Der gemeinsame Fragenkatalog aller im Landtag vertretenen Parteien zur Einrichtung einer Enquete-Kommission ist auf den Weg gebracht.

(Glocke der Präsidentin)

Auf Initiative des Bayerischen Jugendringes vor knapp einem Jahr haben sich die Fraktionen zusammengesetzt und den Katalog gemeinsam erarbeitet. Dieses Vorgehen ist sicher auch ein positives Signal an die Jugendlichen, die sehen, dass Parteien auch in Sachfragen sehr gut zusammenarbeiten können. Wir haben auf diesen Fragenkatalog bereits positive Rückmeldungen aus den Jugendverbänden und den Jugendringen bekommen. Der Fragenkatalog wird insgesamt als umfassend und gut beurteilt. Er stellt eine gute Basis dar, um die Lebenswelt der

Jugendlichen entsprechend zu erfassen, abzubilden und natürlich auch um daraus Schlüsse ziehen zu können.

Zur Zielsetzung: Wir möchten gesicherte Grundlagen – –

(Glocke der Präsidentin)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Sibler, bitte einen Augenblick. – Ich denke, es sollte doch eine besondere Stunde des Landtages sein, was den jetzigen Tagesordnungspunkt anbelangt.

(Dr. Ludwig Spaenle: Das richtet sich an alle Jugendlichen unter uns!)

Ja, wir wollen doch alle jung sein! – Bitte schön, Herr Kollege.

Bernd Sibler (CSU): Wir möchten also eine gesicherte Grundlage für die Jugendpolitik in Bayern erarbeiten. Sicher werden wir auch das Problem der Kürzungen besprechen müssen, die der Bayerische Jugendring Gott sei Dank schon sehr gut umgesetzt hat. Aus Sicht der Mehrheitsfraktion waren diese Kürzungen leider unumgänglich. Die erhobenen Antworten sollen natürlich auch als Grundlage für die Fortschreibung eines weiteren Jugendprogramms der Staatsregierung dienen, das nach der Enquete-Kommission, vielleicht auch erst in der nächsten Legislaturperiode kommen muss.

Zu den Inhalten: Wir möchten dezidiert keine eigene neue Datensammlung erstellen, aber eine Zusammenführung des bestehenden Materials schaffen. Bestehendes Material gibt es nun wirklich in rauen Mengen. Ich bin sehr froh, dass sich auch ausgewiesene Experten aus den Jugendringen, den staatlichen wie kommunalen Jugendämtern, Mitarbeiter aus dem Jugendinstitut und der Jugendforschung zusammengefunden haben. Wir haben gewesene und aktive Vorsitzende von Kreis- und Bezirksjugendringen dabei, über alle Fraktionen hinweg natürlich Vertreter politischer Jugendorganisationen und viele, die noch immer einen regen Kontakt zur Jugendszene haben. Ich denke, das ist eine ausgezeichnete Grundlage für die gemeinsame Arbeit. Möglichst alle Lebensbereiche junger Menschen in Bayern sollen abgebildet werden. Dies beginnt bei den Werten und der Selbstwahrnehmung, beinhaltet die Freizeit, Schule, Ausbildung und Beruf und geht hin zur Medien- und Kulturarbeit mit all ihren Facetten. Es stellen sich Fragen zur Jugendgesundheit, die sicherlich auch mit Jugendstilen und Jugendkulturen zusammenhängen. Erarbeitet werden sollen auch Fragen zur Jugendkriminalität, zu geschlechtsspezifischen Entwicklungen; Untersuchungen zum Sexualverhalten sollen einbezogen sowie vermeintliche Randgruppen betrachtet werden.

Insgesamt ist das in der Tat ein breiter, ein möglichst ganzheitlicher Ansatz. Besonders spannend werden für mich die Fragen der Medienrezeption sein. Nachdem Jugendliche inzwischen mehr Zeit im Internet und vor dem Computer als vor dem Fernseher verbringen, ergeben sich hier sicherlich auch Konsequenzen für die Medienpädagogik und den schulischen Unterricht. Natürlich muss hier auch die Beeinflussung der Lebenswelt durch die Medien in

den Fokus genommen werden. Hier wird sehr schnell deutlich, dass formelle Bildungsprozesse in der Schule und die informellen in der Clique oder in der Freizeit oder im Verein immer zusammenwirken müssen und dass hier vielleicht Synergien erzielt werden können. Auch die Frage nach den Rollen der Jugendlichen als Buben und Mädchen werden ein breites Feld einnehmen. Die Pisa-Studie hat deutlich gemacht, dass sich das Leseverhalten, aber auch die Nutzung von Computern zwischen den Geschlechtern zum Teil deutlich unterscheiden. Dies genauer zu erarbeiten und zu erforschen wird unsere Aufgabe sein. Hat sich die Emanzipation durchgesetzt?

(Simone Tolle (GRÜNE): Nein!)

Haben junge Menschen bei den Ausbildungsplätzen nachgezogen? Wie steht es um Mädchen und Naturwissenschaften? Sind die Buben mittlerweile die verlorene Generation geworden Frau Tolle? Auch diese Frage ist sicherlich ganz spannend zu betrachten. Sind die Buben die Verlierer an den Schulen? – Interessant ist ebenso die Frage nach dem unterschiedlichen Umgang mit Konflikten: Sind Buben gewalttätiger? Haben die Mädchen aufgeholt? Lösen Buben ihre Konflikte eher mit Gewalt, während Mädchen diese eher mit sich ausmachen und sich nach innen kehren und deswegen vielleicht Probleme mit der Ernährung bekommen? – Bulimie, Fettleibigkeit etc. Hier gibt es wohl erhebliche Differenzen zwischen den Geschlechtern. Aber passen denn diese Erwartungen, die wir alle mit unseren Bildern von jungen Menschen in dieses Hohe Haus transportieren? Heute haben wir ja schon gehört, dass Kinder in ihren Familien glücklich sind, dass sie auch in der Schule glücklich sind. Ich glaube, viele in diesem Haus hätten eher eine andere Antwort erwartet. Die Kommentierung in den Medien macht das auch deutlich.

Wir werden mit der Enquete-Kommission sicherlich auch einen Schritt zur Evaluation dieser Fragen beitragen können. Ich freue mich auf die Arbeit, die vor uns liegt. Der Landtag macht damit deutlich, dass ihm die Lebenslagen junger Menschen in Bayern am Herzen liegen. Wir beginnen mit einer gemeinsamen Initiative, mit einem interfraktionellen Antrag auf Einrichtung der Enquete-Kommission. Ich bin schon gespannt, ob wir auch einen gemeinsamen Abschlussbericht gestalten können. Versuchen wollen wir es auf alle Fälle. Wir brauchen Eltern, die ihre Kinder zur Wissbegierde erziehen, hat unser Bundespräsident Horst Köhler erst vor kurzem gesagt. In diesem Spannungsfeld natürliche Neugierde – Erziehung zur Wissbegierde – Eigenaktivität und das Setzen von Anregungen werden wir uns auch sicherlich in der Enquete-Kommission bewegen. Ich bin überzeugt, dass wir spannende Antworten, aber vielleicht auch wieder neue Fragen finden werden. Ich darf das Hohe Haus um Zustimmung bitten.

(Allgemeiner Beifall)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Sibler. Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Dr. Förster das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Linus Förster (SPD): Frau Präsidentin, liebe Berufsjugendliche, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jung sein in Bayern – welch träumerischer Titel für unsere Jugend-Enquete, der mich einige Jahre zurück versetzt und mich an eine Zeit denken lässt, als ich noch ein junger aufstrebender Nachwuchswissenschaftler an der Universität Augsburg war.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Damit ist es jetzt vorbei!)

– Ja, das ist leider vorbei.

(Wolfgang Hoderlein (SPD): Was war denn sonst noch?)

– Nimm mir nicht meine Redezeit! – Ich habe damals im Superwahljahr 1994 an einer Publikation zum Thema „Jugend und politische Kultur“ mitarbeiten dürfen. Wir haben damals einen wunderbaren Einstieg gewählt mit einem Zitat, das viele von Ihnen gut, wahrscheinlich zu gut kennen und das bei solchen Reden immer wieder passt:

Die Jugend liebt heutzutage den Luxus. Sie hat schlechte Manieren, verachtet die Autorität, hat keinen Respekt vor älteren Leuten und schwätzt, wo sie arbeiten sollte.

(Zurufe von der CSU)

– Genau, das ist über 2000 Jahre alt. Die Aussage „schwätzt, wo sie arbeiten sollte“ passt zum Geräuschpegel hier im Plenum. Dieses Zitat stammt von Sokrates, 400 Jahre vor Christi Geburt. Es ist ein wunderbares Beispiel einer Negativdefinition von Jugend, einer Definition mit einer langen Tradition.

Zu einfach und lapidar ist auch die Feststellung: Die Jugend ist die Zukunft. Das ist eine positive Formulierung. Man kann die Auflehnung und Rebellion der Jugend als Prozess einer für die Entwicklung der jungen Menschen notwendigen Veränderung sehen. Eine These bleibt auf jeden Fall festzuhalten: Jugendliche sind anders als der Rest der Gesellschaft. Das bemerken wir jeden Tag, wenn wir offene Augen und Ohren haben. Sie kleiden sich anders, sie „labern, hey Alter, voll krass ihr cooles Gequatsche“, und ihre musikalischen Hörgewohnheiten verstoßen oft gegen den Mainstream der sonstigen Kultur. Sind sie aber wirklich so anders? – Ist die Generation von Melanie Huml oder von mir oder des Kollegen Herrmann wirklich so anders als diese Jugendlichen? Sind diese Jugendlichen so anders als wir? – Das ist die Frage, die wir uns auch bei der Arbeit der Jugend-Enquete stellen müssen. Das Anderssein der Jugend ist ein ganz natürlicher Vorgang in der Entwicklung der jungen Menschen. Der junge Mensch schätzt seine Unabhängigkeit, sein Charakter und Individualismus reifen heran, und er hinterfragt die bestehenden Verhaltensmuster und die Normen und Werte, die ihm die Gesellschaft vorgibt.

Gleichzeitig versucht die Gesellschaft, auf den Jugendlichen einzuwirken und ihn in unser System einzubinden. Die Gesellschaft versucht, ihre Ideale überzeugend an den Jugendlichen zu bringen. Hier müssen unweigerlich Kon-

flikte auftreten, die in Form einer politischen Streitkultur gelöst werden müssen. Es ist eine schwierige Zeit für den jungen Menschen, wenn er sich in einer komplexen Erwachsenenwelt zurechtfinden muss, darin seine eigene Identität finden muss. Seine Identitätsfindung wird beeinflusst durch private Veränderungen, durch Familien- und Haushaltsgründung, durch berufliche Veränderungen und auch beeinflusst – wenn ich einige Schlagworte bemühen darf – durch die Globalität der Lebenswelten, der Veränderung der Familienstrukturen, Ökonomisierung und Globalisierung.

Mit dieser Beschreibung der Jugendphase habe ich schon ein wenig dem Fragenkatalog der Enquete-Kommission vorgegriffen. Ich spreche damit schon von Aspekten, die wir noch untersuchen und beleuchten müssen, wenn wir uns mit der Lebenswelt von Jugendlichen in Bayern auseinander setzen wollen. Was ist die Lebenswelt der Jugendlichen, was ist die Jugend? – Jugend ist für die Mehrheit der Bevölkerung ein suspekter, nicht klar fassbarer Zeitraum; denn die Mehrheit der Bevölkerung ist nicht die Jugend. Im Jahr 2000 waren gut 20 % der Bevölkerung unter 21 Jahre und 23 % der Bevölkerung über 60 Jahre alt. Nun könnten Sie sagen, das sei ein gutes Verhältnis, wenn man bedenkt, dass Jugend rechtlich bis zum 27. Lebensjahr reicht und sich viele Mitbürger bis in ihre Vierziger- und Fünfzigerjahre hinein als Jugendliche fühlen, so wie ich mich zum Beispiel als jugendpolitischer Sprecher, als der Berufsjugendliche unserer Fraktion fühle. Betrachtet man aber den Grad der politischen Repräsentation, ergibt sich eine andere Situation. 2,1 Millionen Wahlberechtigten unter 21 Jahren stehen 32 Millionen Wähler in oder kurz vor dem Rentenalter gegenüber. Ich will jetzt nicht darüber diskutieren, wann man das richtige Alter erreicht hat, um reif für Wahlen zu sein. Die bestehende Situation hat aber wenig mit Repräsentanz zu tun; wir werden uns irgendwann einmal darüber unterhalten müssen, wie es mit der Senkung des Wahlalters aussieht.

Heutiges Thema ist die Jugend-Enquete, und dahin will ich zurückkehren. Die Jugend-Enquete-Kommission steht unter dem guten Vorzeichen, dass wir sie ernst nehmen und dass sie wichtig ist. Wie gerechtfertigt eine Jugend-Enquete-Kommission ist, zeigt die Tatsache, dass wir, Bernd Sibler, ich und Thomas Mütze von den GRÜNEN, uns im Vorfeld in Abstimmung mit dem Bayerischen Jugendring und in Absprache mit vielen Unterstützern aus unseren Fraktionen einen Fragenkatalog erarbeitet haben, von dem wir schon gesprochen haben. Ich freue mich darüber, dass wir, wie ich hoffe, vor dem gemeinsamen Entschluss stehen, eine Enquete-Kommission einzusetzen. Ich danke den beiden Kollegen dafür, dass wir im Vorfeld schon so gut zusammengearbeitet haben. Ich hoffe, dass wir mit den anderen Kollegen, die in der Enquete-Kommission zu uns stoßen werden, diese gute Zusammenarbeit fortführen können.

Da Sie alle ehemalige Jugendliche sind, kennen Sie gewiss auch die Shell-Studie. Sie beschäftigt sich in regelmäßigen Abständen mit der Haltung und den Wertvorstellungen Jugendlicher und jugendlicher Erwachsener. Die letzte – inzwischen 14. – Shell-Studie zeigt ein meiner Meinung nach erschreckendes Bild von der jungen Generation. Sie attestiert, dass man dieser Generation

nicht mehr den unbekümmerten Optimismus vergangener Jugendgenerationen zuschreiben kann, sondern dass die Mehrheit der befragten Jugendlichen vielmehr nüchtern und illusionslos erkannt hat, welche Herausforderungen in der modernen, globalisierten Gesellschaft auf sie zukommen. Zukunftszentriertheit und eine klare Lebensplanung gehen nicht mehr wie früher mit Sorgenfreiheit einher, sondern mit biografischen Anstrengungen. Nicht Politik, sondern Wirtschaft, nicht Ideologie, sondern Leistung bestimmen demnach die Denkwelt der Jugendlichen. Da die Umfrage unter Kindern zeigt, dass zumindest die Kinder optimistisch sind, kann man auf zukünftige Zeiten hoffen. Die Shell-Studie des Jahres 2003 aber ergibt eine veränderte Denkwelt. Sie zeigt ein jugendliches Denken, das vielleicht in den Augen der FDP, der „Wirtschaftswoche“ und auch von Vertretern eines bestimmten Trends positiv sein mag.

Eine andere repräsentative Studie des Jahres 2003 des Mannheimer Instituts SIGMA – „Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartsforschung Mannheim“ – lässt aber aufhorchen. Mit dem ökonomischen Denken dieser Jugend beginnt auch das Denken in Kategorien eines großen Verteilungskampfes. Dabei spielen die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen eine wichtige Rolle. Gut vorbereitet fühlen sich diejenigen, die über gute Voraussetzungen verfügen, das heißt über entsprechende Bildung oder die Möglichkeiten, sich diese anzueignen, oder jene, die von den Eltern eine gute finanzielle Unterstützung, zum Beispiel beim Studium haben. Eine pessimistische Einstellung finden wir umgekehrt bei denjenigen, die schlechte Startbedingungen haben. Das sind zwar in Bayern nicht so viele, aber das ist eine steigende Anzahl, vor allem in Randgruppen, speziell unter ausländischen weiblichen Jugendlichen und bei vielen Aussiedlerjugendlichen. Es wird die Aufgabe der Enquete-Kommission sein, Aspekte des Stadt-Land-Gefälles, des familiären Backgrounds und des Bildungsgefälles zu untersuchen. Weil die Jugendlichen von der Gesellschaft und den Medien auf Wettbewerb eingestimmt werden, führen sie Wettkampf auch untereinander.

Das Bewusstsein des Wettbewerbs bestimmt auch das Verhältnis zwischen den Generationen.

So warnte beispielsweise ein zwar umstrittener Sonderbericht der Deutschen Bundesbank die Politiker schon vor ein paar Jahren eindringlich davor, dass die Verteilungskonflikte zunehmen werden. Einer der führenden Ökonomen der USA, der Amerikaner Lester Thurow, sagt – weil das so radikal ist, möchte ich ganz klar betonen, dass dies ein Zitat ist und die Aussage nicht von mir stammt –: In den kommenden Jahren wird man den Klassenkampf neu definieren – nicht mehr Arm gegen Reich, sondern Jung gegen Alt. Die Rentner, heißt es, beanspruchten ein so großes Stück vom Kuchen der staatlichen Sozialausgaben, dass sie dadurch anderen Altersgruppen, vor allem den Kindern und den jungen Familien bitter nötige Ressourcen vorenthielten.

Dieser Vorwurf wurde beispielsweise auch vor vier Jahren vom BDJK, dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend in einem jugendpolitischen Manifest erhoben. In ihm forderten sie für die Zukunft vor allem auch ein

Umverteilen von den Alten hin zu den Familien und zu den Kindern.

Bei Zukunft geht es auch um ein klares Investitionsprogramm. Wenn der Staat an seinen jungen Leuten spart, wenn er nicht in deren Ausbildung und wirtschaftliche Kraft investiert, dann riskiert der Staat, dass ein vernachlässigter, kränkterer oder schlecht ausgebildeter Nachwuchs die Stellung des Landes auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und politischem Gebiet verspielt.

(Beifall der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Aber keine Angst, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde hier keinen parteiideologischen Streit beginnen – das können wir vielleicht später gestützt auf die Fakten der Jugendenquête tun. Vielleicht sind wir uns aber, wie es Bernd Sibler schon ausgedrückt hat, im gemeinsamen Abschlussbericht so einig, dass wir gemeinsam die richtigen Konsequenzen für unsere Politik ziehen; denn es ist Aufgabe, Konsequenzen aus den Ergebnissen zu ziehen, die wir erarbeiten wollen. Ich unterstelle nämlich jedem, der in diesem Hohen Hause seinen Dienst tut, dass er das aus Überzeugung und zum Wohle der Menschen tut, die uns gewählt haben, und auch für diejenigen, die uns nicht gewählt haben.

Ich habe soeben „wählen“ gesagt. Damit bin ich bei einem weiteren hochaktuellen Thema in Verbindung mit der Jugend: Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung. Es geht um die Frage: Kommt das, was den jungen Menschen auf den Nägeln brennt, in unserer Politik im Bayerischen Landtag überhaupt vor? Die Entwicklung der Jugendstudien über die Jahre hinweg hat gezeigt, dass die Jugend immer unpolitischer zu werden scheint, dass sie weniger Lust und Interesse hat, an den politischen Prozessen etc. zu partizipieren. Die Shell-Studie belegt dies mit der Erkenntnis der jungen Menschen, nichts verändern zu können, nicht entsprechend beeinflussen und gestalten zu können. Angesichts der erdrückenden Zahl von 23 Millionen Alterslobbyisten gegen lächerliche 2,1 Millionen Jungwähler hat die Jugend wenige Ausichten, auf dem politisch staatstragenden Weg ihre eigene Position zu verbessern. Man partizipiert nicht an seinem politischen Staat, und wenn man nicht dazu gezwungen ist, auch nicht an seinem sozialen System. Solch ein System aber braucht die Unterstützung der Jugend, sonst stirbt es langsam von innen heraus aus.

Was tun, wenn die Jungen nicht die Werte der Alten, die Werte der Mehrheit der Gesellschaft teilen? Man kann auf das verweisen, was man in Psychologie über Sozialisation und Prägung gelernt hat. Ich merke an: Die Generation und die Nachfolgenden, von denen wir sprechen, sind die Kinder und Enkel derer, die angesichts der Bedrohung ihrer Renten mangelnde Solidarität durch die Jugend beklagen; irgendwo müsse die Jugend ja auch ihre Werte haben. Ich meine, dass es dann gar nicht so unlogisch klingt, dass eine Eltern- oder Großelterngeneration – lassen Sie mich das einmal ganz bewusst etwas überzeichnen –, deren leuchtendes Vorbild in der Vermehrung und Anhäufung von Kapital lag, die aufgrund von Wohlstandsschaffung kaum Zeit hatte, mit ihren Kindern über

alternative Werte zu diskutieren, dass sich eine solche Generation von Alten auch nicht wundern darf, wenn soziale Kompetenzen und Bedürfnisse nur rudimentär oder gar nicht vorhanden sind.

Ich sage das deutlich; denn ich glaube: Wir brauchen einen neuen Generationenvertrag, vielleicht einen neuen Gesellschaftsvertrag, eine neue gesellschaftliche Vereinbarung, die nicht mit ökonomischen Zahlen beginnt, wer wie viel an wen zahlt, sondern die mit der Frage beginnt, wie viele Prinzipien man aufzugeben bereit ist, wie viel Mitsprache man einzuräumen bereit ist.

Die Reformierung einer umfassenden Jugendpolitik im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe geht aber nicht von heute auf morgen. Trotzdem wäre jeder Zeitpunkt der richtige, um damit zu beginnen. Ich hoffe, wir beginnen heute damit. Hans Bertram, der ehemalige Direktor des Deutschen Jugendinstitutes, schrieb 1991 den Parteien ins Stammbuch: Man muss zunächst die These formulieren, dass Wähler, seien sie nun jung oder alt, sich kaum mit Parteien identifizieren, die für ihre persönlichen Lebensprobleme und Lebensperspektiven keine Antworten haben.

Aber bevor wir hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Bayerischen Landtag Antworten geben, sollten wir erst einmal die richtigen Fragen stellen. Dies werden wir, wenn Sie der Einsetzung der Jugendenquête zustimmen werden, hoffentlich bald tun. Ich werde mich auf diese Arbeit freuen und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: Herr Kollege Mütze. Bitte.

Thomas Mütze (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine Freude, dass der Saal doch nicht ganz so leer ist, wenn es um die Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen geht.

(Zuruf von der CSU)

– Das freut mich. Besonders freut mich, dass ich die Kollegin Melanie Huml sehen kann. Ich möchte ihr von diesem Pult aus zu Ihrer Hochzeit gratulieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das habe ich zwar schon getan, aber das kann man nicht oft genug machen. Die Einsetzung einer Jugendenquête ist, wie ich meine, ein guter Moment, der jüngsten Kollegin der CSU zu gratulieren.

Wenn Sie erlauben, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich wie Kollege Förster zitieren. Ich möchte mit Zitaten beginnen. Ich möchte die Bayerische Verfassung zitieren; denn dort findet sich einiges in Bezug auf Kinder.

Artikel 125 Satz 1 sagt:

Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes. Sie haben Anspruch auf Entwicklung zu selbstbestimmungsfähigen und verantwortungsfähigen Persönlichkeiten.

Satz 3 lautet:

Kinderreiche Familien haben Anspruch auf angemessene Fürsorge, insbesondere auf gesunde Wohnungen.

In Artikel 126 wird den Kindern das natürliche Recht auf Erziehung durch die Eltern gegeben; der Staat und die Gemeinden sollen die Eltern dabei unterstützen. „Unehe-liche Kinder haben den gleichen Anspruch auf Förderung wie eheliche Kinder.“ – Aha! Immerhin, und das in Bayern.

Als letztes Zitat Satz 3 desselben Artikels:

Kinder und Jugendliche sind durch staatliche und gemeindliche Maßnahmen und Einrichtungen gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung und gegen Misshandlung zu schützen.

Was ist der Grund dafür, dass ich die Verfassung zitiere? – Sie zeigt auf, dass der Staat die Aufgabe hat, Kinder und Jugendliche, auch junge Erwachsene – wir sprechen hier von einer Altersgruppe zwischen 6 und 27 Jahren – zu fördern und zu schützen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus diesem Grunde ist diese Enquete zur Zukunft der bayerischen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sinnvoll und notwendig.

Ich muss sagen, ich freue mich sehr, dass diese Enquete von allen Fraktionen gemeinsam beschlossen wurde und nun hier bestätigt wird – davon gehe ich aus –; mit der Regierungsfraktion und mit gemeinsamen Aktionen ist es schließlich nicht immer so einfach. In diesem Fall ging die Initiative vom Kollegen Siblinger aus. Er hat darum gekämpft, dass es auch bei einer gemeinsamen Initiative bleibt. Ich bin sehr dankbar – noch einmal Danke, lieber Kollege Siblinger –, dass das in der Zusammenarbeit und auch in der Vorbereitung der Enquete so war.

Nun ist es nicht so, dass in Bayern die Anliegen der Kinder und Jugendlichen bisher im Landtag kein Gehör gefunden hätten. Natürlich gibt es dazu zahllose Initiativen, Anträge und Anfragen sowie entsprechende Schriftstücke, denen man nachforschen kann, aber – und das ist der Punkt – eine zusammenhängende Untersuchung mit extra genannten Perspektiven, also dem zukünftigen Aussehen einer Jugendarbeit in Bayern, gab es für diese Zielgruppe bisher noch nicht. Das ist einer der positiven Aspekte dieser Kommission. Die bestehenden Verhältnisse sollen festgestellt und daraus dann Perspektiven entwickelt werden. Das ist die Aufgabe; denn für eine reine Zahlensammlung bräuchte es diese Enquete-Kommission nicht.

Wir werden aus den Ergebnissen der Kommission natürlich unsere Schlüsse ziehen; wahrscheinlich werden wir zu einer unterschiedlichen Einschätzung der Ergebnisse kommen. So soll es sein, wenn es denn so ist. Das ist gelebte Demokratie. Der Öffentlichkeit und den Kindern und Jugendlichen bleibt es vorbehalten zu entscheiden, ob diese zielführend sind. Wichtig ist doch – deswegen auch die Zitate aus der Verfassung –, dass wir uns kümmern. Das weist uns diese Verfassung als Aufgabe zu.

Der Fragenkatalog ist auf einer Grundlage oder einer Fragensammlung des Bayerischen Jugendrings entwickelt worden. Dafür gebührt dem Bayerischen Jugendring Dank. Ich werde die lieben Kolleginnen und Kollegen daran erinnern, wenn wir bei den nächsten Haushaltsberatungen wieder suchen, wo wir Einsparungen vornehmen könnten, auch dann zu sehen: Hier ist ein bayerischer Jugendring, der für den Bayerischen Landtag Vorarbeit leistet, der für den Bayerischen Landtag Grundlagen erarbeitet hat. Das sollten Sie bei Ihren Spardebatten dann berücksichtigen.

Auf der Grundlage dieses Fragenkataloges haben wir einen Katalog entwickelt, der alle Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen berührt – von allen Kindern und Jugendlichen, die in Bayern leben, egal, welcher Herkunft sie sind.

Das war uns GRÜNEN auch besonders wichtig. Alle die, die hier leben, haben ein Recht auf Perspektive. Die Verfassung schließt dies nicht aus.

Wichtig waren uns auch der finanzielle und der Bildungshintergrund der Kinder und Jugendlichen und natürlich auch das Geschlecht. Das Deutsche Jugendinstitut hat erst gestern das aktuelle Kinderpanel für Deutschland vorgestellt. Dieses kommt zu dem Schluss – wenn man ihn überhaupt in einem Satz so ziehen kann –, dass die meisten Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren glücklich aufwachsen, dass sie damit die besseren Lebenschancen haben und aufgeschlossener für die Welt und die anderen Menschen sind. Das Kinderpanel sagt aber auch, dass diese Entwicklung davon abhängig ist, wo die Kinder aufwachsen und wie ihr Wohnumfeld ist. Wir wollen es in Bayern genauer wissen. Es ist sicher kein Zufall, dass gerade in Bayern die Jugendarbeit einen hohen Stellenwert hat, dass die Jugendverbände sehr stark sind und dass auch die Jugend an sich einen hohen Stellenwert hat.

Bei aller Freude über die Einsetzung dieser Enquete-Kommission möchte ich nicht verhehlen, dass es auch Punkte gab oder gibt, bei denen wir Befürchtungen haben. Der CSU war es schon wichtig, dass keine Fragen auftauchen, welche die Schlussfolgerung zulassen könnten, dass es in Bayern in irgendeiner Form Bildungsdefizite gibt oder geben könnte. Lücken sehen wir auch bei einigen anderen Punkten, zum Beispiel beim Konsumverhalten der Jugendlichen. Wie hoch ist ihr Einkommen? Wie hoch ist die Verschuldung gerade angesichts des aktuellen Themas Handymissbrauch? Wie viel müssen Kinder und Jugendliche in Bayern nebenher arbeiten, um ihre Ansprüche zu befriedigen? Welches sind ihre Ansprüche und woher kommen sie? Wie verwenden sie ihre Zeit?

Sind sie sportlich aktiv – im Verein oder eher individuell? Wie sieht es mit der Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen aus? Wo erwerben sie die zu benötigende Kompetenz – zu Hause oder in der Schule? Wir haben sehr darauf gedrungen, dass auch Geschlecht und soziale Herkunft auftauchen. Das tun sie auch, in der Präambel können Sie es nachlesen. Wir wollen es ganz genau wissen, sonst können eventuelle Unterschiede nicht erkannt werden, sonst könnten sie leichter übergangen werden. Das wollen wir aber verhindern.

Die Gefahr, dass diese Fragen unter den Tisch fallen, sehen wir allerdings nicht. Dafür steht auch das Wort des angehenden Vorsitzenden. Wir werden gemeinsam – meine Kollegin Tolle und ich – mit den Kolleginnen und Kollegen versuchen, in den nächsten Jahren und auch darüber hinaus eine Entscheidungsgrundlage für den Bayerischen Landtag zu erarbeiten, die dieses Wort auch verdient und die unseren Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Bayern eine Perspektive aufzeigt. Die grüne Landtagsfraktion wird der Einsetzung einer Jugend-Enquete-Kommission zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen des Hauses. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand der Stimme? – Niemand. Dann ist es so beschlossen.

Nach § 82 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag wird die Zahl der Mitglieder der Enquete-Kommission vom Landtag festgelegt. Die Zahl der Mitglieder des Landtags muss die Zahl der übrigen Kommissionsmitglieder übersteigen. Es wurde von den Fraktionen vorgeschlagen, die Mitgliederzahl auf insgesamt 11 festzusetzen. Die Fraktionen haben sich außerdem darauf geeinigt, dass die Enquete-Kommission aus sechs Abgeordneten, für die jeweils ein Vertreter zu benennen ist, und fünf weiteren Mitgliedern bestehen soll. Im Einzelnen verweise ich hinsichtlich der vorgeschlagenen Persönlichkeiten auf die Drucksache 15/3259. Ich gehe davon aus, dass wir über die Vorschläge gemeinsam abstimmen können.

Wer mit der vorgeschlagenen Mitgliederzahl und der vorgesehenen Zusammensetzung der Enquete-Kommission sowie den benannten Persönlichkeiten einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Es besteht Übereinstimmung im ganzen Haus. Stimmt jemand dagegen, enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Gemäß § 33 der Geschäftsordnung bestellt die Vollversammlung den Vorsitzenden sowie den stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission. Vorsitzender und Stellvertreter müssen jeweils verschiedenen Fraktionen angehören. Als Vorsitzender wurde Herr Kollege Bernd Sibler und als dessen Stellvertreter Herr Kollege Dr. Linus Förster vorgeschlagen. Ich gehe wiederum davon aus, dass über beide Vorschläge gemeinsam abgestimmt werden kann.

Wer mit den Vorschlägen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Es besteht wiederum Einigkeit im ganzen Haus. Der Ordnung halber frage ich nach Gegenstimmen und Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das auch so beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt 6 ist damit erledigt. Bei soviel Harmonie im Hohen Haus, verehrte Kolleginnen und Kollegen, gehe ich davon aus, dass es in der Enquete-Kommission auch eine gute Zusammenarbeit geben wird, sodass wir hier im Hohen Haus miteinander über gute Ergebnisse debattieren können. Ich wünsche eine gute Arbeit und einen guten Erfolg.

Wir kommen dann zu Tagesordnungspunkt 7:

Eingabe zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) (SO.0387.15)

Der Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik hat sich mit dieser Eingabe in seiner Sitzung am 14. April 2005 befasst.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Der Ausschuss hat beschlossen, sie gemäß § 80 Nummer 3 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag der Staatsregierung als Material zu überweisen. Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Ich eröffne nun die Aussprache hierzu. Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Kollegin Ackermann zu Wort gemeldet.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir möchten diese Petition exemplarisch hier im Plenum behandeln. Es handelt sich hierbei um eine wirklich exemplarische Petition, die es unter den hunderten von Petitionen zum Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, die wir zurzeit im Sozialausschuss behandeln, verdient, herausgehoben zu werden. Sie verdient es nicht nur deshalb, weil sie von 17 000 Unterzeichnern unterstützt wird. Sie verdient es auch deshalb, weil es sich bei den Petenten um eine Vereinigung von Menschen handelt, um das Aktionsbündnis „Kinder brauchen Qualität“, welches sich seit über fünf Jahren damit beschäftigt, wie für Bayern ein gutes Bildungs- und Betreuungsgesetz geschaffen werden kann. In vielen Sitzungen hat sich dieses Aktionsbündnis mit den Problemen auseinandergesetzt und Eckpunkte erarbeitet, die es Wert sind, auch vorgestellt zu werden. Von den Eckpunkten, die das Aktionsbündnis erarbeitet hat, nenne ich nur einige exemplarisch, denn es sind sehr viele und sehr viele gute Vorschläge, die es eigentlich alle Wert wären, gehört zu werden, aber das würde die Zeit sprengen.

Das Aktionsbündnis „Kinder brauchen Qualität“ sieht es als Hauptaufgabe, Erziehung, Bildung und Betreuung auf

dem Niveau des Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplanes durchzuführen. Es fordert eine rechtliche Festbeschreibung der Kinderbetreuung im Vorschulalter. Das sind wichtige Forderungen, die bis jetzt in den Beratungen nicht berücksichtigt wurden. Das Aktionsbündnis fordert ein Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen; es fordert eine Trägervielfalt und die gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern. Das Bündnis fordert kleine Gruppen, eine Kernzeit von fünf bis sechs Stunden und es fordert ein Wahlrecht in Bezug auf das Konzept.

Diese Forderungen sind auch von unserer Fraktion immer wieder vorgetragen und unterstützt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Diese Forderungen werden aber auch unisono von allen Sachverständigen in den Anhörungen sowie von anderen Petenten erhoben. Wir haben heute Morgen das Bildungs- und Betreuungsgesetz bis zum Artikel 20 beraten.

Bisher ist von all diesen Forderungen nichts eingeflossen. Ich finde, es ist extrem bedauerlich, wie sich die Mehrheitsfraktion ignorant über all diese Forderungen hinwegsetzt

(Beifall bei den GRÜNEN)

und glaubt, ihren Gesetzentwurf einfach durch Aussitzen, Weghören und Wegschauen durchzubringen und weiterhin glaubt, dass sich die ganze Geschichte irgendwann beruhigen wird, ohne auf die Sorgen der Eltern und Erzieherinnen zu achten, die berechtigt sind. Dies wird sich in der Zeit, in der der Gesetzentwurf umgesetzt wird, herausstellen. Diese Menschen haben Recht und die geäußerten Sorgen werden Realität werden.

Diese Petition wurde bereits am 11.11. in einer größeren Aktion im Saal vor dem Plenarsaal von allen drei Fraktionen entgegengenommen. Von allen drei Fraktionen ist den Menschen auch Hoffnung gemacht worden, dass ihre Forderungen in das Gesetz einfließen werden und ihre Sorgen berücksichtigt würden. Soweit ich es erkennen kann, wird die Forderung, die Eingabe der Staatsregierung zur Würdigung zu überweisen, nicht erfüllt. Es war enttäuschend, wie dieses Petition behandelt wurde. Ich habe das Protokoll hier. Von der Berichterstatterin, Frau Dr. Strohmayer, wurde darauf hingewiesen, wie wichtig diese Petition ist. Frau Dodelle hatte dafür nur einen Satz: Material. Das bedeutet das Aus für diese Petition und das bedeutet das Aus für die erhobenen Forderungen. Ich betone dies an dieser Stelle ausdrücklich und ich möchte, dass trotz der Ablehnung die berechtigten Forderungen an dem Gesetzentwurf noch etwas verändern können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Als Nächste hat für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Steiger das Wort.

Christa Steiger (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Diese Eckpunkte für ein bayerisches Kindertagesstättengesetz, die in dieser Petition benannt sind, hat

das Aktionsbündnis „Kinder brauchen Qualität“ eingebracht. Wenn man sich vorstellt, dass diese Petition durch 17 000 Unterschriften unterstützt worden ist, dann ist das ein Umstand, über den man nachdenken muss und den man ernst nehmen muss. Das Bündnis „Kinder brauchen Qualität“ ist ein bayernweit tätiges trägerübergreifendes Netzwerk von allen Betroffenen, die sich mit frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung auseinander setzen. Sie beziehen sich auf die inzwischen zwölfjährige öffentliche Diskussion um die Umsetzung des KJHG in Bayern sowie auf einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

Obgleich Frau Kollegin Ackermann auf viele Punkte der Petition eingegangen ist, lassen Sie mich ein paar Punkte herausgreifen, die den Petenten sehr wichtig sind und die man nicht einfach mit dem Beschluss, die Eingabe der Staatsregierung als Material zu überweisen, so wie es die Mehrheit im Ausschuss getan hat, abtun kann. Es ist bedauerlich, dass unserem Votum nach Berücksichtigung dieser Petition nicht gefolgt worden ist.

Es geht den Petenten um die Begriffsbestimmung, um den Rechtsanspruch auf den Besuch einer Kindertageseinrichtung, der im Gesetz verankert werden soll. Das ist wieder nicht geschehen. Es geht ihnen auch um die Aufgaben der Tageseinrichtungen, nämlich die Hauptaufgaben Erziehung, Bildung und Betreuung. Diese Begriffe stehen zwar im Gesetzentwurf der Staatsregierung, aber eine Umsetzung kann, so wie der Gesetzentwurf angelegt ist, nicht erfolgen, weil der bayerische Bildungs- und Erziehungsplan aufgrund der personellen und finanziellen Voraussetzungen nicht so machbar ist, wie es der Gesetzentwurf vorsieht. Es geht darum, bei den Tageseinrichtungen eine soziale Integration zu ermöglichen und Kinder mit besonderen Bedürfnissen und besonderem Förderbedarf individuell zu fördern. Es geht im Weiteren darum, die Altersmischung in pädagogisch sinnvoller Weise auszulegen.

Der nächste Punkt befasst sich mit der Bedarfsermittlung und der Bedarfsplanung. Es geht den Petenten darum, den jeweiligen Bedarf an Tageseinrichtungen für Kinder jährlich flächendeckend, wohnortnah und für alle Altersgruppen zu ermitteln. Dabei soll nicht allein die Gemeinde den Bedarf bestimmen, sondern auch die Eltern und die Träger sollen mit einbezogen werden. Auch die Wünsche bzw. das Wahlrecht der Betroffenen ist den Petenten sehr wichtig. Diese Forderung, die nach dem Gesetzentwurf der Staatsregierung nicht mehr erfüllbar ist, unterstützen wir ebenso. Wenn man sich die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfs, speziell die Formulierungen zur Gastkinderregelung ansieht, dann kann man erkennen, dass der Wunsch nicht erfüllbar ist.

Die gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern ist den Petenten ebenso wichtig. Auch diese Forderung wird aufgrund des Gewichtungsfaktors von 4,5 im Gesetzentwurf der Staatsregierung nicht mehr erfüllbar sein. Als oberstes Prinzip ist ihnen die Herstellung gleicher Lebensbedingungen für Kinder und Familien in Bayern ein Anliegen.

Als nächstes fordern sie die Sicherung der Qualität aus Sicht der Kindern, der Eltern, des pädagogischen Perso-

nals und der Träger sowie die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans. Um die Qualität im Sinne der Kinder zu sichern, müssen kleine Gruppen eingerichtet werden, Bezugspersonen kontinuierlich anwesend sein sowie pädagogische Fachkräfte und entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Diese Forderung ist nur mit der Einrichtung einer Kernzeit von fünf bis sechs Stunden zu erreichen. Auch werden das Wahlrecht der Eltern sowie flexible Öffnungszeiten ohne Qualitätsverlust und damit der Verzicht auf Buchungszeiten, bezahlbare Elternbeiträge und die Finanzierung durch die wirtschaftliche Jugendhilfe für mindestens sechs Stunden pro Kind und Tag gefordert. Die Petenten wollen die Kindertagesstätten als Ort für Familien gelten lassen.

Daneben wird gefordert, eine ausreichende Qualität des Personals sicherzustellen, was die Möglichkeit zur Qualifizierung und zu regelmäßiger Fort- und Weiterbildung sowie zur Supervision einschließt. Daneben solle dem Personal genug Zeit für die Kinder sowie für Vor- und Nachbereitung sowie für die Kooperation mit dem Träger zur Verfügung gestellt werden. Den Petenten ist auch die Qualität der Träger wichtig. Die Träger sollen in die Bedarfsermittlung und die Bedarfsplanung einbezogen werden. Auch die geforderte Planungssicherheit für die Träger ist ein wichtiger Aspekt. Daneben wird die Forderung nach einer kostendeckenden Gesamtfinanzierung erhoben.

In der Eingabe werden des Weiteren Finanzierungsgrundsätze angesprochen, es wird ein Sockelförderbetrag und ein Rechtsanspruch auf Zusatzkräfte sowie ein Personalschlüssel, der entsprechende Verfügungszeiten einschließt, angeregt. Daneben wird eine Zweckbindung für sämtliche staatlichen und kommunalen Zuschüsse gefordert.

Ich denke, die genannten Forderungen sind ernst zu nehmende Gesichtspunkte, die nur dadurch wirksam aufgegriffen werden können, wenn die Petition berücksichtigt wird. Die dargestellten Erwägungen sollten im Gesetzentwurf aufgegriffen und dadurch entsprechend gewichtet werden.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Unterländer das Wort geben.

Joachim Unterländer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Aktionsbündnis „Kinder brauchen Qualität“ hat sich in der Tat sehr intensiv mit der frühkindlichen Betreuung auseinander gesetzt und hierzu eine Eingabe gemacht, mit der sich die CSU-Fraktion schon im Vorfeld – ebenso wie mit anderen Anregungen von Verbänden, Organisationen, Eltern, Erzieherinitiativen und den Trägern – in einem intensiven Dialogprozess auseinander gesetzt hat. Das Ergebnis dieses Dialogprozesses sind eine grundsätzliche Zustimmung zum Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, eine Ergänzung zu diesem Gesetzentwurf und ein Entschließungsantrag, mit dem die Umsetzung des Gesetzentwurfs begleitet werden soll und in

dem vor allen Dingen maßgebliche Rahmenbedingungen für eine Ausführungsverordnung dargestellt sind.

(Susann Biedefeld (SPD): Kosmetik- und Luftnummer!)

Dabei sind die Bedenken und Anregungen, die auch diese Petition enthält, von uns sehr intensiv diskutiert worden.

(Susann Biedefeld (SPD): Aber nicht intensiv genug!)

Lassen Sie mich ganz kurz zu einigen Punkten kommen.

Der Rechtsanspruch, der hier thematisiert wird, ist aus unserer Sicht überhaupt nicht erforderlich. Wir gehen davon aus, dass wir im Kindergartenbereich bayernweit eine Bedarfsdeckung von 99,4 % haben. Was soll dann, frage ich mich, noch eine Festlegung eines Rechtsanspruchs? Das ist doch reine Augenwischerei.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD):
Faule Ausreden sind das! – Christa Steiger (SPD):
Das gibt es in allen anderen Bundesländern!)

– Es ist gut, dass Sie das sagen, Frau Kollegin. Schauen Sie sich die Situation in den anderen Bundesländern an. Für mich ist dies eine willkommene Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass die anderen Bundesländer wesentlich niedrigere Fördersätze und wesentlich höhere Elternbeiträge haben. Darauf legen Sie Ihre Schwerpunkte.

(Christa Steiger (SPD): Das stimmt nicht! Baden-Württemberg finanziert mit 67 %!)

Schauen Sie sich einmal an, wie das bayerische Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz von anderen Bundesländern bewertet wird: als positives Pilotprojekt.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD):
Nehmen Sie sich ein Beispiel an der CDU in Baden-Württemberg!)

Bei der Bedarfsermittlung und bei der Bedarfserhebung hat sich gerade im Vorfeld der Gesetzesberatungen herausgestellt, dass die Einbeziehung der Eltern über das SGB VIII fixiert ist, und die Einbeziehung der freien Wohlfahrtspflege ist, wie wir heute bei den Gesetzesberatungen festgestellt haben ebenfalls definiert. Wir haben darüber hinaus bei der Anhörung, die vor drei Wochen im Sozialausschuss des Bayerischen Landtages stattgefunden hat, festgestellt, dass die kommunalen Spitzenverbände sehr wohl ein großes Interesse daran haben, dass die Bedarfserhebung flächendeckend und breit erfolgt. Deshalb wird von den kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam mit der Staatsregierung hier eine Handreichung erarbeitet, die eine hervorragende Orientierung für die Kommunen ist. Wenn das ist nicht positiv ist, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU – Christa Steiger (SPD): Und die Träger? Und die Eltern? – Susann Biedefeld (SPD): Es gibt auch noch andere Träger außer den Kommunen!)

– Wenn Sie mir zugehört hätten, wüssten Sie, dass ich die Träger soeben angesprochen habe. Sie werfen uns vor, dass wir bei den Gesetzesberatungen weghören, wenn Sie etwas sagen. Ich habe das mindestens heute fünfmal angesprochen. Aber es ist offensichtlich bei Ihnen nicht angekommen.

(Christa Steiger (SPD): Herr Unterländer, seien Sie nicht so aufgeregt!)

Wir stellen fest, dass bei der Gastkinderregelung ein Kompromiss zwischen der finanziellen Situation und der Bedarfstellung der Kommunen auf der einen Seite und dem Wunsch und Wahlrecht der Eltern gefunden worden ist. Eine Kommune, die ausreichend Kindergartenplätze zur Verfügung stellt,

(Christa Steiger (SPD): Wenn sie das Geld dazu hat!)

kann doch nicht dafür bestraft werden, dass sie die Schwerpunkte richtig gesetzt hat.

(Susann Biedefeld (SPD): Also Abschaffung der Wahlfreiheit für die Eltern! Sagen Sie es doch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben einen schönen bunten Brief an die Kindergartenleiterinnen im Freistaat Bayern geschickt. Darin ist eine Aufstellung enthalten, in der steht, es gebe so gut wie keine Gastkinderregelung.

(Christa Steiger (SPD): Wir reden jetzt aber über die Petition!)

Sie stellen die Tatsachen völlig falsch dar.

(Christa Steiger (SPD): Nein!)

Sie stellen damit ein Verhetzungspotenzial bei den Erzieherinnen dar. So kann man nicht seriös mit dem Gesetzesentwurf umgehen.

(Beifall bei der CSU – Christa Steiger (SPD): Herr Unterländer, das ist eine Petition!)

Richtig ist nämlich, dass die Kommune, wenn die Bedarfstellung erfolgt ist, auch verpflichtet wird, den kommunalen Anteil zu übernehmen, wenn das Kind in eine andere Gemeinde geht. Sie stellen es völlig falsch dar.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend möchte ich noch einmal feststellen, dass dieser Gesetzesentwurf einen Paradigmenwechsel darstellt, der neue Perspektiven und neue Möglichkeiten innovativer Art für die Kommunen, für die Träger, für die Erzieherinnen, für die Einrichtungen bietet.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das glaubst du selber nicht!)

Das wird auch für das Aktionsbündnis eine Chance darstellen. Ich bitte deshalb, die Petition so zu bescheiden, wie es im federführenden Sozialausschuss der Fall gewesen ist.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Unterländer. – Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik hat empfohlen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 3 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag der Staatsregierung als Material zu überweisen. Wer dem Votum des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dem Votum des Ausschusses entsprochen.

Kolleginnen und Kollegen, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 4 – Gesetzesentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes auf Drucksache 15/2692 – bekannt geben. Mit Ja haben 89 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 43 Abgeordnete gestimmt. Ein Kollege hat sich der Stimme enthalten. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes“.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Wie zwischen den Fraktionen vereinbart, rufe ich nun Tagesordnungspunkt 14 auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Ludwig Wörner, Christa Naaß u. a. u. Frakt. (SPD)
Übernahme des neuen Tarifvertrags im öffentlichen Dienst (Drs. 15/2881)

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich eröffne die Aussprache. Redezeit pro Fraktion 15 Minuten. Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Schuster das Wort erteilen.

Stefan Schuster (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Dringlichkeitsantrag gestellt, damit sichergestellt wird, dass der Freistaat Bayern in der Tarifgemeinschaft der Länder verbleibt und den richtungsweisenden Tarifabschluss des Bundes, den auch die Kommunen übernommen haben, auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Freistaat Bayern übernimmt.

Bisher haben Sie unseren Antrag im Ausschuss abgelehnt. Wir haben ihn in diesem Plenum noch einmal hochgezogen, weil wir damit auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des Freistaates Bayern, die heute in Nürnberg und München gestreikt haben und auf die Straße

gegangen sind und die am Freitag in Ansbach auf die Straße gehen werden, den Rücken stärken wollen. Denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Freistaat Bayern hoffen auf eine Übernahme des Tarifvertrages.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass es Finanzminister Faltlhauser war, der als Verhandlungsführer der Länder nicht nur den Tarifvertrag, sondern auch die Prozessvereinbarung für die Tarifverhandlungen zur Neugestaltung des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes zu Beginn des Jahres 2003 ausgehandelt hat mit dem Ziel, das Tarifrecht der Angestellten und Arbeiter in den nächsten zwei Jahren grundlegend zu modernisieren. Kaum war der Minister aus Potsdam zurückgekehrt, wollte Bayern plötzlich davon nichts mehr wissen.

Der Abschied von der Tarifgemeinschaft wurde gerade von starken Ländern wie Bayern massiv betrieben, um bei den Beschäftigten künftig noch mehr zu sparen, als es in der Vergangenheit bereits der Fall war. Die Beschäftigten werden leider immer mehr als Kostenfaktor und nicht mehr als Leistungsfaktor betrachtet.

Die Tarifgemeinschaft hat sich meiner Meinung nach seit vier Jahrzehnten bestens bewährt und war bislang eine ökonomische Friedensformel. Dies zu beschädigen, ist sehr riskant. Deshalb erwarte ich von der Staatsregierung, dass sich diese darauf besinnt, welch hohes Gut es ist, wenn die Rechtsverhältnisse der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bund und Ländern in zentralen Fragen wie Arbeitszeit und Bezahlung gleichartig geregelt werden. Das entspricht einer jahrzehntenlangen, erfolgprobten Rechtskultur. Diese Stück für Stück über Bord zu werfen, war ein gravierender Fehler, dessen Folgen heute noch gar nicht absehbar sind. Im Zeitalter der Globalisierung auf eine derart kleinkarierte Kompetenzzersplitterung zurückzufallen, birgt die Gefahr, dass der Standort Deutschland an Attraktivität verliert.

An dieser Fehlentwicklung ist die Staatsregierung mitschuldig. Sie hat mit ihrer einseitigen Arbeitszeitverlängerung Anfang der Neunzigerjahre den ersten Stein geworfen. Bei den Öffnungsklauseln für das Weihnachts- und das Urlaubsgeld hatte sie eine bestimmende Rolle. Auch bei der Kündigung einschlägiger Tarifverträge war sie eine treibende Kraft.

Im Jahr 2004 hat die Bayerische Staatsregierung mit allen Mitgliedern der CSU-Landtagsfraktion wiederum einseitig und über alle Köpfe hinweg Arbeitszeitverlängerungen eingeführt. Die 42-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich stellt nicht nur einen Wortbruch Stoibers dar. Sie führt zu weiteren Ungerechtigkeiten mit arbeitsmarktpolitisch mehr als kontraproduktiven Folgen und ist ein Affront gegenüber den Beschäftigten, die loyal gegenüber ihrem Arbeitgeber sind und unter den gegebenen Rahmenbedingungen ihr Bestes leisten.

Nachdem diese Arbeitszeitverlängerung für die Beamten durchgezogen wurde, wird nun heuchlerisch von einem Ungleichklang der Arbeitszeit gesprochen. Nun werden, um den Gleichklang wieder herzustellen, die Arbeitszeitbestimmungen in den Tarifverträgen gekündigt und für

neu eingestellte Tarifbeschäftigte wird die Arbeitszeit ebenfalls verlängert.

Sie haben dadurch den eingeleiteten Reformprozess zu einem abrupten Ende gebracht. Das ist ein Rückfall in die Kleinstaaterei. Die Folge könnte sein, dass sich in Zukunft die Länder ihre Beamten bezahlungsmäßig abwerben, also gegenseitig Konkurrenz machen werden.

Durch den neuen Tarifvertrag wird für die 1,9 Millionen Arbeiter und Angestellten von Bund und Kommunen am 1. Oktober 2005 ein neues Zeitalter anbrechen, das für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht nur Verbesserungen bringen wird. Die Beschäftigten wissen das, sie sind aber trotzdem mit dem Tarifvertrag zufrieden, sie können mit dem Tarifvertrag leben.

Dieser Tarifvertrag bringt natürlich auch Vorteile für die Arbeitgeber, denn die Arbeitgeber können dadurch flexibel auf die Arbeitsmarktentwicklung und ihre finanziellen Spielräume reagieren. Die Staatsregierung hat dies anscheinend bisher nicht erkannt.

Die Länder mit ihren 900 000 Beschäftigten haben sich in eine Sackgasse manövriert, aus der sie möglichst schnell herauskommen sollten. Sie sollten ihre Blockadehaltung aufgeben. Ich fordere deshalb die Staatsregierung nochmals auf, für einen Verbleib Bayerns in der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder zu sorgen und den richtungsweisenden Tarifabschluss, den die Kommunen und der Bund für den öffentlichen Dienst ausgehandelt haben, auch für die Beschäftigten im Freistaat Bayern zu übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Schuster. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Heckner. Bitte schön, Frau Kollegin Heckner.

Ingrid Heckner (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können tagtäglich in den Schlagzeilen lesen, dass der Bund dem größten Haushaltsloch der Geschichte gegenübersteht. Meine sehr verehrten Damen und Herren der Opposition, ich frage Sie wirklich, wann Sie einmal verstehen werden, dass wir in den öffentlichen Haushalten endlich die Ausgaben den Einnahmen anpassen müssen und dass es nicht damit getan ist, kleine kosmetische Operationen vorzunehmen, sondern dass wir die Haushalte strukturell sanieren müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Bewusstsein der Menschen, dass sie sich in unserem Land wieder den Gründerjahren unserer Republik nähern müssen, dass sie mehr leisten müssen, dass sie mehr Arbeitszeit einbringen müssen, ist bei den Arbeitnehmern in der freien Wirtschaft deutlich geschärfter, als wir das bei den Gewerkschaften und bei denen feststellen können, die den öffentlichen Dienst vertreten. Gewerkschaften, die die Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft vertreten, haben sehr wohl betriebsbedingte Öffnungsklauseln vorgesehen. Im öffentlichen Dienst verstellt die Arbeitsplatzsicherheit offensichtlich manchmal den Blick auf die Notwendigkeit von mehr Engagement der Beschäftigten.

Viel drängender, als sich jetzt wegen der Arbeitszeitfrage in Arbeitskämpfen zu verzetteln, ist es doch, dass wir für unsere Beschäftigten unsere Haushalte so fit machen, dass wir ihre Leistungen angemessen vergüten können. Viel mehr Sorge müsste uns bereiten, wie wir ihre zukünftige Versorgung entwickeln und sichern wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, hier sind wir alle, Opposition und Regierungspartei, gefordert, eine Gesamtverantwortung zu übernehmen und endlich zu begreifen, dass der Staat keine Beschäftigungsagentur ist.

Zum Dringlichkeitsantrag der SPD, in dem gefordert wird, dass wir den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, den Bund und Kommunen am 9. Februar 2005 mit den Gewerkschaften abgeschlossen haben, voll übernehmen sollen und in dem dies als richtungsweisendes Tarifergebnis dargestellt wird, kann ich feststellen, dass Bestandteile in diesem Tarifvertrag deutliche Charmeelemente aufweisen. Das sind alle leistungsorientierten Besoldungselemente.

Die Geister scheiden sich natürlich – das wissen wir alle – an der Arbeitszeitfrage. Die Wochenarbeitszeit bleibt bei den Kommunen unverändert bei 38,5 Stunden. Es besteht nur eine Öffnungsklausel für landesbezirkliche Tarifverhandlungen auf bis zu 40 Stunden. Beim Bund beträgt die Arbeitszeit einheitlich in Ost und West 39 Stunden. Der Bund senkt also im Osten sogar die Arbeitszeit um eine Stunde. Wenn Sie das als richtungsweisend bezeichnen, dann meine ich, dass es in die falsche Richtung geht.

Die Jahressonderzahlungen, vormals Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld genannt, werden in dem neuen Tarifabschluss bis 2006 unverändert gelassen und ab 2007 gestaffelt.

Bei den Beamten haben Bund und Länder dagegen echte Einschnitte zulasten der Betroffenen vorgenommen und ich weiß nicht, was an einem Tarifabschluss so richtungsweisend sein soll, der weiterhin die Beamten und die Angestellten ungleich behandelt und dies auch in Zukunft so festschreiben soll.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wenn Sie von Gleichklang reden, dann reden Sie vom Gleichklang zwischen Bund und Ländern. Wir wollen Gleichklang zwischen Beamten und Angestellten. Wir wollen keine unterschiedlichen Arbeitnehmer in ein und demselben Büro. Richtungsweisend sind, wie gesagt, leistungsorientierte Besoldungselemente, Aufstiegsstufen statt Dienstaltersstufen. In diesem Punkt stehen wir den Verhandlungen durchaus offen gegenüber.

Das Übelste an diesem neuen Tarifvertrag, der zwischen Bund und Kommunen ausgehandelt wurde, ist dagegen die Aufnahme einer Meistbegünstigungsklausel. Hier haben sich die Gewerkschaften für die Verhandlungen mit den Ländern absolut selbst geknebelt. Wenn nämlich Verdi mit der TDL oder einem einzelnen Land einen vom Potsdamer Tarifergebnis abweichenden Tarifvertrag abschließt, gilt diese Vertragsunterzeichnung seitens der

Gewerkschaft gleichzeitig als unwiderrufliches Angebot für Bund und Kommunen, diese Vereinbarung auch zu übernehmen. Das heißt, wenn Verdi mit der TDL oder einem Land eine geringere Sonderzahlung oder eine längere Arbeitszeit, wie wir das anstreben, vereinbart, gilt dies automatisch für Bund und Kommunen. Dass sich Verdi damit in eine belastende Situation gebracht hat, können wir verstehen, aber nicht akzeptieren.

Weshalb können wir das nicht akzeptieren? Ich sprach eingangs von der Notwendigkeit der Sanierung unserer Haushalte. Diese Notwendigkeit ist aus den Zahlen ablesbar. In Bayern würde eine 1 : 1-Übertragung des Tarifabschlusses Mehrkosten von 26,4 Millionen Euro im Jahr 2005, von 36 Millionen im Jahr 2006 und von 57,6 Millionen Euro im Jahr 2007 bedeuten. Dazu kämen noch rund 20 Millionen Euro jährlich für Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Wir wollen diese Diskussion über Tarifabschlüsse nicht zu einem ideologischen Streit verkommen lassen. Wir stellen fest, dass unsere Beamten, wenn auch nicht freudig, aber doch die Mehrarbeit auf sich genommen haben.

(Zuruf von der SPD: Was sollten sie denn machen?)

Wir stellen auch fest, dass unsere Angestellten, die wir neu eingestellt haben und die jederzeit die Möglichkeit gehabt hätten, die Verträge nicht zu unterschreiben, die Verträge gern unterschrieben haben, weil sie wissen, dass der Staat ein verlässlicher Arbeitgeber ist und dass sie nicht tagtäglich um ihren Arbeitsplatz bangen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren von der Opposition, gaukeln Sie nicht tagtäglich den Menschen in unserem Lande vor, dass sämtliche Reformbemühungen zur Vermeidung neuer Schulden und zur Sicherung zukünftiger Leistungen nicht notwendig wären, dass wir alles so lassen könnten, wie es bisher war. Hängen Sie sich nicht ständig an die Verbände und versichern Sie nicht ständig allen Verbänden, dass Sie voll hinter ihnen stehen. Rechnen Sie einmal alle diese Forderungen zusammen und sagen Sie uns dann, wie viel Geld Sie im nächsten Doppelhaushalt dafür einstellen müssen.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Der Umsatzsteuerbetrug ist 3 Milliarden pro Jahr!)

Im Übrigen möchte ich Sie dazu auffordern, sich zu entscheiden, was Sie haben wollen. Wollen Sie eine ständige Steigerung unserer Personalkosten hinnehmen oder wollen Sie sich an der Forderung Ihres Fraktionsvorsitzenden Maget orientieren, der die Investitionsquote in Bayern steigern will. Dies wollen wir auch.

(Susann Biedefeld (SPD): Wir wollen alle Einnahmequellen ausschöpfen!)

– Ja klar, alle. Wir haben aber leider keine Geldpresse im Keller, Frau Biedefeld. Die CSU-Fraktion wird einer Übernahme des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes in der Arbeitszeitfrage auf keinen Fall zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Naaß.

Christa Naaß (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Heckner, ich habe das Gefühl, Sie leiden an leichtem Gedächtnisschwund.

(Beifall bei der SPD)

Erinnern Sie sich doch einmal: Wer hat denn diese Prozessvereinbarung mit auf den Weg gebracht – das war Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser, der Anfang 2003 diese Prozessvereinbarung mitunterschieden hat. Aber anscheinend erinnert man sich nicht gern daran. Kaum von Potsdam zurückgekehrt, weiß er auf einmal nichts mehr davon und verabschiedet sich von all dem, was er zuvor federführend als Verhandlungsführer der Länder auf den Weg gebracht hat.

Es ist eine Frechheit, von einem Gleichklang zu sprechen, insofern als Herr Falthäuser in Potsdam verhandelt und dieses Tarifiergebnis abschließt, dann nach Bayern zurückkommt und uns vorjammert, wie hoch die Tarifabschlüsse sind; unbezahlbar für den Freistaat Bayern. Und er hebt dann die Arbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten an und sagt, wir müssen den Gleichklang herstellen; die Angestellten müssen nachziehen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist schon eine Frechheit, wie Sie da mit den Beschäftigten des Freistaates Bayern umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Kollegin Heckner, in Ihrer früheren Funktion vor zwei Jahren haben Sie noch ganz anders gesprochen. Ihre Haltung heute finde ich den Beschäftigten gegenüber unmöglich.

Ich fordere die Staatsregierung auf, endlich ihre Blockadehaltung aufzugeben, und ich fordere vor allem die CSU auf, diese Hardliner-Position nicht weiter zu unterstützen.

Herr Staatssekretär Meyer, so geht das einfach nicht, dass sich der Minister hinstellt und so etwas verhandelt und dann nichts mehr davon wissen will. Das ist wirklich unmöglich, wie man da mit den Beschäftigten umgeht, insbesondere hinsichtlich der unterschiedlichen Arbeitszeiten, die wir hier im Freistaat Bayern haben.

Die Bundesbeamten arbeiten nun nach den jüngsten Beschlüssen 40 Stunden, die Beamten des Freistaates Bayern und der bayerischen Kommunen arbeiten

42 Stunden in der Woche mit Altersabstufung bis zu 40 Stunden und für Beamte anderer Bundesländer gelten unterschiedliche Wochenarbeitszeiten von 38,5 bis 42 Stunden. Die Tarifbeschäftigten des Freistaates Bayern arbeiten in weit überwiegender Zahl nach wie vor 38,5 Stunden. Tarifbeschäftigte des Freistaates Bayern mit Verträgen, die nach dem 01.09. abgeschlossen wurden, müssen 42 Stunden arbeiten und Tarifbeschäftigte des Bundes arbeiten nach dem Tarifaabschluss 39 Stunden und so weiter. Das ist weit entfernt von dem, was beispielsweise Franz Josef Strauß vor über 30 Jahren gefordert hat, nämlich eine Vereinheitlichung und Zusammenführung der Arbeitszeiten. Was wir heute haben, ist ein Fleckerlteppich. In jedem Bundesland wird es anders gehandhabt. Das führt – wie es der Kollege Schuster bereits gesagt hat – zu einem Abwerben. Wir waren bisher stolz, in Bayern hervorragendes Personal gehabt zu haben. Es kann uns nun passieren, dass uns diese Menschen verloren gehen, weil sie sich in andern Bundesländern neu orientieren.

Ich erinnere noch einmal daran, was die Staatsregierung in diesem Punkt bisher betreibt. Bis 1994 war es eine Selbstverständlichkeit, dass für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine einheitliche Arbeitszeit gegolten hat. Bis 1994! Als dann Ministerpräsident Stoiber gleich in einer seiner ersten Amtshandlungen die Arbeitszeit für die Beamten auf 40 Stunden angehoben hat, ging der Unterschied los. Diese einheitliche Arbeitszeit aber hatte sich doch bewährt. Und sie hätte auch Bestand gehabt, wenn Herr Stoiber nicht wieder der erste hätte sein wollen – wie er es immer gern wäre – und damit ein Signal an die freie Wirtschaft gegeben hat, eine ebensolche Arbeitszeitverlängerung herbeizuführen. Jetzt ist er wieder Vorreiter auf Bundesebene mit den 42 Stunden Arbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten. Das ist jetzt wirklich eine Frechheit, hier von einem Gleichklang zu sprechen.

(Susann Biedefeld (SPD): Das ist ein Hohn!)

Und jetzt wollen Sie auch noch für die Angestellten die 42-Stunden-Woche. Frau Kollegin Heckner, ich verstehe nicht, wie Sie das ignorieren können. Dieses Tarifiergebnis wurde für den Bund und die Kommunen ausgehandelt; die Kommunen sind am Verhandlungstisch geblieben, aber die Länder sind ausgestiegen, obwohl die Kommunen eigentlich mehr jammern müssten als die Länder. Denn seit Jahrzehnten beispielsweise entschuldet sich der Freistaat Bayern zulasten der Kommunen und belastet die Kommunen gleichzeitig immer mehr.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Die Kommunen hätten allen Grund dazu gehabt, auszustiegen, da sie das nicht mehr leisten können. Aber sie sind dabei geblieben, weil sie wissen, dass ein gewisser Frieden zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern dadurch gegeben ist, wenn man am Verhandlungstisch bleibt.

Ich fordere die Staatsregierung deshalb auf, endlich wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Sie

müssen begreifen, dass es sinnvoll ist, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und für eine Vereinheitlichung zu sorgen, damit auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gleiche Regelungen herrschen.

Wie gesagt: Die Kommunen könnten diejenigen sein, die jammern, nicht aber der Freistaat Bayern, der sich jahrelang auf Kosten und zulasten der Kommunen gesund saniert hat.

Ein Weiteres möchte ich noch ansprechen. Die Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst kostet 5000 Arbeitsplätze in Bayern. Wenn nun die Arbeitszeitverlängerung auch noch für die Angestellten hinzukommt, ist das eine weitere Arbeitsplatzvernichtung von weiteren 9000 Arbeitsplätzen.

(Zurufe und Widerspruch bei der CSU)

– Aber freilich, allein im Geltungsbereich des Freistaates Bayern. Der Freistaat Bayern wird damit der größte Arbeitsplatzvernichter, und da stellen Sie sich hin und beschimpfen Bundeskanzler Gerhard Schröder, dass der für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sei. Sie schimpfen auf die freie Wirtschaft, auf die großen Dax-Unternehmen, die gleichzeitig 35 000 Arbeitsplätze vernichten und hier im eigenen Geltungsbereich des Freistaates Bayern tun Sie nichts anderes. Mir tut es Leid, dass Sie sich so weit von dem entfernt haben, was Ihr früherer Parteivorsitzender vor 30 Jahren auf den Weg gebracht hat. Sie sollten sich daran öfter einmal erinnern.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat nun Herr Staatssekretär Meyer das Wort.

Staatssekretär Franz Meyer (Finanzministerium): Werte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Frau Naaß, die Gewerkschaften müssen zurück an den Verhandlungstisch. Ihre Rede hat gezeigt, dass Ihre Fraktion kein Verhältnis zum Geld hat und immer den Weg in die Verschuldung gehen möchte. Berlin ist der beste Beweis dafür.

(Susann Biedefeld (SPD): 3 Milliarden Umsatzsteuerbetrug jährlich in Bayern! Dass wir die nicht einnehmen, dafür tragen Sie die Verantwortung!
– Weitere Zurufe von der SPD)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, Ihre Zwischenrufe in dieser besonderen Lautstärke sagen mir, dass ich mit meiner Aussage richtig liege.

(Susann Biedefeld (SPD): Das ist lächerlich!)

Der SPD-Antrag fordert die undifferenzierte Übernahme des Tarifvertrages durch die Länder. Ich möchte noch einmal festhalten, was die Kollegin Heckner dargestellt hat. Eine 1 : 1-Übernahme würde den Freistaat Bayern im Jahre 2005 etwa 26,4 Millionen zusätzliche Kosten bringen und im Jahre 2007 würden es 57,6 Millionen sein. Hinzu kämen jeweils rund 20 Millionen Euro an zusätzli-

chen Aufwendungen für das Weihnachtsgeld der seit der Kündigung der Zuwendungstarifverträge neu Eingestellten.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Bewegungen der Gewerkschaften gegenüber Bund und Kommunen in der Arbeitszeitfrage sind marginal. Im Westen wird beim Bund 6 Minuten pro Tag länger gearbeitet, und unter dem Vorwand der Angleichung der Lebensverhältnisse wird dafür im Osten eine Stunde weniger gearbeitet. Der Option, durch bezirkliche Vereinbarungen im kommunalen Bereich die Arbeitszeit auf 40 Stunden zu erhöhen, haben die Landeschefs von Verdi bereits eine deutliche Absage erteilt. Eine 1 : 1-Übernahme eines Tarifvertrages, an dessen Entstehen die Länder nicht beteiligt waren, kommt daher nicht in Betracht.

(Zurufe von der SPD)

Der SPD-Antrag wurde dann auch von der Wirklichkeit überholt, werte Frau Kollegin Naaß. Die TdL hat schon Anfang März mit den Gewerkschaften Tarifverhandlungen zur Modernisierung des Tarifrechts aufgenommen.

Die letzte Verhandlungsrunde fand am 24. April dieses Jahres statt. Nach fast zwölfstündigen Verhandlungen ging man ohne Ergebnis auseinander. Verdi hat in der Arbeitszeitfrage für den Westen im Wesentlichen das mit den kommunalen Arbeitgebern vereinbarte Modell angeboten. Das heißt, im Westen müsste wieder die 38,5-Stunden-Woche eingeführt werden, und zwar auch für die nach dem 1. Mai 2004 Eingestellten, also für die inzwischen 17 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern, mit denen einzelvertraglich eine 42-Stunden-Woche vereinbart wurde. Für sie soll in einer Stufenregelung wieder die 38,5-Stunden-Woche gelten. Die Länder sollen die Option erhalten, auf landesbezirklicher Ebene über eine Erhöhung der Arbeitszeit auf bis zu 40 Stunden zu verhandeln. Wenn die Verhandlungen scheitern, sollen die Länder die Möglichkeit haben, die Arbeitszeitbestimmungen zu kündigen.

Dieses Angebot, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist aus zwei Gründen nicht ausreichend. Erstens. Die landesbezirklichen Verhandlungen würden auf maximal 40 Stunden beschränkt. Zweitens. Es ist nicht vertretbar, dass für die 17 000 seit Mai 2004 eingestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden vereinbart wird. Unter den Ländern besteht Einvernehmen – und ich betone, unter den Ländern besteht Einvernehmen –, dass es kein gangbarer Weg ist, für die nach der Kündigung im Jahr 2004 neu Eingestellten wieder die 38,5-Stunden-Woche zu vereinbaren.

Ich möchte deutlich machen, dass die Tarifgemeinschaft deutscher Länder angeboten hat, weitere Gespräche zu führen. Die Gewerkschaften haben dieses Angebot aber nicht angenommen. Verdi hat inzwischen das Scheitern der Verhandlungen erklärt. Ich fordere deshalb auch von hier aus die Gewerkschaften auf, zügig wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Ein modernes und leistungsorientiertes Tarifrecht ist im Interesse aller unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso wie im Interesse der Länder als öffentliche Arbeitgeber. Ich appelliere aber

auch an Sie von der SPD, die finanzpolitischen Notwendigkeiten zu akzeptieren. Ein Tarifabschluss mit den Ländern muss den länderspezifischen Besonderheiten Rechnung tragen.

(Susann Biedefeld (SPD): Das hat man Ihnen schön aufgeschrieben!)

Das gilt insbesondere für die Arbeitszeit und für die Sonderzahlungen. Hier ist es erklärtes Ziel der Staatsregierung, vergleichbare Regelungen für alle Beschäftigungsgruppen zu erreichen. Ich glaube, wir stehen hier gemeinsam in der Verantwortung für die Finanzen und für unser Land.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Gut abgelesen!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Wer dagegen dem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimment-

haltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Kolleginnen und Kollegen, mit Blick auf die Uhr gebe ich nun nur noch außerhalb der Tagesordnung gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass die CSU-Fraktion als Nachfolger für Siegfried Schneider im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport Herrn Kollegen Professor Dr. Waschler benannt hat. Gleichzeitig ist Herr Kollege Professor Dr. Waschler sowohl aus dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als auch aus dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes ausgeschieden.

Außerdem gebe ich gemäß § 27 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport in seiner Sitzung am 28. April dieses Jahres Kollegen Professor Dr. Waschler zu seinem Vorsitzenden gewählt hat.

(Beifall bei der CSU)

Dem Beifall entnehme ich, dass hiervon Kenntnis genommen worden ist. Herzlichen Dank Ihnen allen. Die Sitzung ist hiermit geschlossen.

(Schluss: 19.24 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.05.2005 zu Tagesordnungspunkt 4: Gesetzentwurf der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Siegfried Schneider, Manfred Ach u. a. CSU; zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drucksache 15/2692)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred			
Ackermann Renate		X	
Babel Günther	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann		X	
Bocklet Reinhold			
Boutter Rainer			
Breitschwert Klaus Dieter			
Brunner Helmut	X		
Christ Manfred	X		
Deml Marianne	X		
Dodell Renate	X		
Dr. Döhler Karl	X		
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Dupper Jürgen		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Ettengruber Herbert	X		
Prof. Dr. Eykman Walter			
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid	X		
Fischer Herbert	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl			
Gabsteiger Günter	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Glück Alois	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika			
Götz Christa	X		
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike		X	
Guckert Helmut	X		
Guttenberger Petra	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Haderthauer Christine	X		
Haedke Joachim			
Hallitzky Eike		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Herrmann Joachim	X		
Hintersberger Johannes	X		
Hoderlein Wolfgang		X	
Hohlmeier Monika	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Hufe Peter		X	
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Dr. Kaiser Heinz		X	
Kamm Christine		X	
Kaul Henning	X		
Kern Anton			
Kiesel Robert	X		
Kobler Konrad			X
König Alexander	X		
Kränzle Bernd	X		
Kreidl Jakob	X		
Kreuzer Thomas			
Dr. Kronawitter Hildegard		X	
Kupka Engelbert	X		
Kustner Franz			
Leichtle Willi			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi		X	
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Memmel Hermann			
Meyer Franz	X		
Miller Josef			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Müller Helmut			
Müller Herbert		X	
Mütze Thomas		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Narnhammer Bärbel			
Neumeier Johann			
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Obermeier Thomas			
Pachner Reinhard	X		
Paulig Ruth		X	
Peterke Rudolf	X		
Peters Gudrun		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Plattner Edeltraud	X		
Pongratz Ingeborg			
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radermacher Karin		X	
Rambold Hans	X		
Ranner Sepp	X		
Richter Roland	X		
Ritter Florian			
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard			
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sailer Martin			
Sauter Alfred			
Scharfenberg Maria		X	
Schieder Marianne			
Schieder Werner		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Berta	X		
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Dr. Schnappauf Werner			
Schneider Siegfried	X		
Schorer Angelika	X		
Schramm Henry	X		
Schuster Stefan		X	
Schwimmer Jakob	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi		X	
Stahl Christine		X	
Stahl Georg	X		
Stamm Barbara	X		
Steiger Christa		X	
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia			
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard	X		
Stöttner Klaus	X		
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max	X		
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayer Simone		X	
Thätter Blasius			
Tolle Simone		X	
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim	X		
Prof. Dr. Vocke Jürgen	X		
Vogel Wolfgang		X	
Volkman Rainer		X	
Wägemann Gerhard	X		
Wahnschaffe Joachim		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weichenrieder Max	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			
Weinberger Helga			
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Welnhofer Peter	X		
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Dr. Wiesheu Otto			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig			
Wolfrum Klaus		X	
Zeitler Otto	X		
Zeller Alfons	X		
Zellmeier Josef	X		
Zengerle Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	89	43	1

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Verfassungsstreitigkeit

Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 22. Februar 2005 (Vf. 5-VII-05) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 78 Abs. 6, Art. 83 und 88 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. August 1997 (GVBl S. 433, BayRS 2132-1-I)
PII2/G-1310/05-7
Drs. 15/3306 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Es wird die Abweisung der Klage beantragt.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Bernd Weiß bestellt.

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU „Audit Familiengerechte Hochschule“ unterstützen
Drs. 15/2587, 15/3267 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	ENTH

3. Antrag der Abgeordneten Franz Josef Pschierer, Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, Reinhold Bocklet u.a. CSU
Windenergie - Anpassung des Kriterienkataloges zur Errichtung von Windenergieanlagen als Anleitung für die Planungsverbände und Fortentwicklung der Regionalpläne durch die regionalen Planungsverbände
Drs. 15/2590, 15/3303 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Bericht über die Dioxinbelastung der Lebens- und Futtermittel in Bayern
Drs. 15/2614, 15/3271 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger, Christa Steiger u.a. SPD
Änderung der neuen Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien 1
Drs. 15/2652, 15/3215 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger, Christa Steiger u.a. SPD
Änderung der neuen Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien 2
Drs. 15/2653, 15/3216 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Dr. Christoph Rabenstein, Stefan Schuster u.a. SPD
Nutzung der Ausbildungsstätten des Freistaates Bayern
Struktur und Konzeption der Aus- und Fortbildung im öffentlichen Dienst im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform
Drs. 15/2744, 15/3264 (E) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes Z	CSU	SPD	GRÜ
		ohne	
bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Otmar Bernhard, Thomas Kreuzer, Jakob Kreidl u.a. CSU
Public Private Partnership I
Überprüfung der erforderlichen Rechtsänderungen
Drs. 15/2757, 15/3197 (ENTH) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit Z	CSU	SPD	GRÜ*
		ENTH	
*Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Ablehnung“, dies entspricht ihrem Abstimmungsverhalten in den mitberatenden Ausschüssen, der Abstimmung zugrunde zu legen.			

9. Antrag der Abgeordneten Dr. Otmar Bernhard, Thomas Kreuzer, Jakob Kreidl u.a. CSU
Public Private Partnership II
Ausweitung der Experimentierklausel für PPP-Projekte
Drs. 15/2758, 15/3198 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit Z	CSU	SPD	GRÜ*
		ENTH	
*Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Ablehnung“, dies entspricht ihrem Abstimmungsverhalten in den mitberatenden Ausschüssen, der Abstimmung zugrunde zu legen.			

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Otmar Bernhard, Thomas Kreuzer, Jakob Kreidl u.a. CSU
Public Private Partnership III
PPP-Pilotprojekte
Drs. 15/2759, 15/3199 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit Z	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	A

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Europäische Wasserrahmenrichtlinie als Chance nutzen
Drs. 15/2766, 15/3165 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz A	CSU	SPD	GRÜ
		Z	ohne
Einzelnabstimmung wegen fehlendem Votum GRU veranlasst!			

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Susann Biedefeld, Johanna Werner-Muggendorfer u.a. und Fraktion SPD
Unterzeichnung des Klimaprotokolls - Klimaschutzziele für Bayern
Drs. 15/2768, 15/3272 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz A	CSU	SPD	GRÜ
		Z	Z

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Thomas Kreuzer, Dr. Otmar Bernhard u.a. und Fraktion CSU
Ablehnung des Entwurfs für ein Antidiskriminierungsgesetz - Gesetzentwurf an Grundwerten und Lebenswirklichkeit orientieren
Drs. 15/2770, 15/3260 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik Z	CSU	SPD	GRÜ
		A	A

14. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Walter Eykmann, Robert Kiesel u.a. CSU
Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung für das Ehrenamt
Drs. 15/2773, 15/3265 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes Z	CSU	SPD	GRÜ
		ohne	
Einzelnabstimmung wegen fehlendem Votum GRU veranlasst!			

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Susann Biedefeld, Herbert Müller u.a. und Fraktion SPD
Korrekturen bei der Bestandsaufnahme zur Wasserrahmenrichtlinie - Bayern muss Chancen im europäischen Gewässerschutz nutzen
Drs. 15/2808, 15/3166 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz A	CSU	SPD	GRÜ
		Z	ohne
Einzelnabstimmung wegen fehlendem Votum GRU veranlasst!			

16. Antrag der Abgeordneten Karin Pranghofer u.a. SPD
Ausbildungskapazitäten für Schülerinnen und Schüler im Bereich der Hauswirtschaft und der hauswirtschaftlichen Betriebsleiterin in Unterfranken erhalten
Drs. 15/2833, 15/3289 (A)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Bildung, Jugend und Sport A Z Z

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Feuerwehr und Katastrophenschutz
Drs. 15/2835, 15/3217 (E)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Kommunale Fragen und
Innere Sicherheit Z Z Z

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Willi Leichtle, Marianne Schieder u.a. und Fraktion
SPD
Sport tut Bayern gut - Sportförderung und Schulsport dürfen nicht unter die Räder kommen
Drs. 15/2925, 15/3290 (A)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Bildung, Jugend und Sport A Z Z

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Keine frühere Einschulung unter diesen Bedingungen, deshalb: Höchstschülerinnen- bzw. Höchstschülerzahl in der Grundschule auf 20 senken
Drs. 15/2926, 15/3291 (A)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Bildung, Jugend und Sport A Z Z

20. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle, Franz Josef Pschierer CSU
Themenkomplex "Naturheilverfahren" an bayerischen Universitäten
Drs. 15/2985, 15/3268 (E)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Hochschule, Forschung
und Kultur Z Z **ohne**
Einzelabstimmung wegen fehlendem Votum GRU
veranlasst!

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Bericht zu illegalen Bienenimporten
Drs. 15/2987, 15/3280 (E)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Umwelt und
Verbraucherschutz Z Z Z

22. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Legislativer Rahmen zur Umsetzung der Luftreinhaltepläne
Drs. 15/2989, 15/3294 (A)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Umwelt und
Verbraucherschutz A Z Z

23. Antrag des Abgeordneten Bernd Siblinger CSU
Lehrerbildung
Drs. 15/2996, 15/3269 (E)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Hochschule, Forschung
und Kultur Z Z Z

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Bericht über das Nachschulungskonzept für die Übernahme von Fachkräften aus der Verwaltung in den Schuldienst
Drs. 15/3009, 15/3292 (E)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Bildung, Jugend und Sport Z Z Z

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Entwurf zum Polizeiaufgabengesetz zurückziehen
Drs. 15/3082, 15/3200 (A)

Votum des federführenden
Ausschusses für **CSU SPD GRÜ**
Kommunale Fragen und
Innere Sicherheit A A Z

26. Antrag der Abgeordneten Ludwig Wörner, Herbert Müller, Susann Biedefeld u.a. SPD
Feinstaubbelastung in Bayern
Drs. 15/2834, 15/3278 (A) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GesChO:

Votum des federführenden
Ausschusses **CSU SPD GRÜ**
für Umwelt und
Verbraucherschutz A Z Z

27. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld u.a. SPD
Verwendung von Holz bei öffentlichen Bauvorhaben
Drs. 15/2886, 15/3322 (E) [X]

Abweichendes Votum
des mitberatenden
Ausschusses **CSU SPD GRÜ**

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 31.05.2005

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)